



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

CSU und FW einigen sich auf Koalition:

„Bürgerliches Gegenmodell zur Ampel“

Die Bayernkoalition steht. CSU und Freie Wähler haben sich auf einen Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2023-2028 unter dem Motto „Freiheit und Stabilität - Für ein modernes, weltoffenes und heimatverbundenes Bayern“ geeinigt. CSU-Parteichef Dr. Markus Söder zufolge „ist dieser Vertrag ein echt gutes Kursbuch für Bayern... Wir bringen über 70 neue Projekte auf den Weg und setzen alle Versprechen aus dem Wahlkampf eins zu eins um.“ FW-Vorsitzender Hubert Aiwanger zeigte sich ebenfalls sehr zufrieden: „Heute ist ein guter Tag für Bayern. Bayern bleibt Freistaat ohne Verbote und ideologische Experimente.“

„Als verlässlicher Partner unserer Bürgerinnen, Bürger und Kommunen nehmen wir kraftvoll Kurs Richtung 2030. Denn Bayern soll weiter das stärkste Land in Deutschland bleiben – mit unserem Plan für die Zukunft“, heißt es in der Präambel des Koalitionsvertrags. Hierzu wollen CSU und Freie Wähler in allen Regionen Bayerns in der Stadt und auf dem Land für gleiche Chancen sorgen. Neben den großen Aufgaben des Klimawandels und der Demografie rückt die Sicherung der Energieversorgung besonders in den Fokus. Bei der innovativen und nachhaltigen Erzeugung von Strom setzt die Staatsregierung auf das Wasserstoff-Technologieanwendungszentrum Pfeffenhausen im Landkreis Landshut.

Starker Partner an der Seite seiner Kommunen

Bei allen Herausforderungen bleibe Bayern ein starker Partner an der Seite seiner Kommunen und Regionen. Wichtig sei eine enge Abstimmung der Landespolitik mit den kommunalen Entscheidungsträgern. Daher wurde vereinbart, den kommunalen Finanzausgleich und die sonstigen Leistungen an die Kommunen auch in Zukunft auf hohem Niveau fortzuführen und damit für eine angemessene Finanzausstattung zu sorgen. Weiter heißt es: „Die Grundsteuerreform wird sich ab dem Jahr

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



Ministerpräsident Dr. Markus Söder und sein Stellvertreter Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Bild: Bayerische Staatskanzlei

Fortführung eines Sonderprogramms „weiterhin kraftvoll unterstützen“.

Höherer FAG und Landesbauprogramm

Um den bayerischen Kommunen beschleunigte Investitionen in ihre Infrastruktur, vor allem Kitas und Schulen, zu ermöglichen, werden die hierfür

vorgesehenen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöht. Im staatlichen Wohnungsbau soll es ein „Landesbauprogramm 2030“ geben, in dem Vorhaben priorisiert und durchfinanziert werden. Geplant ist, die drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften zusammenzufassen.

Bis 2028 sollen gemeinsam (Fortsetzung auf Seite 4)

DLT-Positionen zum nachhaltigen Bauen:

Anforderungen aus Sicht der Landkreise

Mit den zunehmenden Herausforderungen des Klimawandels, Fragen der Flächenkonkurrenzen, Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft wird die Bedeutung einer nachhaltigen Planung und von nachhaltigem Bauen und Betreiben immer wichtiger. Hinzu kommen sinkende Rohstoffmengen, steigende Energiepreise sowie die demografischen Entwicklungen. „Politik, Kommunen, Gesellschaft und Wirtschaft sind allesamt gehalten, das nachhaltige Bauen zu forcieren – zum Schutze der Umwelt, im Blick auf nachfolgende Generationen sowie um den aktuellen Herausforderungen der Energiesicherheit und des Klimawandels zu begegnen“, heißt es in einem Positionspapier des Deutschen Landkreistags (DLT).

Das nachhaltige Bauen umfasst verschiedene ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Aspekte. Der Leitfaden „Nachhaltiges Bauen“ sowie das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) des Bundesbauministeriums geben hier Anhaltspunkte für die Planung und Bewertung nachhaltiger (öffentlicher) Bauvorhaben. Daneben gilt es jedoch nach Auffassung des DLT auch, sich der Unterschiede zwischen Großstädten, Klein- und Mittelstädten sowie ländlich geprägten Räumen bewusst zu sein. Während angespannte Wohnungsmärkte und teure Bauprodukte alle Gebiete gleichermaßen betreffen können, seien manche ländlichen Räume mit Leerständen, anderen gemeindlichen Entwicklungsbedürfnissen und den besonderen Bedürfnissen der Landwirtschaft befasst. Auch diese Aspekte müssten in die Nachhaltigkeitsberechnung einbezogen werden.

Immerhin erbringen die ländlichen Räume die Gemeinwohllleistungen im Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie bei

der Bereitstellung erneuerbarer Energien. Im Weiteren geht das Papier deshalb auf die verschiedenen Dimensionen des nachhaltigen Bauens aus Sicht der Landkreise ein.

Keine quantifizierten Vorgaben

Mit Blick auf ökologische Aspekte betont der Deutsche Landkreistag, dass den Kommunen keine quantifizierten Vorgaben zur Verringerung von Flächeninanspruchnahme gemacht werden sollten. Der kommunale Planungs- und Gestaltungsspielraum müsse den Ansprüchen vor Ort gerecht werden können. Die Kommunen beförderten seit langem einen flächenschonenden Ansatz, u. a. durch einen klaren Fokus auf die Innenentwicklung.

Was die Verwendung von emissionsarmen und nachnutzbaren Bauprodukten anbelangt, sollten diese nach Möglichkeit regional, nachwachsend und wiederverwendbar sein. Bund, Länder und Kommunen könnten bei Bau, Betrieb und Sanierung

öffentlicher Gebäude als gute Vorbilder für den Einsatz nachhaltiger Bauprodukte vorangehen. Zudem sollten Anreize für Bauherren, Unternehmen, Architekten und Baustoffhändler gesetzt werden.

Fokus auf Innenentwicklung

Darüber hinaus rät der Landkreistag der Wohnungs- und Baupolitik dazu, sich verstärkt auf die Innenentwicklung zu fokussieren. Maßnahmen zur Bestandserhaltung sowie der Umnutzung und Sanierung von Bestandsgebäuden sollten unterstützt und vereinfacht werden.

Reduzierung des Energieverbrauchs

„Energieeffiziente Gebäude erzielen einen positiven Beitrag zum Klimaschutz und zugleich geringere finanzielle Belastungen für den Gebäudenutzer“, heißt es weiter. Die Reduzierung des Energieverbrauchs könne dabei durch verschiedene Maßnahmen verstärkt werden. Dazu zählten die Auswahl der Anlagen an und im Gebäude, die Gebäudetechnik, die Wahl der Energieträger, die Ausrichtung und Form des Gebäudes, Verschattungsmöglichkeiten sowie die Dämmung und der Wärmeschutz. „Die Landkreise treiben hier verschiedene Projekte voran, um sowohl die Kreisgebäude energieeffizienter zu gestalten (Fortsetzung auf Seite 4)

DStGB-Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr:

Fatale Signale an Kommunen

Im Rahmen seiner jüngsten Sitzung in Olsberg hat der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an den Bundestag appelliert, die Mittel zur Förderung ländlicher Räume nicht zu kürzen, da ansonsten die Umsetzung zahlreicher kommunaler Projekte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, gefährdet sei. Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss mit den vorgesehenen Änderungen im Straßenverkehrsgesetz und in der Straßenverkehrsordnung. Aus kommunaler Sicht greife insbesondere der Entwurf der StVO hierbei zu kurz, hieß es.

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das Jahr 2024 sieht vor, dass die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) um 293 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2023 gekürzt werden sollen. Der eigens für die ländliche Entwicklung aufgelegte Sonderrahmenplan im Rahmen des Förderprogramms soll komplett entfallen. Auch ist geplant, das speziell für Modellprojekte der ländlichen Entwicklung ausgerichtete Programm „BULE+“ um 6 Millionen Euro zu begrenzen.

ben wie Klimaschutz, Digitalisierung und Demografischen Wandel anzugehen.“

Komplizierte Einzelfallregelungen

Mit Blick auf derzeit im Bundestag und Bundesrat diskutierte Neuregelungen im Straßenverkehrsgesetz (StVG) und in der Straßenverkehrsordnung (StVO), in deren Rahmen die Einrichtung von Tempo 30 oder von Fußgängerüberwegen erleichtert werden soll, verliert sich der Kompromiss der Bundesregierung laut DStGB in „unzureichenden und teils komplizierten Einzelfallregelungen“. Das (Fortsetzung auf Seite 4)

Fehlende Finanzierung bei vielen Projekten

Nach den Worten des Ausschussvorsitzenden Bürgermeister Ingo Hacker (Neuhausen am Fildern) „wären die im Raum stehenden radikalen Kürzungen bei der Förderung ländlicher und strukturschwacher Regionen ein fatales Signal an die Städte und Gemeinden. Vielerorts wurden kommunale Entwicklungsvorhaben vorbereitet, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Dies betrifft beispielsweise den Bau von Dorfgemeinschaftshäusern, die bessere Verkehrsanbindung oder die Entwicklung von Dorfkernen. Die Umsetzung dieser Projekte wird nun durch fehlende Finanzierung in Frage gestellt.“

Laut Bürgermeister Wolfgang Fischer (Olsberg) „bewirkt jeder im Rahmen der GAK investierte Euro ein Vielfaches an privaten Investitionen und ermöglicht oftmals auch die Inanspruchnahme europäischer Fördermittel. Gerade diese finanziellen Hebelwirkungen brauchen die Regionen auch künftig, um die Transformationsaufga-



Fassungslos blickt Pino, unser Rathauskater, auf den 7. Oktober und dessen Folgen. Anfänglicher Schock und Anteilnahme machten einem importierten Islamismus und Antisemitismus auf unseren Straßen Platz. Und sogar für Fridays for Future sei der Kampf gegen Israel wichtiger als die Klimarettung: „Wohin wird das noch alles führen?“ Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Ilse Aigner erneut zur Landtagspräsidentin gewählt	2
22. Europäischer Gesundheitskongress	2
Musikschule wert(e)voll	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Ein Koalitionsvertrag für die bayerischen Kommunen	3
Corona-Maßnahmen: Hätte man mehr wissen können?	5
Breitband · Digitalisierung · IT	7 - 10
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	11
Kommunale Bauverfahren	12 - 14
Katastrophenschutz · Feuerwehr · Fahrzeuge	14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Konstituierende Sitzung des 19. Bayerischen Landtags:

Ilse Aigner erneut zur Landtagspräsidentin gewählt

Der Bayerische Landtag hat in der konstituierenden Sitzung Ilse Aigner erneut zur Landtagspräsidentin gewählt. Sie erhielt 164 von 200 Stimmen. Acht Abgeordnete stimmten mit nein, 27 enthielten sich, eine Stimme war ungültig.

In ihrer Antrittsrede dankte Landtagspräsidentin Ilse Aigner den Abgeordneten für das Vertrauen und versicherte: „Ich werde eine Präsidentin für alle Fraktionen sein. Für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten. Ich bin Ihnen verpflichtet, fühle mich Ihnen verpflichtet. Parteipolitisch neutral. Aber – um auch das klar zu sagen: Ich bin nicht ohne Haltung. Im Konflikt werde ich führen, gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Präsidium: Wir werden tun, was gut ist für die Demokratie in Bayern!“

Rückkehr zu sachlicher Arbeit

Aigner ging auf den teils hitzigen Wahlkampf ein, forderte die Rückkehr zu sachlicher Arbeit und warnte davor, Politik mit der Angst zu machen. Stattdessen sollten sich die Abgeordneten angesichts der enormen Herausforderungen auf das Lösen von Problemen konzentrieren: „Wir müssen „ins Machen“ kommen. Ja, anderen geht es schlechter, aber wir müssen schauen, wo es noch besser läuft und uns daran orientieren und neuen Mut fassen. Wir sind eine erfolgreiche Industriena-tion. Wir sind berühmt für unseren Erfindergeist, für unsere Leistungsstärke. Wir haben höchste Standards – in Bildung, Ausbildung, Produktion und Dienstleistung; und auch in unserem Zusammenleben. Und da bleibe ich dabei: Wir haben unsere Zukunft selbst in der Hand. Wir sind stark!“

Rückblickend auf die vergan-

gene Legislaturperiode thematisierte die Landtagspräsidentin auch die Verrohung der politischen Kultur in Bayern: „Das hat – oftmals in voller Absicht Aufregung provoziert. Und die Aufregung hat den guten Debatten hier im Hause und dem Erscheinungsbild nach draußen geschadet. Rügen, die das Präsidium erteilt hat, wurden von einigen wie Trophäen vor sich hergetragen – hinaus in die eigene Fanwelt. Für mich ist damit letztlich eine Herabwürdigung eines demokratischen Verfassungsorgans verbunden. Und Sie können sicher sein: Ich werde das auch in Zukunft nicht hinnehmen! [...] Ich sage das aus tiefer Überzeugung – auch angesichts der Erfahrungen aus dem Wahlkampf: Von der Brandrede bis zum Anschlag ist der Weg nicht weit. Die Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker, gegen Polizistinnen und Polizisten, Rettungskräfte, Repräsentanten des Staatlichen, Journalistinnen und Journalisten sowie Vertreter der Zivilgesellschaft nimmt zu. Und diese Gewalt ist Ergebnis einer planvoll aufgeheizten Stimmung. Dieser Plan darf nicht aufgehen. Deshalb meine eindringliche Bitte: Lassen Sie uns verbal abrüsten!“

Gegen Verrohung der politischen Kultur

Aigner stellte in ihrer Rede drei Instrumente vor, mit denen sie in den kommenden Jahren der Verrohung der politischen Kultur

entgegentreten treten will: „Erstens: Ich schlage den Fraktionen vor, dass die Sanktionen bei Fehlverhalten im Plenum in letzter Konsequenz auch mit finanziellen Einbußen verbunden sein sollen. Wie im Deutschen Bundestag: verhältnismäßig, aber spürbar. Ein scharfes Schwert gegen die Verrohung, gegen die gezielte Störung, gegen die persönliche Missachtung und gegen Angriffe auf die Autorität des Landtages! [...]“

Demokratie-Kodex

Zweitens: Ich werbe bei Ihnen für einen Demokratie-Kodex. Er soll den fairen Wettbewerb in- und vor allem auch außerhalb des Maximilianeums befördern. Das wäre eine freiwillige Selbstverpflichtung von Ihnen als Mitglied des Landtags – ein Bekenntnis, auf gezielte Desinformation und vorsätzliche Täuschung zu verzichten, Verschwörungstheorien nicht zu verbreiten, keinen strafbaren Hass im Netz zu streuen und identitätstäuschende Social Bots nicht einzusetzen. An sich eine Selbstverständlichkeit für jeden Demokraten und jede aufrechte Demokratin. Aber wir haben andere Zeiten, und da muss man offenbar auch an Selbstverständliches erinnern, um die Würde des Parlaments sicherzustellen. Ich will unsere Demokratie schützen! [...]“

Demokratie-Spiegel

Und drittens: Ich plane einen Demokratie-Spiegel für Bayern. Ich möchte mit Umfragen sehr genau hinschauen: Was den-

ken die Menschen über die Demokratie? Wie bewerten sie die Debattenkultur? Wie steht es um den Zusammenhalt in unserem Land? Es geht darum, unsere Demokratie zu vermessen – Trends und Gefahren zu erkennen. Tuchfühlung aufnehmen, wie wir Abgeordnete es Tag für Tag machen – und das ganze Bild zu sehen. Ich Sorge mich um unsere Demokratie. Und ich will sie schützen!“

Bildungsarbeit

Die bewährte Bildungsarbeit des Landtags werde fortgeführt, und auch in dieser Wahlperiode werde der Landtag mit dem Projekt „Orte der Demokratie in Bayern“ und dem LandTruck raus zu den Menschen vor Ort gehen. Und Aigner ergänzte: „Und ich will stärker in Schulen präsent sein – die jungen Menschen aktiv für die Demokratie gewinnen. Da basteln wir an Ideen.“

Zufriedenheit und Zusammenhalt

Am Ende ihrer Ansprache appellierte die Landtagspräsidentin an die Abgeordneten die kommenden fünf Jahre zu nutzen, um Vertrauen zu stärken und zurückzugewinnen: „Wichtig scheint mir, politische Reflexe abzustellen und unser Handeln neu zu begründen: Komplex gedacht, aber einfach zur Sprache gebracht. Verständlich. Mitnehmend. Mutmachend. Mit dem Anspruch von Macherinnen und Machern. Unser Ziel darf es nicht sein, Unzufriedenheit oder gar Unversöhnlichkeit zu erzeugen. Dafür steht zu viel auf dem Spiel. Unser Ziel muss es sein, Zufriedenheit zu erzeugen, Zusammenhalt. Konkret zu werden in den großen Fragen unserer Zeit. Es ist mein Appell an die Ernsthaftigkeit der Politik. Es hängt von uns ab. Glauben wir an uns!“

22. Europäischer Gesundheitskongress in München:

Wer kommt zu Hilfe?

Kommt er oder kommt er nicht? Und er kam: Klaus Holetschek – ursprünglich noch als Bayerischer Gesundheitsminister zum Kongress eingeladen – ließ es sich auch als CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag nicht nehmen, doch noch kurz vorbeizuschauen. Nein, er hatte keinen Namen, wer sein ehemaliges Ressort übernehmen wird, betonte aber, wo die Reise hingehen wird: „Das Ministerium wird künftig zusätzlich verstärkt Gesundheit, Pflege und Prävention im Fokus haben, was sich auch im Namen niederschlagen wird.“ Und er selbst werde es sich nicht nehmen lassen bei der Krankenhausreform das ein oder andere Wörtchen mitzureden.

Beim 22. Europäischen Gesundheitskongress in München war eines ganz klar zu spüren: Es herrscht Aufbruchstimmung. Führende Experten aus der Gesundheitsbranche haben sich zwei Tage informiert, ausgetauscht und diskutiert. Das dies-jährige Leitthema „Rettung für das überforderte Gesundheitswesen – Wer kommt zu Hilfe?“ hat rund 1.000 Teilnehmer – vor Ort wie digital – neugierig gemacht. Denn die Überforderung betrifft alle Sektoren. Einhelliger Konsens: Es braucht einen grundlegenden Wandel.

Strukturelle Veränderungen

Kongressleiterin Claudia Küng: „Das Verhältnis zwischen Patienten und Gesundheitsdienstleistern wird sich dramatisch verändern. Es wird nie ausreichend Gesundheitsdienstleistungen geben und das Geld auch nie reichen. Wir können dies ignorieren oder akzeptieren und aktiv damit umgehen.“ Dazu gehört die Erkenntnis, mehr Geld allein wird es nicht richten. Prof. Reinhard Busse, der an der TU Berlin Management im Gesundheitswesen lehrt, plädiert stattdessen für strukturelle Veränderungen. „Unser Gesundheitssystem ist im europäischen Vergleich am teuersten, aber nicht am effizientesten. Im Ranking

stoßen. Bei 26 Kantonen mit einem jeweils eigenen Gesundheitswesen eine Herausforderung. „Aber das wirkt“, wie Dr. Peter Indra überzeugend zeigen konnte. Er leitet das Amt für Gesundheit im Kanton Zürich und weiß: „Natürlich wollte auch bei uns die Bevölkerung den Status quo erhalten, gemäß dem Slogan: Jedem Tälü sein Spital.“

Neue Gesundheits- und Notfallzentren

Diese Zeiten sind vorbei, inzwischen liegen die Planungs- und Finanzhoheit der Spitäler nicht mehr nur bei den Kantonen, sondern gehen zunehmend auf den Bund über. Das Ziel war – so wie in Deutschland – Kosten einzudämmen und die Zahl der Spitäler zu reduzieren. Ein Prozess, der noch anhält, es werden weitere Spitäler schließen müssen und Personal entlassen werden. Trotz Protesten würden inzwischen die neugeschaffenen Gesundheits- und Notfallzentren gut angenommen. Zur Finanzierung: Statt unterschiedlicher Tarifsysteme mit diversen Pauschalen, gibt es leistungsbezogene Pauschalen, basierend auf gesamtschweizerischen einheitlichen Tarifstrukturen.

Gewinne machen und Wettbewerb forcieren

Ebenfalls neu: Spitäler haben den klaren Auftrag: Macht Gewinne, denn ihr müsst die meisten Investitionen, etwa für Neu- und Umbauten, selbst stemmen. Die Schweizer setzen auf mehr Wettbewerb unter den Spitälern und neuerdings auf Mindestfallzahlen. Was in Deutschland

GZ Akademie GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Social Media für Kommunen

16. November 2023, 10:00 – 12:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Krisenprävention

12. Dezember 2023, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Scharf überreicht Auszeichnung „Weißer Engel“

Bayerns amtierende Gesundheitsministerin würdigt ehrenamtliches Engagement

Bayerns amtierende Gesundheitsministerin Ulrike Scharf hat in München die Auszeichnung „Weißer Engel“ an Bürgerinnen und Bürger aus Oberbayern überreicht. Scharf würdigte damit das besondere ehrenamtliche Engagement in den Bereichen Gesundheit und Pflege.

Scharf betonte: „Die Menschen, die wir heute ehren, bringen sich selbstlos und ohne viel Aufhebens für ihre Mitmenschen ein – für Familienangehörige, Ehepartner, Eltern, Kinder, aber auch für Fremde. Ihnen ist es eine Herzensangelegenheit, sich ehrenamtlich um kranke, pflegebedürftige oder sterbende und schwerstkranke Menschen zu kümmern und ihnen Zeit, Aufmerksamkeit und Empathie zu schenken.“

Die Ministerin ergänzte: „Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement sind die heute Geehrten Vorbilder für gelebte Menschlichkeit. Sie tun weit mehr als sie müssten. Sie machen unser Miteinander menschlicher und lebenswerter. Sie sind eine unverzichtbare Stütze in unserer heutigen Zeit voller Herausforderungen. Gerade in Zeiten der Verunsicherung braucht es Verlässlichkeit, Zuwendung und Vertrauen. All das schenken die heute ausgezeichneten Personen – Sie sind ein wahrer Schatz.“

Scharf unterstrich: „Ehrenamt verbindet die Menschen und hält uns als Gemeinschaft zusammen. Ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden und solidarischen Gesellschaft.“

noch diskutiert wird, ist dort bereits Alltag. Allerdings – und das ist eine wichtige Erkenntnis von Regierungsrat Bruno Damann, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes St. Gallen: „Bei allen Konzepten ist es wichtig, sie zu kommunizieren und öffentlich zu diskutieren.“ Um so den Weg von starren Spitalstrukturen hin zu flexiblen interprofessionellen Netzwerken sozial verträglich zu schaffen.

Potenzial für Deutschland

Prof. Boris Augurzky, Leiter des Kompetenzbereichs Gesundheit, RWI, sieht im Schweizer Vorgehen durchaus Potenzial für Deutschland, denn die Ziele seien überall gleich: Weniger stationäre Bereiche, dafür mehr Ambulantisierung. Kostensteigerungen und Personalmangel greife um sich. „Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser ist besorgniserregend. Es droht die Gefahr der kalten Strukturber-einigung, die man mancherorts vielleicht später bereut.“ Heißt

Ich bin dankbar, dass das Ehrenamt in Bayern einen so hohen Stellenwert hat. Bayern ist Ehrenamtsland. Fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahren engagiert sich bei uns für das Gemeinwohl. Das sind mehr als fünf Millionen Menschen!“

Besuchsdienst, Hospizarbeit und Demenzcafé

Die Geehrten aus Oberbayern engagieren sich unter anderem in einem Besuchsdienst eines Klinikums, einem Pflegeheim, im Hospizverein, einem Rehabilitationssportverein, einer Tagespflegeeinrichtung und einem Demenzcafé.

Das bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium vergibt die Auszeichnung „Weißer Engel“ einmal jährlich in jedem Regierungsbezirk. Mit dem „Weißer Engel“ wurden in diesem Jahr in Oberbayern ausgezeichnet: Heinrich Fischer aus Pullach im Isartal, Heidemarie Göbel aus Oberschweinbach, Georg Hansen aus Freising, Dr. Gunther Kachel aus Schwabhausen, Gerd-Peter Kasel aus Unterhaching, Eva-Maria Müller aus Freising, Dr. Carola Riedner aus Gaunting, Sigrid von Schroetter aus Seeshaupt und Gerlinde Wust aus Schönaun am Königssee.

Schließung von Standorten, deren Infrastruktur dann später fehlen könnte. Er rät Kommunen, schon jetzt aktiv zu werden. Denn bis die angestrebten Reformen greifen, werden noch Jahre vergehen. Deshalb rechtzeitig überlegen, welcher Standort arbeitet rentabel, welche Abteilungen können fusionieren, welche Medizin-Konzepte braucht die Region und wo sind trägerübergreifende Kooperation möglich und sinnvoll.

Dr. Heidemarie Haeske-Seeburg, Mitglied der Regierungskommission, machte sich Gedanken über die viel zitierte Ambulantisierung. „Denn was die genau beinhaltet, ist ehrlich gesagt noch gar nicht so eindeutig. Wir brauchen klare Sicht, die wir im Moment noch gar nicht haben.“ In der Tat ein weites Feld: Wie reagieren niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, was sind Vorstellungen der KVen, wie werden MVZs miteinbezogen und welche anderen therapeutischen Berufe werden wie berücksichtigt?

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Robeller
82285 Hattenhofen
am 21.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Amend
97846 Partenstein
am 10.11.

Bürgermeister Robert Hümmer
96264 Altenkunstadt
am 11.11.

Bürgermeister Peter Erhard

82389 Böbing
am 13.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Otter
83536 Gars am Inn
am 11.11.

Bürgermeister

Martin Osterrieder
87760 Benningen
am 12.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Sienerth
82064 Straßlach-Dingharting
am 11.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Herker
85276 Pfaffenhofen an der Ilm
am 12.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeisterin
Katrin Albsteiger
89231 Neu-Ulm
am 20.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

46. Bayerischer Musikschultag in Erlangen:

„Musikschule wert(e)voll“

70 Jahre Sing- und Musikschule Erlangen: Zu diesem Jubiläum lud die Stadt Erlangen gemeinsam mit dem Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V. zum 46. Bayerischen Musikschultag ein. Vor dem Hintergrund des diesjährigen Mottos „Musikschule wert(e)voll“ beschäftigte sich der Musikschultag mit der gesellschaftlichen Relevanz sowie dem Werteverständnis der Musiklandschaft in Bayern und allen darin beteiligten Akteuren.

Im Rahmen des Festakts als kulturpolitischem Höhepunkt wies der Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen VBSM, Landrat Mar-

tingen des Festakts als kulturpolitischem Höhepunkt wies der Präsident des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen VBSM, Landrat Mar-



V.l.: VBSM-Präsident Landrat Martin Bayerstorfer, Preisträger Landrat Bernd Sibler und VBSM-Vorsitzender Markus Lentz.

Bild: Silja Eisenweger

tin Bayerstorfer, darauf hin, dass neben dem Musizieren als Kernelement der Musikschularbeit der inklusive Anspruch bayerischer Sing- und Musikschulen, das Miteinander innerhalb der Musikschulfamilie sowie das Zusammenwirken von Musikschulen, ihren Kommunen und dem Freistaat zentrale Bestandteile seien.

Mitmachkampagne

Seit Oktober 2022 konnten sich alle Akteure innerhalb der Musikschulen (Eltern, Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen, Verwaltungskräfte, Träger wie auch Politiker) aktiv an einer Mitmachkampagne des VBSM beteiligen, in deren Rahmen Erfahrungen und Aussagen zum Leben und Lernen in der Musikschule gesammelt wurden. Dabei habe sich die Wertebasis der Musikschullandschaft in seinen Zielgruppen deutlich herauskristallisiert.

Gemeinsame Werte und Haltungen sind laut Bayerstorfer die Basis einer inklusiven Gesellschaft. „Sie können nicht verordnet werden, sondern brauchen Erfahrungsräume, in denen soziales und solidarisches Verhalten gelebt und individuell als positiv erlebt wird. Diese Räume schaffen öffentliche Sing- und Musikschulen, aber dafür benötigen sie die Unterstützung durch Eltern, Kommunen und den Staat. Als Kultur- und Bildungseinrichtungen tragen sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit und ihrer Möglichkeiten zur Teilhabegerechtigkeit bei – und das aus tiefster Überzeugung und mit viel Herz.“

Mit der Verleihung der Carl-Orff-Medaille an Staatsminister a. D. Bernd Sibler ehrte der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V. eine Persönlichkeit, die sich seit vielen Jahren in besonderer Weise für die öffentlichen Sing- und Musikschulen in Bayern und weit darüber hinaus engagiert. Sibler, so hieß es in der Laudatio, wisse um die Wichtigkeit von Musikschulen, insbesondere in kleineren Kommunen und im ländlichen Raum. Und so sei unter seiner Führung im Jahr 2015 die Kooperationsförderung eingeführt worden, die die Zusammenarbeit von Musikschulen mit Kindertagesstätten und allgemeinbildenden Schulen fördern soll. Denn hier seien im

alenen Kompetenzen. Man könne zu sich selbst finden, aber vor allem durch das gemeinschaftliche Musizieren erlerne man Empathie und Achtsamkeit gegenüber Anderen. „Es ist für eine funktionierende Gesellschaft unendlich wichtig, dass ihre Mitglieder über diese Fähigkeiten verfügen oder es sind gerade diese Fähigkeiten, die in den High-Tech-Kinderzimmern beim Online-Gaming so oft auf der Strecke bleiben“, so der Landkreistagspräsident.

Großes Festkonzert

Neben dem Eröffnungskonzert, bei dem Musikschüler des Erlanger Musikinstituts e. V. (EMI) die Zuschauer mit auf eine Reise durch die Erlanger Kulturgeschichte nahmen, hielt der Musikschultag noch weitere musikalische Programmpunkte für die Gäste bereit. So präsentierte das große Festkonzert die hohe Qualität des bayerischen Musikschulwesens mit einem vielseitigen Programm von Musikschülern der bayerischen Sing- und Musikschulen.

Traditionsgemäß verabschiedet wurde der Musikschultag mit „Musik in der Stadt“ im Rahmen des „Erlanger Herbstes“. Auf zwei Bühnen in der Innenstadt konnten Zuhörer den ganzen Tag über ein vielfältiges musikalisches Programm erleben – gestaltet von Musikschülern der Städtischen Sing- und Musikschule Erlangen sowie von Musikschulen aus der Region. **DK**

Brücken zwischen den Menschen bauen

Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, hielt in diesem Jahr die Festrede und betonte gemäß dem Motto „Musikschule wert(e)voll“, dass vor allem jungen Menschen zwischen der Musikschule etwas für ihr Leben mitgegeben wird und die Musikschule Brücken zwischen den Menschen baut: „Musik ist für jeden zugänglich, unabhängig vom Geldbeutel und vom Bildungsgrad. Aber findet auch jeder Zugang zur Musik? Und hier kommen die Sing- und Musikschulen mit ins Spiel. Sie vermitteln diese Sprache, die alle Menschen verstehen und sie verbindet, ganz gleich woher man kommt. Sie überwinden die kulturellen und familiären Herkunftunterschiede – sie überwinden Grenzen.“

Prägende Jahre

„Das erleben wir in ganz besonderer Weise in unseren bayerischen Landkreisen, wo wir von einer starken Partnerschaft mit den bayerischen Musikschulen zehren“, fuhr Karmasin fort. Rund 65.000 Unterrichtsstunden würden wöchentlich in den 219 Musikschulen im Freistaat abgehalten. Davon seien 123 in kommunaler Verantwortung. Im bundesweiten Vergleich zählten sie damit zu den Spitzenreitern. Rund 198.000 Schülerinnen und Schüler erreichten die Musikschulen schon heute. Dabei übernahmen sie Bildungsarbeit und gaben vor allem jungen Menschen etwas fürs Leben mit. 75 Prozent der Musikschüler seien zwischen 0 und 14 Jahren. Dies seien die prägenden Jahre unserer Kinder. „Man kann ohne Übertreibung sagen: Musikschulen sind diejenigen, die vor allem bei unserem Nachwuchs für den guten Ton sorgen“, unterstrich der Festredner.

Karmasin zufolge schafften die Sing- und Musikschulen über den Weg der Musik letztlich sich selbst weiterentwickeln. Besonders wichtig sei dabei, dass sie dies niederschwellig tun. Es werde ein Bündel an Tugenden vermittelt, die man auch sonst im Leben brauchen kann: Von Arbeitstugenden wie der Disziplin beim Üben über Kreativität bis hin zu sozi-



V.l.: Die scheidende Gemeindetags-Direktorin Cornelia Hesse sowie die Bürgermeisterinnen Dr. Birgit Kreß, Kathrin Alte und Susanne Hoyer.

Bild: Gemeinde Anzing

Diskussion während der KOMMUNALE:

Frauen in der Politik

Alle zwei Jahre findet in Nürnberg die KOMMUNALE statt, deutschlandweit die größte Fachmesse für den öffentlichen Sektor. Parallel zur Messe hält der Bayerische Gemeindetag seine Jahresversammlung ab. Ein Panel im Programm des Gemeindetags 2023 lautete: Frauen in der Politik: Entwicklungen in Europa.

Dr. Angelika Poth-Mögele, Generalsekretärin der Grünen im Europäischen Ausschuss der Regionen, konnte als Referentin gewonnen werden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Cornelia Hesse und Kerstin Stuber, beide Bayerischer Gemeindetag. Mit auf dem Podium saßen Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin in Markt Erlbach und Mitglied des Präsidiums im Bayerischen Gemeindetag, Kathrin Alte, Erste Bürgermeisterin in Anzing und Susanne Hoyer, Erste Bürgermeisterin in Langenbach, letztgenannte sind beide Sprecherinnen der ARGE „Frauen führen Kommunen“ im Bayerischen Gemeindetag.

14 Länder haben eine Quote

Die Essenz der Veranstaltung: Solange es nur eine Aufforderung zu einer geschlechtergerechten Besetzung von Gremien ohne verpflichtende Vereinbarungen gibt, passiert nichts. 14 europäische Länder haben eine Quote. Diese Länder haben mit

Liebe Leserinnen und Leser,

der Koalitionsvertrag zwischen CSU und FW steht. Der Koalitionsvertrag ist die Willensbekundung der neuen Staatsregierung für die nächsten fünf Jahre in Bayern. So sind auf den 85 Seiten auch die zukünftigen Leitplanken für die bayerischen Kommunen festgeschrieben. Werfen wir mal gemeinsam einen Blick auf die kommunalen Kernpunkte des neuen Koalitionsvertrags.

Ein zentrales Thema ist die dauerhafte und sichere Finanzausstattung der bayerischen Kommunen über den sog. kommunalen Finanzausgleich der Bayerischen Staatsregierung. Der Koalitionsvertrag sieht hierzu vor, dass der Finanzausgleich auf einem hohen Niveau weitergeführt werden soll und so für eine angemessene Finanzausstattung in den Kom-

Ein Koalitionsvertrag für die bayerischen Kommunen

munen auch in Zukunft gesorgt ist. Das war und ist eine zentrale Forderung der KPV, da so wichtige Infrastrukturmaßnahmen für Schulen und Kindergärten sowie Schlüsselzuweisungen für finanzschwächere Kommunen sichergestellt werden. Wir werden uns in den anstehenden Verhandlungen zum FAG 2024 für die bayerischen Kommunen stark machen.

Laut dem neuen Koalitionsvertrag sollen auch die Mittel für die kommunale Hochbauförde-

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

rung weiter erhöht werden. Aus Sicht der KPV begrüßen wir dies sehr und werden uns für eine Erhöhung des staatlichen Finanzierungsanteils bei der Hochbauförderung aussprechen.

Personell gut aufgestellte Rathäuser und Landratsämter sind die Voraussetzung für funktionierende Verwaltungen vor Ort. So verspricht der Koalitionsvertrag eine gute Personalausstattung in den bayerischen Behörden, insbesondere beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir werden uns hier für ein kräftiges Plus in den Landratsäm-

tern aussprechen, da nicht besetzte staatliche Stellen immer mehr durch landkreiseigene Stellen kompensiert werden, was dann wiederum über höhere Kreisumlagesätze finanziert werden muss. Erfreulich ist auch, dass eine Entbürokratisierung bei Nachweis-, Kontroll- und Dokumentationspflichten sowie eine weitere Digitalisierung der Verwaltungsarbeit und des Förderwesens im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellt werden. Den Worten müssen hier aber auch Taten folgen.

Ebenso zeigt der Koalitionsvertrag den zukünftigen Weg für die kommunale Krankenhausstruktur, die Flüchtlingsfinanzierung, die Digitalisierung der Schulen und die Sicherstellung der Kinderbetreuung sowie den Ausbau der Erneuerbaren Energien auf.

Zusammenfassend gesagt: Der neue Koalitionsvertrag ist alles andere als ein „Weiter so“. Er zeigt den Weg für ein resilientes und zukunftsfähiges Bayern auf. Wir als KPV werden uns für eine kommunalfreundliche Umsetzung des Koalitionsvertrags mit Nachdruck einsetzen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Luftrettung in Bayern:

Vorreiter mit 15 Standorten

„Mit 15 Luftrettungsstandorten ist Bayern so flächendeckend und gut ausgestattet, wie kein anderes Bundesland“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann beim Luftrettungssymposium des ADAC im Gut Kaltenbrunn am Tegernsee.

Die Einsätze der Rettungshubschrauber haben sich in den letzten 30 Jahren mehr als verdoppelt: Waren im Jahr 1989 etwa 8.600 Einsätze zu verzeichnen, wurden im Jahr 2022 bereits über 18.220 geflogen. „Ein wichtiger Partner in der Luftrettung ist dabei der ADAC, der allein in Bayern acht Standorte betreibt und rund 56 Prozent des Gesamteinsatzaufkommens abdeckt.“

Für den Minister ist klar: „Der Rettungsdienst in Bayern ist ohne die Retter aus der Luft heute undenkbar. Um das Luftrettungsnetz noch optimaler auszugestalten, behalten wir die technischen Entwicklungen, wie beispielsweise den Einsatz von Nachsichtgeräten oder elektrisch betriebener Senkrechtstarter genau im Auge“, so Herrmann.

Nach den Worten des Ministers habe Bayern schon immer eine Vorreiterrolle in der Luftrettung eingenommen: „Vom Freistaat sind die entscheidenden Impulse hierfür ausgegangen. So wurde bei uns am 1. November 1970 ein wichtiger Meilenstein für das Rettungswesen für ganz Deutschland gesetzt und der „RTH Christoph 1“ in München als erster Rettungshubschrauber Deutschlands in Dienst gestellt.“ Und heute ist die Luftrettung als Bestandteil zur Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit rettungsdienstlichen Leistungen unverzichtbar. **□**

Beschlüssen zu verweigern, solange die Ausschüsse nicht entsprechend geschlechtergerecht aufgestellt sind.

In 230 Jahren paritätisch

Kreß wies darauf hin, dass es keine Quote brauche, für den Anfang reichen paritätisch besetzte Listen, allerdings sei es insgesamt ein zäher Prozess: „Wenn wir so weitermachen, sind wir in 230 Jahren paritätisch.“ Hoyer forderte den Gemeindetag auf, die ARGE „Frauen führen Kommunen“ in die Satzung zu schreiben: „Wenn wir Sprecherinnen sind, dann müssen wir das auch offiziell sein. Die Frauen müssen besser vertreten sein, um die Bevölkerung besser zu vertreten.“ Für Alte ist es essenziell ein Ziel klar zu definieren und die entsprechenden finanziellen Mittel dafür auch in die Hand zu nehmen. Der Veranstaltung wohnten zu ca. 95 Prozent Frauen bei. „Natürlich müs-

sen Frauen Frauen motivieren und wir müssen starke Netzwerke bilden, aber wer stimmt denn letztendlich über unsere Quote ab“, fragte Hoyer. Dazu brauche es eben die Männer.

Für Cornelia Hesse war diese Veranstaltung die letzte in ihrer Funktion im Bayerischen Gemeindetag. Sie verabschiedete sich in den Ruhestand und übergab ihrer Kollegin Kerstin Stuber die Organisation der ARGE. Für die bayerischen Bürgermeisterinnen wandte sich Alte an Hesse: „Die Bürgermeisterinnen in Bayern sind parteiübergreifend ein echt starkes Team. Das ist vor allem einer Frau zu verdanken, die im Bayerischen Gemeindetag für die ARGE „Frauen führen Kommunen“ verantwortlich war. Wir danken im Namen aller Kolleginnen Cornelia Hesse für ihr langjähriges Engagement, die Vernetzung, Unterstützung und inhaltliche Positionierung der Bürgermeisterinnen in ganz Bayern.“ **CH**

Serielles und modulares Bauen 2.0:

Neue Rahmenvereinbarung

Europaweiter Wettbewerb liefert 25 zukunftsweisende Konzepte für schnellen, kostengünstigen Wohnungsbau in hoher Qualität

Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW hat mit Unterstützung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie nach dem großen Erfolg der ersten Rahmenvereinbarung für serielles und modulares Bauen eine neue Rahmenvereinbarung 2.0, wieder im Rahmen eines europaweiten vergaberechtlichen Ausschreibungsverfahrens, an den Start gebracht. 20 Bieter erhielten den Zuschlag für insgesamt 25 innovative Wohnungsbaukonzepte, die Mitgliedsunternehmen des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW künftig realisieren können.

In einem siebenmonatigen, komplexen und kostenintensiven Verfahren wurden von einer fachkundigen Jury unter Einbeziehung der Partner Bundesbauministerium und Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und unter Mitwirkung der Bundesarchitektenkammer die 25 besten seriellen und modularen Konzepte zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ausgewählt. Der GdW führt damit nach seiner Pionierleistung von 2018 das serielle und modulare Bauen jetzt in die nächste Generation.

Zeitersparnis

Ein großer Vorteil des seriellen und modularen Wohnungsbaus ist die Zeitersparnis. Sie ergibt sich insbesondere dadurch, dass Teile der Projektausschreibung und -vergabe sowie der Planung eines vorgesehenen Wohnungs-

baus durch die Rahmenvereinbarung und die darin angebotenen, durchgeplanten Konzepte vorweggenommen werden. Kürzere, effizientere Bauphasen dank der Vorfertigung von Bauteilen und ganzer Module bringen beim seriellen und modularen Bauen weitere wesentliche Zeitvorteile.

Starkes Preissignal

Die Rahmenvereinbarung gibt ein starkes Preissignal in den Markt, da die Baukosten bei rund der Hälfte der Angebote unter dem Medianwert von rund 3.200 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche und damit deutlich unter den durchschnittlichen Preisen für Mehrfamilienhäuser in Deutschland aus 2022 liegen. Aufgrund der Vielfältigkeit der Angebote, die von Holzbau über Stahlbeton bis hin zu Hybridbauweisen reichen, liegt die Spanne der Angebotspreise für die innovativen Modellgebäude insgesamt zwischen 2.370 und 4.370 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Weitere Preisvorteile

Fatale Signale ...

(Fortsetzung von Seite 1) im Koalitionsvertrag verankerte Ziel, den Kommunen mehr Entscheidungsbefugnisse im Sinne von Klima- und Gesundheitsschutz, Verkehrssicherheit sowie Lebensqualität vor Ort zu geben, werde somit nicht ausreichend gewürdigt.

„Deutschlands Städte und Gemeinden brauchen ein modernes Verkehrsrecht anstelle eines weiteren ‚Klein-Klein‘ an Ausnahmeregelungen und komplexen Nachweisverfahren. Die vorliegenden Entwürfe zum Straßenverkehrsgesetz und der Straßenverkehrsordnung sind hierbei leider nicht der erhoffte große Wurf, um den Schilderwald zu lichten, passgenaue Lösungen umzusetzen und so die Verkehrswende zu unterstützen“, unterstrich Ingo Hacker.

Bürokratische Verfahren

Vielen Städten und Gemeinden seien derzeit die Hände gebunden, wenn es um die Einrichtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen oder anderen verkehrlichen Maßnahmen geht. Die Einrichtung von Fußgängerüberwegen oder Tempo 30 bedürften oftmals bürokratischer Verfahren und nachgewiesener Unfallzahlen anstatt dem Präventionsprinzip folgend passgenaue Lösungen flexibel und schnell zu ermöglichen.

„Die nun vorgesehene Möglichkeit, künftig nicht nur direkt vor Schulen, sondern auch entlang stark frequentierter Schulwege Tempo 30 einrichten zu können, geht in die richtige Richtung. Ebenso ist die Aufnahme von Spielplätzen in die Liste von zulässigen Bereichen für eine reduzierte Höchstgeschwindigkeit überfällig“, betonte Hacker. Jedoch gebe es eine Vielzahl weiterer Einrichtungen, vor denen die Kommunen Maßnahmen zu mehr Verkehrssicherheit und Klimaschutz weiterhin nicht durchsetzen können. Statt auf die kommunale Abwägung in der Verkehrsgestaltung zu vertrauen, bleibe der Gesetzgeber zu zaghaft. Deshalb Hackers Appell: „Wir brauchen maximale Handlungsspielräume vor Ort und ein stärkeres Vertrauen auf die kommunale Ebene.“ DK

können zusätzlich durch Mengeneffekte generiert werden. Angesichts stark gestiegener und kurzfristig stark schwankender Baukosten garantiert die Rahmenvereinbarung zudem dringend notwendige Preissicherheit. Die in der neuen Vereinbarung für fünf Jahre festgeschriebenen Preise können nur auf Grundlage festgelegter Material- beziehungsweise Baupreisindizes angepasst werden.

Auswahlkriterien

Die Auswahl der Rahmenvertragspartner erfolgte nach ökonomischen Kriterien, wie Angebotspreis, Skaleneffekte, Liefergebiet, Lieferkosten und gleichgewichtet nach Kriterien der Kategorie Qualität und Innovation. Hier wurden Punkte für städtebauliche und gestalterische Qualität, funktionale und technische Qualität sowie die ökologische Qualität vergeben. Die ökologische Qualität der Angebote ging mit einem Anteil von einem Drittel nun deutlich gewichtiger in die Bewertung ein. Damit orientieren sich die Angebote auch an künftigen Förderkulissen und Nachhaltigkeitsanforderungen.

Die Bewertung der Angebote erfolgte auch mit Unterstützung der Bundesarchitektenkammer. Mit der Rahmenvereinbarung setzt der GdW eine konkrete Maßnahme aus dem ersten

Bürgerliches Gegenmodell ...

(Fortsetzung von Seite 1) mit den Kommunen 180.000 neue Kita-Plätze geschaffen werden, 50.000 für Kinder unter sechs Jahren und 130.000 für Grundschulkindern. Vor dem letzten Kindergartenjahr soll es verpflichtende Sprachtests geben, um bei allen Kindern ausreichende Deutschkenntnisse sicherzustellen.

9.000 neue Stellen für Schulen

An den Schulen sollen bis 2028 insgesamt 9.000 neue Stellen geschaffen werden: 6.000 neue Lehrerstellen und 3.000 neue Stellen „für multiprofessionelle Unterstützungskräfte, wie zum Beispiel Verwaltungsangestellte, Sozialpädagogen und Schulpsychologen“. Bis 2027/28 soll die Besoldung A13 für alle Grund- und Mittelschullehrer gelten. Um die Befassung mit Werten der Verfassung zu stärken, planen CSU und FW an den Schulen eine „Verfassungsviertelstunde“ als wöchentliches Format, in der „über die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz sowie die dort verankerten Grundsätze diskutiert wird“.

„Weiterhin werden wir auf eine gute personelle Ausstattung in den Verwaltungen vor Ort achten, insbesondere um bei aktuell gesellschaftlich hochrelevanten Themen wie etwa dem Ausbau Erneuerbarer Energien gut aufgestellt zu sein.“ Zudem sollen bis Mitte 2024 mindestens zehn Prozent aller Verwaltungsvorschriften entfallen, heißt es im Koalitionsvertrag.

CSU und FW wollen sich überdies dafür einsetzen, dass auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Gemeinden unter 5.000 Einwohnern grundsätzlich hauptamtlich tätig sind. Mit der „Offensive.Heimat.Bayern 2025“ wird das Augenmerk weiterhin auf eine aktive Strukturpolitik für ganz Bayern gelegt. „Wir führen die Behördenverlagerung als Teil der Heimatstrategie konsequent fort. Ziel bleibt stets die Sicherstel-

Bündnis bezahlbarer Wohnraum von 2017 um und entwickelt sie konsequent weiter.

Bundesbauministerin Klara Geywitz: „Wir brauchen Tempo beim Wohnungsbau. Mit dieser neuen Rahmenvereinbarung kommen wir jetzt gemeinsam einen Schritt weiter, um beim Planen und Bauen der dringend benötigten Wohnungen schneller zu werden. Sie hilft den Wohnungsunternehmen im ganzen Land dabei, ihre Projekte unkomplizierter und kostengünstiger umzusetzen – und das bei gleichbleibend hoher Qualität. Denn durch Vorfertigung, durch serielle und modulare Bauen kommen Zeitersparnis und Effizienz zustande. Mit zahlreichen Maßnahmen beschleunigen wir das Planen und Bauen. Die Einrichtung einer Geschäftsstelle und eines runden Tisches für das serielle, modulare und systemische Bauen zählt dazu, ebenso die Einführung des digitalen Bauantrages und die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Und weitere Maßnahmen werden folgen, mit denen wir dafür sorgen, dass in kürzerer Zeit mehr und schneller Wohnraum entsteht.“

Planungssicherheit

Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW: „Gerade angesichts der stark gestiegenen Kosten für das Bauen liefert unsere Rahmenvereinbarung ein wichtiges Preissignal in den Markt. Darüber hinaus garantiert sie Preisstabilität und damit dringend notwendige Planungssicherheit für die Wohnungsunternehmen. Das serielle und modulare Bauen 2.0 ist damit ein wichtiger Baustein, um dank moderater Baukosten neue Wohnungen zu bezahlbaren Mieten errichten zu können. Neu geschaffene Baukapazitäten dank industrieller Vorfertigung können wirksam dabei helfen, dass sich Deutschland seinen Wohnungsbauziele langsam nähert, statt sich immer weiter von ihnen zu entfernen. Dafür müssen aber auch

Anforderungen aus Sicht ...

(Fortsetzung von Seite 1) Vorgaben für die Gebäudeausrichtung verpflichtend gemacht werden. Dies wäre ebenso für Vorgaben zur Anlage von begrünten Dächern auf Nebengebäuden (Carports, Garagen, Schuppen) denkbar. Auf diese Weise könnte die Nutzung von ohnehin technisch überformten Flächen die Freiflächen bzw. den Außenbereich schonen. Wichtig sei es dabei jedoch, flexible Regeln für andere nachhaltige Energiekonzepte bereitzuhalten.

Energieberatung für alle

Beispielsweise bieten die Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein gemeinsam für alle Bürger in den Landkreisen eine Energieberatung an und veranstalten regelmäßig Energiesprechstage. Derartige Bemühungen der Landkreise zum Klimaschutz gelte es, durch weitere Maßnahmen zu flankieren. Vom Bund geförderte Klimaschutzmanager könnten den Klimaschutz, auch für das nachhaltige Bauen, aktuell nur unter engen Rahmenbedingungen und nur in einzelnen Kommunen vortreiben. Solche Daueraufgaben dürften aber nicht durch punktuelle Anschubförderungen finanziert werden. Effizienter wäre eine flächendeckende, inhaltlich freie und verstetigte finanzielle Unterstützung der Landkreise, beispielsweise durch die Beteiligung der Kommunen an der CO₂-Bepreisung.

Zudem sei es möglich, durch gesetzliche Verpflichtungen für Bestands- wie Neubauten die Energieeffizienz zu verbessern. So könnten der Bau von Solar Kollektoren für die Wassererwärmung und von Photovoltaikanlagen für die Stromversorgung mit einhergehenden

Versicherungsfremde Leistungen bei GKV:

Scharf fordert mehr Bundeszuschüsse

Höhere Beiträge führen in soziale Sackgasse

Bayerns amtierende Gesundheitsministerin Ulrike Scharf hat vor einer Erhöhung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gewarnt und deutlich höhere Bundeszuschüsse zu versicherungsfremden Leistungen gefordert. „Eine nochmalige Erhöhung des Zusatzbeitrages führt in eine soziale Sackgasse. Die Bundesregierung muss Verantwortung übernehmen und höhere Bundeszuschüsse zu versicherungsfremden Leistungen zahlen“, so die Ministerin.

Bisher belaufe sich der Bundeszuschuss auf 14,5 Milliarden Euro. Experten beziffern die Gesamtkosten der GKV für versicherungsfremde Leistungen aber auf bis zu 56 Milliarden Euro. Allein bei den Bürgergeldbeziehern liegt demnach eine Unterfinanzierung von zehn Milliarden Euro pro Jahr vor. „Diese Lücke darf in keinem Fall zulasten der Beitragszahlerinnen und -zahler gestopft werden“, erklärte Scharf. In Zeiten von hoher Inflation und zunehmenden wirtschaftlichen Sorgen der Menschen sollte Entlastung das Gebot der Stunde sein. Der Zusatzbeitrag wurde schon zum 1. Januar dieses Jahres spürbar erhöht. Diese unsoziale Vorgehensweise darf nicht zur Routine der Bundesregierung werden.“

Insgesamt geht der Schätzerkreis von einer Finanzierungslücke der GKV von 3,2 Milliarden Euro aus. Aus Sicht von Ministerin Scharf wäre die Finanzierung der GKV leicht auf ein solides Fundament zu stellen, wenn die Bundesregierung ihre Pflichten ernst nähme. Bayern lehnt eine weitere Beitragssatzerhöhung ab. Unabhängig von der Höhe – ein weiterer Beitragsanstieg sei den Beitragszahlerinnen und -zahlern nicht mehr zuzumuten. □

die weiteren Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden: Die Regulatorik rund ums Bauen muss konsequent vereinfacht, Grundstücke dürfen nicht zum Höchstpreis vergeben und die Typengenehmigung muss in allen Landesbauordnungen mit Leben erfüllt werden. Wir brauchen in Deutschland ein neues, wahrhaftiges Versprechen für bezahlbares Wohnen. Mit der gebotenen Unterstützung vonseiten der Regierung kann der serielle und modulare Wohnungsbau ein Teil dieses Versprechens sein.“

Prozessoptimierung

Peter Hübner, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB): „Die Rahmenvereinbarung ist ein deutliches Bekenntnis zum seriellen und modularen Bauen und für unsere Branche von großer Bedeutung. Denn das serielle Bauen ist ein ideales Beispiel, wie durch industrielle Prozesse noch effektiver und integrier-

ter geplant und gebaut werden kann. Durch eine durchgehende und auf die Bauausführung abgestimmte, voll digitalisierte Planung können Prozesse optimiert, Schnittstellen reduziert und die Fehleranfälligkeit minimiert werden. Gleichzeitig können durch industrielle Vorfertigung oder hohe Wiederholungseffekte Kosten und Bauzeiten bei gleichbleibender Qualität reduziert werden. Diese wirtschaftlichen Effekte zahlen am Ende auch auf die Nachhaltigkeit ein, da Ressourceneinsatz optimiert und damit CO₂-Emissionen reduziert werden. Auch für unser Personal ist weniger Zeit bei Wind und Wetter auf der Baustelle ein großes Plus und erhöht die Attraktivität unserer Branche angesichts des Fachkräftemangels. Denn eines ist klar: Wir müssen künftig mit weniger Menschen mehr bauen. Der serielle und modulare Wohnungsbau ist daher in den Dimensionen Produktivität, Kosten-Nutzen und Arbeitgeberattraktivität ein Win-Win-Win-Thema.“

Für Wohnungsunternehmen bietet die Rahmenvereinbarung den großen Vorteil, dass Angebote aus der Vereinbarung mit vergleichsweise geringerem Aufwand lokal angepasst realisiert werden können. Das bringt vor allem für öffentliche Unternehmen einen deutlichen Zeitgewinn, da nicht einzeln in jedem Unternehmen und für jedes Projekt erneut europaweit ausgeschrieben werden muss. Die Vorlaufzeiten für Bauvorhaben werden dadurch wesentlich verkürzt.

Verkürzte Bauzeit vor Ort

Das serielle und modulare Bauen vereint darüber hinaus weitere Pluspunkte: Durch Vorfertigung von Bauteilen im Werk wird die Baustellenszeit vor Ort im Schnitt auf rund sechs Monate verkürzt, was den Nachbarn zugutekommt. Der Einsatz maschineller Vorproduktion ist eine Antwort auf den massiven Fachkräftemangel. Damit nur Angebote mit einer grundsätzlich hohen städtebaulichen und gestalterischen Qualität den Zuschlag erhalten, hat die Bundesarchitektenkammer im Auswahlgremium mitgewirkt. In der konkreten Umsetzung vor Ort sorgen darüber hinaus Planerinnen und Planer in Zusammenarbeit mit den Bauunternehmen für eine hohe Planungs- und Bauqualität. Ein ganz wesentlicher Vorteil bei Nutzung der Rahmenvereinbarung für alle Beteiligten ist die Planungssicherheit, Kalkulierbarkeit und Kostenstabilität über die gesamte Projektlaufzeit, die bei klassischer Vorgehensweise häufig Fehlanzeigen ist. □

Hätte man mehr wissen können?

Corona-Untersuchungsausschuss wird überwiegend für nicht notwendig erachtet

Gab es zu viel Panikmache? Waren die Entscheidungsprozesse zu intransparent? Rund um die Corona-Politik stellen sich tausend Fragen. Ein Untersuchungsausschuss könnte Licht ins Dunkel bringen. Doch der ist auf Bundesebene unerwünscht. Die Mehrheit der Bundestagsmitglieder sprach sich im April dagegen aus. In Brandenburg hingegen gibt es einen solchen Ausschuss. Für Hessen ist er angedacht. Sollte es ihn auch in Bayern geben?

Durch Untersuchungsausschüsse haben Parlamente die Möglichkeit, das Handeln der Regierung, insbesondere der Exekutive, zu untersuchen und Missstände aufzudecken. Oft werden solche Ausschüsse von der Opposition gefordert. Häu-

lerdings hält der Landtagsabgeordnete die Landesparlamente nicht für den richtigen Ort, um Untersuchungsausschüsse einzurichten. „Die Grundsatzentscheidungen in der Corona-Krise wurden von der Bundesregierung und der Ministerpräsidentenkonferenz getroffen“, erläutert er. Wünschenswert wäre für ihn deshalb die Einsetzung einer Enquete-Kommission auf Bundesebene. Hier sollte umfassend mit Sachverständigen geprüft werden, „welche Maßnahmen gegen die Pandemie sinnvoll gewesen sind und welche nicht“.



Selbst wenn sie allein waren, war es Kindern verboten, Sportanlagen im Freien zu nutzen.

Bild: Pat Christ

fig werden sie abgelehnt. So scheiterte am 5. Juli der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu Cum-Ex. Seit mehr als einem Jahr hingegen läuft ein Untersuchungsausschuss, der den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zum Thema hat. Ab 2014 wurde die NSA-Affäre untersucht. 2007 ging es um die Frage, inwieweit Deutschland zumindest mittelbar am Irak-Krieg beteiligt war.

„Es ist für unsere Gesellschaft und für den Staat wichtig, aus der Pandemie zu lernen“, sagt auf Anfrage der Bayerischen Gemeindezeitung Danny Eichelbaum zum Corona-Untersuchungsausschuss in Brandenburg. Der 49-jährige Christdemokrat sitzt dem Ausschuss vor. Angeregt wurde der von der AfD als jener Partei, die während der gesamten Corona-Krise auf Bundes- und Länderebene kritische Anfragen zur Corona-Politik stellte.

Auch dem Antrag auf einen Corona-Untersuchungsausschuss in Brandenburg lag ein umfangreicher Fragenkatalog bei. Etliche Fragen betreffen die Impfstrategie, die Wirkungen und Nebenwirkungen der Impfung sowie die Impfwerbung. Die Parlamentarier möchten eruieren, welche Daten zur Wirksamkeit und Sicherheit der in Brandenburg angewendeten Covid-Impfstoffe der Landesregierung vorlagen. Außerdem soll untersucht werden, welche und wie viele Impfschäden und Impftote es in Brandenburg bisher gibt. Schließlich soll es um den politischen Umgang mit kritischen Stimmen gehen.

Als Feind betrachtet

Kritiker der Corona-Politik haben bald gemerkt, dass sie sich den Mund verbrennen, äußern sie ihre Bedenken zu offen. Die zum Teil brachiale und in dieser Qualität vollkommen neue Ausgrenzung und Diffamierung von Bürgern, die zu einem andern Schluss gekommen sind als die Regierungen, wurde europaweit schon früh beklagt. „Jeder, der es wagt, von der erlaubten Erzählung abzuweichen, ja jeder, der sich weigert, ihre radikalste Version zu vertreten, gilt als Fanatiker“, konstatierte die polnische Zeitung „Rzeczpospolita“ bereits Ende 2020. Befürworter einer anderen Sichtweise würden „immer häufiger nicht als Gegner, sondern als Feinde“ angesehen.

Für Danny Eichelbaum ist es wichtig, kritische Fragen zu stellen und Antworten zu finden. Al-

band Bayern (evKITA) hingegen hat eine klare Meinung: Es sollte, sagt er, keinen bayerischen Corona-Untersuchungsausschuss geben. „Niemand konnte zu Beginn der Pandemie voraussagen, dass die langen Kita- und Schulschließungen nicht in dem Umfang nötig gewesen wären“, meint Christiane Münderlein, evKITA-Vorständin für Bildung und Soziales. Die damaligen Entscheidungen hätten den aktuellen Wissensstand wiedergegeben.

„Man hat es nicht besser wissen können“, dies ist eine gebetsmühlenartige Behauptung, die den objektiven Tatsachen widerspricht. Auf EU-Ebene wird ein Beispiel existiert seit 2007 ein „Grünbuch über die Biogefahrenabwehr“. Im Mittelpunkt steht Bioterrorismus – man denke an die Anthrax-Briefe von 2001. Doch schon 13 Jahre vor Ausbruch der Corona-Krise dachte man in diesem Grünbuch auch darüber nach, wie man damit umgehen könnte, wenn „mit Vorsatz tödliche Erreger freigesetzt würden oder eine natürliche Krankheit ausbrechen oder aus einem Drittland in die EU eingeschleppt würde“.

Man hätte wissen können

2007 wurde vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die Sicherheitsübung „Lüxex 07“ durchgeführt. Übungsannahme war eine weltweite Influenza-Pandemie, also eine Grippewelle mit schwerwiegenden Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft. Alles, was dann 2020 relevant wurde, wurde damals schon simuliert, erfährt man auf der Seite des BBK. Es ging bei der Übung um die Umsetzung von abgestimmten Notfallplanungen und Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge sowie die Aufrechterhaltung lebensnotwendiger Funktionen bei krankheitsbedingtem Ausfall des Personals.

Geübt wurde weiter die bundesweite Koordinierung knapper Ressourcen wie z. B. Schutzausrüstung. Schließlich ging es um „eine breit angelegte, abgestimmte aktive Medienarbeit zur situationsgerechten Information der Bevölkerung“. 3.000 Personen waren an dieser Übung beteiligt.

Der zweiteilige Nationale Pandemieplan das Robert-Koch-Instituts erschien in den Jahren 2016 und 2017. In diesen Plänen geht es nicht zuletzt um das pandemische Potenzial „zoonotischer Infektionen“. Detailliert wird beschrieben, wie man sich auf eine pandemische Krise vorbereitet und was vom ersten Tag einer Krise an zu tun ist.

Ende 2013 trat die „Allgemei-

ne Verwaltungsvorschrift über die Koordinierung des Infektionsschutzes in epidemisch bedeutsamen Fällen“ in Kraft. Auch der Verein „Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit“ (ZOES), dem Sicherheitsexperten, Wissenschaftler und Wohlfahrtsverbände angehören, machte sich bereits früh Gedanken über den Umgang mit einer Pandemie. Im ZOES-Grünbuch von 2008 ging es um potenzielle Risiken und Effekte einer Influenza-Pandemie. Das durch SARS-CoV-2 verursachte Lungenleiden Covid-19 sei als Szenario vorweggenommen worden, heißt es im Grünbuch-Update von 2020.

Manches mag während der Corona-Krise aus dem und jenem Grund nicht ganz rund gelaufen zu sein. „Von einem Corona-Untersuchungsausschuss in Bayern verspreche ich mir jedoch gar nichts“, sagt Mario Kunz. Der Pastoralreferent sitzt der Konferenz für Katholische Gefängnisseelsorge in Bayern vor. Als Gefängnisseelsorger hatte er es mit Menschen zu tun, die besonders heftig unter der Corona-Krise gelitten hatten. So gab es Gefangene, die monatelang durch „gute Führung“ darauf hingearbeitet hatten, Lockerungen und damit Ausgange oder ein freies Wochenende zu erhalten. Kurz vor dem Ausbruch der Corona-Krise war dies in greifbare Nähe gerückt.

Plötzlich war jeder Ausgang unmöglich. „Einige Inhaftierte drehten deshalb fast durch“, hatte damals eine bayerische Gefängnisseelsorgerin berichtet. Doch auch, wenn die Konsequenzen gerade für Gefangene schlimm waren, wüsste Mario Kunz nicht, wozu ein Untersuchungsausschuss gut sein sollte. „Die letzten Untersuchungsausschüsse in Bayern haben keine relevanten Ergebnisse gebracht, sondern waren meiner Beobachtung nach von parteipolitischen Aktionen geprägt“, sagt er.

Dem freiheitlichen Verfassungsstaat verpflichtet bleiben

Ein klares Nein zur Frage, ob ein Corona-Untersuchungsausschuss in Bayern nötig wäre, kommt auch von Kyriell-Alexander Schwarz, Rechtsstaatsexperte an der Uni Würzburg. Ein Untersuchungsausschuss über allgemeine politische Missstände in der Pandemie liefe Gefahr, zum „Mittel der politischen Skandalisierung“ zu verkommen. Der Juraprofessor betont, dass er selbst kein grundsätzlicher Kritiker der Corona-Maßnahmen war. „Die Politik konnte gar nicht anders, als die von ihr für richtig erachteten Maßnahmen anzuordnen“, gibt er zu bedenken. Sie hätte sich sonst dem Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung ausgesetzt.

Zu einer anderen Auffassung

ConSozial in Nürnberg:

Am Puls der Zeit

Fachkräftemangel in der sozialen Berufswelt, künstliche Intelligenz, der europäische Aktionsplan für die Sozialwirtschaft und die Frage, wie Altersarmut bekämpft und älteren Menschen mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden kann: Dies waren nur einige Themenfelder der Fach- und Kongressmesse ConSozial in Nürnberg unter dem Motto „Innovation x Sozial: Miteinander nach vorn“. An zwei Tagen trafen sich Expertinnen und Experten, um das Heute und das Morgen der Sozialwirtschaft zu diskutieren.

Die 24. Auflage der ConSozial verzeichnete mit rund 5.000 Besuchenden einen großen Erfolg. Von der Diakonie über die Social Entrepreneurship Akademie bis zum Landesverband Autismus waren insgesamt 220 Aussteller vertreten. Zudem belebten unter anderem der ConSozial-Kongress, der begleitende KITA-Kongress und das Managementsymposium für die führende Fachmesse der Sozialwirtschaft im deutschsprachigen Raum.

Der KITA-Kongress 2023 trug den Titel „Das Kind, das aus dem Rahmen fällt“. Dabei wurde die Relevanz der richtigen Begleitung von Kindern mit herausforderndem Verhalten in den Mittelpunkt gestellt. Die Vorträge zeichneten sich durch einen internationalen Weitblick aus.

Die Präsentation „Überregionales Konzept der Elysée Kitas“ informierte über Herausforderungen und Potenziale bei dessen Umsetzung, und ein niederländisches Praxisbeispiel befasste sich mit Voraussetzungen und benötigten Gegebenheiten einer gesunden, nachhaltigen Kinderbetreuung.

Als besonderer Höhepunkt begeisterte der Soziale Innovationspreis, der in diesem Jahr an die „JUHI GmbH“ in Berlin verliehen wurde. JUHI, gegründet im Jahr 2018, ist ein innovatives, soziales Unternehmen, das die Brücke zwischen Generationen schlägt, indem es junge Helfer wie Schüler, Auszubildende und Studenten zur Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen einsetzt. Mit seiner innovativen App organisiert JUHI Alltagshilfen wie Erledigungen, Haushaltshilfe oder Betreuung für Pflegebedürftige. Ziel ist es, den Zugang zu kassengeförderter Alltagshilfe zu erleichtern und die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern.

Zum Messe-Abschluss zog Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf eine positive Bilanz: „Die ConSozial ist am Puls der Zeit. Auf der Messe wurde die Vielfältigkeit der Sozialwirtschaft einmal mehr sichtbar: soziale Innovationen, Künstliche Intelligenz, Digitalisierung, Social Start-Ups, junge und etablierte Unternehmen waren vertreten. Sie alle bringen unser Land in die Zukunft!“

Scharf zufolge steht insbesondere die Sozialwirtschaft vor der großen Herausforderung des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels. „Im Freistaat setzen wir uns intensiv dafür ein, mehr Menschen für einen Beruf im sozialen Bereich zu begeistern. Ich fordere den Bund auf, zügig eine bundesweite Fachkräftestrategie zu erarbeiten. Wir müssen bundesweit gegensteuern und benötigen einen strategischen Überblick. Einfach nur zuschauen, Mittel im Haushalt kürzen und nichts tun, wird nicht weiterhelfen. Mit mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der soziale Bereich ein entscheidender Wirtschaftsfaktor“, bekräftigte die Ministerin. **DK**

gelangt der Staatsrechtswissenschaftler Hans-Jürgen Papier. Für ihn ist eine rechtswissenschaftliche Aufarbeitung der Corona-Krisezeit unumgänglich. Dies erklärte er unlängst bei einer Tagung der Denkfabrik R21.

Während der Krise scheine die Politik hintergründig von den Devisen bestimmt gewesen zu sein, dass Not kein Gebot kenne und der vermeintlich gute Zweck jedes Mittel heilige, so Papier. Dies gehe in einem freiheitlichen Verfassungsstaat selbst in Krisenzeiten nicht. Gerichte allerdings hätten Grundrechtsspendierungen jeder Art und jeden Ausmaßes ein Placet erteilt: „Das entspricht nicht unserer rechtsstaatlichen, freiheitlichen Ordnung.“

Heiner Bielefeldt, Inhaber des Lehrstuhls für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg, hält einen Untersuchungsausschuss hingegen für „unbedingt“ notwendig. Die durch die Corona-Krise verursachten „Verwerfungen“ in der Gesellschaft wirken nach seiner Beobachtung weiter. Depressionen und andere psychische Erkrankungen hätten bei jungen Leuten deutlich zugenommen. „Viele ältere Menschen haben ihre letzten Lebensjahre in Vereinsamung zugebracht, manche sind ohne Trost ihrer Angehörigen verstorben“, so der Menschenrechtsexperte.

Die meisten Menschen sind einfach nur froh, dass die Corona-Krise vorüber ist, erklärte die Politikwissenschaftlerin Ursula Münch Ende Oktober im Münchner Presseclub. Doch es gebe eine Menge Gründe, warum das Thema „Corona“ einem Teil der Bevölkerung nach wie vor sehr wichtig ist: „Mir selbst ist das allerdings auch erst relativ spät in diesem Wahlkampf klar geworden.“ Politiker und Wissenschaftler seien insofern auch nur Menschen, als auch sie sich mit dem Thema Corona großenteils nicht mehr beschäftigen wollten: „Aber das müsste eigentlich gemacht werden.“ Eventuell, so Münch, hätte man auch sagen müssen: „Wir entschuldigen uns.“ **Pat Christ**

Einschränkungen der Grund- und Menschenrechte

Aufgrund der Corona-Krise kam es laut Heiner Bielefeldt zu Einschränkungen der Grund- und Menschenrechte wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. „Betroffen waren die



Fragen am Münchner Geschwister-Scholl-Platz.

Bild: StreetviewPhotography

Mikrozensus in Bayern:

Durchschnittlich 3,7 Räume je Haushalt

Eigentümerhaushalte mit mehr Wohnräumen als Mieterhaushalte

Wie die Daten aus der Mikrozensus-Erhebung zeigen, stehen den Haushalten in Bayern im Jahr 2022 neben Küche, Bad und Flur durchschnittlich rechnerisch 3,7 Wohnräume zur Verfügung. Insbesondere bei selbstbewohnten Eigentumswohnungen und im ländlichen Raum verfügen Haushalte überdurchschnittlich noch mehr Wohnräume.

Fürth. Wie das Fachteam des Bayerischen Landesamts für Statistik nach den Ergebnissen des Mikrozensus zum Thema Wohnen mitteilt, gibt es im Jahr 2022 in Bayern 6,1 Millionen Haushalte. Die Gesamtbetrachtung dieser Haushalte in Bayern zeigt: 54 Prozent davon wohnen zur Miete, 46 Prozent sind Eigentümerhaushalte. Im Stadt-Land-Vergleich lässt sich feststellen: ländliche Regionen weisen mit 61 Prozent einen deutlich höheren Anteil an Eigentümerhaushalten auf als urbane Gemeinden, bei welchen 71 Prozent, also 7 von 10 Haushalten, in einem Mietverhältnis stehen.

Weiter zeigen die Daten aus der Mikrozensus-Erhebung, dass die Haushalte in Bayern durchschnittlich 101 Quadratmeter je Wohnung zur Verfügung haben. Das sind rechnerisch im Schnitt 3,7 Wohnräume. Zu beachten: Bei diesem Wert sind Küche, Bad, Toilette, Flur, Abstellräume, Balkone sowie gewerblich genutzte Räume nicht mitgezählt.

Haushalte im Eigentum und in ländlichen Regionen haben generell mehr Wohnräume zur Verfügung

„Haushalten, die in ihrer Ei-

gentumswohnung leben, stehen im Vergleich zu Haushalten in einer Mietwohnung durchschnittlich mehr Wohnräume zur Verfügung“, erklärt Sachgebietsleiter Christian Globisch mit seinem Fachteam vom Bayerischen Landesamt für Statistik in Fürth. Die Datenauswertung zeigt, dass die Anzahl der Wohnräume bei Eigentümerhaushalten mit durchschnittlich 4,6 und auch in ländlichen Regionen mit durchschnittlich 4,3 deutlich über dem gesamtbaye- rischen Wert von im Schnitt 3,7 Wohnräumen liegt.

Single-Haushalte benötigen den meisten Platz

Ein Blick auf die Haushaltsgröße zeigt, dass Einpersonenhaushalte auf durchschnittlich 2,8 Wohnräumen leben. Zweipersonenhaushalte verfügen statistisch gesehen über 3,8 Wohnräume und mit jeder zusätzlichen Person im Haushalt steigt die Raumanzahl weiter an – wenn auch in geringerem Umfang. Bewohnt eine alleinlebende Person ihre Eigentumswohnung selbst, so ist diese mit im Schnitt 3,7 Wohnräumen und 104 Quadratmetern großzügiger als die von alleinlebenden Mietern mit durchschnitt-

lich 2,4 Wohnräumen und 64 Quadratmetern. Auch in Haushalten mit zwei minderjährigen Kindern verfügen Mieter über eine geringere Anzahl an Wohnräumen als Eigentümerhaushalte – im Schnitt 1,4 Wohnräume weniger (durchschnittlich 3,9 gegenüber durchschnittlich 5,3 Wohnräume).

Ebene Regierungsbezirke im Überblick: Anteil an Mieter- und Eigentümerhaushalten sowie Anzahl Wohnräume

Im regionalen Vergleich zeigt sich die höchste Mieterquote in Oberbayern mit 60 Prozent, wobei die Landeshauptstadt München mit 75 Prozent diesen Wert deutlich übersteigt. Ganz anders der Wert in der stärker ländlich geprägten Oberpfalz: hier ist der Anteil an Eigentümerhaushalten mit 53 Prozent am höchsten.

In Niederbayern lebt man am großzügigsten

Bei der Betrachtung der Anzahl der Wohnräume zeigt sich folgendes Bild: Mit durchschnittlich 4,1 Wohnräumen je Haushalt fällt diese in Niederbayern am höchsten aus.

Es folgen Unter-/Oberfranken sowie die Oberpfalz mit durchschnittlich 3,9 Wohnräumen. In Schwaben sind es durchschnittlich 3,8, in Mittelfranken 3,5 und in Oberbayern im Schnitt 3,4 Wohnräume. □

Baupreise für den Neubau von Wohngebäuden:

Preisentwicklung verliert an Dynamik

Im Vergleich zum Vorjahresmonat steigt der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden im August 2023 um 5,9 Prozent. Binnen Jahresfrist erhöhen sich sowohl die Preise für Rohbauarbeiten (+2,9 Prozent) als auch die Ausbauarbeiten (+8,4 Prozent).

Gegenüber dem August 2022 sind die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in Bayern um durchschnittlich 5,9 Prozent gestiegen. Gemessen am Jahr 2022, als Steigerungsraten von über 17 Prozent ermittelt wurden, hat die Preisentwicklung beim Wohnbau somit im Jahresverlauf deutlich an Dynamik verloren. Mit einem Wert von 159,3 (2015: 100) ist der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden im Vergleich mit dem letzten Erhebungsmonat Mai 2023 unverändert.

Im Bereich der Rohbauarbeiten kletterten die Preise im Vorjahresvergleich lediglich um 2,9

Prozent. Die höchsten Zuwachsraten verzeichnen die Expertinnen und Experten vom Bayerischen Landesamt für Statistik bei Klempnerarbeiten (+7,9 Prozent) und Abdichtungsarbeiten (+6,6 Prozent). Ein Rückgang ist bei den Stahlbauarbeiten (-1,2 Prozent), den Zimmer- und Holzbauarbeiten (-0,7 Prozent) sowie den Betonarbeiten (-0,2 Prozent) zu beobachten.

Bei den Ausbauarbeiten erhöhen sich die Preise gegenüber August 2022 jedoch um deutliche 8,4 Prozent. Besonders starke Preissteigerungen sind für Dämm- und Brandschutzarbeiten an technischen Anlagen (+16,6 Prozent), Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen innerhalb von Gebäuden (+13,4 Prozent) sowie für Heizanlagen und zentrale Wasseraufbereitungsanlagen (+13,0 Prozent) zu beobachten. Preisrückgänge sind hier keine zu verzeichnen. □



Den Preis verliehen Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (l.) und Bezirksstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl (2. v. l.) an Anton Schweiger (3. v. l.) und Richard Seis (4. v. l.). Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefeldler (r.) stellte die Weinzierl-Häuser vor. Mit im Bild die Ehegattinnen der Preisträger.

Bild: Bäcker/Bezirk Niederbayern

Klimabeschichtung für Fassaden

ClimateCoating schützt vor Wärmeverlust, Schimmel und Witterungsschäden

Heizenergie sparen ist das Gebot der Stunde. Dabei hilft eine Fassadenfarbe, die die ganzjährige Energiebilanz des Gebäudes verbessert, indem sie Hitze und Kälte in den Räumen reguliert. „ClimateCoating“, eine effektive Fassadenfarbe, ist ein wirkungsvolles Werkzeug für den Schutz und die nachhaltige Instandhaltung von Fassaden. Diese speziellen Farbanstriche bekämpfen nicht nur Wärmeverlust und Wärmebrücken, sondern auch Algen, Moos, Schimmel und andere Wetterschäden. Darüber hinaus bieten sie im Sommer Schutz vor Hitze.

Die langanhaltende Wirkung der ClimateCoating Klimabeschichtungen beruht auf verschiedenen physikalischen Effekten. Dazu gehören Reflexion, Emission, Kapillarkwirkung, Verdunstungskühle und die Bildung einer Membran mit variablem Feuchtedurchgang. Diese Effekte werden durch winzige Glaskeramik-Hohlkugeln erzielt, die einen Großteil der Farbe ausmachen und ihre Wirkung sowohl im Innen- als auch im Außenbereich entfalten.

Das Plus für die Umwelt: Alle ClimateCoating-Farben sind mit dem strengen Greenguard Gold Label zertifiziert, was bedeutet,

dass sie auch in besonders sensiblen Umgebungen wie Schulen, Kindergärten oder Gesundheitseinrichtungen eingesetzt werden können. Alle Produkte sind wasserbasiert und lösungsmittelfrei. Sie wirken ausschließlich auf physikalischer Basis.

Lange Haltbarkeit

„Alle reden davon, dass Wärmeschutz teuer ist. Mit unserer Klimafarbe sind schnell deutliche Einspareffekte ohne aufwändige Sanierungsmaßnahmen möglich. Und preislich lohnt sich der Beschichtungsaufwand zusätzlich wegen der langen Standzeit

ten solcher Fassaden“, sagt Cool Ants Germany-Geschäftsführerin Freia Torge.

Auf der Fassade erzielt ClimateCoating folgende nachweisbaren Wirkungen:

- Im Winter hält sie die Heizwärme im Gebäude.
- Im Sommer wird die Sonnenhitze reflektiert.
- Durch die Kapillarkwirkung wird vorhandene Feuchtigkeit aus den Wänden entzogen, wodurch diese dauerhaft trockener werden und eine verbesserte Dämmfähigkeit aufweisen. Eine trockene Wand dämmt deutlich besser als eine feuchte.
- Die variable Feuchtedurchlässigkeit verhindert das Eindringen von Regen und spart somit Heizenergie, die normalerweise für die Trocknung nach einem Regen aufgebracht werden müsste.
- Die spezielle Membranbildung schützt die Fassade langfristig vor Verwitterung und verhindert, dass Mikrorisse entstehen. Dadurch halten die Fassaden länger.
- Algen, Moos und Pilzbewuchs können sich dank der Beschichtung auf der Oberfläche nicht anheften und haben keine Chance.
- Im Sommer nehmen die beschichteten Fassaden hohe Luftfeuchtigkeit auf, wodurch eine Verdunstungskühle an der Gebäudehülle erzeugt wird.

Praxisbeispiele

Die ClimateCoating-Klimabeschichtung hat sich bereits in über 35.000 Projekten in mehr als 50 Ländern bewährt. So stehen 30 Referenzfassaden seit bis zu 20 Jahren bei der Wohnungsbaugesellschaft WGP Perleberg eG. Hier werden jährlich 18 bis 21 Prozent Heizenergie eingespart. Zudem sieht der ausführende Maler das Algenproblem gelöst.

Mehr zu den Eigenschaften und Einsatzbereichen der Produkte: <https://www.coolants-germany.de/produkte>. □

Vorbildliche Instandsetzung gewürdigt

Bezirk Niederbayern verleiht Denkmalpreis 2023 für Sanierung von Arnstorfer Weinzierl-Häuser

Mainkofen. Es gab Zeiten, in denen die Weinzierl-Häuser in Arnstorf als Schandfleck für den Ortskern galten, nicht wenige forderten gar ihren Abriss. Doch das ist vorbei – dank der Unternehmer Anton Schweiger und Richard Seis. Als Miteigentümergeinschaft setzten sie die zwei benachbarten Blockbauten aus der frühen Neuzeit instand. Es entstanden wahre „Schmuckstücke“, wie sie Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bei der Bekanntgabe der Preisträger bezeichnete. Und für ebendiese Leistung zeichnete sie Dr. Heinrich im Festsaal des Bezirksklinikums Mainkofen mit dem Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern 2023 aus.

Die beiden Bauherren hätten mit ihrer Arbeit eine großartige Leistung vollbracht, sagte Dr. Heinrich in seiner Laudatio. „Sie haben die Weinzierl-Häuser vor dem Verfall gerettet, sie saniert und damit neuen Wohnraum geschaffen.“ Eine Leistung, für die Anton Schweiger und Richard Seis den mit 7.500 Euro dotierten Preis verdient hätten. „Ich habe selbst zu Beginn der Bauphase die Häuser besichtigt – und ich muss sagen: Hut ab! Das sah damals schon nach einer großen Herausforderung aus, deren Ausgang ungewiss schien“, so Dr. Heinrich.

Er hoffe, dass die Arbeit der Miteigentümergeinschaft und der Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern mehr Bauherren statt zum Abriss für etwas Neues bewegen. „Nach 30 Jahren ‚Tag des offenen Denkmals‘ und über 20 Jahren Denkmalpreis ist es nach wie vor nötig, solch positive Beispiele hervorzuheben.“ Denn Denkmäler tragen zu einem einzigartigen Ortsbild bei, stiften Identität, fungieren als stille Zeugen ihrer Zeit. Und, so Dr. Heinrich, sei es nachhaltig, vorhandene Bausubstanz zu erhalten. „Denkmalerschutz ist Umweltschutz.“

Nur, eines zeigen die Weinzierl-Häuser in Arnstorf ebenso: Denkmalschutz ist nur selten der einfachere Weg. Das wurde vor allem deutlich, als der Bürgermeister von Arnstorf, Chris-

ben ihnen also ihren ursprünglichen Zweck zurück. Denn die zwei benachbarten Blockbauten (Scheibengasse 2 und 4) dienten Generationen von Arbeiterfamilien in Adelsdiensten als Zuhause. Das erklärte Bezirksdenkmalpfleger Dr. Maximilian Seefeldler ausführlich in seinem Vortrag über die historische und kulturelle Bedeutung der prämierten Objekte bei der Preisverleihung. Er empfahl dem Kultur-, Jugend- und Sportausschuss die Auszeichnung von Anton Schweiger und Richard Seis. „Die Weinzierl-Häuser sind materielle Zeugnisse traditioneller Bauweise, der Architektur und Handwerkskunst“, sagte Dr. Seefeldler. „Dass sie sich wieder in einem bestens bewohnbaren Zustand befinden, ist vor allem den Unternehmern Schweiger und Seis zu verdanken.“

Bauuntersuchungen im Obergeschoss ergaben, dass das Haus Nummer 4 um 1638 entstand, das größere Gebäude mit Hausnummer 2 um 1550. Das Erdgeschoss wurde jedoch dendrochronologisch auf das 18. Jahrhundert datiert. Vermutlich wurden in dieser Zeit die abgenutzten Hölzer gegen neue ausgetauscht. Errichten ließen die Häuser die Freiherren von Closen zu Arnstorf für die sogenannten Weinzierle – eine Berufsbezeichnung die sich heute mit Weinbauer oder Winzer übersetzen ließe. Später kamen sie in Besitz des Nachfolgeschlechts, der Grafen von Deym. Sie wurden als Handwerkerhäuser und für Bedienstete des Schlosses genutzt, mehrmals umgebaut und waren von den 1930er Jahren bis Ende der 1980er Jahre vermietet. Danach standen sie über 30 Jahre leer. Entsprechend waren die Schäden enorm und die Instandsetzung wurde zur Mammutaufgabe. - kh -

Baugenehmigungen für Wohnungen brechen 2023 ein

Rund 144.000 Baugenehmigungen für Wohnungen in neu zu errichtenden Wohngebäuden wurden hierzulande von Januar bis August 2023 erteilt – das entspricht einem Rückgang von 32 Prozent, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt.

„Dabei ging die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser um über ein Drittel (-37,8 Prozent beziehungsweise -20.900 Wohnungen) auf 34.400 zurück. Bei den Zweifamilienhäusern hat sich die Zahl genehmigter Wohnungen sogar mehr als halbiert (-52,5 Prozent beziehungsweise -11.100) auf 10.100. Auch bei der Gebäudeart mit den insgesamt meisten Wohnungen, den Mehrfamilienhäusern, verringerte sich die Zahl der genehmigten Wohnungen deutlich und zwar um mehr als ein Viertel (-28,0 Prozent beziehungsweise -36.400) auf 93.600.“

Damit dürfte sich der Wohnungsmangel in Deutschland weiter verschärfen. Bereits jetzt wird die von der Bundesregierung gesetzte Zielmarke von 400.000 fertiggestellten Wohnungen pro Jahr deutlich verfehlt. Problematisch ist das vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen und Mieter:innen in Großstädten.

Destatis zufolge muss in Deutschland im Schnitt 27,8 Prozent des Einkommens für Miete aufgewendet werden, in Städten ab 100.000 Einwohnern sind es 28,9 Prozent. Bei Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1.500 Euro oder weniger steigt die Belastung auf über 40 Prozent. M. Brandt

breitBAND Netzgesellschaft und Telekom:

Kooperation für zielgerichteten Glasfaserausbau in Feuchtwangen

Ziel: Highspeed-Internet für rund 5.000 Haushalte und Unternehmen bis Ende 2026

Im zielgerichteten Ausbau eines leistungsfähigen und zukunftssicheren Glasfasernetzes setzen Stadt und Stadtwerke Feuchtwangen zusammen mit ihrem langjährigen Partner bisping & bisping nun mit der Telekom auf einen weiteren starken Mitstreiter. Die breitBAND Glasfasernetze SW GmbH, eine Netzgesellschaft der Stadtwerke Feuchtwangen und bisping & bisping, hat offiziell eine Kooperation mit der Telekom für die Kernstadt Feuchtwangen unterzeichnet.

Ziel ist es, gemeinsam rund 5.000 Haushalten und Unternehmen einen Anschluss an das Netz der Zukunft zu ermöglichen. Bis Ende 2026 soll der Glasfaser-Ausbau abgeschlossen sein. Die Infrastruktur basiert auf der FTTH-Technologie (Fiber to the home, Glasfaseranschlüsse bis ins Haus oder in die Wohnung) und ermöglicht stabile Bandbreiten von 1 Gbit/s. Damit haben Kundinnen und Kunden einen superschnellen Anschluss für digitales Lernen und Arbeiten, Streaming und Gaming, alles gleichzeitig. In der Kooperation verantwortet die regionale breitBAND Netzgesellschaft den Ausbau sowie die Instandhaltung des Netzes. Die physische Infrastruktur verbleibt dabei in den Händen der regionalen Netzgesellschaft. Die Telekom und bisping & bisping übernehmen den anschließenden aktiven Betrieb.

Offenes Netz für mehr Anbietervielfalt

Alle Partner setzen auf den Open Access-Ansatz, also den

diskriminierungsfreien Zugang zum Netz. Kundinnen und Kunden erhalten somit eine breite Anbietervielfalt und profitieren von der innovativen Partnerschaft. Sie können nicht nur auf das Portfolio von bisping & bisping sowie der Telekom zugreifen, sondern auch auf Produkte von weiteren Anbietern.

Wichtige Vorteile bei der Projektumsetzung

Als Kooperationspartner der breitBAND GmbH wird die Telekom den Breitbandausbau in Feuchtwangens Kernort nun aktiv mitgestalten und helfen, die Region für die Zukunft aufzustellen. „Wir freuen uns, unseren wegweisenden Glasfaserausbau ab sofort gemeinsam mit zwei sehr starken Telekommunikationspartnern erfolgreich weiterführen zu können und Feuchtwangen damit als Wohn- und Industriestandort nachhaltig, überregional zu etablieren“, erklärte Feuchtwangens erster Bürgermeister Patrick Ruh. Die Partnerschaft zwischen den Stadtwerken als

ansässigen Versorger und den beiden erfahrenen, führenden Netzbetreibern verschaffe der Kreuzgangstadt wichtige Vorteile bei der schnellen, unabhängigen Projektumsetzung, wie der Feuchtwanger Bürgermeister weiter betonte.

Gebündelte Stärke

„Mit unserer Zusammenarbeit über die breitBAND GmbH ziehen wir für unsere Region gemeinsam an einem Strang, um unser aller Ziel eines flächendeckenden, zukunftsfähigen Glasfasernetzes mit der Bündelung unserer jeweiligen Stärken zu realisieren“, schilderte Lothar Beckler, der Technische Leiter der Stadtwerke Feuchtwangen und Geschäftsführer der breitBAND GmbH. Neben dem Ausbau wolle die breitBAND GmbH über die Kooperation gleichzeitig eine bestmögliche Auslastung des künftigen Hochgeschwindigkeitsnetzes sicherstellen. „Darüber hinaus wollen wir durch unsere enge Zusammenarbeit allen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort den Zugang zum schnellen Internet schnellstmöglich gewährleisten“, erklärte Beckler.

Für zukunftsfähige Digitalisierung

„Wir möchten unseren Kundinnen und Kunden überall



Hinten stehend (v.l.): Martin Dorn (Leiter Infrastruktur bisping & bisping), Thomas Stöhr (Kaufmännischer Leiter der Stadtwerke Feuchtwangen), Heidi Kubatz (Stadträtin Stadt Feuchtwangen), Jürgen Lück (Konzernbevollmächtigter Region Süd Telekom), Markus Winter (Vertrieb Deutsche Telekom AG), Susi Bisping (Kommunikation & Marktentwicklung bisping & bisping). Vorne sitzend (v.l.): Lothar Beckler (Technischer Leiter der Stadtwerke Feuchtwangen, Geschäftsführer breitBAND Netzgesellschaft), Patrick Ruh (Erster Bürgermeister der Stadt Feuchtwangen), Johannes Bisping (CEO bisping & bisping, Geschäftsführer breitBAND Netzgesellschaft), Thilo Höllen (Leiter Breitbandkooperationen Telekom).

Bild: Kurt Fuchs

Glasfaseranschlüsse bis in ihre Wohnungen anbieten. Daher sind Kooperationen mit regionalen Versorgern Teil unseres Selbstverständnisses. Wir freuen uns, in Feuchtwangen gemeinsam auszubauen und damit ein Zeichen zu setzen, wie zukunftsfähige Digitalisierung gelingen kann“, erläuterte Thilo Höllen, Leiter Breitbandkooperationen bei der Telekom Deutschland. „Davon profitieren alle Beteiligten, allen voran die Kundinnen und Kunden, da sie Zugriff auf eine breite Glasfaser-Produktpalette bekommen.“ Darüber hinaus erreiche die breitBAND eine höhe-

re Auslastung ihres Netzes sowie die Telekom eine größere Reichweite.

Mustergültige Kooperation

„Als eines der führenden Unternehmen im Bayerischen Breitbandausbau sind wir neben den anschlussstarken Kernorten auch im dünnbesiedelten ländlichen Raum aktiv. Nur gemeinsam können wir die Grundlage für die nötige Digitalisierung schaffen und alle mitnehmen. Wir freuen uns über die mustergültige Kooperation und möchten hiermit erfolgreich zeigen, wie regional und überregional

Partnerschaften den Netzausbau voranbringen“, ergänzt Johannes Bisping, CEO bisping & bisping.

Große Pläne für Stadt und Region

Bürgermeister Ruh und Stadtwerkeleiter Beckler dankten im Rahmen der Vertragsunterzeichnung den beiden Unternehmen für das Vertrauen und die Chance dieser Partnerschaft. „Wir haben große Pläne für die Zukunft Feuchtwangens und der Region und wollen diese nun zeitnah gemeinsam zuversichtlich realisieren“, so der Technische Stadtwerkeleiter. □

www.telekom.de/glasfaser

Jetzt #dabei sein und
mit Glasfaser
verbinden

BSI-Lagebericht:

Erhebliche Zunahme der Cyberkriminalität

Deutlich gestiegen ist in Deutschland die Bedrohung durch Cyberkriminalität. Dabei wurden im Zeitraum 1. Juni 2022 bis 30. Juni 2023 neben kleineren und mittleren Unternehmen sowie Schulen und Hochschulen vor allem auch Landes- und Kommunalverwaltungen verstärkt Opfer cyberkrimineller Ransomware-Angriffe. Zu diesem Ergebnis kommt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in seinem aktuellen Lagebericht, der in Berlin vorgestellt wurde.

„Insgesamt zeigte sich im aktuellen Berichtszeitraum eine angespannte bis kritische Lage“, bilanziert die Behörde. Täglich seien durchschnittlich 68 neue Schwachstellen in Softwareprodukten registriert worden, rund 24 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Zunehmend wählten kriminelle Hacker den Weg des geringsten Widerstands und richteten ihr Augenmerk vermehrt auf Opfer, die ihnen leicht angreifbar erscheinen. „Nicht mehr die Maximierung des potenziellen Lösegelds stand im Vordergrund, sondern das rationale Kosten-Nutzen-Kalkül“, heißt es.

Ransomware-Angriffe

Im aktuellen Berichtszeitraum

wurden monatlich durchschnittlich zwei Kommunalverwaltungen oder kommunale Betriebe als Opfer von Ransomware-Angriffen bekannt. Damit waren sie überproportional häufig betroffen. Wie inzwischen üblich, wurden dabei nicht nur Server verschlüsselt, sondern auch Daten von Bürgerinnen und Bürgern ausgeleitet und teilweise auch auf Leak-Seiten veröffentlicht.

Betroffen waren unter anderem ganze Verzeichnisse, die die Akten von Einzelpersonen enthielten. Die Verwaltungen waren in der Regel mehrere Tage bis hin zu mehreren Wochen nicht in der Lage, ihre bürger- und wirtschaftsnahen Dienstleistungen zu erbringen, und teils noch Monate später be-

einträchtig. Während Bundesbehörden separat gesicherte Regierungsnetze mit zentralen Abwehrmaßnahmen zur Verfügung stehen, gestalten die Behörden der Kommunen ihre IT-Sicherheitsmaßnahmen unterschiedlich. Derzeit bestehen keine bundesweit einheitlichen Vorgaben bezüglich IT-Sicherheit oder Meldepflichten zu IT-Sicherheitsvorfällen auf Kommunalebene.

27 kommunale Verwaltungen und Betriebe betroffen

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 27 kommunale Verwaltungen und Betriebe als Opfer von Ransomware-Angriffen bekannt. Betroffen waren Kommunen jeder Art und Größe: von einer ländlichen Gemeinde mit 2.800 Einwohnern bis hin zu einer Großstadt mit mehr als 1,8 Millionen Einwohnern. Insgesamt hatten die betroffenen Kommunen knapp sechs Millionen Einwohner. Häufig wa-

Bamberg OB Starke:

Mitarbeit am nationalen Smart-City-Stufenplan

Die Bundesregierung hat in ihrer Digitalstrategie die Entwicklung eines nationalen Smart-City Stufenplans vorgesehen. Ziel eines solchen Stufenplans ist es, die Kommunen in Deutschland auf ihrem Weg zur Smart City zu unterstützen. Dazu hat sich nun ein Beirat gebildet, der eben jenen Stufenplan bis zum Herbst 2024 ausarbeiten wird. Oberbürgermeister Andreas Starke hat an einem ersten Treffen des Beirats in Berlin teilgenommen und als Vertreter der Mittelstädte im Modellprojekt Smart Cities gesprochen.

„Wir wollen gemeinsam Smart City zum Erfolg führen. Die 73 Modellprojekte, zu denen Bamberg gehört, haben eine große Verantwortung, brauchen aber auch konkrete Unterstützung dabei, ihre innovativen Lösungen letztlich allen 10.000 kleinen und großen Kommunen in Deutschland zur Verfügung zu stellen“, betonte OB Starke nach der Sitzung.

Konkrete Vorschläge

Dies passiere freilich nicht von alleine, fuhr der Rathauschef fort. „Deshalb haben wir konkrete Vorschläge in den Diskussionsprozess eingebracht und werden das zusammen mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, mehrerer Bundesländer und Bundesministerien und mit Wirtschaftsvertretern weiterverfolgen.“ Das Bundesministerium für

Wohnen Stadtentwicklung und Bauwesen hat den 20-köpfigen Beirat mit Vertretern aus unterschiedlichen Bundesministerien sowie aus Wissenschaft und Industrie breit aufgestellt. Denn ein solcher Stufenplan kann nur gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden, unter Beachtung des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung und verfassungsrechtlicher Vorgaben der kommunalen Finanzierung.

Dass unter den vielen Mittelstädten, die am Förderprogramm teilnehmen, Bamberg ausgewählt wurde, ist kein Zufall. Bereits in der Vergangenheit spielte die „Smart City“ Bamberg eine wichtige Rolle bei der Vernetzung der geförderten Kommunen und war Ende 2022 Gastgeber einer Kooperationsmesse für alle geförderten Modellkommunen. „An-

gesichts von insgesamt 820 Millionen Fördergeldern, die an 73 Modellkommunen ausgegeben werden, müssen wir schon aus Verantwortung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aktiv daran mitarbeiten, dass dieses Geld am Ende wirklich nachhaltigen Nutzen für die Menschen in den Kommunen bringt“, schlussfolgert Starke.

Smart Cities und die Rolle Bambergs

Die Bundesregierung fördert derzeit 73 Modellprojekte Smart Cities, die seit 2019 in drei Staffeln ausgewählt wurden, mit insgesamt 820 Millionen Euro. Bamberg ist eine der geförderten Kommunen in der zweiten Staffel und macht sich seit 2020 auf den Weg zur Smart City. Nach zwei Jahren Strategiephase mit vielen innovativen Bürgerbeteiligungs-Veranstaltungen und Ideensammlungen ist Smart City Bamberg nun in der Umsetzungsphase. Mit 18 Projekten aus den Bereichen „Bewahren“, „Informieren“, „Bewegen“ und „Teilhabe“ will die Stadt bis 2027 den Alltag der Bamberger Bürger mit digitalen Mitteln verbessern. □

ren die Stadt- oder Kreisverwaltungen direkt betroffen; jedoch wurden auch Nahverkehrsbetriebe, städtische Energieversorger oder Wohnungsbauvereine, Stadtreinigungsbetriebe und ein Schulamt mit Zuständigkeit für 75 Schulen angegriffen. Selbst der Friedhofsbetrieb einer deutschen Großstadt blieb nicht verschont.

Im Juni 2022 mussten nach einem besonders weitreichenden Ransomware-Angriff alle Rathäuser eines ganzen Landkreises sowie mehrere kommunale Betriebe einer angrenzenden kreisfreien Großstadt, darunter der Betrieb für den Nahverkehr, vom Internet getrennt werden. Auch wenn sich die Angreifergruppierungen, die ausgenutzten Schwachstellen und die eingesetzte Ransomware-as-a-Service (RaaS) im Detail unterscheiden, waren die Abläufe doch meist gleich: Nach der Erstinfektion folgte das Auskundschaften der befallenen Systeme und die Verschlüsselung von Daten. Anschließend fanden sich die Opfer mit einer Lösegeldforderung konfrontiert.

Die Opfer mussten ihre Systeme vollständig herunterfahren und vom Internet trennen, um weiteren Schaden und fortschreitende Verschlüsselung in ihren Netzwerken zu verhindern. Die Bereinigung der Systeme und die vollständige Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit nahmen dabei oft Monate in Anspruch.

BSI-Empfehlung

Das BSI empfiehlt, neben den verfügbaren Maßnahmen zur Abwehr von Ransomware-Angriffen das IT-Grundschutzprofil „Basis-Absicherung Kommunalverwaltung“ umzusetzen und dabei die Unterstützungsangebote des BSI zum leichteren Einstieg in die Informationssicherheit zu nutzen, wie zum Beispiel die neu erarbeiteten Checklisten zum „Weg in die Basis-Absicherung – WiBA“. „Mit Hilfe der Checklisten sind eine erste Bestandsaufnahme der Informationssicherheit und die nahtlose Umsetzung des oben genannten Profils möglich. Langfristig sollte das Niveau der zertifizierungsfähigen Standard-Absicherung angestrebt werden“, heißt es in dem Lagebericht.

„Länder und Kommunen müssen endlich die Cyberresilienz der öffentlichen Verwaltung stärken und zur Umsetzung risikoadäquater Cybersicherheitsmaßnahmen verpflichtet werden“, forderte Iris Plöger, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Sonst drohe die digitale und grüne Transformation durch Cyberangriffe ausgebremst zu werden.

Schaden in Höhe von über 200 Mrd. Euro

Laut einer Studie des Digital-Branchenverbandes Bitkom entstanden der deutschen Wirtschaft durch Cyberkriminalität zuletzt jährlich mehr als 200 Milliarden Euro Schaden. Betrachte man diese Summe im Verhältnis zum Bundeshaushalt für dieses Jahr in Höhe von rund 476 Milliarden Euro, werde die Dimension des Problems deutlich, betonte BSI-Präsidentin Claudia Plattner. Umso wichtiger sei es, die Pläne für eine Zentralstellenfunktion des Bundesamtes endlich umzusetzen, forderte die Behördenchefin.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser erklärte, die Länder für diese geplante Reform gewinnen zu wollen. Gerade bei einigen größeren Bundesländern habe es anfangs Bedenken gegeben. Sie sei aber optimistisch, dass man zu einer Einigung finden werde, die dann auch im Bundesrat Zustimmung finden werde. **DK**

Deutscher Festnetzmarkt:

M-net mit höchster Kundenzufriedenheit

In der diesjährigen Studie des unabhängigen Marktforschungsunternehmens the savvy company zur Kundenzufriedenheit bei deutschen Internetanbietern ging M-net als klarer Sieger hervor. In allen untersuchten Kategorien performte Bayerns führender Glasfaseranbieter besser als der Gesamtmarkt. Dabei konnte M-net sein Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 14 Indexpunkte verbessern und erreichte eine Weiterempfehlungsrate (Net Promoter Score/NPS) von +21.

Die Customer Experience, also die Summe an Erfahrungen, die ein Kunde mit einem Unternehmen macht, spielt vor allem in der Telekommunikationsbranche eine immer wichtigere Rolle. Grund hierfür ist unter anderem die technologische Weiterentwicklung: Waren beispielsweise Glasfaseranschlüsse vor wenigen Jahren noch ein Alleinstellungsmerkmal, setzen heute alle deutschen Festnetzanbieter auf diese zukunftssichere Technologie und treiben den Ausbau in ihren Netzgebieten mit großem Eifer voran. Als relevantes Differenzierungsmerkmal rückt damit immer mehr die individuelle Kundenzufriedenheit in den Mittelpunkt des Interesses.

Repräsentative Studie mit 2.500 Interviews

Dieser Entwicklung trägt die jährliche Customer Experience Studie des unabhängigen Marktforschungsunternehmens the savvy company Rechnung. Für die repräsentative Studie wurden insgesamt 2.500 Kundinnen und Kunden deutscher Internetanbieter zu ihrer Zufriedenheit mit ihrem Anbieter und den zentralen Kontaktpunkten des Unternehmens sowie ihrer Wahrnehmung des Angebots befragt. Die jeweiligen Aussagen flossen in den sogenannten Net Promoter Score ein, kurz NPS. Er gibt Auskunft über die Weiterempfehlungsbereitschaft eines Kunden an Freunde, Bekannte oder Verwandte.

Forschungsprojekt für mehr Schutz der Privatsphäre

Viele Nutzerinnen und Nutzer digitaler Dienste stimmen der Sammlung und Verarbeitung ihrer privaten Daten oft pauschal zu, ohne sich darüber bewusst zu sein, welche Folgen dies haben kann. Im BMBF-Projekt „DiversPrivat“ entwickeln Forscher aus vier Universitäten Mechanismen, um die Datenschutzkompetenz zu erhöhen. Mit dabei ist auch ein Team der Universität Passau.

Groß und farbig unterlegt steht im Pop-up-Fenster des Onlineversands „Ich akzeptiere“, darunter ganz klein „Individuelle Datenschutzeinstellungen“. Es geht um Cookies, personalisierte Anzeigen und individuelle Inhalte, denen Nutzerinnen und Nutzer zustimmen sollen. Viele Nutzerinnen und Nutzer digitaler Dienste klicken oft pauschal auf „Zustimmen“, ohne über mögliche Folgen Bescheid zu wissen. Dieses Problem stellt sich bei denjenigen Personengruppen besonders stark, die aus strukturellen oder individuellen Gründen wenig Hintergrundwissen über digitalen Privatsphärenschutz mitbringen.

Ein Team aus Forschenden der Universität Duisburg-Essen, der Eberhard Karls Universität Tübingen, der Universität Passau und der Universität Kassel widmet sich im Projekt „DiversPrivat“ dem Thema „Diversitätsgerechter Privatsphärenschutz in digitalen Umgebungen“. Das Passauer Teilprojekt leitet Prof. Dr. Karoline Reinhardt, Inhaberin der Professur für Angewandte Ethik an der Uni Passau. „Bisher wurde wenig untersucht, wie sich verschiedene Diversitätsdimensionen auf die Möglichkeit auswirken, die eigene Privatsphäre zu schützen“, so Reinhardt. Daher erforscht sie mit ihrem Team im Projekt die Gren-

Mit Abstand bestbewertet

Mit einem NPS von +21 ist M-net in der diesjährigen Untersuchung der mit Abstand bestbewertete Internetanbieter. Er konnte sein Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 14 Punkte verbessern und erzielte in allen Kategorien bessere Bewertungen als der Gesamtmarkt.

Als besonders positiv bewerteten die Kundinnen und Kunden von M-net dabei die „qualitativ hochwertigen Produkte“, das „exzellente Preis-Leistungsverhältnis“ und die „zukunftssichere Technologie“. Den Spitzenplatz belegte M-net darüber hinaus in den Unterkategorien „Vertrauen“, „Engagement“, „Einfachheit“ und „Service“.

„Der Faktor Kundenzufriedenheit spielt schon seit Jahren eine immer größere Rolle bei uns und ist zentraler Teil unserer Strategie“, sagt Tobias Brückel, Leiter der Abteilung Customer Experience & Produktmanagement bei M-net. „Das Ergebnis der diesjährigen Customer Experience Studie von savvy macht mich persönlich sehr glücklich. Es zeigt, dass wir verstehen, was unsere Kundinnen und Kunden von uns erwarten, und dass wir diese Erwartungen auch erfüllen“, stellte Brückel fest.

Weitere Infos zur Customer Experience Studie 2023 finden sich auf der Webseite von the savvy company unter: https://savvy.company/de/project_list/cx-studie-2023/ □

zen von Einwilligungserklärungen und die Benachteiligungen, zu denen es durch mangelnden Privatsphärenschutz kommen kann.

Rechtliche und ethische Aspekte

Ziel des Gesamtprojekts ist es, die Sensibilität für die Preisgabe privater Daten zu erhöhen, um mögliche negative Folgen zu vermeiden. Sozialpsychologinnen und -psychologen der Universität Duisburg-Essen untersuchen, welche optischen oder akustischen Signale Aufmerksamkeit erregen, um so zu verhindern, dass dem Sammeln von Daten zu schnell zugestimmt wird. Um das Vorhaben so praxisnah und anwendungsreif wie möglich zu gestalten, analysiert ein Team der Universität Kassel die rechtlichen Aspekte des Vorhabens, in Tübingen werden ethische Aspekte betrachtet.

„Der Schutz der Privatsphäre darf kein Luxusgut sein“, fordert Reinhardt. „Daher müssen wir untersuchen, wann und wie es dazu kommt, dass Menschen benachteiligt sind, wenn es darum geht, sich im digitalen Raum zu schützen.“

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert das Teilprojekt für drei Jahre mit ca. 300.000 Euro. □

M-net

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de

eGovernment Monitor 2023:

Behördendienste auf dem Prüfstand

Zwar sind die Deutschen offen für digitale Behördendienste, jedoch besteht Handlungsbedarf vonseiten des Staates. Dies geht aus dem eGovernment Monitor 2023 der Initiative D21 und der Technischen Universität München hervor. Grundsätzlich begrüßen laut Studie 71 Prozent der Bevölkerung digitale Behördendienste; zudem ist die Nutzungszahl digitaler Verwaltungsleistungen auf nun 56 Prozent weiter angestiegen. Gleichwohl sind 42 Prozent der Deutschen, die das E-Government-Angebot ihrer Stadt oder Gemeinde kennen, damit nicht zufrieden.

Die Qualität staatlicher Dienstleistungen spielt eine entscheidende Rolle für die Wahrnehmung der Leistungsfähigkeit des Staates. Der Abwicklung von Behördenleistungen kommt dabei als dem oft einzigen direkten Kontaktpunkt zwischen Staat und Bürgern eine Schlüsselrolle zu. Die Verwaltung muss alle Bürger erreichen, zufrieden sind jedoch die Wenigsten: 59 Prozent empfinden den Kontakt mit Behörden und Ämtern als sehr anstrengend – noch mehr als im vergangenen Jahr. Zudem sinkt das Vertrauen in den Staat auf 35 Prozent.

Darüber hinaus steht knapp die Hälfte dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Verwaltung offen gegenüber, solange grundlegende Entscheidungen weiterhin von Menschen getroffen werden. Nur 21 Prozent sind prinzipiell dagegen. Dies liegt der Studie zufolge oft daran, dass die tatsächlichen Einsatzgebiete und Auswirkungen nicht greifbar sind. „Zwar glaubt über die Hälfte der Bürger, dass KI die Be-

arbeitungszeit von Verwaltungsvorgängen verringern kann, sie sind aber häufig unsicher in Bezug auf Objektivität und Fehleranfälligkeit. In dieser frühen Einsatzphase von KI haben Verwaltungseinheiten die Chance, Vorbehalte gegenüber dieser Technologie bei den Bürgern abzubauen und ihnen die Vorteile zu erklären“, heißt es. Chatbots als KI-gestützte Assistenzsysteme sind ein bereits genutztes Beispiel für den Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung. Jeder Zweite kann sich vorstellen, sie für die Recherche und Kommunikation auf den Webseiten der Verwaltung zu nutzen. Hierin liegt eine Chance, den Mehrwert von KI in der Verwaltung erlebbar zu machen.

Bekanntheit und Nutzung des Online-Ausweises

Ein weiteres Ergebnis: Seit der Einführung vor 13 Jahren konnte sich ausgerechnet die Grundlage für zahlreiche Verwaltungsleistungen, der Online-Ausweis,

nicht durchsetzen: Obwohl jeder Personalausweis die Online-Funktion besitzt und die Bekanntheit bei 62 Prozent liegt, nutzen nur 14 Prozent der Bürger diese Funktion. Immerhin wurden im vergangenen Jahr Fortschritte erzielt: Vor allem in der jüngsten Generation zeigt sich ein deutlicher Anstieg von 18 auf 28 Prozent Nutzer. Dies ist vermutlich auf die Integration des Online-Ausweises bei der Auszahlung der Energiepreispauschale für Studenten zurückzuführen. Staat und Wirtschaft haben hier die Chance, wirksam zusammenzuarbeiten.

Die Diskrepanz zwischen Bekanntheit und Nutzung des Online-Ausweises liegt laut dem eGov Monitor vor allem darin begründet, dass vielen Bürgern der Mehrwert nicht klar ist. Diesen gilt es zu demonstrieren und zu kommunizieren. Die Mehrheit wünscht sich eine einheitliche statt vieler verschiedener Lösungen für alle Dienste, am liebsten den Online-Ausweis. Um ihn zu etablieren, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Wirtschaft und Verwaltung. Nur durch breite Anwendungsmöglichkeiten kann seine Nutzung zur Gewohnheit werden.

Die Bereitstellung digitaler Angebote liegt in vielen Fällen bei den Ländern oder Kommunen. Entsprechend unterschiedlich sind die Nutzung und die Zufriedenheit in den einzelnen Bundesländern. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Niveau der Nutzung in den meisten Bundesländern verbessert und die Unterschiede haben sich

verringert. Die Nutzungsquoten liegen zwischen 51 und 63 Prozent.

Die Benchmark „Zufriedenheit“ hilft zu verstehen, wie die digitale Verwaltung im Vergleich zu anderen digitalen Diensten wahrgenommen wird. Anders als in der Verwaltung können in der Wirtschaft die meisten Dinge mobil erledigt werden. Einfache Maßnahmen wie die Optimierung von Angeboten für mobile Geräte können einen entscheidenden Beitrag zu mehr Zufriedenheit leisten. Es braucht wirkungsorientierte Kennzahlen, die bei den Nutzern ansetzen und auf Leistungsebene Schwachstellen aufzeigen.

Digitale Nutzungslücke

In der Studie wird die Digitale Nutzungslücke als aussagekräftige Kennzahl vorgeschlagen. Sie zeigt auf einen Blick die Differenz zwischen dem Bedarf an einer Leistung und deren tatsächlicher digitaler Nutzung. Dabei berücksichtigt der Wert verschiedene Faktoren, wie etwa digitale Nutzungsbarrieren, und ermöglicht so eine effiziente Optimierung digitaler Verwaltungsleistungen.

Für politische Entscheidungsträger ist die Digitale Nutzungslücke als aggregierter Wert für mehrere OZG-relevante Dienstleistungen von Interesse. Sie zeigt, inwieweit die Bevölkerung das digitale Angebot im Vergleich zum analogen Angebot bereits annimmt. In Deutschland beträgt die Lücke 35 Prozent. Für die Optimierung vor Ort, z.B. auf kommunaler Ebene, ist es wichtig, die Digitale Nutzungslücke für einzelne Dienstleistungen zu betrachten. In Deutschland liegt sie bei der Steuererklärung bei lediglich 17 Prozent. Beim Kindergeld sind es 36 Prozent und bei der Kfz-Zulassung 58 Prozent. DK

Smart City Index 2023:

Spitzenreiter München

Wechsel an der Spitze des Smart City Index, den der Digitalverband Bitkom in diesem Jahr zum fünften Mal erhoben hat: Die Landeshauptstadt München schafft es mit 84,5 von 100 möglichen Punkten erstmals an die Spitze im Gesamtranking und löst damit Hamburg (83,9 Punkte) nach vier Jahren ab. Auf Platz vier rangiert mit Nürnberg (80,1 Punkte) eine weitere Stadt aus dem Freistaat Bayern unter den ersten zehn.

Der Smart City Index zeigt zudem, dass viele Städte in einzelnen Bereichen ausgeprägte Stärken haben, auch wenn es im Gesamt-Ranking nicht für eine Top-10-Platzierung reicht. Auffallend ist auch, dass es deutliche Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Wie bereits im Vorjahr schneiden Städte in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen im Mittel deutlich besser ab als der Durchschnitt.

Für den Smart City Index wurden insgesamt 12.717 Datenpunkte erfasst, überprüft und qualifiziert. Analysiert und bewertet wurden alle 81 Städte mit einer

Bevölkerung größer 100.000. Untersucht wurden die fünf Themenbereiche Verwaltung, IT und Kommunikation, Energie und Umwelt, Mobilität sowie Gesellschaft und Bildung. Die fünf Bereiche fächern sich in 37 Indikatoren auf, die wiederum aus insgesamt 157 Parametern bestehen.

Bei der Datenerhebung wurden die Kommunen aktiv einbezogen. Die Städte konnten Daten zur Digitalisierung liefern, jeweils mit Quellen belegt. Davon machten 94 Prozent der Städte Gebrauch – laut Bitkom ein Rekordwert in der Geschichte des Smart City Index. DK

Frauen als Gestalterinnen der digitalen Welt

Gebannt tüfteln die rund 70 Talente des BayFiD-Programms in Kleingruppen in dem Workshop „Desing Thinking meets Prototyping“. Manche sind schon etwas länger in dem 1,5 Jahre dauernden Programm dabei, andere haben erst in diesem Herbst begonnen. Das Ziel des Programms „BayFiD – Bayerns Frauen in Digitalberufen“ ist es, mehr Frauen für digitale Berufe zu gewinnen, um Chancen der Digitalisierung im Beruf aktiv und verstärkt zu nutzen.

Bereits seit 2019 läuft das Programm, das das Bayerische Staatsministerium für Digitales

ins Leben gerufen hat. Es richtet sich an Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren, die ihren Erstwohnsitz in Bayern haben. Zum Teil des Talentprogramms zählen auch Unternehmensbesuche, wie im Konzern Versicherungskammer.

Eingeladen hatte dazu Vorstandsmitglied Isabella Martorell NaBl, die eine Patenschaft für das BayFiD-Programm übernommen hat. Abgerundet wurde der Besuch von einem „Markt der Möglichkeiten“, bei dem der Konzern unter anderem Einblick in seine Digitalberufe, in Karrierechancen, und sein Diversity-Programm gab. □

Kostenloses Whitepaper:

Hybridsitzungen und Livestream für Kommunen

Im Rennen um die Aufmerksamkeit, Medienzeit und das Interesse der Menschen treten die Kommunen in Konkurrenz zu den Streaming-Diensten. Unfug? Oder doch Realität? Corona hat es gezeigt: Digitalisierung kommt bei den Menschen an. Wortwörtlich. Denn es liegt meist nicht am mangelnden Interesse der Bürger für die Themen einer Kommune, sondern an der Hürde, bei einer Sitzung vor Ort persönlich teilnehmen zu müssen, um die Inhalte konsumieren zu dürfen.

Die Experten von Prankl Consulting, einer Livestream- und Marketingagentur aus München, haben genau diesen Sachverhalt näher beleuchtet und ein Whitepaper verfasst. In „Hybridsitzungen und Livestream für Kommunen“ zeigen sie alle Chancen, Argumente und Kosten der Livestream-Kommunikation auf.

In der Ausarbeitung wurde das Streaming-Verhalten von 75 oberbayerischen Gemeinden und Städte im Großraum München mit einer Einwohnerzahl zwischen 3.500 und 1,5 Millionen untersucht. Das Ergebnis: Nur vier Kommunen bieten regelmäßig einen Livestream an, weitere zehn platzierten ihn während Corona. Somit nutzen rund 80 Prozent der Gemeinden nicht das Potenzial von Liveübertragungen.

Kommunalrechtsnovelle

Dabei hat sogar die bayerische Landespolitik die Zeichen der Zeit erkannt und während der Pandemie kurzfristig Online-Sitzungen erlaubt. Um weiterhin Livestreams von Gremiensitzungen gesetzlich zu verankern, wurde die Kommunalrechtsnovelle beschlossen. Ab dem 1. Januar 2024 dürfen kommunale Gremien aber nicht nur hybrid tagen, sondern sollen einen Livestream ihrer Sitzungen und eine Mediathek einrichten. Zuvor müssen alle Mitglieder ihr Einverständnis geben. Für den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann ist das „größtmögliche Bürgerfreundlichkeit, denn interessierte Bürger können die Sitzungen kommunaler Gremien so trotz kollidierender beruflicher und familiärer Pflichten verfolgen“.

Denn die Hürde, einen Livestream anzuklicken, ist deutlich geringer, als bei einer Sitzung im Rathaus anwesend sein zu müssen. Wer von Zuhause den Stream verfolgt, muss nicht den Weg auf sich nehmen, spart sich die Parkplatzsuche und verfolgt die Veranstaltung oft deutlich konzentrierter. Daneben werden bestimmte Zielgruppen durch eine reine Vor-Ort-Sitzung kategorisch ausgeschlossen. Bei Paaren mit Kindern kann meist nur ein Elternteil teilnehmen, Pflegenden müssen sich um Angehörige daheim kümmern oder Kranke, Behinderte oder Menschen ohne Autos haben häufig nicht die Möglichkeit, eine Ratssitzung zu besuchen.

Ein Livestream von kommunalen Sitzungen schafft mehr Bürgernähe, Gleichberechtigung, Barrierefreiheit und Transparenz. Dennoch müssen Themen wie unbefangene Atmosphäre und Datenschutz für die Arbeit der Gremiumsmitglieder umfänglich diskutiert werden. Für eine erfolgreiche digitale Gemeinderatssitzung zählen aber noch andere Faktoren: die richtige Technik, das Budget und Anpassungen für noch mehr Zuschauerinteresse. Genau diese Themen hat das Team von Prankl Consulting in einem informativen Whitepaper verständlich aufgearbeitet. Auf 36 Seiten finden sich Argumente für einen Livestream und zu diskutierende Fragestellungen, Hinweise zum passenden Equipment, verschiedene Möglichkeiten für die Ausarbeitung sowie sechs Tipps für mehr Zuschauerinteresse.

Näheres unter: <https://prankl-consulting.com/whitepaper-hybridsitzungen-und-livestream-fuer-kommunen/> □

AKDB

Rundum digital



360°-Digitalisierung für Ihre Verwaltung

Sie arbeiten in einer Gemeinde, einem Landratsamt, einer Großstadt oder einer Bundesbehörde? Mit unseren Lösungen bekommen Sie alles, was Sie brauchen, um Ihre Mission zu erfüllen: Ihre Verwaltung fit für die digitale Zukunft zu machen.

Denn Sie profitieren von dem 360°-Produktportfolio der gesamten AKDB-Gruppe: Das sind Lösungen, die perfekt aufeinander abgestimmt sind. Für Sie, für Ihre Bürgerinnen und Bürger. Für ein rundum digitales Erlebnis.

www.akdb.de/loesungswelt

Die AKDB-Gruppe auf der KOMMUNALE:

Das 360-Grad-Lösungskonzept für die digitale Verwaltung

Großes Interesse rief das 360-Grad-Lösungskonzept hervor, das die AKDB dieses Jahr auf der KOMMUNALE vorstellte. Es gibt Antworten auf die drängendsten Fragen und Herausforderungen der Kommunen: Angesichts des Fachkräftemangels und der zunehmenden finanziellen Belastung fordern diese echte Ende-zu-Ende-Digitalisierung, mehr Tools für eine nachhaltige Stadtentwicklung und mehr Unterstützung beim IT-Betrieb.

Ob Energie- und Wärmewende, Cyberattacken oder Personalengpässe: Kommunen stehen vor nie dagewesenen, multiplen Herausforderungen. Nicht verwunderlich, dass auf der KOMMUNALE 2023 das Interesse der AKDB-Standbesucher besonders den Lösungen galt, die eine ganzheitliche Digitalisierung der Verwaltung ermöglichen und gleichzeitig deren Mitarbeitende entlasten. Kommunalvertreter aus ganz Bayern kamen an den AKDB-Stand, an dem der Solution Circle, das 360-Grad-Lösungskonzept der gesamten AKDB-Gruppe, präsentiert wurde. Es sieht eine enge Verzahnung der unterschiedlichen Lösungsbereiche vor, um zum einen echte Ende-zu-Ende-Prozesse und zum anderen bessere Entscheidungsgrundlagen für komplexe Fragestellungen zu ermöglichen.

„Die Digitalisierung von Kommunen macht nicht bei einzelnen Verwaltungsverfahren und

Online-Diensten Halt“, so der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer. „In Zukunft benötigen wir vernetzte und ganzheitliche Lösungen für die vielen Bereiche, in denen Kommunen aktive Treiber und Gestalter sind.“ Und so war auch am benachbarten RIWA-Stand viel los, auf dem die AKDB-Gruppe ihre Smart Data Services (SDS) präsentierte: Sie liefern Städten und Gemeinden alle Tools und Informationen für eine nachhaltige Stadtentwicklung: von IoT (Internet-of-Things) über Geoinformationssysteme bis hin zu digitalen Zwillingen.

Cloudangebot

Einen weiteren Schritt in Richtung Ende-zu-Ende-Digitalisierung geht die AKDB mit ihrem Cloudangebot. „Damit Fachverfahren reibungslos zusammenarbeiten, müssen Updates koordiniert eingespielt werden“, so Schleyer. „Unterschiedliche Versionsstände bei autonom be-

triebener Software können Inkompatibilitäten verursachen. Wir glauben, dass die kommunale IT-Landschaft in der Cloud stattfinden und deren Sicherheit erheblich verbessern wird.“ Ende-zu-Ende digital sind bereits jetzt viele Online-Dienste, die am Stand und in den Vorträgen erläutert wurden: vom Antrag auf Führerscheinumtausch über Meldebescheinigung, Waffenbesitzkarte bis hin zur Kfz-Zulassung. „Die Nutzung von Online-Diensten, die in unserem Bürgerservice-Portal laufen, belief sich 2023 bisher auf erfreuliche 2,1 Millionen Transaktionen“, so Gudrun Aschenbrenner, Vorstandsmitglied bei der AKDB. „Das kann man übrigens auch in unserem Dashboard Digitale Verwaltung transparent mitverfolgen. Es spricht dafür, dass

VITAKO-Positionspapier:

Mission digitale Verwaltung

Perspektive der kommunalen IT-Dienstleister

Die digitale Verwaltung ist die Zukunft. Deshalb hat die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister (VITAKO) in ihrem Positionspapier „Mission digitale Verwaltung - Perspektiven der kommunalen IT-Dienstleister“ fünf Prinzipien für eine erfolgreiche Ende-zu-Ende digitalisierte Verwaltung aus der Praxisperspektive der kommunalen IT-Dienstleister skizziert.

1. Digitale Transformation: Von der Präsenz- zur Onlineverwaltung

Die digitale Transformation erfordert einen Paradigmenwechsel. Analoge Prozesse müssen zuerst hinterfragt, optimiert und dann digital umgesetzt werden. Die Verwaltung wird konsequent „digital-by-Design“ und „digital-only“ sein. Das wird in der Rechtssetzung verankert und entsprechend umgesetzt. Alle Bürgerdienste sind internetbasiert und unabhängig von Endgeräten, Zeit und Ort etabliert. Dazu gibt es Services mit niederschweligen Einstiegsmöglichkeiten in die digitale Verwaltung über Beratungsstellen als Ersatz für Bürgerämter.

2. Dienstleistungsorientierte Transformation: Von der Antrags- zur Angebotsverwaltung

Moderne Register und Datenmanagement ermöglichen datenbasierte Verwaltungsarbeit, indem alle relevanten Informationen in vernetzten Registern und Fachverfahren rechtskonform und sicher verarbeitet werden. Es bedarf Multiplikatoreffekte und Kooperation aller Umsetzungsinstanzen, um den Kulturwandel in der Verwaltung gebündelt zu begleiten, Angebote und Lösungsansätze anzubieten sowie Netzwerke zu einem resilienten Ökosystem der digitalen Verwaltung zu verbinden.

3. Demografische Transformation: Zur automatisierten Verwaltung

Konsequentes „Data-Driven Government“ mildert den Fachkräftemangel durch eine umfassende Digitalisierung von Verwaltungsleistungen ab. Eine Automatisierung in der Rechtsanwendung und der Einsatz von künstlicher Intelligenz auf verfassungsrechtlicher, verantwortungsvoller, diskriminierungsfreier, geschlechterneutraler und ethischer Grundlage werden zur Entlastung des Verwaltungspersonals eingesetzt. Dabei werden auch Ermessensentscheidungen teilweise automatisiert, indem Machine-Learning Funktionalitäten Entscheidungen objektivieren und die Verwaltungsmitarbeitern von Stan-

den Kommunen auch Bürgerinnen und Bürger E-Government-Lösungen gut annehmen.“

Überregulierung

Schleyer warnte dringlich vor einer Überregulierung, die daher rühre, jeden Sonderfall mit höchstmöglicher Gerechtigkeit erfassen zu wollen: „Der Gesetzgeber verheddert sich und manche analogen wie digitalen Prozesse sind schlicht überflüssig.“ Als Beispiel führte er die Schulwegkostenfreiheit an. Bis einschließlich Klasse 10 wäre diese in Bayern über die Schulen automatisiert organisiert. Ab Klasse 11 müssten Familien die Kosten auslegen und bekämen sie vom Landratsamt erstattet. Schleyer berichtet von einem Landratsamt, das allein für diesen Vorgang fünf Mitarbeiter beschäftigt. „Diese Übel wird auch die Digitalisierung nicht lösen“, so der Experte.

Eine Nachlese der AKDB-Präsenz auf der KOMMUNALE findet sich online hier: www.akdb.de/kommunale □



Am AKDB-Stand mit Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner und Vorstandsvorsitzendem Rudolf Schleyer (2.v.l.). Bild: AKDB

Mehr als eine Unterstützung der Vermessungsämter

Landratsamt Donau-Ries zeichnete Feldgeschworene aus

Bei einer Feierstunde im Landratsamt zeichneten Landrat Stefan Rößle und Vermessungsdirektorin Edith Breumair 22 Feldgeschworene für ihre 25-, 40- oder 50-jährige ehrenamtliche Tätigkeit aus. Rößle hob dabei besonders die Bedeutung des Feldgeschworenenamtes hervor, das trotz Digitalisierung und Modernisierung des Vermessungswesens nach wie vor ein wichtiger Bestandteil dessen sei.

„Nicht umsonst ist das Siebenerwesen seit dem Jahr 2016 als UNESCO-Kulturerbe anerkannt“, erklärte der Landrat mit Blick auf die lange Tradition, die das Amt hat. Seine Ursprünge liegen im Franken des 13. Jahrhunderts, von wo aus es in andere Gegenden weitergetragen wurde.

Mittler zwischen Bürgern und Verwaltung

Damals wie heute handelt es sich bei den Feldgeschworenen um Ehrenamtliche, die verpflichtet werden, einen Eid auf das Grundgesetz zu schwören und in das Siebenergeheimnis, welches nicht einmal die Vermessungsämter kennen, eingeweiht werden. Auch sind die Siebener eine regionale Besonderheit, die lediglich noch in Bayern und in Rheinland-Pfalz existiert. Dass sie in den 1970er Jahren nicht wie ursprünglich geplant abgeschafft wurde, zeige, dass die Feldgeschworenen „nach wie vor hohes Vertrauen in den Gemeinden genießen“, so Stefan Rößle weiter. „Sie fungieren als Mittler zwischen den Bürgern und der Verwaltung und tragen entscheidend zum Nachbarschafts- und Grenzfrieden bei.“

Der Landrat bekräftigte wei-

terhin, dass das Feldgeschworenenwesen in Zeiten der Digitalisierung keinesfalls überholt sei: Besonders von zwischenmenschlichen Erfahrungen, die die Ehrenamtlichen bei ihren Begehungen sammeln würden, könne kein Lasergerät, kein GPS, kein Computerprogramm erzählen. Als Hüter eines der ältesten traditionellen kommunalen Ämter seien die Siebener weitaus mehr als eine Unterstützung der Vermessungsämter.

Hohe Orts- und Sachkenntnis

Anerkennende Worte fand auch die Leiterin des Amtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Donauwörth, Frau Edith Breumair, die die hohe Orts- und Sachkenntnis der Feldgeschworenen betonte, die ihrer Behörde eine wichtige Stütze sei. Die Vermessungsdirektorin unterstrich außerdem ebenso die wichtige Rolle der Siebener in der Traditions- und Nachbarschaftspflege.

Für ihre 25- und 40-jährige Tätigkeit erhielten die Geehrten Buchpräsenten und eine Urkunde. Die 50-jährige Siebenerzugehörigkeit wurde mit einer Uraufnahme des Heimatortes und ebenfalls einer Urkunde gewürdigt. □

Bayern fördert interkommunale IT-Betreuung

Der Freistaat Bayern fördert im Rahmen der Richtlinie für Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit das interkommunale Kooperationsprojekt „Gemeinsame IT-Betreuung“ zwischen der Stadt Königsbrunn und der Gemeinde Graben mit einem Zuschuss in Höhe von run. 26.500 Euro.

Graben und Königsbrunn

Die Gemeinde Graben hat der Stadt Königsbrunn im Wege einer Übertragungsvereinbarung gemäß Art. 7 Abs. 2 Satz 1 KommZG die Aufgabe übertragen, mit ihrem Fachpersonal im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die IT der Gemeindeverwaltung mit ihren Außenstellen und der Schulen in der Aufwandsträgerschaft der Gemeinde zu betreiben. Dadurch verbessert sich die Servicequalität und der Betreuungsumfang durch kürzere Reaktionszeiten und kurzfristigen Vor-Ort-Service durch qualifi-

ziertes Personal. Darüber hinaus soll die IT-Ausstattung sowie der Grad der Digitalisierung deutlich verbessert werden. Durch die gewonnenen Synergien und Skaleneffekte können digitale Dienstleistungen effizienter erbracht und für die Bürgerinnen und Bürgern ein besserer Service geboten werden. Durch fachlich gut qualifiziertes Personal werden Datensicherheit und geringere Ausfallzeiten bei der Gemeinde bestmöglich gewährleistet.

Verbesserte Servicequalität

Mittlerweile haben sich auch die Gemeinde Kutzenhausen und die Verwaltungsgemeinschaft Großaitingen mit den Mitgliedsgemeinden Kleinaitingen und Oberottmarshausen der Kooperation angeschlossen. Weitere Interessenbekundungen gibt es bereits.

Die interkommunale Kooperation wurde mit dem Digital-Award 2023 im Rahmen der KOMMUNALE ausgezeichnet. □

Weitere rund 5,3 Millionen Euro:

Digitalministerium legt KI-Modellprojekt neu auf

Neue Regionalzentren für Technologietransfer in Nürnberg, Neu-Ulm, Kempten, Ingolstadt und Würzburg

Das Bayerische Staatsministerium für Digitales baut seine Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen im Freistaat bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) deutlich aus. Dazu werden für das Projekt „KI-Transfer Plus – Regionalzentren für Bayerns Mittelstand“ bis Juni 2025 weitere rund 5,3 Millionen Euro bereitgestellt. Die Summe der bislang insgesamt durch das Digitalministerium investierten Gelder in das KI-Förderprogramm beläuft sich damit insgesamt auf 9,1 Millionen Euro.

Ministerin Judith Gerlach erklärt: „Bayerns Stärke ist der Technologietransfer – und hier haben wir einen einzigartigen Ansatz in Deutschland. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir ihn weiter ausbauen können. Dieses großartige Projekt ist eine wichtige Zukunftsinvestition für unseren Mittelstand und wir ermöglichen noch mehr kleinen und mittelständischen Unternehmen Zugriff auf das große Knowhow bayerischer Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Die Kooperation von Digital- und Wissenschaftsministerium ist zudem ein Leuchtturm der interministeriellen Arbeit. Sie ist ein wichtiger Aspekt unserer Strategie als Digitalministerium, mit der wir Insellösungen eine Absage erteilen.“

Transfer ist Trumpf

Wissenschaftsminister Markus Blume betont: „Transfer ist Trumpf: Die Technologietransferzentren unserer Hochschulen sind einzigartige Innovationstreiber für die regionale Wirtschaft im ganzen Land. Mit ‚KI-Transfer Plus‘ schlagen wir nun ein weiteres Kapitel dieser Erfolgsgeschichte auf. Wir befähigen mittelständische Unternehmen zur Anwendung von KI mit Knowhow direkt aus unseren Hochschulen – wissenschaftliche Erkenntnisse mündet so schnell in praktische Anwendung. In Bayern sind Wissenschaft und Wirtschaft eng verknüpft. Das bringt Wertschöpfung und ist ein zentraler Baustein für die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit unserer kleinen und mittleren Unternehmen.“

Mit der neuen Förderperiode gehen fünf neue KI-Regionalzentren an den Start. Sie kommen direkt in den Technologietransferzentren (TTZ) vor Ort unter, sodass eine Flächendeckung in Bayern erreicht wird. Zu den drei bisherigen Standorten in München, Regensburg und Aschaffenburg kommen nun fünf weitere in Nürnberg, Neu-Ulm, Kempten, Ingolstadt und Würzburg hinzu.

Regionalzentren als programmatisches Herzstück

Die KI-Regionalzentren sind das Herzstück des Programms. Sie fungieren als konkrete Ansprechpartner für die Unternehmen vor Ort. Die Unternehmen erhalten durch die Unterstützung der Regionalzentren die Möglichkeit zum Aufbau einer langfristigen KI-Vision sowie der Verankerung von KI in den Prozessen und der Organisation des Unternehmens.

Aktuell nutzen in Deutschland nur etwa 13 Prozent der Unternehmen KI. Das Programm „KI Transfer Plus“ will diesen Anteil in Bayern signifikant steigern und Technologie in die Fläche bringen. Bislang lag der Fokus auf der Entwicklung eigener KI-Lösungen. Die Neuauflage fokussiert auf generative KI, bekannt etwa durch ChatGPT. Wissenschaftlich wird untersucht, ob und inwieweit die neuen frei verfügbaren KI-Werkzeuge die Eintrittsschwelle für Unternehmen senken können und welche neuen Herausforderungen damit einhergehen. Interessierte Unternehmen können sich unter ki-transfer-plus.de informieren. □

Mutmacher auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit:

München ist „Hauptstadt des Fairen Handels“

Ab sofort darf sich die Landeshauptstadt München neben Ingelheim und Sankt Peter-Ording „Hauptstadt des Fairen Handels“ nennen. Die Kommunen wurden im Beisein der Parlamentarischen Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, Dr. Bärbel Kofler, im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung in Fürth ausgezeichnet. Damit geht der Hauptstadttitel zum 20-jährigen Jubiläum des alle zwei Jahre von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführten Wettbewerbs erstmalig an je eine große, mittlere und kleine Kommune.

Auch die zweit- und drittplatzierten Kommunen wurden gewürdigt und erhalten wie die Gewinner hohe Preisgelder zur Festigung und Fortführung ihres Engagements rund um den fairen Handel und die faire Beschaffung. Außerdem wurden vier Sonderpreise vergeben – darunter ein Publikumspreis, bei dem Ebern die meisten Fürsprecher gewinnen konnte, und ein weiterer Sonderpreis, über den sich die Stadt Amberg freute.

Die Stadt München überzeugte die Jury ebenso mit einer breiten wie tiefen strukturellen Verankerung des Fairhandels-Gedankens im Verwaltungshandeln. So werden der faire

Handel und eine sozial-ökologische Beschaffung durch einen SDG-Analysebericht und ein Rahmenkonzept für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in das städtische Handeln einbezogen.

Münchner Beschaffungswesen

Ihr Beschaffungswesen entwickelt die Stadt auch unter Einbeziehung gendgerechter Kriterien stetig weiter in Richtung nachhaltigem und fairem öffentlichem Einkauf, etwa für Produktgruppen wie Berufskleidung oder IT-Produkte sowie Sportbälle für alle 320 kom-

munalen Schulen der Stadt. Vorbildlich ist auch die Kooperation mit den drei Münchner Weltläden.

Herrieden in der Kategorie Kleinstädte auf Rang 2

In der Kategorie Kleinstädte holte Herrieden den 2. Platz. Die mittelfränkische Stadt ist strukturell beim fairen Handel gut aufgestellt. Sie nennt sogar einen eigenen Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik ihr Eigen, der nicht nur über ein eigenes Budget verfügen, sondern auch auf die volle Unterstützung des Stadtrats zählen kann. Zu den strategischen Maßnahmen der Stadt gehören auch ein „entwicklungspolitische Check“ bei Stadtratsbeschlüssen und ein Leitfaden für nachhaltige Beschaffung. Fair beschafft werden in Herrieden unter anderem Dienstkleidung und Sportbälle.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit fiel der Jury besonders ins Auge, dass sich Herrieden jedes Jahr ein neues Jahresthema gibt, in

dessen Rahmen Aktionen stattfinden und neue Produkte für das Stadtmarketing entwickelt werden. Darunter: eine faire Stadtschokolade und ein Stadtkaffee, faire Handtücher anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Parkbads und faire Stofftaschen oder Babylätzchen für die Neubürger.

Sonderpreis für Amberg

Mit einem themenunabhängigen Sonderpreis wurde Amberg bedacht: Die oberpfälzische Stadt erhielt eine Auszeichnung für die Initiative „Zukunftsakademie“, die bei Unterrichtsausfall das Thema Fairer Handel in Schulen einbringt. Der Publikumspreis ging an Ebern in Unterfranken. Die Stadt holte nach Einwohnerzahl bereinigt die meisten Stimmen.

Kommunen als Vorbilder

Wie die Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Dr. Bärbel Kofler, betonte, „spielen Kommunen eine große Rolle für die globale Entwicklung. Wenn Kommunen in Deutschland sich für fairen Handel und nachhaltige Beschaffung entscheiden, hat das Auswirkungen auf die Lebensrealitäten von Menschen im Globalen Süden. Dieses Engagement wollen wir mit dem Preis „Hauptstadt des Fairen Handels“ sichtbar machen und fördern. Die teilnehmenden Kommunen sind Vorbilder und machen anderen Städten Mut, ihren konkreten Schritten zu mehr Nachhaltigkeit zu folgen. Nur gemeinsam mit lokalen Akteuren in Deutschland und der Welt gelingt die Aufholjagd zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele.“ DK



Stadtrat Willi Dürrnagel, Anastasia Schmid (Vorsitzende Mrija e.V.), Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Stadtrat Joachim Spatz, Stadträtin Barbara Meyer, Stadtrat Manfred Dürr und Stadträtin Marie Büchner besuchten den von Bombensplittern getroffenen Krankenwagen, der zum Mahnmahl wurde und nun Station im Würzburger Rathaushof machte.

Bild: Georg Wagenbrenner

Stadt Würzburg:

Solidarität mit zivilen Opfern in der Ukraine

„Es ist erschreckend, dass selbst ein Krankenwagen in diesem Krieg keinen Schutz vor Gewalt bietet, die immer wieder ganz direkt die Zivilbevölkerung trifft“, kommentierte Oberbürgermeister Christian Schuchardt eine mahnende Kunstaktion im Rathaushof. Dort gastierte ein stark in Mitleidenschaft gezogener Krankenwagen, der im ukrainischen Derhatschi genutzt wurde um ältere Menschen und Kranke aus der Kampfzone zu evakuieren.

Dieser Transporter wie auch das örtliche Krankenhaus wurden im Krieg zerstört. Von Bombensplittern durchsiebt, dient das alte Fahrzeug nun in rund 40 deutschen Städten als symbolkräftiges Mahnmahl, das nicht mehr selbst fahren kann, sondern auf einem Anhänger transportiert wird.

Zeichen setzen

Die Aktion wurde ins Leben gerufen vom bundesweit tätigen Verein Fellas for Europe e.V. In Würzburg unterstützte er die

letzte Station des Krankenwagens vor der Weiterfahrt nach Brüssel. Anfang Juli hatten bereits in Berlin zahlreiche prominente Besucher, unter ihnen Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, die Minister Cem Özdemir und Svenja Schulze, zusammen mit weiteren MdBs und Botschaftern Solidaritätsbesuche abgestattet. In Würzburg waren nun ebenfalls zahlreiche Stadtratsmitglieder vor Ort, um ein Zeichen zu setzen, dass das Leid der Menschen in der Ukraine auch nach 617 Kriegstagen nicht in Vergessenheit gerät. □

Verein Aktion PiT – Togohilfe:

Gesundheits- und Schulbauprojekte im Fokus

Anlässlich ihrer Auszeichnung mit der Bayerischen Staatsmedaille für Verdienste um Gesundheit und Pflege empfing das Landratsamt Fürstfeldbruck die Vorsitzende von Aktion PiT – Togohilfe e.V., Margret Kopp, sowie den togolesischen Arzt Dr. Serge Michel Kodom. Sie berichteten über ihr gemeinsames Gesundheitsprojekt „Santé pour tous“ und über Schulbildungsprojekte im Rahmen der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“.

„An der schmalsten Stelle ist Afrika nur 14 km von Europa entfernt, genauso weit wie Fürstfeldbruck von Germering. Europa muss enger mit Afrika, dem Kontinent der Chancen, zusammenarbeiten, um die afrikanischen Länder auf den Weg zu bringen“. Mit diesem prägnanten Einstieg begründet Margret Kopp ihr Engagement in dem kleinen afrikanischen Land Togo. Gerade Kinder liegen der ehemaligen Lehrerin bei ihrer Arbeit besonders am Herzen. Über die Hälfte der Bevölkerung in Togo ist unter 25 Jahre alt, sie haben laut Frau Kopp das Potenzial für eine zukünftige positive Veränderung in ihrem Land.

Bereits seit 1982 setzt sich Margret Kopp im Rahmen der Togohilfe für die Verbesserung der Schulbildung und für die Kinderhilfe in Togo ein. Auch für den Ausbau der medizinischen Versorgung und im Bereich der Dorfentwicklung ist Frau Kopp für den Verein Aktion PiT – Togohilfe aktiv, den sie seit 2008 als Vorsitzende leitet. Für ihre langjährigen Verdienste in der Togohilfe wurde der ehemaligen Kreisrätin nun im Mai von Staatsminister Klaus Holetschek die Staatsmedaille für Verdienste um Gesundheit und Pflege verliehen.

Dr. Serge Michel Kodom wurde Anfang Mai in Großbritannien mit einem Ehrentitel der Universität Harvard ausgezeichnet. Er ist Arzt in einem Klinikum in der Hauptstadt Togos und Gründungsmitglied sowie Präsident des 2005 gegründeten Vereines Aimes-Afrique. Die Abkürzung steht für den Internationalen Ärzteverband zur Gesundheitserziehung in Afrika. Dr. Kodom leistet auf dem Gebiet der Gesundheit, der Bildung und der Gemeindeentwicklung seit vielen Jahren Pionierarbeit in seinem Heimatland.

Unter dem Motto „das Krankenhaus zu den Menschen bringen“ setzen sich Dr. Serge Mi-

chel Kodom und Frau Kopp seit 2014 für das Gesundheitsprojekt „Santé pour tous“ (auf Deutsch „Gesundheit für alle“) in Togo ein. Landrat Thomas Karmasin ist seit vielen Jahren Schirmherr des Projektes, das beim Bau von Krankenhäusern hilft und zugleich über 100 Buschkrankenstationen, Mütterberatungszentren und Entbindungsstationen mit den notwendigen Basis-Medikamenten und Medizinprodukten unterstützen konnte.

Ärzte-Einsätze in Togo

Von großer Bedeutung für die ländlichen Regionen sind auch die von Aimes-Afrique koordinierten und von Aktion PiT – Togohilfe e.V. unterstützten zweiwöchigen Ärzte-Einsätze in Togo. Fachärzte aus Togo kümmern sich dabei ehrenamtlich um Patientinnen und Patienten in abgelegenen Regionen des Landes, die zum Großteil von jeglicher gesundheitlicher Versorgung abgeschnitten sind.

Dr. Kodom berichtete, dass die Einsatzgebiete jeweils mit den togolesischen Gesundheitsämtern der fünf Landesregionen abgestimmt werden, sodass jeweils andere Gebiete mit hohem Bedarf an medizinischer Versorgung ausgewählt werden können. So konnten seit 2005 laut Dr. Kodom bereits über 30.000 Operationen und Eingriffe durchgeführt werden.

Ein besonderer Aspekt der Arbeit in dem Gesundheitsprojekt ist laut Dr. Kodom auch „das Können, vor Ort zu unterstützen“. Dies geschieht über Schulungen für medizinisches Personal, aber auch unter Einbeziehung wichtiger lokaler Akteure, wie Bürgermeister, Gemeindevorstehern, Lehrkräften und Medizinern. Besonders die Integration der traditionellen Medizinern und heilkundigen Frauen, die oft wie Hausärzte die

erste Anlaufstelle für die Patientinnen und Patienten darstellen, ist wichtig, um ihnen die moderne Medizin näher zu bringen und den Menschen die Angst vor medizinischem Fortschritt zu nehmen. So kann mithilfe aller Verantwortlichen vor Ort ein kompetentes Netzwerk aufgebaut und die medizinische Versorgung möglichst flächendeckend organisiert werden.

Im Anschluss gab Margret Kopp Einblicke in die Schulbauprojekte, welche die Aktion PiT – Togohilfe e.V. im Rahmen der Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ bereits in Togo realisieren konnte. Sie berichtete, dass von den 2019 vom Landkreis angestrebten zehn Schulbauprojekten bisher in Togo sieben erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Darunter ist die sogenannte Schwalbenschule in Koutandjéou, die laut Kopp von Aktion PiT – Togohilfe e.V. von Mairescher Bürgerinnen und Bürgern finanziert wurde. Kopp bedankte sich an dieser Stelle auch bei der gesamten Landkreisbevölkerung, denn durch die vielen Spendengelder konnten über das Land verteilt zusätzlich drei weitere Grundschulen, ein Gymnasium sowie ein Vorschulkindergarten errichtet werden.

Das Collège in Yopé-Tsiviépe wurde hauptsächlich von Mitarbeitern des Landratsamtes und drei Grundschulen des Landkreises Fürstfeldbruck finanziert. Die beiden weiteren Projektpartner der Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“, die Kolpingsfamilie Olching und der Zoe-Unterstützerkreis Türkenfeld sammeln weiterhin für Schulbauten in Kagoma (Uganda), in Bomongo (Kongo) und Githunguri (Kenia).

Zum Schluss brachte Dr. Kodom noch den Gedanken ein, dass Gesundheit nicht die Abwesenheit von Krankheit sei, sondern viele unterschiedliche Aspekte zum Wohlbefinden eines Menschen beitragen würden. Zusammen mit Aktion PiT – Togohilfe e.V. möchte er sich mit dem Verein Aimes-Afrique auch weiterhin in möglichst vielen Bereichen aktiv einbringen, um die Situation der Menschen seines Landes insgesamt zu verbessern. □



Öffentlich, nachhaltig, fair – so funktionieren kommunale Aufträge.

Matthias Dießl, Landrat des Landkreises Fürth

Der Landkreis Fürth vergibt öffentliche Aufträge bevorzugt für Waren, die Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards erfüllen. Das gilt für die Arbeitskleidung im Bürgerservice ebenso wie für das Druckerpapier in der Verwaltung.

Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn www.engagement-global.de

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer
SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des
Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



GZ

KOMMUNAL-



In Kooperation mit
Bayerischer Industrieverband
Baustoffe, Steine und Erden e. V.
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Heimischen Rohstoffe Ersatzbaustoffverordnung

(ErsatzbaustoffV) seit 1. August 2023 in Kraft

Mit der ErsatzbaustoffV werden Regeln für die Aufbereitung und die Verwendung von Recyclingmaterialien aufgestellt – zum ersten Mal einheitlich für ganz Deutschland! Die bisherigen Landesregeln, wie etwa der Bayerische Recycling-Leitfaden, sind damit nicht mehr gültig. Wichtige Ausnahme: Bauvorhaben, die vor dem 1. August 2023 genehmigt oder begonnen wurden, können in Bayern nach den alten Vorgaben zu Ende geführt werden.

Die ErsatzbaustoffV konzentriert sich auf den Einsatz von mineralischen Ersatzbaustoffen in Technischen Bauwerken. Dazu zählen etwa Straßen, Wege und Parkplätze, Lager- und Stellplätze, Leitungsgräben und Baugruben oder Lärm- und Sichtschutzwälle. Vorhaben aus dem Hochbau sind von dem Anwendungsbereich ausgenommen.

Aufbereiter brauchen einen speziellen Eignungsnachweis

Der Eignungsnachweis darf nur von ausgewählten Überwachungsstellen ausgestellt werden. Von diesen sogenannten RAP Stra-Prüfstellen gibt es in Bayern aber insgesamt nur 17 Stück und nicht alle dürfen einen Eignungsnachweis ausstellen.

Um dem absehbaren Zulassungstau entgegenzuwirken, hat das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) in einem Fragen-Antworten-Katalog zur ErsatzbaustoffV drei sehr wichtige Festlegungen getroffen:

1. Ein Eignungsnachweis kann mehrere Qualitätsstufen eines Ersatzbaustoffes umfassen. So werden unnötige Mehrfachuntersuchungen vermieden.
2. Mobile Anlagen, die direkt auf der Baustelle eingesetzt werden können, bedürfen grundsätzlich auch nur einen Eignungsnachweises – genauso wie stationäre Anlagen. Der jeweilige Einsatzort der mobilen Anlage muss aber rechtzeitig angezeigt werden.
3. Recycling-Baustoffe, die nach dem früheren Recycling-Leitfaden zertifiziert wurden, brauchen keine nachträgliche Untersuchung nach dem neuen Recht.

Gute Vorbereitung aus Bauherrensicht essenziell

Die Ersatzbaustoffverordnung unterteilt die Ersatzbaustoffe in verschiedene Materialklassen. Für jede Materialklasse sind bestimmte, klar definierte Einbauweisen vorgegeben. Die zur Verfügung stehenden Recycling-Materialien müssen für die beabsichtigte Einbauweise zugelassen sein. Ansonsten ist ein Einbau nicht möglich. Dazu gibt es weitere Kriterien zu berücksichtigen, wie etwa die bodenkundliche Beschaffenheit des Baugrundes, der Abstand zum Grundwasser oder die Nähe zu Wasserschutzgebieten. Je nach Materialklasse können sich besondere Dokumentationspflichten ergeben. So kann etwa unter Umständen eine Einbauanzeige beim Landratsamt erforderlich sein. □

Spielplatzsicherheit

Kontrolle, Wartung und Instandhaltung

Mit der Einrichtung von Kinderspielplätzen leisten Gemeinden einen wichtigen Beitrag, damit Kinder ihre Fähigkeiten im Spiel und durch Bewegung austesten und weiterentwickeln können. Einiges ist jedoch zu berücksichtigen, damit ein Spielplatz hinreichend sicher betrieben werden kann. Die Versicherungskammer Bayern als Versicherungspartner der Kommunen gibt folgende Hinweise, was Gemeinden bei der Kontrolle, Wartung und Instandhaltung des Spielplatzes beachten müssen und welche Anforderungen an die Qualifikation des Personals gestellt werden. Eröffnet eine Kommune einen Spielplatz, so schafft sie neben Spielgelegenheit auch eine potenzielle Gefahrenquelle, die dazu verpflichtet, die notwendigen und zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, dass deren Benutzer nicht zu Schaden kommen.

Im Interesse der Unfallverhütung kommt dabei der Kontrolle, Wartung und Instandhaltung der öffentlichen Spielplätze eine ganz besondere Bedeutung zu.

Es ist deshalb bereits im Rahmen der gemeindlichen Organisation festzulegen, wer fachlich (z.B. der Bauhof) für Kontrolle, Wartung und Instandhaltung der Spielplätze zuständig ist. In einem zweiten Schritt ist durch Dienstabweisungen zu bestimmen, wann, wo und auf welche Art und Weise der fachlich Zuständige die Kontrolle, Wartung und Instandhaltung im Einzelnen durchzuführen hat.

Eindeutige Vorgaben

Hinsichtlich der erforderlichen Kontrollen und insbesondere deren zeitlichen Intervallen macht die DIN-EN 1176-7 eindeutige Vorgaben. Diese werden durch entsprechende Rechtsprechung ergänzt und konkretisiert. So sind in regelmäßigen Abständen Sichtkontrollen, Verschleißkontrollen und Jahreskontrollen vorzunehmen.

Sichtkontrollen sind bei normalem Spielbetrieb im Sommer einmal wöchentlich durchzuführen. Bei stark frequentierten Spielplätzen oder bei Vorliegen besonderer Umstände,

wie z.B. Vandalismus oder wartungsintensiven bzw. verschleißanfälligen Spielgeräten, kann eine Kontrolle in kürzeren Intervallen bis hin zu einer täglichen Kontrolle erforderlich sein. In jedem Fall gesucht und beseitigt werden sollten Unebenheiten, Kanten oder Überstände sowie potenzielle Fangstellen. Gleichzeitig sollte auch eine Reinigung des Spielplatzgeländes und ggf. ein Auflockern des vorhandenen Fallschutzmaterials erfolgen.

Verschleißkontrollen sind alle ein bis drei Monate durchzuführen. Insbesondere sind Verbindungselemente und bewegliche Teile auf Abnutzung sowie Lockerung oder Beschädigung zu kontrollieren. Zur Kontrolle gehört auch, Bauelemente und Absturzsicherungen auf ausreichende Festigkeit zu überprüfen. Fallschutzrelevante Bodenmaterialien in den Spiel- und Sicherheitsbereichen sind aufzulockern, aufzufüllen und ggf. auszutauschen.

Schließlich sind Jahreskontrollen in Abständen von nicht mehr als 12 Monaten zur Feststellung des sicherheitstechnisch einwandfreien Zustands der Gesamtanlage vorzunehmen. Sichtkontrollen sind bei normalem Spielbetrieb im Sommer einmal wöchentlich durchzuführen. Bei stark frequentierten Spielplätzen oder bei Vorliegen besonderer Umstände,

merk sollte auf die Standsicherheit der Geräte gerichtet werden. Dies erfordert eine Kontrolle der Verbindungsstellen zu den Fundamenten und den Pfosten im Erdreich. Um eventuell verborgene Schäden erkennen zu können, kann die Freilegung bestimmter Teile erforderlich sein. Darüber hinaus sind die Betriebs- und Wartungsanleitungen des Herstellers zu berücksichtigen.

Sowohl die Rechtsprechung als auch die DIN-EN 1176 legen fest, dass mit der Kontrolle und Wartung der Spielanlagen nur sachkundiges Personal beauftragt werden darf. Dieses muss auf Grund seiner Ausbildung und Erfahrung über ausreichende Fachkenntnisse verfügen und mit den einschlägigen Vorschriften und Regeln der Technik vertraut sein. Die zur Durchführung der Kontrollen erforderlichen Kenntnisse sind durch Schulungen und durch regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen auf dem jeweils neuesten Stand zu halten. Um in dieser Hinsicht eine Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit bei der Qualifikation von Spielplatzprüfern zu erzielen, wurden die Anforderungen an Schulung und Ausbildung sowie an Prüfung und Zertifizierung in der DIN 79161 festgelegt.

Da die Jahreskontrolle auch die Überprüfung von durchgeführten Reparaturen umfasst, die im Rahmen der Sicht- und Verschleißkontrollen erfolgt sind, ist auch ohne explizite Vorgabe davon auszugehen, dass diese von einer anderen Person durchzuführen ist als dem Kontrolleur, der die Sicht- und Verschleißkontrollen vorgenommen hat.

Um sicherzustellen, dass alle Anforderungen an die Organisation und Durchführung der Kontrollen eingehalten und sämtliche erforderlichen Maßnahmen regelgerecht durchgeführt werden, kommen Kommunen nicht umhin, eine entsprechende verbindliche Dienstabweisung zu erlassen.

In der Dienstabweisung sind die Personen und deren Stellvertreter zu benennen, die mit der Organisation und der Durchführung der Kontroll- und Wartungsaufgaben betraut werden. Deren Aufgabenbereich muss möglichst genau umschrieben werden und es müssen klare Arbeitsanweisungen vorgegeben werden. Ferner muss eine genaue Anleitung vorliegen, welche Maßnahmen konkret zu treffen sind, sollten Mängel oder Gefahrenstellen festgestellt werden. Ist eine sofortige Beseitigung möglich, hat diese auch zu erfolgen. Ansonsten ist das Spielgerät unverzüglich wirksam außer Betrieb zu setzen oder ggf. abzubauen.

Zu komplizierte Vorschriften

Insbesondere die Politik fordert immer öfter den Einbau von Recyclingbaustoffen. Um Ressourcen zu schonen und den CO₂-Anfall einzudämmen, sollen „alte“ Baumaterialien aufbereitet und noch einmal verwendet werden. „Leider schafft es die Politik nicht wirklich überzeugend, der Bauwirtschaft das nötige Regelwerk dafür an die Hand zu geben“, verweist Daniel Jonas, Abteilungsleiter für Straßen-, Tief- und Ingenieurbau bei der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVM) unter anderem auf die langwierige und noch immer nicht zufriedenstellende Diskussion zur neuen Ersatzbaustoffverordnung. Gerade für Straßenbauunternehmen ist diese Situation laut Marco Bokies, Geschäftsführer des Deutschen Asphaltverbands (DAV) e.V., unbefriedigend: „Die Hürden für ein technisch machbares Maximalrecycling sind einfach zu hoch.“ Die beiden Verbände fordern eine rasche Verbesserung der Regelwerke.

Mit dem Inkrafttreten der Ersatzbaustoffverordnung im August wird das Recycling mineralischer Baustoffe auf völlig neue Grundlagen gestellt. Die vorhergehende langjährige Diskussion darüber hat bereits gezeigt, dass damit sehr komplexe und teilweise gar nicht absehbare Folgen für die mineralischen Stoffströme in Deutschland ausgelöst werden. Die Idee hinter der jetzt gültigen Ersatzbaustoffverordnung lautet aber: die Kreislaufwirtschaft fördern und den Ressourcenschutz vorantreiben.

Einer der Hauptanwendungsbereiche ist der Straßenbau. „Hier liegt eigentlich ein riesiges Potenzial für mehr Nachhaltigkeit, wenn man es richtig angeht“, erklärt Jonas. „Die Bauunternehmen haben großes Interesse an einer effektiven Ressourcenschonung. Die Notwendigkeit hierzu folgt bereits aus den stetig gestiegenen Kosten für Primärrohstoffe und den Unternehmenskonzepten zur Erreichung der Klimaziele.“

Probleme gibt es zum Beispiel bei den Asphaltstraßen. Ungefähr 95 Prozent der Straßendecken in Deutschland sind aus diesem Baustoff. Bestimmte Anforderungen der neuen Verordnung, die den Einbau und die Dokumentationspflichten von Asphaltmischgut betreffen, wel-

ches unter Verwendung von Ersatzbaustoffen hergestellt wird, lassen sich in der Baupraxis nicht realisieren. Dies wirkt sich kontraproduktiv auf die eigentlichen Ziele der Kreislaufwirtschaft aus.

Bundesratsinitiative zügig umsetzen

„Es besteht dringender Nachbesserungsbedarf“, erklärt Marco Bokies vom DAV. Der Bundesrat hat dies zutreffend erkannt und die Regierung in einem Entschließungsantrag aufgefordert, die Verwendung von rezyklierten Gleisschotter und Schlacken aus der Stahlproduktion zu vereinfachen. Dieses Material kann große Mengen des ansonsten erst aus Steinbrüchen zu gewinnenden Gesteins ersetzen. Probleme bereiten die zusätzlichen Dokumentationspflichten und Mindesteinbaumengen sowie festgelegte Mindestabstände zum Grundwasser, obwohl diese aus umweltfachlicher Sicht bei Asphaltstraßen nicht notwendig sind.

„Wenn wir hier nachsteuern, können wir perfekte Kombinationen ermöglichen: ein hoher Anteil an Ausbauphosphat, ergänzt um den Ersatz von Primärmaterialien durch recyceltes Gestein. Dies ergibt einen nahezu geschlossenen ökologischen Kreislauf“, so Bokies weiter. □

Dokumentation

Eine vollständige und sorgfältige Dokumentation aller durchgeführten Kontroll-, Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen mittels schriftlicher Aufzeichnungen liegt zwar auch im Interesse der Kommune und deren Versicherung, in erster Linie aber im Eigeninteresse des für die Verkehrssicherung von Spielplätzen verantwortlichen Mitarbeiters. Nur sie stellen nämlich einen belastbaren Nachweis für durchgeführte Kontroll- und Reparaturarbeiten dar. Die Aufzeichnungen sollten über die regelmäßige Verjährungsfrist hinaus für einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren oder bis zum rechtskräftigen Abschluss eines Zivil- oder Strafprozesses aufbewahrt werden.

Die hohen Anforderungen an die Verkehrssicherung von Spielplätzen sind für Kommunen in der Umsetzung sicher herausfordernd. Dennoch sind sie unumgänglich im Interesse der gefahrlosen Nutzung und körperlichen Unversehrtheit von Kindern. □

GZ BLOG

In Kooperation mit der atene KOM GmbH

Alle Beiträge finden Sie auf der Internetseite:
www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog

Stadtentwicklung der Zukunft

Wie Kommunen von Digitalen Zwillingen profitieren

Digitale Zwillinge sind im kommunalen Bereich auf dem Vormarsch. Wie Kommunen von digitalen Zwillingen profitieren, erklärt Friedrich Huffert, Projekt Manager Smart City / Smart Region bei der atene KOM.

Digitale Zwillinge sind virtuelle Repliken der realen Welt. Sie vereinen und visualisieren Daten auf der Grundlage von 2D- oder 3D-Modellen und ermöglichen Simulationen für zukünftige Szenarien. Eine Verschneidung von statischen und Echtzeitdaten – erfasst durch Sensoren – unterstützt die Darstellung und Analyse realer Objekte im virtuellen Raum, im Fall von Gebäuden etwa zum aktuellen Energieverbrauch. So können z.B. Versorger schnell und transparent auf Veränderungen reagieren oder Prognosen für zukünftige Entwicklungen erstellen. Digitale Zwillinge bieten Kommunen zahlreiche Chancen, in die Rolle einer „Digitalen Daseinsfürsorge“ hineinzuwachsen, effizienter zu wirtschaften und interne Prozesse zu vereinfachen. Um das volle Potenzial digitaler Zwillinge auszuschöpfen ist jedoch noch viel Entwicklungsarbeit und Unterstützung der Kommunen notwendig.

Dies geschieht beispielsweise im Rahmen des Förderprogramms TwinBy des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales: Hier ist die atene KOM als eines von drei Beratungsunternehmen tätig, um gemeinsam für insgesamt achtzehn Fördernehmer, darunter Einzelkommunen sowie kommunale Verbände, digitale Zwillinge zu entwickeln. Die Kommunen werden von Fachberater:innen und Tech-Expert:innen individuell dabei begleitet, einen konkreten Anwendungsfall inhaltlich zu erarbeiten und technisch umzusetzen. In diesem Prozess zeigen sich beispielhaft die Vielseitigkeit von Anwendungsmöglichkeiten und Mehrwerte Digitaler Zwillinge.

Stadt Schwabach

Die Stadt Schwabach beschäftigt derzeit der Klimawandel, dessen Folgen in Form von Starkregen- und Hitzeereignissen bereits spürbar sind. Um den damit verbundenen Risiken zu entgegnen, muss sich die Stadt kontinuierlich an die sich verändernden Umweltbedingungen anpassen. Das digitale Abbild Schwabachs soll als Planungswerkzeug sowohl den Ausbau städtischer Infrastruktur im Hinblick auf städtebauliche Klimaanpassungen als auch die Modellierung und Simulation von Extrem- und Gefah-

rensituationen für den Katastrophenschutz unterstützen. Als erster Anwendungsfall werden verschiedene Datenquellen im Kontext städtischer Hitzeansammlung miteinander verbunden, um Bürger dynamisch auf Gefahrenzonen hinweisen zu können und ihnen kühlere Orte und lokale Gastronomen mit kostenlosem Wasserangeboten zu empfehlen.

Verbund Nordallianz

Ein weiteres Beispiel ist der interkommunale Verbund der Nordallianz, Metropolregion München Nord. Wie in vielen Kommunen laufen Planungsprozesse auch dort derzeit noch überwiegend analog, was eine zeitgemäße Darstellung von Vorgaben in der Verwaltung erschwert. Dies hat auch Auswirkungen auf Abstimmungs-, Kommunikations- und Beteiligungsprozesse. Der Verbund möchte mit dem Digitalen Zwilling eine erste Grundlage schaffen, die interkommunale Koordination der Siedlungsentwicklung zu vereinfachen. Zunächst werden lokale Planungsgrundlagen gebündelt und einheitlich dargestellt. Mittelfristig sollen Vorhaben und Bauprojekte durch dreidimensionale und interaktive Modellierungen plastisch visualisiert werden. Dies soll sowohl Beteiligungs- als auch Entscheidungsprozesse anschaulicher machen und zur optimierten Entscheidungsfindung beitragen.

Mit gutem Rat zum Digitalen Zwilling

Die Einsatzmöglichkeiten Digitaler Zwillinge sind vielseitig. Doch wie sollten Kommunen konkret vorgehen, wenn sie ihr eigenes digitales Abbild zur Steuerung von Prozessen entwerfen wollen? In der Regel ist es hilfreich, externe Partner ins Boot zu holen und sich einen objektiven Blick auf den Status Quo, die Bedarfe und die Entwicklungspotenziale zu verschaffen. Daraus ergeben sich dann Ansätze und Pläne, um eine bedarfsge- rechte und auf die Kommune zugeschnittene Anwendung zu implementieren. Oft stehen hierfür Mittel durch Land und Bund zur Verfügung, um innovative Projekte zu fördern. □

Falls Ihre Gebietskörperschaft Interesse und Bedarf an einer ganzheitlichen Beratung und Befähigung zur Erstellung eines digitalen Zwillings hat oder sich unverbindlich zu diesen Themenfeldern informieren möchte, sprechen Sie gerne unseren Berater für den Bereich Smart Cities and Regions an: Friedrich Huffert, f.huffert@atenekom.eu, +49 (0) 30 22183-3117 □



Friedrich Huffert. Bild: atene KOM

Staatspreise für Erhalt der Baukultur im ländlichen Raum:

Gebäude erhalten und zeitgerecht nutzen

Für die vorbildhafte Sanierung und Revitalisierung ortsbildprägender Gebäude und für herausragende zeitgenössische Architektur in bayerischen Dörfern hat Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber in München sechs private und sechs öffentliche Bauherrinnen und Bauherren aus ganz Bayern mit Staatspreisen ausgezeichnet. „Mit bewundernswertem Engagement und viel Mut haben Sie dafür gesorgt, charakteristische Gebäude im Ort zu erhalten und zeitgerecht zu nutzen oder mit moderner Architektur ländliche Baukultur weiterzuentwickeln“, erklärte die Ministerin beim Festakt in der Münchner Residenz.

Die Preisträger haben laut Kaniber einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Attraktivität und der regionalen Identität der Dörfer, aber auch zum Klimaschutz geleistet. Der Staatspreis „Dorferneuerung und Baukultur“ wird alle zwei Jahre vergeben und ist mit jeweils 3.000 Euro dotiert. Die Sieger waren von einer Fachjury aus Architekten, Heimatpflegern und Fachleuten der Verwaltung für Ländliche Entwicklung aus rund 1.700 Projekten ausgewählt worden.

Zu den ausgezeichneten sechs kommunalen Bauherren zählt die Gemeinde Walting im Landkreis Eichstätt. Schulnutzung und ein Gemeinschaftshaus werden laut Jury in einem präzise gesetzten Neubau am Rande von

Walting vereint. Der Bau selbst überzeugt mit seiner Gestaltung, Materialwahl und Ausführung von hoher Qualität in den Innerräumen und in den umgebenden Außenflächen. Hofartig umschlossen bilden diese einen spannungsvollen räumlichen Gegensatz zur direkt angrenzenden offenen Kulturlandschaft. So werden Ortsrand und der Zugang zur Landschaft in sorgfältiger und zurückhaltender Weise definiert.

Großkonreuth

Gleich zwei der ausgezeichneten Projekte kommen aus dem Landkreis Tirschenreuth. In Großkonreuth bringt eine einfache Multifunktions-scheune Ak-

tivitäten zurück in die Dorfmitte. Mit der Neugestaltung des Dorfgangers (Projektträger Markt Mähring) entstand unter intensiver Einbeziehung der Dorfgemeinschaft ein vielfältig nutzbarer Freiraum und beliebter Treffpunkt für alle Generationen. Der einfache, klare Baukörper, der sich ganz selbstverständlich in den örtlichen Kontext einfügt und die ebenso angepasste Freiraumgestaltung tragen zu einer wesentlichen städtebaulichen Aufwertung an zentraler Stelle bei und leisten einen guten Beitrag zur sozialen Dorfentwicklung.

Riglasreuth

In Riglasreuth (Projektträger Gemeinde Neusorg) wurde die Instandsetzung eines Kriegsbauwerks gewürdigt. Das 1952 errichtete Vereinsheim war aufgrund seines desolaten Bauzustands nicht mehr nutzbar und vom Leerstand bedroht. Nach der gelungenen Sanierung steht das Vereinsheim als moderne Tagungsstätte der gesamten Dorfgemeinschaft als Treffpunkt zur Verfügung. Die Instandset-

zung des „Kolpinghauses“ ist eine zeitgemäße Botschaft zum Erhalt der Grauen Energie der 1950er Jahre-Bauten und zum Grundsatz des „Bewahrens und Weiterbaus“ anstelle von Abbruch und Neubau.

Carlsgrün

Über eine moderne Ortsmitte mit einheimischen Materialien verfügt nunmehr Carlsgrün im Landkreis Hof. Der Neubau des Dorfgemeinschaftshauses mit Feuerwehrhaus (Projektträger Markt Bad Steben) stärkt die Qualität des zentralen historischen Dorfgangers. Er ist Treffpunkt für Jung und Alt und stellt somit einen bedeutenden Beitrag für die Innenentwicklung von Carlsgrün dar. Mit der Baumaßnahme fand das städtebaulich störende alte Feuerwehrhaus einen neuen und passenden Standort. Der Gemein-

desaal wird multifunktional von der Feuerwehr, den örtlichen Vereinen und der Dorfgemeinschaft genutzt.

Wallesau

Einen Freiraum für die Dorfgemeinschaft schafft die Inwertsetzung eines baulichen Ensembles in Wallesau (Landkreis Roth). Wallesau erhält durch Sanierung, Umbau und Ergänzung eines historischen Gebäudeensembles eine hochattraktive Mitte für das Dorfleben (Projektträger Stadt Roth). Bemerkenswert ist, wie Gebäuden mit vermeintlich niedrigeren Programmen eine besondere Sorgfalt in der Gestaltung geschenkt wird. Die umgebende Freiraumgestaltung ist besonders erwähnenswert. Es entsteht ein zurückhaltend, dennoch sorgfältig gestalteter Dorfplatz, der den Anforderun-

GZ Verkäufe GZ

Fahrrad-Abstellanlagen günstig abzugeben, neuwertig, für 39 Räder, Selbstabholung in Ansbach
Tel. 0162-9174986
morino@web.de

gen für klimagerechte Gestaltung von Freiräumen vorbildlich Rechnung trägt.

An prominenter Lage im Dorf Gutenberg (Landkreis Ostallgäu) entstehen durch Umbau im ehemaligen Mesner- und Lehrerhaus aus dem Jahr 1846 attraktive Räume für die Dorfgemeinschaft (Projektträger Gemeinde Oberostendorf). Damit gelingt einerseits die Wiedernutzung eines identitätsstiftenden Leerstands. Andererseits werden durch das hochwertige Raumangebot im Innen- wie auch Außenraum auch neue Nutzungen in den Kern des Dorfes geholt. **DK**

Im Eiltempo zur neuen Schule

Spatenstich für Berufsschule und Fachoberschule auf ehemaligem Rodenstockgelände in Regem

„Das lasse ich mir nicht nehmen“, sagte Landrätin Rita Röhl, die noch bis Ende November im Amt und damit die Bauherrin ist, über den Spatenstich für die Berufsschule und Fachoberschule. In ihrem Grußwort betonte sie die Notwendigkeit und die Bedeutung dieses Bauprojekts für den Landkreis. Der Spatenstich ist der Startschuss für die Erd- und Erschließungsarbeiten durch die Firma Zankl, bei denen insgesamt 60.000 Kubikmeter Erde bewegt werden. Am Ende wird am Riedberg ein Gebäude stehen, das 110 m lang und 90 m breit sein und damit die Größe von zwei Sportplätzen haben wird. Im September 2026 soll der Bau, der etwa 50 Teil- und Vollzeitklassen Platz bietet, erstmals seine Türen für die Schülerinnen und Schüler öffnen.

„Das bisherige Gebäude ist ein Zeitzuzeug der verschiedenen Generationen“, so die Landrätin. Man habe immer wieder erweitert und angebaut, den Erfordernissen der damaligen Zeit entsprechend.

28 Mio. Euro Förderung

Moderne Anforderungen, etwa an die Barrierefreiheit, erfülle das Gebäude nicht: „Wer beim Berufswahltag dabei war, weiß, wie es in diesem Gebäude treppauf und treppab geht“, erinnerte Röhl die Anwesenden. Sie sei daher sehr dankbar, dass auch die Regierung von Niederbayern zu dem Schluss gekommen sei: „Eine Sanierung ist völlig unwirtschaftlich und wesentlich teurer als ein Neubau.“ Dessen Bausumme beläuft sich auf 61,5 Millionen Euro, das Projekt wird jedoch mit 28 Millionen Euro gefördert.

Nachdem man sich auf Weißenstein als Standort nicht habe einigen können, sei sie sehr froh, dass mit dem Rodenstockgelände am Riedberg ober-

halb der Zwieseler Straße eine so gute Lösung gefunden werden konnte, so die Landrätin. Sie verwies darauf, dass das Gelände für die Schülerinnen und Schüler aufgrund der Bahnhofsnähe ideal gelegen ist.

Im Anschluss ging Architekt Robert Brunner von Brunner Architekten auf das geplante Gebäude ein und auf die vielfältigen Herausforderungen, die so ein Projekt bereithält, etwa im Bereich Naturschutz. Man sei zum Beispiel sehr früh darauf hingewiesen worden, dass auf dem Gelände die geschützte Haselmaus leben könnte. „Wir haben uns dann im Vorfeld um ein Ersatzhabitat für die Tiere gekümmert“, erklärte Brunner. Es sei bereitgestanden, lange bevor die erste Haselmaus auf dem Bauplatz entdeckt wurde. Außerdem sei es angesichts der Lage am Riedberg eine Herausforderung gewesen, das Gebäude so zu planen, dass Bereiche wie etwa die zukünftigen Werkstätten von großen Fahrzeugen ebenerdig angefahren werden

können. Er lobte, wie zügig das Projekt bis zum Spatenstich vorangeschritten sei: „Die Entscheidungen sind vom Kreistag und der Landrätin sehr schnell getroffen worden“, so Brunner. Im November 2021 hatte der Kreistag für einen Neubau statt Generalsanierung votiert und im Januar 2022 für den Standort auf dem Rodenstockgelände. Im Juli letzten Jahres wurde dann das Nachhaltigkeitsgutachten erstellt, die Entwurfsplanung im November. Im Dezember 2022 wurde der Grund am Riedberg erworben und nun kann mit dem Bau begonnen werden.

Investition in die Zukunft

Auch StD Markus Wallner, der den erkrankten Berufsschulleiter Oswald Peter vertrat, war sehr froh, dass es nun richtig losgeht: „Hier entsteht eine moderne Schule, die für den Landkreis eine große Investition in die Zukunft darstellt. Junge Menschen können in modern und vorbildlich ausgestatteten Räumlichkeiten und Werkstätten eine Berufsausbildung absolvieren.“ Auch die Attraktivität der FOS werde durch das neue Schulgebäude weiter zunehmen. „Insgesamt ist also der Berufsschulstandort Regem für die Zukunft sehr gut aufgestellt“, betonte Wallner. Auch das Kollegium freue sich sehr, im Schuljahr 2026/2027 einzziehen zu dürfen. **□**



Staatsministerin Michaela Kaniber mit den Preisträgerinnen und Preisträgern des Staatspreises für Dorferneuerung und Baukultur. Bild: Hauke Seyfahrt/StMELF

NATURTALENTE

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter* haben vielseitige Talente. Gemeinsam mit Partnern schaffen sie mit dem bayernweiten **Biotopverbund** ein vielfältiges Netz von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere. So leisten sie einen wertvollen Beitrag für den Erhalt unserer heimischen Artenvielfalt. Jede und jeder von ihnen ist ein #naturtalent.

Jetzt mitmachen und Partner im Biotopverbund werden!



naturtalente.bayern.de/biotopverbund

*z.B. JONAS BARSCHHAMMER
Biodiversitätsberater im
Landkreis Rosenheim

GEMEINSAM FÜR UNSERE NATUR.

WWW.NATURTALENTE.BAYERN.DE



Von insgesamt 21 Spaten flog die Erde beim Termin auf der Baustelle.

Bild: Iris Gehard / LRA Regem

Landratsamt München:

Landratsamt, Hilfs- und Rettungsdienste üben gemeinsam

Wie sieht die Zusammenarbeit aus, wenn der Strom für längere Zeit ausfällt?

Mit der groß angelegten Stabsrahmenübung „Dunkler Wittelsbacher“ hat das Landratsamt München die Zusammenarbeit im Katastrophenfall geübt. Szenario war ein großflächiger, langanhaltender Stromausfall.

Im Fokus der jüngsten Katastrophenschutzübung stand die Zusammenarbeit zwischen der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) im Landratsamt mit dem Stab der Örtlichen Einsatzleitung (ÖEL), der Feuerwehreinsetzungszentrale und der Sanitätseinsatzleitung. Beteiligt waren bei der Übung auch die Kreisbrandinspektion sowie Fachberater der Feuerwehr, Bundeswehr, Polizei, des Technischen Hilfswerks und des Sanitätsdienstes.

Herausforderung war im geübten Szenario vor allem der Informationsfluss, da durch den fiktiv-

Stromausfall weder Internet noch Festnetz- oder Mobilnetze und auch Funk nur eingeschränkt verfügbar waren. Stattdessen wurde mittels Satellitentelefon und Internet über Satellitennetzwerk kommuniziert.

Im Laufe der Übung wurden an den Standorten der FüGK am Marienhilfplatz und in der ÖEL im Feuerwehrgerätehaus Unterhaching verschiedene Szenarien eingeübt, z. B. liegen gebliebene Züge, eingeschlossene Personen in Aufzügen, Brände und andere Ereignisse, die von den Stäben mit den eingeschränkten Ressourcen

und Kommunikationswegen, die in einem solchen Fall zur Verfügung stehen würden, abgearbeitet werden mussten.

Zusammenarbeit im Ernstfall

Ziel solcher Übungen, die Landratsamt und Kreisbrandinspektion immer wieder auf die Agenda setzen, ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den Hilfs- und Rettungsorganisationen zu üben.

„Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines derart großflächigen und langanhaltenden Stromausfalls äußerst gering ist, wollen wir gut vorbereitet sein. Nur wenn wir die Abläufe unter möglichst realistischen Bedingungen und mit vielen Beteiligten üben, können wir in einem potenziellen Ernstfall eine Katastrophenlage bewältigen, indem jeder weiß, was zu tun ist und wo er sich einzufinden hat. Mir als Leiter der Katastrophenschutzbehörde ist es persönlich ein ganz besonderes Anliegen, den vielen zu einem großen Teil ehrenamtlich getragenen Hilfs- und Rettungsdiensten die Gelegenheit zu geben, miteinander vernetzt zu üben. Allen Beteiligten danke ich von ganzem Herzen, dass sie sich die Zeit genommen haben, oftmals auf freiwilliger Basis, um durch die Übung den Ernstfall zu proben. Ihr Engagement hält die Gesellschaft zusammen, im Katastrophenfall ist dies ganz besonders wichtig!“, so Landrat Christoph Göbel.



Vor der Einsatzkarte in den Räumen der Führungsgruppe Katastrophenschutz tauschten sich Landrat Richard Reisinger und Oberstleutnant Ludwig Nerb (3. und 2. von rechts) aus. Begleitet wurde der Oberstleutnant von Stabsfeldwebel Daniel Stahl, Hauptmann Dr. Harald Schwartz, Hauptmann Andreas Hahn, Stabsfeldwebel Hans Geitner (von links) und Stabsfeldwebel Florian Junkes (nicht auf dem Bild).

Bild: Christine Hollederer

Landkreis Amberg-Weilburg:

Reservisten beim Landrat

Richard Reisinger dankt Soldaten des Kreisverbindungskommandos

Das Kreisverbindungskommando Amberg-Weilburg ist ein festes Bindeglied zwischen der Bundeswehr und dem Landratsamt Amberg-Weilburg. Nun statteten Vertreter des Kreisverbindungskommandos mit Oberstleutnant Ludwig Nerb an der Spitze Landrat Richard Reisinger im Landratsamt einen Besuch ab, um sich mit ihm und Mitarbeitern der Abteilung Katastrophenschutz über die zivil-militärische Zusammenarbeit im Landkreis Amberg-Weilburg auszutauschen. Landrat Richard Reisinger nutzte das Gespräch, um sich mit Blick auf die aktuelle Lage und Entwicklung in der Welt bei den Soldaten zu bedanken. „Jeder merkt, dass ihr gebraucht werdet. Danke, dass ihr euch in den Dienst stellt.“

Oberstleutnant Ludwig Nerb blickte auf die Katastrophenfälle in der jüngsten Vergangenheit zurück, bei denen das Kreisverbindungskommando im Einsatz war und das Landratsamt Amberg-Weilburg bei der Bewältigung der Aufgaben tatkräftig unterstützt hat. Gerade während der Corona-Pandemie habe sich gezeigt, wie wichtig die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit

mit der Bundeswehr ist, betonte Landrat Richard Reisinger.

Bei Großschadensereignissen steht das Kreisverbindungskommando den zivilen Katastrophenschutzstäben zur Seite. Es be-

rät über Möglichkeiten der Unterstützung durch die Bundeswehr und koordiniert mögliche Hilfeleistungen und Hilfeanforderungen.

Die Mitglieder der Kreisverbindungskommandos sind Reservisten, welche diese Aufgabe ehrenamtlich wahrnehmen und sich hierfür regelmäßig fortbilden. Auch bei der Katastrophenschutzübung im September, bei der ein folgenschwerer Verkehrsunfall mit Säureaustritt bei den Amberger Kaolinwerken in Hirschau geprobt wurde, war das Kreisverbindungskommando im Einsatz.

Innenminister Joachim Herrmann:

Gemeinsame Übung „LÜKEX 2023“

Bund und Länder verbessern ressortübergreifendes Krisenmanagement
Simulierter Cyberangriff auf das Regierungshandeln

Ende September fand die gemeinsame Bund-Länder und ressortübergreifende Krisenmanagementübung LÜKEX 2023 statt. Bundesweit trainierten zahlreiche Behörden und Organisationen gemeinsam anhand eines fiktiven Szenarios die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen. Konkret geübt wurde ein Cyberangriff auf das Regierungshandeln. „Ziel ist es, das Krisenmanagement über Ressortgrenzen hinweg und die Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie mit weiteren Akteuren wie Unternehmen der Kritischen Infrastruktur nachhaltig zu verbessern“, erläuterte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. Ein besonderer Fokus lag dabei auf der effektiven und transparenten Krisenkommunikation. „Alle Akteure üben mit, um Stärken und Schwächen zu identifizieren und hieraus gemeinsam zu lernen. Denn nur regelmäßiges Üben gibt Sicherheit, festigt wichtige Abläufe und stellt sicher, dass im Ernstfall die benötigten Ressourcen vorhanden und alle Akteure und Strukturen eingespielt und aufeinander abgestimmt sind“, so der Minister.

„Hintergrund des gewählten Szenarios ist die stetig steigende Zahl von großangelegten Cyberangriffen auf staatliche Einrichtungen. Diese haben das Potenzial, das staatliche Handeln massiv zu stören und schwerwiegende Krisen auszulösen. Aufgrund der hohen Aktualität der Gefahren aus dem Cyberraum sind erstmalig alle 16 Länder beteiligt“, erläuterte der Minister.

Bayerische Teilnehmer

Im Freistaat Bayern nahmen neben dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz sowie das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aktiv teil. Maßgeblich eingebunden waren darüber hinaus das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, dass die Projektleitung für Bayern übernommen hat, sowie die Informations- und Kooperationsplattform der bayerischen Landesbehörden mit Cyber-Sicherheitsaufgaben – die Cyberabwehr Bayern (CAB) und de-

ren Verbindungsbeamter im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum. Die Staatliche Feuerweherschule Geretsried unterstützte bei der Übungsabwicklung und hat zur Vorbereitung im Vorfeld für alle beteiligten Ressorts Schulungen im Krisenmanagement durchgeführt. Seitens des Bundes übten etwa das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie das Nationale Cyber-Abwehrzentrum mit. Auch das Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz von Bund und Ländern hat sich an der LÜKEX 2023 beteiligt.

LÜKEX ist die Abkürzung für Länder- und Ressortübergreifende Krisenmanagementübung/Exercise. Es handelt sich dabei um eine intervallmäßig in Deutschland stattfindende Krisenübung auf politisch administrativer/strategischer Ebene für den Bevölkerungsschutz. Zu diesem Zweck wird regelmäßig eine fiktive, aber realitätsnahe Krisenlage entworfen. Diese wird federführend vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und für Heimat in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und Fachbehörden entwickelt.

Landkreis Donau-Ries:

Ausgezeichnetes Engagement

Seit jeher stehen besonders strukturpolitisch relevante Themen im Fokus des Konversionsmanagements Donau-Ries, das im Juli 10-jähriges Jubiläum feierte.

Neben Projekten zur Belebung der Innenstädte werden auch die Innenentwicklung, das Flächensparen und das Dorfladennetzwerk Donau-Ries gefördert. Bis Mai 2024 läuft noch die aktuelle Förderperiode. Ausgezeichnet wurde die Initiative bereits mit zwei überregionalen Preisen.

Unterstützung für 44 Städte und Gemeinden

Um das bayerische Verfassungsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land umzusetzen, fördert das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Initiativen zur Regionalentwicklung. Das Konversionsmanagement in der Stabsstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit des Landkreises Donau-Ries darf nun seit 10 Jahren die 44 Städte und Gemeinden bei ihrer strukturellen Entwicklung unterstützen. Neben der Belebung der Innenentwicklung und dem Flächensparen stehen

auch die regionale Nahversorgung und die Dorfläden im Fokus. Auch zahlreiche Leerstände konnten durch Pop-up-Läden belebt werden und Coworking-Spaces als wichtige Arbeitsorte im ländlichen Raum werden unterstützt. In der Vergangenheit zeigte sich das Konversionsmanagement beispielsweise verantwortlich für die Gründung der Gesundheitsregion+ DONAURIES, die Koordinierung des Markenbildungsprozesses der Marke DONAURIES, den Standortfilm für den Landkreis Donau-Ries und auch die Umsetzung der Wohnraumstudie. Die vielfältigen Meilensteine, Maßnahmen und Erfolge der letzten 10 Jahre sind gesammelt zu finden unter www.donau-ries.de/konversion.

Bisher wurden zwei Projekte überregional ausgezeichnet. Das Dorfladennetzwerk Donau-Ries erhielt 2022 den bayerischen Heimatpreis und das Interkommunale Netzwerk Flächensparen erhielt 2023 den Umweltpreis des Bezirks Schwaben.

Online-Umfrage:

Wirtschaftliche Lage der Innenstädte

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Dank staatlicher Förderungen des Freistaats wurden zahlreiche Maßnahmen zur Belebung der Innenstädte bereits erfolgreich umgesetzt. Doch anhaltender Leerstand und mangelnde Konsumlaune hinterlassen Spuren in den Stadtzentren.“ Bayerische Innenstädte und Zentren stehen gut ein Jahr nach dem Auslaufen der Corona-Krise weiterhin vor großen Herausforderungen. Das ergab die im Juli die Online-Umfrage „Wirtschaftliche Lage der Innenstädte 2023“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums.

Zu den Studienergebnissen sagt Aiwanger: „Mir ist es wichtig immer wieder einen aktuellen und vor allem neutralen Überblick über die Situation in den bayerischen Innenstädten zu erhalten. Durch unsere regelmäßigen Befragungen bekommen wir eine gute, objektive Einschätzung und erhalten dadurch schnell Ansatzpunkte für Handlungsfelder, um die Innenstädte im Freistaat besser unterstützen zu können und schnell wiederzubeleben. Denn neben dem Handel haben auch Gastronomie, Hotellerie, Handwerk und Kultur noch stark mit den Pandemiefolgen zu kämpfen. Dazu kommen noch die angespannte Leerstandssituation und die aktuelle schwache Konsumlaune aufgrund der Inflation und sinkender Realeinkommen. Beim täglichen Einkauf sitzt das Geld alles andere als lo-

cker und die Sparneigung wächst. Trotz stabiler Beschäftigungslage herrscht große Unsicherheit. Alles Signale, die die Politik ernst nehmen soll. Die Bundesregierung könnte wenigstens ihren Teil dazu beitragen, dass die Investitionsfreude wieder steigt, in dem sie an fiskalischen Stellschrauben dreht. Von einem positiven Blick in die Zukunft und gestiegener Konsumlaune würden die Innenstädte enorm profitieren. Die Studie zeigt, dass auch dank staatlicher Förderungen des Freistaats zahlreiche Maßnahmen zur innerstädtischen Attraktivitätssteigerung und Belebung der Stadtzentren erfolgreich umgesetzt wurden. Unsere Umfrage belegt, dass viele bayerische Kommunen bereits viel auf die Beine gestellt haben. Andererseits verdeutlicht die Umfrage auch die Hausaufgaben, die Kom-

Stadt München:

Flächen für Baugenossenschaften und Mietshausyndikate

Wie können kleinere Genossenschaften und Wohnbauprojekte nach Art des Mietshausyndikats dabei unterstützt werden, dass sich Münchnerinnen und Münchner den Traum von den eigenen vier Wänden auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erfüllen können? Mit dieser Fragestellung hat sich der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung des Stadtrats der Stadt München befasst und beschlossen, nach der erfolgreichen Vermarktung eines Grundstücks in Perlach an das Wohnprojekt Görzer 128 nun zwei weitere Flächen außerhalb der großen Planungsgebiete für Baugenossenschaften und Mietshausyndikate auszuschreiben. Auf den beiden Flächen an der Dachauer Straße 306-308 in Moosach und an der Wolfstrahauer Straße 230 im Stadtbezirk Thalkirchen-Oberdörfing-Forstenried-Fürstenried-Solln können jeweils acht bis elf gemeinschaftsorientierte Wohneinheiten entstehen. Die Ausschreibung erfolgt im Erbbaurecht mit einer Bindungsdauer von 80 Jahren im geförderten Mietwohnungsbau als München Modell. Die Veröffentlichung der Ausschreibungsunterlagen erfolgt in diesem Herbst.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hatte zuvor in enger Abstimmung mit dem Kommunal- und dem Sozialreferat den Bestand der städtischen Einzelflächen auf ihre Eignung zum Bau von Wohnungen untersucht. Mit Blick auf das Wohnbaupotential städtischer Einzelflächen und dem Wunsch insbesondere genossenschaftlicher Akteur*innen, auch kleinere Vorhaben umzusetzen, wird auch künftig der städtische Grundstücksbestand dahingehend untersucht werden, ob weitere Einzelflächen für den genossenschaftlichen Mietwohnungsbau ausgeschrieben werden können.

munen aktuell bewältigen müssen, um die Lebens- und Aufenthaltsqualität von Städten zu steigern.“

Rechtssicherheit und einfache Genehmigungsverfahren

352 Kommunen und City- und Stadtmarketing Vereine konnten sich an der Umfrage im April und Mai 2023 beteiligen. 40 Prozent der Kommunen nahmen an der Umfrage teil. Zahlreiche Maßnahmen sind bereits umgesetzt worden: So führten die Städte Fußgänger-Radfahrer-Leitsysteme ein, begrünt den öffentlichen Raum oder ermöglichten Pop-up Stores. Doch neben städtebaulicher und immobilienwirtschaftlicher Anpassungen brau-

che es, so ein Wunsch der Umfrageteilnehmer, von der Politik mehr Rechtssicherheit bei Marktsonntagen sowie einfachere Genehmigungsverfahren für lange Einkaufsnächte. Die Umfrage belegte auch das Kernproblem der Kommunen: Mehr als jede zweite Kommune ist in zentralen Lagen von teils langanhaltendem Leerstand betroffen, in knapp einem Drittel der Kommunen fehlen wichtige Angebote.

Studienergebnisse

Die Umfrage und die Ergebnisse sind online abrufbar: <https://www.stmwi.bayern.de/publikation/detail/umfrage-wirtschaftliche-lage-der-bayerischen-innenstaedte-2023/>.

STEINHOFER Ingenieure auf der KOMMUNALE in Nürnberg:

Qualität und Effizienz im Fokus

Feuerwehrbedarfsplan 365, Ausschreibung,
Feuerwehrmanagementsystem und Kosten-Management

Neben der eigentlichen Hauptaufgabe im Brandfall schnell und effektiv das Feuer zu löschen sowie Mensch und Tier mit der technischen Hilfeleistung zu retten, müssen Verantwortliche in der örtlichen Feuerwehr den Überblick über alle notwendigen Anforderungen und Pflichten der Feuerwehr behalten. Mit einer Reihe von effizienten Leistungen wird ein neuer Maßstab in der Feuerwehrbranche gesetzt. Auf der diesjährigen Fachmesse KOMMUNALE stellten die STEINHOFER Ingenieure ihre Dienstleistungen rund um Brand- und Katastrophenschutz sowie das Feuerwehrwesen vor. Es wurde über den Feuerwehrbedarfsplan 365 sowie die feuerwehrtechnische Material- und Fahrzeugbeschaffung für die verschiedenen kommunalen Aufgaben informiert. Ergänzend wurde das Feuerwehrmanagementsystem sowie das Kosten-Management als Leistungen rund um die Organisation des gemeindlichen Feuerwehrwesens vorgestellt.

Wie groß die Feuerwehr in der Gemeinde, dem Markt oder in der Stadt sein und welche Leistungsfähigkeit diese erfüllen muss, offenbart die Feuerwehrbedarfsplanung. Diese ist eine sinnvolle Methodik, um die Leistungsfähigkeit der kommunalen Feuerwehren zu ermitteln, strategisch zu analysieren und bei Bedarf notwendige Maßnahmen zur Verbesserung durchzuführen. Der Feuerwehrbedarfsplan sollte in der Regel alle fünf Jahre geprüft und aktualisiert werden. Ein punktuell großer zeitlicher Aufwand, ohne Anspruch auf Aktualität in den vier Jahren dazwischen, der durch eine kontinuierliche bedarfsplanerische Fortschreibung reduziert werden kann. Mit dem Feuerwehrbedarfsplan 365 wird jährlich die Planung der fachgerechten Feuerwehrausstattung an die kommunalen Entwicklungen angepasst. Somit erfolgt nicht nur eine regelmäßige Ist-Soll-Analyse, sondern es kann zeitraum- und vorhergesehene Begebenheiten oder dringend benötigte Maßnahmen reagiert werden.

Resultierend aus der passgenauen Bedarfsermittlung einer Feuerwehr ergibt sich ein Anforderungsprofil, das sinnvoll im Beschaffungsprozess integriert werden kann. Gekonnt die vielen Ausstattungsmöglichkeiten gut kombiniert sowie die Fördermöglichkeiten berücksichtigend, ist die Ausschreibung eine spannende Aufgabe, in der Qualität und Effizienz klar im Fokus stehen. Um für die steigenden Anforderungen an die Feuerwehren gerüstet zu sein, muss passende Material- und Fahrzeugausstattung zur Verfügung stehen. Eine bedarfsgerechte Material- und Fahrzeugbeschaffung hilft, die langfristige Ausrichtung der örtlichen Feuerwehr zukunftssicher zu gestalten sowie die passende Ausstattung für die schnelle und

effektive Hilfeleistung der Freiwilligen Feuerwehr zu beschaffen.

Mit der Verwaltung der Feuerwehrausstattung ist auch die kontinuierliche Dokumentation u.a. von Verantwortlichkeiten und Fortbildungen eine wichtige Aufgabe geworden. Ein effektives Feuerwehrmanagementsystem hat sich für die Entscheidungsträger, Kommandanten und sonstige Verantwortliche als ein wirkungsvolles Instrument erwiesen, um neben der Material- und Personalverwaltung auch einen Überblick über alle notwendigen Anforderungen und Pflichten zu behalten: Ausrüstungsverwaltung und -wartung, Prüfdokumente, Gefährdungsbeurteilungen, Ein- und Unterweisungen, Zertifikate von Fortbildungen und Ausbildungen. Ein systematisiertes Feuerwehrmanagement schafft Sicherheit in der Amtshaftung des

Kommandanten, der Feuerwehrmannschaft oder der kommunalen Verantwortlichen.

Gebührensatzung

Die Berechnung des Aufwands- und Kostenersatzes für Feuerwehreinsätze oder andere Leistungen ist ein essenzieller Aspekt, um eine vollständige Kostendeckung zu gewährleisten. Feuerwehren sind in gewissen Fällen berechtigt, Gebühren für ihre Dienste zu erheben. Diese müssen sorgfältig kalkuliert werden, um die Feuerwehr finanziell tragfähig zu halten und die Qualität und Effektivität ihrer Dienstleistungen langfristig zu sichern. Die Kalkulation basiert auf verschiedenen Berechnungsgrundlagen, wie Anlagevermögen, Fuhrpark, Abschreibungen, Nutzungsdauer sowie Personalkosten. Um die Gebührenstruktur festzulegen, wird eine Gebührensatzung vorbereitet. Diese Satzung definiert die Gebührenarten, Höhen und Berechnungsgrundlagen transparent und rechtlich bindend. Nachdem ein Entwurf der Gebührensatzung erstellt und die Gebühren festgelegt wurden, erfolgt ein Abschlussbericht. Dieser dient als Grundlage für die Evaluierung der Gebührenstruktur, um sicherzustellen, dass die Feuerwehr weiterhin eine angemessene Kostendeckung und finanzielle Stabilität hat. □

Master Public Management zum 13. Mal gestartet

Im September nahmen Teilnehmer aus ganz Bayern ein berufsbegleitendes Studium an der THD und HföD auf

Im September fiel erneut der Startschuss für das Weiterbildungsstudium „Master Public Management“. Pro-aktives Gestalten und zeitgemäßes Verwalten in einer zunehmend digitalen Behördenwelt: Das treibt auch die neue Studiengruppe an. Aus ganz Bayern und aus Baden-Württemberg kommen die Vollzeitberufstätigen nach Hof und Deggendorf, um sich parallel zur Arbeit bei ihren jeweiligen Dienstherrn akademisch weiterzubilden. Das kooperative Masterprogramm der HföD und der TH Deggendorf startete damit in die 13. Runde.

Rund 80 Prozent der neuen Gruppe hat bereits einen Studienabschluss im Fach Verwaltungswirtschaft erworben, darunter die allermeisten in Hof. Aber auch Quereinsteiger wie z.B. eine Wirtschaftsrechtlerin oder ein Absolvent des dualen Rechtsstudiums „Öffentliches Recht“ nutzen die vier Semester, um sich fachlich und persönlich noch intensiver weiterzuentwickeln. Ak-

tuell sind sieben der Teilnehmenden bei kommunalen Dienstherrn tätig und fünf bei staatlichen Behörden. Alexandra Karmann, Geschäftsleiterin einer bayerischen Verwaltungsgemeinschaft, beschreibt ihre Beweggründe für dieses Weiterbildungsstudium so: „Auch in der Verwaltung müssen wir uns den großen Themen, wie beispiels-



In Kooperation mit der
BVK Zusatzversorgung

ABC Arbeitsplatz Kommune: Betriebsrente

Für die „Betriebsrente“ der Beschäftigten der bayerischen Kommunen ist die BVK Zusatzversorgung zuständig, die 1940 als „Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden“ gegründet wurde. Im Freistaat sind aktuell über 2.700 Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Städte, Landkreise und Bezirke Mitglied bei der BVK Zusatzversorgung. Die wichtigste rechtliche Grundlage für die Ausgestaltung der Betriebsrente, der Zusatzversorgung im kommunalen öffentlichen Dienst, ist der Altersvorsorge-Tarifvertrag Kommunal (ATV-K) vom 1. März 2002.

Die Satzung der BVK Zusatzversorgung entspricht hinsichtlich der Leistungen und der Frage, wer in der Zusatzversorgung zu versichern ist, inhaltlich dem ATV-K. Eine bundesweite Übertragbarkeit der Anwartschaften bei kommunalen oder kirchlichen Zusatzversorgungskassen ist in einem speziellen Überleitungsstatut geregelt. Aber in einem Punkt gibt es eine wichtige Besonderheit. Die BVK Zusatzversorgung ist die größte kommunale Zusatzversorgungskasse und eine der wenigen Kassen, bei der die Beschäftigten ihrer Mitglieder keine Eigenbeteiligung entrichten müssen.

Finanzierung allein durch die Arbeitgeber

Das heißt: Die Betriebsrente der Beschäftigten der bayerischen Kommunen wird im Regelfall ausschließlich durch die Arbeitgeber finanziert. Da die Mitglieder der BVK Zusatzversorgung verpflichtet sind, mit wenigen Ausnahmen sämtliche Arbeitnehmer für die Betriebsrente anzumelden, lautet der Fachbegriff dafür: „Pflichtversicherung“.

Die Betriebsrente aus der BVK Zusatzversorgung ist somit für die Beschäftigten ein beträchtlicher Vorteil, den ihnen die kommunalen Arbeitgeber einräumen. Die durchschnittliche Höhe der Betriebsrenten der BVK Zusatzversorgung (Altersrenten) liegt bei rund 345 € monatlich. Für viele Ruheständler ist das eine unverzichtbare Ergänzung der gesetzlichen Rente.

Kaum Aufwand für die Arbeitnehmer

Während des Arbeitsverhältnisses hat der einzelne Beschäftigte nahezu keinen Aufwand für seine Betriebsrente. Die Zusatzversorgung ist Sache der Arbeitgeber. Sie führen die für die Finanzierung erforderlichen Umlagen und Beiträge direkt an die Zusatzversorgungskasse ab. Und sie melden ihre Beschäftigten dort an und auch wieder ab, wenn das Beschäftigungsverhältnis endet.

Wechselt der Versicherte zu einem Arbeitgeber ohne Zusatzversorgung, wird sein Versicherungsverhältnis von der Zusatzversorgungskasse beitragsfrei weitergeführt.

Die Versicherten werden einmal pro Jahr von der BVK Zusatzversorgung direkt kontaktiert: Mit der Renteninformation, die an diejenigen Beschäftigten verschickt wird, die im Vorjahr aktiv versichert waren. Die Renteninformation dokumentiert die Entwicklung der Rentenanwartschaft bis zum 31.12. des Vorjahrs und die bis dahin zurückgelegten Versicherungszeiten. Um die Betriebsrente zu erhalten, muss der Versicherte – sobald er die gesetzliche Rente beantragt hat – einen eigenen Rentenanspruch bei der BVK Zusatzversorgung stellen. □

und dabei voraussichtlich in immer kürzer werdenden Abständen neue Herausforderungen bewältigen. Es ist daher von Bedeutung sich nicht nur heute aktuelles Wissen, sondern insbesondere Kompetenzen zum eigenständigen Erlernen und Vermitteln anzueignen.“

Mit ihrem Studium parallel zum Beruf liegen die Verwaltungsmitarbeitenden voll im Trend: Insgesamt nahmen 2023 mehr als 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein berufsbegleitendes Studium am Zentrum für Akademische

Weiterbildung der TH Deggendorf auf. Zentrumsleitung Corina Welsch motivierte im September alle Neu-Studierenden in ihrer Begrüßungsrede: „Berufsbegleitend zu studieren ist die Königsdisziplin, denn Sie werden auch viele wertvolle Soft Skills erwerben, die später nicht im Zeugnis stehen, z.B. sich noch besser zu organisieren um Beruf, Studium und Privates erfolgreich zu vereinbaren!“

Organisiert wird das Studium vom Team des Akademischen Zentrums für Weiterbildung der TH Deggendorf sowie

dem Kooperationspartner, der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Hof. Auch HföD-Leiter Harald Wilhelm war eigens aus Hof zur Auftaktveranstaltung nach Niederbayern gekommen um der Master Public Management-Gruppe alle guten Wünsche der Hofer Hochschulleitung zu überbringen. □

Informationen und Beratung

- julia.dullinger@th-deg.de
- www.th-deg.de/de/weiterbildung/master/public-management



Diese Teilnehmer setzen auf die berufsbegleitende Weiterbildung.

Bild: THD

Ganz Bayern –
bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER
NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



Die dritte Lindner-Generation übergibt das Steuer an die vierte Generation (v.l.): Hermann, Stefan, David, Rudolf, Christoph und Manuel Lindner.

Bild: Lindner Traktoren

Lindner Traktoren:

75 Jahre Pioniergeist, Generationswechsel läuft

Im Mittelpunkt steht die kontinuierliche Weiterentwicklung des Familienunternehmens – Fokus auf Nischen und Innovationen wird auch künftig großgeschrieben

Vor 75 Jahren hat das Tiroler Familienunternehmen Lindner den ersten Traktor produziert. Heute fertigt Lindner mit 273 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jährlich 1.200 Traktoren und Transporter für die alpine Berg- und Grünlandwirtschaft, die Kulturlandwirtschaft und den Kommunalbereich. „Seit 1948 hat Lindner 80.000 Traktoren ausgeliefert und zählt heute 40.000 Kunden – von Tirol bis nach Kanada“, bilanziert Geschäftsführer Hermann Lindner. „Grundlage der erfolgreichen Entwicklung war und ist unser kontinuierlicher Fokus auf Innovationen und die Bedürfnisse unserer Kunden. Darüber hinaus suchen wir uns Nischen, die von den großen Playern der Branche nicht bedient werden.“ Jüngstes Beispiel ist der Spezial-Lintrac, der für die Anforderungen für Hopfenbauern maßgeschneidert ist und auf der Landtechnikmesse Agritechnica 2023 in Hannover offiziell vorgestellt wird.

Im Geschäftsjahr 2022/23 (Stichtag war der 31. März) setzte Lindner 112 Millionen Euro um, ein Plus von 13 Prozent. Für das laufende Geschäftsjahr strebt Lindner ein Plus von sieben Prozent und die Steigerung

der Produktion um ein Fahrzeug pro Woche an – von derzeit 23 auf künftig 24 Fahrzeuge. Die Exportquote liegt bei 55 Prozent. Die wichtigsten Exportmärkte sind Frankreich, Deutschland und die Schweiz.

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

Landrat als Praktikant bei der Straßenmeisterei des Landkreises

Landrat Manuel Westphal hat einen Tag lang bei der Straßenmeisterei in Aha als Praktikant mitgearbeitet. Dabei half er tatkräftig auf den verschiedenen Baustellen mit: von Rasenmähen bis hin zum Asphaltieren einer Schadstelle im Fahrbahnbereich.

Landrat Manuel Westphal ist es ein großes Anliegen, die unterschiedlichen Arbeitsbereiche seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen näher kennenzulernen. Innerhalb des Landratsamtes nimmt Landrat Manuel Westphal zum Beispiel an Besprechungen der einzelnen Sachgebiete teil, um so über laufende Angelegenheiten aber auch über die Arbeitsabläufe informiert zu sein. Außerhalb der Verwaltung bietet sich ein Praktikumstag an. So hat Landrat Manuel Westphal auch schon an den beiden Recyclinghöfen in Wei-

ßenburg und Gunzenhausen mitgearbeitet. Sein nächster Praktikumstag führte ihn nun an die Straßenmeisterstelle in Aha.

Einblick in den Berufsalltag

Der Arbeitstag des Landrats begann um 6.45 Uhr am Bauhof in Aha. Nach der morgendlichen Team-Besprechung, in der die Aufgaben des Tages besprochen und von Fachbereichsleiter Jörg Amesöder verteilt wurden, gab es noch eine kurze Werkstattführung. Im Anschluss daran ging es dann auch schon direkt los zur ersten Baustelle.



Landrat Manuel Westphal beim Asphaltieren einer Schadstelle im Fahrbahnbereich.

Bild: LRA Weißenburg-Gunzenhausen

Innovative Meilensteine

Der Grundstein für die heutige Entwicklung des Familienunternehmens im alpinen Berggebiet wurde 1963 mit dem ersten Allradtraktor in Österreich gelegt. 1968 folgte der erste Transporter für das sehr steile Gelände, 1970 fiel der Startschuss für die eigene Getriebeproduktion. In den 1980er-Jahren erfand Lindner die Seitenschaltung – heute Standard bei modernen Traktoren. Auslöserin war eine Bäuerin, die angeregt hat, die damals übliche Schaltung von der Mitte an die Seite zu verlegen, damit sie im Rock bequemer mit dem Familien- und Exporttraktor arbeiten kann.

1992 stellte Lindner den ersten Transporter der Marke Unitrac

vor. Heute sind europaweit mehr als 10.000 Unitrac-Transporter unterwegs – allein 100 bei der Stadt Wien. 1995 hielt mit der Entwicklung der Geotrac-Serie das Automotive Design im Traktorenbereich Einzug. Mit rund 25.000 Stück ist die Geotrac-Serie die erfolgreichste Baureihe von Lindner. 2013 präsentierte Lindner mit dem Lintrac den ersten stufenlosen Standardtraktor mit mitlenkender Hinterachse – seit dem Produktionsstart im Jahr 2014 wurden über 4.000 Lintracs produziert. Schon früh hat sich Lindner außerdem mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt, um die Arbeit seiner Kundinnen und Kunden zu erleichtern. Eines der Ergebnisse ist TraLink. Damit erkennen die Fahrzeuge Anbaugeräte automatisch oder halten die Spur auf bis zu zwei Zentimeter genau.

„Ein technologischer Meilenstein, den wir in den vergangenen zwei Jahren umgesetzt haben, war die Umstellung aller Motoren auf die besonders saubere und sparsame Stufe 5“, berichtet Technologiegeschäftsführer Stefan Lindner. Heute sind sowohl die stufenlose Lintrac LDrive-Serie als auch die geschaltete Lintrac LS-Reihe und die komplette Unitrac-Reihe mit der neuen Motorgeneration ausgestattet.

Seit 75 Jahren Familiensache

Gegründet wurde das Traktorenwerk Lindner vom Großvater der heutigen Geschäftsführer: Hermann Lindner ist für den kaufmännischen Bereich und den Vertrieb zuständig. Technologiegeschäftsführer Stefan Lindner zeichnet für die Entwicklung der Traktoren und Transporter aus Kundl verantwortlich. Der dritte Lindner-Geschäftsführer aus der dritten Generation, Rudolf Lindner, hat sich kürzlich aus der Unternehmensspitze zurückgezogen und die Produktions-Agenden an seinen Neffen Christoph übergeben. Der Generationswechsel ist also voll im Gange: Mit 1. April 2024 rückt dann der aktuelle Marketing- und Exportleiter David Lindner in die Geschäftsführung nach. Das nächste Familienmitglied steht mit Manuel Lindner, dem Leiter der Bereiche Innovation, Qualität und Lehrlingsausbildung, in den Startlöchern.

Kalinke Maschinen und LADOG:

Erfolgreicher Mähtag am Hohenpeißenberg

Bei strahlendem Sonnenschein versammelten sich Ende September über 100 Kommunaltechnik-Enthusiasten, um am kommunalen Mähtag, welcher unter dem Motto „Mähen-Mulchen-Kehren“ stand, teilzunehmen. Gemeinsame Veranstalter des Events waren die Unternehmen Kalinke Areal- und Agrar-Pflegemaschinen Vertriebs GmbH und LADOG Fahrzeugbau und Vertriebs-GmbH.

Gezeigt und live vor Ort von den Besuchern getestet wurden MDB-Raupen und Aebi-Maschinen im Einsatz an den steilen Hängen des Hohenpeißenbergs, der Ladog Schmalspurgeräteträger mit den verschiedensten Mäh- und Kehrbaugeräten und der rein elektrisch angetriebene Ladog E1400 mit Müthing-Schlegelmulcher.

Entlang der Straße bzw. zur Instandhaltung des Fußwegs zum Hohenpeißenberg folgten Vorführungen des LADOGs T1700

E6C mit Auslegermäher Dücker MBM400 für die Mahd der Böschung und des LADOG T1250 E6C mit Kehrmaschinenaufbau samt Besenaggregat und Wildkrautbürste.

Die Veranstaltung bot ausreichend Gelegenheit für den Austausch der Teilnehmer untereinander. Kalinke Areal- und Agrar-Pflegemaschinen Vertriebs GmbH und LADOG Fahrzeugbau und Vertriebs-GmbH planen bereits eine Wiederholung der Veranstaltung.



Diverse Maschinen auf dem Kalinke Mähtag

Bild: Kalinke

Neue Aufgaben für die Baysf

Geschäftsjahr 2023: Umsatz- und Gewinn-Steigerung

Die Bayerischen Staatsforsten haben auf ihrer Bilanzpressekonferenz in München für das Geschäftsjahr 2023 (1.7.2022 – 30.6.2023) ein positives Resümee gezogen: Vor dem Hintergrund großer Herausforderungen wie dem Klimawandel, einer schwachen Baukonjunktur, Inflation sowie der Energiekrise schreibt das Unternehmen das zweite Jahr in Folge wieder schwarze Zahlen. Zeit zum Ausruhen bleibt allerdings nicht: Neue gesellschaftliche Aufgaben, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien mit neuen Windenergieanlagen im Staatswald, müssen mit aller Kraft angepackt werden. Und auch die Borkenkäferschäden sind im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder angestiegen.

Staatsministerin Michaela Kaniber, MdL, Aufsichtsratsvorsitzende der Bayerischen Staatsforsten bestätigte, dass das Unternehmen einen Gewinn von 68,4 Millionen Euro erwirtschaften konnte: „Auch in diesem Jahr wird der Gewinn wieder komplett in das Unternehmen reinvestiert.“ Martin Neumeyer, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Staatsforsten erklärte, dass die Hauptursache für die starke Ergebnisverbesserung im Holzumsatzwachstum liege: „Der Holzmarkt entwickelte sich über das Geschäftsjahr 2023 trotz hoher Unsicherheiten positiver als in den Prognosen vorhergesagt. ... Der Holzverkauf lag mit 4,7 Mio. fm 400.000 fm über dem Wert des Vorjahres.“

Im Verlauf des aktuellen Jahres zeigten sich allerdings erste Zeichen, dass die positive Entwicklung vorerst gestoppt ist: Die Schnittholzpreise verzeichneten über die Wintermonate einen fallenden Kurs. Mit dem Kalenderjahreswechsel nahm die allgemeine Nachfrage am Holzmarkt bis zum Ende des Geschäftsjahres kontinuierlich ab. Gründe dafür waren die hohe Inflation, das steigende Zinsniveau und die rückläufige Baukonjunktur.

Windkraft: Energiewende findet im Staatswald statt

Neben dem Holzgeschäft wird der Ausbau der Windenergie im Staatswald zu einem wichtigem Aufgabenfeld. Als Unternehmen mit einer großen Flächenverantwortung wollen die Bayerischen Staatsforsten dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach regenerativen Energieformen wie bspw. für

die Stromerzeugung aus Windkraft gerecht werden: „Durch den Ausbau der Windkraft leistet das Unternehmen einen wichtigen Beitrag für die Energiewende in Bayern. Zusätzlich zu den bestehenden 101 Windrädern schließen bzw. haben die Bayerischen Staatsforsten für über 150 neue Anlagen sogenannte Standort-sicherungsverträge abgeschlossen. Sie binden die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort dabei eng ein. Gemeinsam mit ihnen gehen die Bayerischen Staatsforsten mit voller Kraft in eine grüne Zukunft mit sauberer Energie für die Region“, so Kaniber.

Klimawandel im Wald spürbar

Die derzeitige Geschwindigkeit des Klimawandels überfordert die natürliche Anpassungsfähigkeit unserer Wälder. Eine aktive Waldpflege und -bewirtschaftung sowie zusätzliche Pflanzungen sind dringend notwendig, wenn größere Schadflächensituationen mit all ihren negativen Auswirkungen für das Ökosystem Wald verhindert werden sollen: „Der Umbau des Staatswaldes hin zum Klimawald steht für uns weiter an erster Stelle“, führt Kaniber aus, „hier liegen die Staatsforsten voll im Plan: Mehr als 17 Millionen klimafeste Zukunftsbäume haben sie seit dem Startschuss des 30-Millionen-Bäume-Programms gepflanzt. Dank der finanziellen Unterstützung der Staatsregierung und der großartigen Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bayerischen Staatsforsten läuft der Waldumbau auf Hochtouren!“

Die Geschwindigkeit des Klimawandels hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auch auf die Borkenkäferausbreitung ausgewirkt: „Insbesondere die Trockenheit und die damit einhergehenden Folgen führten im Geschäftsjahr 2023 zu insgesamt 1,8 Mio. Festmeter Schadholz. Knapp 80 Prozent davon entfielen auf Schäden durch Borkenkäfer. Damit hat sich der Anfall im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt“, erläutert Reinhardt Neft, Vorstand der Bayerischen Staatsforsten, die Situation.

Die Finanzlage der Bayerischen Staatsforsten hat sich nach den Krisenjahren 2018 bis 2021 erholt und stellt sich wieder deutlich positiver dar. Die Bayerischen Staatsforsten erzielten im Geschäftsjahr 2023 einen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2022 um 25,4 Prozent deutlich gesteigerten Umsatz in Höhe von 510,7 Mio. Euro (Vorjahr 407,3 Mio. Euro) und einen Jahresüberschuss von 68,4 Mio. Euro (Vorjahr 5,3 Mio. Euro).“

Erster „redMOGday“ von Beuthauser

Ein Tag im Zeichen des Feuerwehr-Unimog

Die Flutkatastrophe im Ahrtal im Sommer 2021 oder der große Waldbrand in Brandenburg nahe Berlin im vergangenen Jahr – derartige Schadensereignisse beweisen immer wieder: Im Ernstfall zählt jede Sekunde. Damit Helfer auch wirklich effizient helfen können, ist moderne Technik unerlässlich. Der Feuerwehr-Unimog, besser bekannt als redMog, ist für harte Einsätze prädestiniert.

Um zu zeigen, wie das in der Praxis aussieht, hat sich das Team der Beuthauser-Kommunaltechnik etwas ganz Besonderes überlegt: Der Berggasthof Banzer

Wald in Bad Staffelstein (Landkreis Lichtenfels) wurde am Anfang Juli zur Bühne für den ersten „redMOGday“ von Beuthauser. „Hier können wir die Fähigkei-

ten des Unimog hautnah präsentieren“, betonte Claus Artmayer, Leiter Kommunaltechnik.

Relevanz steigt

Die Besucher waren eingeladen, an Offroad-Fahrten in einer eigens modellierten Landschaft teilzunehmen. Dabei mussten die eingesetzten Modelle U 5023 Do-ka und U 5023 TLF 3000 Rosen-

bauer unter Beweis stellen, dass sie extrem robust sind: Es galt nicht nur, die Fahrt durch abschüssiges Gelände zu bewältigen, sondern auch mit hoher Geschwindigkeit steile Anstiege zu meistern und so manche Hindernisse zu überwinden. Am Steuer saßen Experten aus dem Unimog-Museum Gaggenau.

Wie groß die Relevanz des Feuerwehr-Unimog tatsächlich ist, wurde beim „redMOGDay“ immer wieder deutlich. Beispielsweise sagte Timm Vogler, Kreisbrandrat des Landkreises Lichtenfels, dass die Bedeutung des redMog mit der steigenden Zahl von Wald- und Vegetationsbränden zunimmt. „Im letzten Jahr hatten wir im Landkreis Lichtenfels 91 solcher Brände – so viele wie noch nie. Oft sind sie in unwegsamem Gelände, wo wir mit unseren Standardlöschfahrzeugen nicht hinkommen können.“

Vorträge und breit gefächerte Ausstellung

Eine ähnliche Botschaft kam von Thorsten Sprenger vom internationalen Katastrophenschutzteam @Fire. Er berichtete von weltweiten Einsätzen im Zusammenhang mit Wald- und Vegetationsbränden. Hajo Brun-siek, Manager Sales & Business Development bei Fire & Emergency, gab in einem weiteren Vortrag einen Überblick über die technischen Details des redMog.

Auch eine Ausstellung zeigte eindrucksvoll die Vielseitigkeit des redMog. Präsentiert wurden Unimog mit Aufbauten bekannt-



Der redMog im Einsatz.

Bild: Beuthauser

Henne Nutzfahrzeuge GmbH:

Schneller als die Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr Fischbachau bekommt einen Unimog U 5023 TLF-WB (Staffelbesetzung) von Lentner

Wenn jede Sekunde zählt, sind Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Einsatzkraft gefragt. Der hochgeländegängige Unimog U 5023 erfüllt diese Punkte und ist absoluter Profi bei schwerster Topografie und schlechter Witterung. Dank seiner herausragenden Offroad-Eigenschaften bringt er Mannschaft, Gerät und Material selbst an entlegenste Einsatzorte.

In Verbindung mit dem innovativen Auxilium Aufbau der Josef Lentner GmbH hat die Henne Nutzfahrzeuge GmbH ein leistungsfähiges Waldbrand Tanklöschfahrzeug realisiert, welches sich mit seinen zahlreichen Features den vielfältigen Anforderungen moderner Feuerwehren stellt:

- Allradantrieb (während der Fahrt zuschaltbar)
- Differenzialsperren
- Extreme Verwindungsfähigkeit
- Portalachsen für maximale Bodenfreiheit
- Enorme Böschung- und Kippwinkel
- Geländeuntersetzung für Steigfähigkeit bis 100 Prozent

- Waffähig bis zu 1,20 m
- Reifendruckregelanlage

Einsatz als Waldbrand-TLF

Die TLF-W 3000 Auxilium entsprechen mit Doppelkabine den Bayerischen Richtlinien für Waldbrandfahrzeuge. In dieser Ausführung hat das Einsatzfahrzeug eine Sonderbauhöhe von 2,90 m und ein Tankvolumen von 2.500 l Wasser und 120 l Schaum. Die Pumpleistung des Waldbrand-TLF liegt bei 3.000 l/min.

Offroad-Unimog

Der Mercedes-Benz Unimog der hochgeländegängigen Bau-

reihe hat einige besondere Eigenschaften. Neben einem während der Fahrt zuschaltbaren Allradantrieb und Differenzialsperren sorgen vor allem die Unimog-typischen Portalachsen für extreme Geländegängigkeit. Durch die Anbindung der Achsen mit Schubrohr und Schubkugel am Getriebe ist eine Achsverstränkung um bis zu 30° möglich. Zusätzlich sorgt die Reifendruckregelanlage (TireControl plus) für mehr Traktion und weniger Schlupf auf losem Untergrund.

TLF-W 3000 Auxilium von Lentner

Da der Aufbau ohne Hilfsrahmen direkt auf der Dreipunkt-lagerung des Unimog angebracht wird, verfügt das Fahrzeug über einen niedrigen Schwerpunkt und realisiert Verwindungen von über 50 Zentimetern. Features wie „Pump and Roll“, die Selbstschutzanlage sowie das moderne LED-Beleuchtungskonzept runden das Gesamtfahrzeug ab.

Die technischen Details

- Geschweißter Aluminiumaufbau ohne Hilfsrahmen
- Innovatives Baukastensystem
- LED-Beleuchtungskonzept
- Pneumatischer LED-Lichtmast
- Alle Leitungen hitzebeständig abgeschirmt
- Frontsprühhaken zum Selbstschutz
- „Pump and Roll“-Betrieb
- Pressluftatmer für Kabine
- Schaumzumischanlage



Unimog U 5023 TLF 3000: Bald in Fischbachau im Einsatz.

Bild: Henne

Beuthauser erweitert Kompetenzen in Franken

Neuer Baugeräte-Shop in Kulmbach eröffnet – Verbindung mit der Sparte Kommunaltechnik

Beuthauser geht in Oberfranken neue Wege: Am Standort Kulmbach wird ein in dieser Region bislang einzigartiges Konzept umgesetzt, das Bauunternehmen, diverse Dienstleister und Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben unterstützt. Die Besonderheit liegt in der Bündelung verschiedener Expertisen an einem zentralen Ort. Im Bestandsgebäude der Beuthauser-Niederlassung in Kulmbach, die vormals einzig auf die Kommunaltechnik spezialisiert war, wurde ein neuer Baugeräte-Shop realisiert. Mit über 20.000 lagern den Artikeln können auch kurzfristige Anfragen bedient werden.

„Der Shop ist ein Paradebeispiel für das Beuthauser-Prinzip ‚Alles aus einer Hand‘. Hier erhalten Kunden sämtliche Produkte, die im täglichen Einsatz bei Bauprojekten benötigt werden – von der Glühbirne über den Rasenmäher bis hin zu Bauspezialartikeln. Zudem befindet sich in Kulmbach der Hauptstandort für das Baustellenmanagement. Ausstellungscontainer können hier immer besichtigt werden. Darüber hinaus bleibt das bisherige Angebot der Kommunaltechnik bestehen, sodass sich weitere Synergien ergeben“, sagte Mathias Eberlein, Leiter Baustellenmanagement.

Durch die Bereitstellung des breiten Angebots an einem zentralen Ort sparen sich Kunden Zeit, weil nicht verschiedene Anlaufstellen aufgesucht werden müssen. Darüber hinaus profitieren sie von der sofortigen Verfügbarkeit der lagernden Artikel, sodass

Projekte nicht Gefahr laufen, aufgrund fehlender Ressourcen ins Stocken zu geraten. „Auch bei Artikeln, die wir im Baugeräte-Shop in Kulmbach nicht auf Lager haben, können wir in der Regel schnell reagieren, indem wir auf den Lagerbestand unserer vier Niederlas-

sungen in Franken zurückgreifen“, führt Eberlein aus.

Aus seiner Sicht ist die Eröffnung des neuen Baugeräte-Shops ein wichtiger Schritt, um Kundenbedürfnisse in der Metropolregion Franken noch besser, schneller und zielführender erfüllen zu können. Ein Versprechen, das neugierig machte. Zur zweitägigen Eröffnungsfeier waren neben Kulmbachs Oberbürgermeister Ingo Lehmann und Jörg Kunstmann, stellvertretender Landrat des Landkreises Kulmbach, zahlreiche Interessierte gekommen, um dem Shop einen ersten Besuch abzustatten.



V.l. Claus Artmayer, Leiter Kommunaltechnik, Gerhard Felßner, Regionalleiter, Mathias Eberlein, Leiter Baustellenmanagement, Oberbürgermeister Ingo Lehmann, Beuthauser-Geschäftsführer Mathias Burgstaller und Kulmbachs stv. Landrat Jörg Kunstmann. Bild: Beuthauser



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrentrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Beteiligung der Sparte Baugeräte

ter Hersteller wie Schlingmann, Rosenbauer und BAI sowie verschiedene Anbaugeräte wie Seilwinden von Maxwald, Krananhänger von Schlang & Reichart, ein Werner Kranaufbau und einer Ecotech Gießanlage.

Auch der Suffel Smart Skidder wurde vorgestellt. Dabei handelt es sich um eine Forstmaschine, die mit dem Add-On Waldbrandsatz zum kraft- und personalsparenden Löschen von Bränden im Forstgelände genutzt werden kann. Kundenfahrzeuge rundeten die Ausstellung ab. Die Feuerwehr Oberweißbach informierte die Besucher über den Unimog mit Auxiliumaufbau TLF 3000 von Lentner. Das THW Laaber zeigte einen Unimog mit einer 1000 Liter Dieseltankstelle verlastet. Ein weiteres Highlight für die Besucher des „redMOGdays“ war die Drohnenvorführung des Landkreises Lichtenfels.

Im Fokus standen beim „redMOGDay“ weiterhin Elektrowerkzeuge, die im Zusammenhang mit dem Feuerwehr-Unimog eine Rolle spielen können. Dafür erhielt die Kommunaltechnik Unterstützung aus der Baugeräte-Abteilung von Beuthauser. Beispielsweise wurden verschiedene Akku-Werkzeuge von Milwaukee präsentiert – Live-Vorführungen inklusive. Auch Atlas Copco war vor Ort, um das Portfolio im Bereich Schmutzwasserpumpen zu zeigen. □

redMOGday auf youtube

Der redMOGday wurde filmisch festgehalten: <https://www.youtube.com/watch?v=7rGF6sAZF18> bzw. über folgenden QR-Code.



Bayerische Wahlergebnisse

Am Tag der Landtags- und Bezirkswahl in Bayern wurden auch zahlreiche (Ober-)Bürgermeister- und Landratswahlen mit teils überraschenden Ergebnissen durchgeführt.

Willi Warmuth (CSU) heißt der Sieger in Dittelbrunn. Er erhielt 56,2 Prozent der Stimmen und geht damit in seine dritte Amtszeit. Sein Herausforderer und damit auch bleibender zweiter Bürgermeister Holger Schmitt (SPD/SBD/CDW) kam auf 43,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,2 Prozent. Stephanie Fuchs von der CSU entschied die Bürgermeisterwahl in der Spessart-Gemeinde Mespelbrunn mit 55 Prozent der Stimmen für sich. Auf Wolfgang Windirsch von der Wählergemeinschaft „Freie Bürger 84“ entfielen 45 Prozent. Wahlbeteiligung: 70 Prozent.

Christoph Kraus (Freie Bürger) ist der neue Bürgermeister von Eggstätt. Mit 54,6 Prozent setzte er sich gegen seinen Kontrahenten Hans Plank (CSU/ÜWG/Grüne) durch. Er erreichte 45,4 Prozent der Stimmen. Wahlbeteiligung: 82 Prozent. Neuer Rathauschef auch in Röslau: Bei der Bürgermeisterwahl konnte sich der CSU-Herausforderer Heiko Träger mit 62,4 Prozent gegen den amtierenden Bürgermeister der SPD, Torsten Gebhardt, mit 32,3 Prozent durchsetzen. Andreas Wunderlich von der AfD kam auf 5,3 Prozent. Wahlbeteiligung: 81,4 Prozent.

In der Gemeinde Pähl ist Simon Sörgel (CSU) neuer Bürgermeister mit 53,6 Prozent. Der frühere Zweite Bürgermeister Alexander Zink (Liste „Bürger für Pähl-Fischen“) erreichte 46,4 Prozent. Wahlbeteiligung: 77,4 Prozent. Armin Haushahn (FW/FWG) behielt in Pommelsbrunn mit 53,9 Prozent die Oberhand. Lisa Albert (Grüne) erreichte 24,6 Prozent und Martina Hoffmann (CSU) vereinte 21,5 Prozent der Stimmen auf sich. Wahlbeteiligung: 70,4 Prozent. Seine zweite Amtszeit in Senefeld angetreten kann Oliver Schulze (FW). Er war einziger Kandidat und erhielt 93,2 Prozent der Stimmen. Wahlbeteiligung: 62,4 Prozent.

Neuer Bürgermeister für den Markt Kallmünz: Dort siegte Martin Schmid (FW) mit 58,6 Prozent der Stimmen gegen Ulrich Brey (CSU, 41,4 Prozent). Wahlbeteiligung: 83,4 Prozent.

Adams Comeback

Michael Adam (SPD) wird zum zweiten Mal Bürgermeister in Bodenmais. Bereits von 2008 bis 2017 bekleidete er das Amt des Rathauseschefs, ehe er 2011 zum Landrat von Regen gewählt wurde. Dieses Amt bekleidete er bis 2017 und zog sich anschließend freiwillig aus der Kommunalpolitik zurück. Adam setzte sich mit 66 Prozent gegen den langjährigen Rathauschef Joachim Haller (CSU) durch, der 22,6 Prozent erzielte, sowie gegen Robert Stiefel von den Freien Wählern (11,4 Prozent). Wahlbeteiligung: 68,7 Prozent.

Mit 94,1 Prozent der Stimmen wurde Daniel Graßl (SPD) erneut zum Bürgermeister in Teisnach gewählt. Er hatte keinen Gegenkandidaten. Wahlbeteiligung: 63,9 Prozent. Für die nächsten sechs Jahre wieder in sein Amt gewählt wurde in Wilhelmsdorf Rüdiger Probst von der CSU. Als einziger Kandidat vereinte er 94,5 Prozent der Stimmen auf sich. Wahlbeteiligung: 71,5 Prozent. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde Konrad Kiener (CSU) in Wernberg-Köblitz mit 95 Prozent der Stimmen. Wahlbeteiligung: 76,9 Prozent.

Frank Houben (CSU) heißt der neue Bürgermeister von Hösbach. 58,7 Prozent votierten für den bisherigen zweiten Bürgermeister, der damit die Nachfolge von Michael Baumann (parteilos) antritt. Auf Marcel Bau-

meister von den Grünen entfielen 41,3 Prozent. Wahlbeteiligung: 76,6 Prozent. Knappes Rennen dagegen bei der OB-Stichwahl in Neumarkt in der Oberpfalz: Mit 52 Prozent gewann Markus Ochsenkühn von der CSU. Amtsinhaber Thomas Thumann (UPW), der auf 48 Prozent kam, ist damit nach 18 Jahren abgewählt. Wahlbeteiligung: 53,7 Prozent.

Seine dritte Amtszeit als Lichtenfelder Landrat tritt der CSU-Politiker Christian Meißner an. Er erhielt 54,5 Prozent der Stimmen. Susanne Freifrau Bock von Wül-

fingen von den Freien Wählern bekam 17 Prozent der Stimmen, Arnt-Uwe Schille von der SPD erhielt 15,8 Prozent und Renate Gräbner von der AfD 12,7 Prozent der Stimmen. Wahlbeteiligung: 66,6 Prozent.

Ronny Raith (CSU) heißt der neue Landrat im Landkreis Regen. 60,4 Prozent der Wähler entschieden sich für ihn. Auf Platz zwei landete Johann Müller von der AfD mit 23,1 Prozent. Die Entertainerin Gloria Gray (FDP) aus Wiesel erhielt 11,3 Prozent, Markus Koller von den Grünen 5,2 Prozent. Raith ist Nachfolger der SPD-Landrätin Rita Röhr, die mit 70 Jahren in den Ruhestand geht. Die Wahlbeteiligung lag bei 74,1 Prozent. DK

Preisverleihung „Bundeswehr und Gesellschaft“:

Ausgezeichnetes Freyung

Zum 9. Mal wurde in Berlin der Preis „Bundeswehr und Gesellschaft“ verliehen. Damit würdigten Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius und DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg (Vorsitzender des Empfehlungsausschuss) Einzelpersonen bzw. Institutionen, die sich im besonderen Maße für die Belange der Bundeswehr und ihrer Angehörigen in Öffentlichkeit und Gesellschaft einsetzen. Ausgezeichnet in der Kategorie Gebietskörperschaft wurde die Kreisstadt Freyung in Niederbayern, vertreten durch Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich.

Die Stadt hat den Empfehlungsausschuss auch deshalb überzeugt, weil sie einen Bundeswehrbeauftragten im Stadtrat etabliert hat. Außerdem wurde den Soldaten der Stadt nach der Beendigung des Afghanistan-Einsatzes 2021 die Ehre zuteil, sich ins Goldene Buch eintragen zu dürfen.

Freyung zeichnet sich seit den 60 Jahren ihres Bestehens als Garnisonsstadt durch enge Verbundenheit und Solidarität mit „ihren“ Soldaten aus. Das große Ortsschild der Kreis- und Patenstadt mit der Aufschrift „GARNISONSTADT FREYUNG“ und das Logo der Stadt Freyung, mit kapitalem „Y“ stechen deutlich hervor.

Jährlich finden Begegnungen im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Vimperk in Südböhmen am dortigen Veteranentag mit Vertretern des Bataillons, der Stadt sowie der städtischen Reservisten statt. Besonders her-

vorzuheben ist der Solidaritätsfonds „GOLDGELB“, finanziert aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen dieses Vereins. Er bietet im Einsatz verwundeten Soldaten schnell und unbürokratisch Hilfe.

Das gesamte Stadtgebiet mit angrenzenden Gemeinden steht seit den 1970er Jahren als „ständig angemeldeter Übungsraum“ zur Verfügung. Das gesamte Aufklärungsbataillon kann ohne vorherige Anmeldung und bürokratische Hürden üben und sich unter realistischen Bedingungen auf die jeweiligen Einsatzverpflichtungen vorbereiten. Auch Privatpersonen, Bauern, Vereine oder Gemeinden stellen ihre Örtlichkeiten und Grundstücke für Ausbildungen und Übungen der Bundeswehr zur Verfügung.

Insgesamt dankte Minister Pistorius den Standortkommunen für ihr Engagement und ihre Solidarität mit der Truppe, was Fundament und Stütze für die Parlamentsarmee sei. DK

Bayerisch-französische Partnerkommunen:

Sonderkarte neu aufgelegt

LDBV und Montgelas-Gesellschaft e.V. München/Paris stellen Kooperationsprojekt vor

Seit Jahrzehnten dienen Kommunalpartnerschaften dem Frieden und der Völkerverständigung. Die Grundlage hierfür legte der am 22. Januar 1963 unterzeichnete deutsch-französische Elysée-Vertrag. Zum 60-jährigen Jubiläum legte das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) die Sonderkarte der bayerisch-französischen Partnerkommunen jetzt neu auf.

In München präsentierten Daniel Kleffel, Präsident des LDBV und Pierre M. Wolff, Vorsitzender der Montgelas-Gesellschaft zur Förderung der bayerisch-französischen Zusammenarbeit e.V. München/Paris im Beisein der Schirmherrinnen Melanie Huml, Bayerische Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, und Corinne Pereira da Silva, Generalkonsulin Frankreichs in Bayern im LDBV, die von den Geomatik-Auszubildenden der Bayerischen Vermessungsverwaltung erstellte Wende-Faltkarte „Bayern & Frankreich – Partnerschaften – Gemeinden, Städte, Landkreise, Bezirke, Freistaat“.

Die Sonderkarte ist zweisprachig und besteht aus zwei Teilen: Ein Kartenteil zeigt den Freistaat Bayern mit allen Kommunen, die eine Partnerschaft mit einer französischen Kommune eingegangen sind. Zusätzlich enthält dieser Kartenteil eine Liste, in der alle diese bayerischen Kommunen mit ihren französischen Partnerkommunen in alphabetischer Reihenfolge auf-

geführt sind. Der andere Kartenteil zeigt Frankreich mit allen Départements und Regionen. Dort sind die Zahlen der Kommunalpartnerschaften pro Department dargestellt. Auch dieser Kartenteil enthält zusätzlich eine Liste, in der alle französischen Kommunen mit ihren bayerischen Partnerkommunen in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind.

Die Sonderkarte wird auch digital im BayernAtlas www.bayern-atlas.de unter dem Thema „Heimat“ bereitgestellt. Dort sind die Partnerkommunen im französischen Geoport geoportail.gouv.fr direkt verlinkt.

Die Verbindung der Bayerischen Vermessungsverwaltung zu Frankreich hat eine lange Tradition. Der aus Savoyen stammende Staatsmann Maximilian Graf von Montgelas (1759-1838) baute die moderne bayerische Vermessungsverwaltung nach dem napoleonischen Modell auf. Die Messung der ersten Basislinie zwischen Unterföhring und Aufkirchen im Jahre 1801 leitete der

GZ

ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich stehe der Gemeinde Diespeck vor, die mit Haupt- und Nebenwohnsitz aktuell 4.150 Einwohner umfasst. Zudem darf ich als Gemeinschaftsvorsitzender auch die Verwaltungsgemeinschaft Diespeck führen, welche als Verwaltungsdienstleister für 7.700 Einwohner fungiert.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit 01.05.2014 im Amt und führe dieses in Vollzeit aus.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?



Dr. Christian von Dobschütz

Erster Bürgermeister der Gemeinde Diespeck

Vor meiner Wahl zum Bürgermeister war ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Referenten für Personal, Organisation und IT der Stadt Nürnberg beschäftigt. In dieser Funktion verantwortete ich u.a. die Entwicklung Nürnbergs, hin zur „Smart City“.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Der Wunsch, mich kommunalpolitisch zu engagieren, geht tatsächlich bereits auf meine Schulzeit zurück. In der 10. Klasse gründete ich mit Freunden die Junge Union in Diespeck. Mit 21 Jahren wurde ich in den Gemeinderat gewählt. Direkt vor Ort etwas bewegen zu können hat mich schon immer gereizt.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine Tätigkeit bei der Stadt Nürnberg durfte ich umfassende Einblicke in die Funktionsweise einer großen und leistungsfähigen Verwaltung gewinnen. Gepaart mit meinem Gemeinderatsamt habe ich mich so gut vorbereitet für die Aufgabe gefühlt.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich wollte ein Leitbild für unsere Gemeinde entwickeln, eine Vision, wohin sich unsere Gemeinde künftig entwickeln soll. Mit dem Claim „Familiengemeinde Diespeck“ ist uns dies gelungen. Unser Wirken seitdem hatte stets zum Inhalt, wie wir für Familien noch attraktiver werden können. Der Bau eines Seniorenzentrums, der Ausbau des Sport- und Gemeindezentrums, die Schaffung von Themenspielflächen, die Bereitstellung weiterer Bauplätze, all diese und viele weitere Projekte sind Ausfluss unserer strategischen Ausrichtung.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Drei große Themen sind es, die uns gegenwärtig stark fordern: Die Sanierung unserer Entwässerungseinrichtungen bis 2026 (Gesamtvolumen 21 Mio. Euro), die Erneuerung der Ortsdurchfahrt und der Bau eines Begegnungshauses im Kernort von Diespeck.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Für mich stellt sich die Frage, wie wir noch mehr von den angrenzenden „Boomzentren“ Erlangen, Fürth und Herzogenaurach profitieren können. Ferner ist und bleibt die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen ein Thema, welches mich, wie wahrscheinlich alle Bürgermeister, nachhaltig umtreibt.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Nicht zu sehr auf die Risiken schielen, sondern mutig Projekte anstoßen. Überdies am besten gleich mit mehreren Ideen starten. Denn Verzögerungen

durch Genehmigungsverfahren, unserem überbordenden Vergaberecht oder Kapazitätsengpässen im Handwerk sorgen automatisch für eine gewisse Aussortierung bzw. Bremswirkung von Vorhaben. Wenn man dann auch noch zu vorsichtig gestartet ist, wird es schwer, Umsetzungserfolge vorweisen zu können. Aber genau dafür wurden wir gewählt.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Regelmäßige Austauschrunden mit Kollegen und meinem Rathaus-Team sind unerlässlich. Nur mit einer leistungsfähigen und motivierten Mannschaft kann es gelingen, die immer komplexeren Themen einer Kommunalverwaltung zu meistern. In Sachen „Bürgerinformation“ setze ich ganz auf unser wöchentliches Mitteilungsblatt (S'Bleedla). Darin schreibe ich stets eine kleine Kolumne, in der ich Woche für Woche, seit neun Jahren, erkläre was gerade „so los ist im Rathaus“. Auf diese Weise fühlt sich die Bürgerschaft mitgenommen. Dies wird mir oft bestätigt. Für größere Themenkomplexe habe ich zudem eigene Homepages eingerichtet, die den Stand zu aktuellen Vorhaben widerspiegeln und zur Beteiligung animieren sollen (z.B. www.diespecknachhaltig.de; www.meinebamberger.de). Schließlich versuchen wir uns auch an neuen Teilnahmeverfahren. So veranstalteten wir etwa erst in diesem Jahr eine sog. „Klimawerkstatt“, zusammen mit dem Verein „Mehr Demokratie wagen“.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Einen sehr großen! Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Zunahme der Arbeitsdichte, bei gleichzeitigem Rückgang des Arbeitskräftepotenzials in unserem Land (Stichwort „demographischer Wandel“), nur mit Hilfe der Digitalisierung werden bewältigen können. KI wird die Art, wie wir arbeiten, in einer Weise verändern, die wir uns heute noch gar nicht recht vorstellen können. Ich darf in diesem Zusammenhang beispielsweise die App „Chatmind“ aufführen. Diese hilft mit wenigen Mausklicks komplexe Projekte zu strukturieren und mittels „Mindmap“ sichtbar zu machen. Sehr hilfreich!

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als jemand, der es vermocht hat, die Gemeinde Diespeck weiter vorangebracht zu haben. □

französische Oberst Charles Rigobert Marie Bonne.

„Aktiver Austausch mit Partnern und Freunden über Landesgrenzen hinweg ist gerade in diesen Zeiten wichtiger denn je. In Bayern wird die deutsch-französische Partnerschaft vielerorts gelebt: Mehr als jede fünfte bayerische Kommune hat eine französische Partnerstadt. Die von den Geomatik-Auszubildenden der Bayerischen Vermessungsverwaltung erstellte Sonderkarte macht diese Verbindungen sichtbar“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. Insgesamt gibt es aktuell mehr als 400 Städte-, Landkreis- und Bezirkspartnerschaften zwischen Bayern und Frankreich.

Herzensangelegenheit

Wie Hohenlindens Bürgermeister Ludwig Maurer im Rahmen einer Podiumsdiskussion feststellte, sei ein Engagement in Sachen Gemeindepartnerschaften für ihn längst eine Herzensangelegenheit. Vor allem in den vergangenen zehn Jahren habe Hohenlinden intensive Kontakte mit Kommunen im Elsass und in Lothringen gepflegt, „wobei wir hier nicht mehr von Bekanntschaften, son-

dern von Freundschaften reden“. Diese gelte es lebendig zu halten, weshalb ein regelmäßiger Austausch unverzichtbar sei.

Dem Vorsitzenden der Montgelas-Gesellschaft zur Förderung der bayerisch-französischen Zusammenarbeit, Pierre M. Wolff, oblag es, kurz auf die Entstehungsgeschichte des Kartenprojekts zurückblicken. 1997 habe das Generalkonsulat entschieden, einen „Französischen Frühling in Bayern“ zu organisieren, der schließlich am 12. April offiziell eröffnet wurde.

„Ohne den Einsatz der Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft mit Frankreich unterhielten, hätte dieses Mammutprojekt niemals erfolgreich durchgeführt werden können“, erläuterte Wolff. „Damals haben sich 79 Kommunen mit insgesamt weit über 600 bayerisch-französischen Veranstaltungen in allen Regierungsbezirken beteiligt. Einen der Höhepunkte dieses Frühlings bildete ein Bürgermeistertreffen der verschwisterten Kommunen im Landshuter Rathaus unter dem Vorsitz des damaligen Oberbürgermeisters Josef Deimer, der dem Bayerischen Städtetag zu jener Zeit vorsah.“ So sei ein bis dato im wahrsten Sinne des Wortes

einmaliges Bild der kommunalen Partnerschaften zwischen Bayern und Frankreich entstanden.

Als sich die Bayerische Staatskanzlei im Jahr 2000 mit einem „Rendez-vous avec la Bavière“ in ihren damaligen südfürzösischen Partnerregionen revanchierte, beteiligte sich das damalige „Landesvermessungsamt“ mit der Erstellung einer „Karte der bayerisch-französischen Partnerkommunen“. Ziel dieses Projekts in Kooperation mit der Montgelas-Gesellschaft war Wolff zufolge, die Dichte des Netzwerks der bayerisch-französischen Kommunalpartnerschaften mittels Färbung der bayerischen Partnerkommunen auf einer administrativen Karte des Freistaats hervorzuheben.

Diese Idee griff im Jahr 2017 das katholische Schulwerk in Bayern, einer der Partner der Montgelas-Gesellschaft auf, und bat um die Erstellung einer Karte der Partnerschaften zwischen den Schulen des Katholischen Schulwerks und französischen Schulen. „Das Jubiläumsjahr 2023 bildet das vorläufige Ende dieser, wenn auch nicht märchenhaften, so doch zumindest ungewöhnlichen bayerisch-französischen kartographischen Entwicklungsgeschichte“, unterstrich Pierre M. Wolff. DK

Oberbayerischer Integrationspreis für Vorzeigeeinitiativen

Gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Gudrun Brendel-Fischer, haben Regierungspräsident Dr. Konrad Schöber und Regierungsvizepräsidentin Sabine Kahle-Sander die diesjährigen Integrationspreise für den Regierungsbezirk Oberbayern verliehen. Mit Geldpreisen in Höhe von jeweils 750 Euro wurden insgesamt acht Initiativen aus Altötting, Freising, Kaufering, Priem am Chiemsee, Tegernsee und der Landeshauptstadt München ausgezeichnet.

Mit ihrem Malereiprojekt „Parkbänke“ sowie einem Umweltprojekt siegte die Altöttingerin Irmgard Harlander. Beide Aktionen bieten einerseits Migration und Migrantinnen Integration und Teilhabe, andererseits leisten sie einen Beitrag, die unmittelbare Umgebung zu verschönern. So entstand die Idee für das Malereiprojekt aus der Situation, dass eine ehrenamtliche Helferin und ein geflüchteter Mann gemeinsam auf einer Parkbank saßen, die bereits sehr abgenutzt war. Da kam in dem Geflüchteten der Wunsch auf, diese als Dank für seine Aufnahme in Deutschland durch Bemalung gestalterisch aufzuwerten. Dem Beispiel folgten weitere: Mittlerweile wurden bereits zwölf Parkbänke gestaltet – ein Do-it-Yourself für Menschen, die gerne handwerklich arbeiten.

Die Idee für ein Umweltprojekt entstand im Zusammenhang mit dem Thema Abfall. Die Gruppe vereinbarte, dass jede Familie ihre Straße bzw. ihren Gehsteig oder Garten von Abfall befreit. Alle Gruppenmitglieder haben diese Vereinbarung ernst genommen und sich an der Aktion beteiligt. Die Altöttinger Bevölkerung profitiert somit vom Projekt in Form von Orten zum Wohlfühlen und kann sowohl die farbenprächtigen Parkbänke als auch die schöne, aufgeräumte Umgebung genießen.

Der Verein der Togoer in Freising, kurz A.T.F. e.V., setzt sich in vielfältiger Weise für die Verständigung zwischen den Einheimischen und den Freisinger Togoern ein. Seit 2008 wird alljährlich ein Afrikafest organisiert. Hier werden Afrikas kulturelle, sportliche und kulinarische Seiten gezeigt und auf diese Weise ein tolerantes Miteinander aller Menschen der Stadt Freising und des Landkreises gefördert.

Tolerantes Miteinander

Der Verein ist in Freising mit Behörden, Parteien, Polizei, Kulturorganisationen und Unternehmen vielfältig vernetzt. Ein Großteil der Vereinsmitglieder lebt seit vielen Jahren gut integriert in der Domstadt.

Bereits zum dritten Mal findet im Lechtalbad in Kaufering ein Schwimmkurs für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund statt. Das Angebot ist ein Kooperationsprojekt eines weiteren Preissträgers, nämlich des Evangelischen Gemeindevereins Kaufering e.V. In Zusammenarbeit mit der Schwimmschule „Fit-im-Wasser“ aus Scheuring. Die Nachfrage ist groß, die Wartelisten entsprechend lang. Die Teilnehmerinnen oder deren Herkunftsfamilien kommen u. a. aus Afghanistan, Eritrea, Kongo, Nigeria, Syrien, Türkei, Sansibar und Tansania. Ehrenamtliche fahren die Frauen und Mädchen aus oft entlegeneren Orten zum Schwimmkurs und bringen sie wieder nach Hause. Dank des Kurses entwickeln die Frauen, die oftmals traumatische Erfahrungen im Meer erlebt haben, wachsendes Selbstvertrauen.

Dauerhafte Integration

Das Projekt „Ausbilden statt aufgeben“ von avanta lettershop – avanta München e. V. ermöglicht Migrantinnen und benachteiligten Frauen eine betriebliche Umschulung zur „Kaufrau für Büromanagement“. Der kaufmännische Berufsabschluss bietet den Teilnehmerinnen die Chance auf eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt. Die Umschulung dauert insgesamt zwei Jahre und ist in Teilzeit möglich. Die Teilnehmerinnen besuchen zwei Tage in der Woche die Berufsschule, nehmen an der fachpraktischen Ausbildung im avanta Lettershop teil und werden berufspädagogisch begleitet. Die Umschulung endet mit einer schriftlichen und mündlichen Prüfung vor der IHK München. Die Kunden des avanta Lettershops sind vielfältig und reichen von sozialen Einrichtungen, Druckereien und Verlagen über Marketingagenturen, Unternehmensberatungen und Fitnessstudios bis hin zu Einrichtungen aus Politik und Kultur.

Beyond Color ist eine Münchner Gruppe von Personen, die sich selbst als People of Color (POC) LGBTQIA+ mit Erfahrungen von Rassismus, Diskriminierung und Migration identifizieren. Sie engagiert sich in Anti-Diskrimi-

nierungs-, Anti-Gewalt- und Empowerment-Arbeit. Die Projektmitglieder halten Workshops, Gesprächsrunden und Vorträge, veranstalten Partys, Performances, Kunstausstellungen sowie Tagungen in München und Europa und organisieren den Austausch mit ihren Herkunftsländern.

Der Nachbarschaftstreff Perlacher Herz ermöglicht Begegnungen zwischen Menschen aus München-Neuperlach und wirkt so der Vereinsamung entgegen. Besucher der Einrichtung werden ermutigt, eigene soziale Netzwerke im Alltag zu gründen, ihr Leben autonom zu gestalten und sich selbst zu strukturieren. Die Angebotspalette ist breit gefächert und reicht vom Frauenfrühstück, Café und Kochen über Hip-Hop, Lernprojekte und Werkstatt bis hin zu tiergestützter sozialer Arbeit. Das „Perlacher Herz“ wird von den Bewohnern des Stadtteils im Münchner Südosten sehr gut angenommen. Für viele ist die Sozialeinrichtung zu einer Familie geworden, in der Akzeptanz und Wertschätzung gelebt werden.

AllKids Priem ist ein Nachhilfeprogramm für Priener Schülerinnen und Schüler, das sich besonders für sozial benachteiligte und geflüchtete Kinder sowie Kinder von Alleinerziehenden einsetzt. Nachhilfe erteilen neben Priener Schülern aus weiterführenden Schulen auch engagierte Bürger, Gemeinderatsmitglieder, Rentner und pensionierte Lehrkräfte. Die Nachhilfelehrkräfte werden über Spenden vergütet und erhalten ein Honorar von 15 Euro pro Nachhilfestunde. Für die Eltern ist die Nachhilfe kostenlos. Das Projekt finanziert sich ausschließlich über Spenden und Fundraising-Aktionen.

Cricket in Tegernsee gibt es bereits seit 1992. Ab 2014 änderte sich die Spielerstruktur, als zum Verein Geflüchtete aus Afghanistan stießen, wo Cricket als Volkssport gilt. Seitdem sind neben afghanischen Geflüchteten auch viele IT-Experten aus Indien, Pakistan und Bangla-

Landkreis Unterallgäu:

Kommunalentwicklung gestalten, Wertschöpfung stärken

„Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“, sagte einst der Philosoph Aristoteles. Wie richtig und wichtig diese Aussage ist, stellte das Treffen des Clubs „52ProUnterallgäu“ in der Sontheimer Dampfböge unter Beweis. Die vom Verein ProNah organisierte Veranstaltung bot Kommunalpolitikern, Bürgern und Unternehmern Gelegenheit zum Austausch.

Der Club „52ProUnterallgäu“ bringt die Kommunen des Landkreises zusammen und liefert Impulse für die Kommunen. Ein 3 mal 3 Meter Puzzle soll die Solidarität von Gemeinden und Bürgern stärken und das Bewusstsein für soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit im Unterallgäu fördern. 2012 wurden 52 Puzzleteile – stellvertretend für die 52 Kommunen – von den jeweiligen Bürgermeistern, aber auch von Multiplikatoren der Region ersteigert. Das war die Geburtsstunde des Clubs „52ProUnterallgäu“. Jährlich kommt er nun zusammen, um in lockerer Runde Vertreter der Gemeinden zusammenzubringen.

Bei der aktuellen Veranstaltung stellte Hermann Kerler, langjähriger Vorsitzender von ProNah, mit Dr. Mathias Behrens und Martin Michaelis die Beratungsagentur fiveP und deren Bestreben vor, mittels kollektiver Intelligenz die Gemeindeentwicklung voranzutreiben. „Um die Herausforderungen der Kommunen stemmen zu können, braucht es neue Denkmuster und verstärkte Bürgerbeteiligung“, erklärte Kerler.

GZ PINOS WELT

Was ist in unserem Land los? Was ist auf unseren Straßen los? Was spielt sich in manchen Köpfen ab? Solche und ähnliche Gedanken plagten mich in all den Tagen seit dem 7. Oktober 2023.

Vor gut einem Monat wurde die Welt Zeuge von etwas, was in einer aufgeklärten, zivilisierten und durch die Untaten des 20. Jahrhunderts geläuterten Welt nie hätte passieren dürfen. Fanatisierte Terroristen haben im Süden Israels Jagd auf Menschen gemacht, um sie zu töten, zu verstümmeln, zu verletzen oder zu entführen. Die Täter machten keinen Unterschied zwischen Mann oder Frau, Kind oder Greis, Soldat oder Zivilist. Das Verbindende der Opfer: Sie waren Jüdinnen und Juden. Nur deshalb wurde ihnen das ange-tan, aus keinem anderen Grund. Ob man es nun mit der Shoa vergleicht oder – vielleicht historisch zutreffender – mit den Pogromen, denen Juden im zaristischen Russland vor dem Ersten



Stadt und forderte ein mittelalterliches Kalifat in Deutschland und zeigte ungestraft und ungehindert von der Polizei das Erkennungszeichen der Terrorgruppe Islamischer Staat.

Importierter Islamismus und Antisemitismus. Ja, aber auch Fridays for Future ist plötzlich der Kampf gegen Israel wichtiger als die Klimarettung. Linke Aktivistinnen, Antirassistinnen und Antikolonialisten, die gestern noch für die Entfernung des Heiligen Mauritius aus dem Stadtwappen von Coburg eingetreten sind und jeden Canceln, der sich nicht einer diskriminierungsfreien gendergerechten Sprache bediente, trompeten heute laut ihr „Free Palestine“ in die Welt hinaus oder, weil's immer noch ein wenig ekelhafter geht, ein „Free Palestine from German Guilt“.

Und wir stehen fassungslos vor alldem. Mag sein, dass auch noch der braune Schoß fruchtbar ist, aus dem schon einmal Unheil kroch, aber was wir jetzt an Tabubrüchen erleben, ist links und migrantisch. Die Reaktionen? Hilfslos. Die Phrasendreschmaschinen im Bundespräsidialamt und sonst in Berlin rattern auf Hochtouren, Unterstützervereine von Terroristen werden verboten, es wird aber versäumt, Beweise zu sichern und Gelder zu beschlagnahmen, und ein Bundesminister, der fachlich nichts auf die Kette bekommt, wird für ein Statement in social media gerühmt, in dem er die Worte vom Teleprompter abliest, die eigentlich der Kanzler oder der Präsident hätten sagen sollen.

Die große jüdische Philosophin Hannah Arendt hat uns den Satz hinterlassen: „Autorität ist eine für die Demokratie notwendige Tugend. Sie ist mehr als ein Ratschlag und weniger als ein Befehl.“ An solcher Autorität mangelt es augenscheinlich in Deutschland, wenn in den letzten vier Wochen in so erschreckender Weise eine Täter-Opfer-Umkehr ins Werk gesetzt werden konnte.

Wohnhäuser von Juden werden mit Davidsternen gekennzeichnet, Shoa-Gedenkstätten mit dem Hakenkreuz besudelt, israelische Flaggen von Rathäusern gerissen und geschändet – wohin wird das noch alles führen?

Autorität – eine notwendige Tugend

Weltkrieg ausgesetzt waren: Niemand hätte gedacht, dass sich so etwas im 21. Jahrhundert abspielen könnte.

Unsere Reaktionen waren zunächst entsprechend angemessen. Nach einer Schockstarre über das Unbegreifliche haben wir uns mit Israel und den bei uns lebenden Jüdinnen und Juden durch Kundgebungen, Mahnwachen oder das Hissen der Flagge mit dem Davidstern solidarisiert. Etwas hilflos vielleicht, aber hilflos waren wir nach den Anschlägen auf Charlie Hebdo („je suis Charlie“), den Attentaten in Belgien und dem Überfall auf die Ukraine auch. Man kann nur Anteilnahme, Schock und Ratlosigkeit zeigen.

Aber dann kamen ganz andere Meldungen und Bilder. In Berlin haben junge Leute Süßigkeiten auf der Straße verteilt, um das Pogrom und die bestialischen Täter zu feiern. Wenn zu Pro-Israel-Kundgebungen hunderte Menschen kommen, so kommen zur Unterstützung der Terrorgruppe Hamas doppelt und dreifach so viele Leute. In Essen zog eine Marschkolonne, streng getrennt zwischen Männern und Frauen, durch die

desch dazu gekommen. Engagierte Mitglieder des Turnvereins Tegernsee 1888 gewannen Sponsoren und Freiwillige, schufen eine Möglichkeit für erste Wintertrainings, beschafften Ausrüstung, erneuerten die Cri-

cket-Außenanlage, verzichteten auf Vereinsbeiträge, übernahmen die Fahrtkosten zu Bundesligaspielen und sprachen die Geflüchteten gezielt an. Durch das Netzwerk innerhalb des Vereins haben die Spieler Jobs und Aus-

bildungsplätze im Tegernseer Tal gefunden. Der Verein hat die Bürger in der Region zu Showtrainings und Wettkämpfen eingeladen. Dies führte auch dazu, dass zahlreiche Spenden generiert werden konnten. **DK**

Ihr Pino



V.l.: Dr. Mathias Behrens, Hermann Kerler (beide fiveP), Christian Seeberger (Bgm. Erkheim), Susanne Fischer (Bgm. Kirchheim), Dr. Markus Koneberg (Bgm. Ketttershausen), Martin Michaelis (fiveP), Bernadette Brem (1. Vorsitzende ProNah), Alex Eder (Landrat Unterallgäu). Bild: ProNah

anschaulichen, gaben die Rathauschefs Susanne Fischer (Kirchheim), Christian Seeberger (Erkheim) und Dr. Markus Koneberg (Ketttershausen) ihre Erfahrungen aus der Gemeindeverwaltung zum Besten, schilderten Stärken und Erschwernisse ihres Gestaltungsauftrags sowie Lösungsansätze, um das Potenzial der Bürger in den Entwicklungsprozess zu integrieren. „Bürgeranliegen sind ein Spiegel der Dorfstruktur und auch der eigenen Arbeit“, sagte Seeberger. Sein Ketttershausener Kollege nannte ein im Ort initiiertes Gemeindeentwicklungsprogramm, an dem sich 70 Bürgerinnen und Bürger in Arbeitsgruppen engagiert hatten, als gelungenes Beispiel.

Im Rahmen der Veranstaltung konnten die Bürgermeister auch

schriftlich die größten Herausforderungen ihrer Kommune für die nächsten fünf Jahre benennen sowie die Hemmnisse, mit denen sie täglich konfrontiert werden.

Die Ergebnisse sollen dem Landkreis und ProNah aufzeigen, mit welchen Problemen sich die Kommunen aktuell beschäftigen. Die Berater von fiveP haben den Kommunen – bei Bedarf – auch ihre Unterstützung zugesichert, um kollektive Intelligenz in Form von Bürgerbeteiligungsprozessen, vor Ort sichtbar zu machen und zu nutzen. Weitergehende Informationen und Kontaktdaten zum Prozess „Mit kollektiver Intelligenz die Kommunalentwicklung gestalten“ finden interessierte Leser auf der Homepage <https://www.fivep.org/regionalentwicklung/>. **□**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2023

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Deutsche Startup-Metropolen stärken ihre Zusammenarbeit

Um gemeinsam mehr Sichtbarkeit für den Startup-Standort Deutschland zu erzeugen, heben die vier größten deutschen Metropolen – Berlin, Hamburg, Köln und München – ihre Zusammenarbeit zur Förderung von Startups auf ein neues Level. Die Geschäftsführungen der beteiligten Wirtschaftsförderungsorganisationen unterzeichneten hierfür im Rahmen der Münchner Immobilien-Messe Expo Real die „Startup-Champs Germany-Kooperationsvereinbarung“.

Im Jahr 2020 startete Start-up-Champs unter den Bedingungen der Corona-Pandemie zu- erst als gemeinsamer nationaler Pitch-Wettbewerb, der sich in den letzten Jahren auch als Live-

Event etablieren konnte. Der Ausbau dieser Kooperation bestätigt nun die bisherigen Erfolge in der Zusammenarbeit und zielt darauf ab, die Startup-Ökonomie in Deutschland weiter zu fördern und ihre internationale Präsenz zu stärken.

Internationalisierung voranbringen

Zusammen repräsentieren die vier Millionenmetropolen Berlin, Hamburg, Köln und München laut der Datenbank Dealroom mit rund 9.000 Startups und einem Investitionsvolumen von fast acht Milliarden Euro auch einen wesentlichen Anteil des nationalen Startup-Ökosystems. Da jede Stadt ein einzigartiges Ökosystem mit spezifischen Stärken einbringt, bietet die Zu-

sammenarbeit vielfältige Chancen für alle, um die bestehenden Verbindungen noch weiter auszubauen.

Die Vereinbarung der beteiligten Städte legt eine Roadmap für zukünftige gemeinsame Projekte und Initiativen fest, um die nationalen und internationalen Potenziale von Startups noch besser zu nutzen. Die Hauptziele der „Startup-Champs Germany-Kooperation“ umfassen:

- Gemeinsame Projekte zur Vermarktung der vier größten Startup-Standorte Deutschlands
- Steigerung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der beteiligten Startup-Standorte
- Unterstützung der lokalen Startup-Ökosysteme durch gegenseitige Vernetzung und Informationsaustausch
- Initiativen zur weiteren Belegung des Startup-Gründungsgehehens, zum Beispiel durch die Förderung von Female Entrepreneurship.

Mit der Unterschrift dieser Ko-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse der Sonderdruck zum Bayerischen Energie- und WasserkraftForum bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

operationsvereinbarung auf der Immobilien-Messe unterstreichen die vier Städte ihr Engagement für die Startup-Szene und setzen ein starkes Zeichen für die Zukunft des deutschen Startup-Ökosystems und seine Internationalisierung.

Wichtiger Wettbewerb

Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, kommentiert: „In keiner anderen deutschen Stadt werden so viele Patente angemeldet und pro Kopf so viele Unternehmen gegründet wie in München. Innovative Geschäftsideen finden hier durch das Zusammenspiel von Top-Universitäten und Forschungseinrichtungen, umfangreichen Fördermöglichkeiten und Investorenetzwerken sowie der starken Vernetzung mit der Industrie ein ideales Umfeld, um zu wachsen. Der nationale Wettbewerb mit den drei anderen deutschen Startup-Metropolen Berlin, Hamburg und Köln ist wichtig und fruchtbar, noch mehr können wir aber von einer Partnerschaft zwischen den Standorten profitieren. Mit den Startup-Champs ist der Grundstein dafür gelegt. In den kommenden Jahren werden wir die Kooperation, in die jede Stadt ihre individuellen Stärken mit einbringen kann, weiter ausbauen.“

Saskia Doll

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22/2023, die am 23. November 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte
- Sicherheit und Arbeitsschutz, Brand- und Katastrophenschutz, Extremwetterereignisse
- Freizeitanlagen und Tourismus

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Energiedienstleistung



Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

HIGH-SPEED-INTERNET

www.netcom-bw.de

Ein Unternehmen der EnBW

UG Unsere Grüne Glasfaser

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten sichern unter: **0800 410 1410 111**

powered by

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Ettschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

www.etbs.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ihre eigene Gas- und Strompreisbremse

- ✓ Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- ✓ Maximale Hygiene - keim- und schadstoffübertragungsfrei
- ✓ Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- ✓ Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- ✓ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- ✓ Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Softwarelösungen

KOMMUNE-AKTIV.de
Sitzungsmanagement / Ratsinformationssystem

Der leichte Weg hin zu mehr Digitalisierung. kommune-aktiv.de

M7I SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
m7i-service.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
Lüftungs-Reinigungs-Service

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshausen Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



Theresa von Hassel, Staatsminister Hubert Aiwanger und Constanze von Hassel



14. BAYERISCHES ENERGIEFORUM UND 9. BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM IN GUNZENHAUSEN

Energiewende mit Vernunft

Die Bayerische GemeindeZeitung darf sich nun auch offiziell „Unterstützer im Team Energiewende“ nennen. Beim 14. Bayerischen EnergieForum und 9. Bayerischen WasserkraftForum in Gunzenhausen begrüßte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger vor 300 Gästen die GZ als neuen Partner.

Seit 2008 veranstaltet die Bayerische GemeindeZeitung das EnergieForum und spricht Verantwortliche in den Kommunen an, die sich mit Energie- und Klimaschutzthemen befassen. Im Jahr 2013 wurde das Bayerische WasserkraftForum ausgegründet, um die Bedürfnisse der bayerischen Wasserkraft stärker betonen zu können. Anlässlich der Bayerischen Energietage, die unter der Federführung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums stattfanden, wurden die beiden Veranstaltungen gebündelt. Sie bildeten das große Finale. Insgesamt fanden in allen Regierungsbezirken 130 Veranstaltungen statt, die die Energiewende im Großen und Kleinen zeigten.

„Die Energiewende gelingt nur im engen Schulterschluss mit Kommunen, Bürgern und Unternehmen. Unsinnige Vorgaben wie das Heizungsgesetz sind Kostentreiber und stoßen an Akzeptanzgrenzen bei den Bürgern und Kommunen. Es braucht weniger staatliche Vorgaben für die Bürger und mehr Offenheit gegenüber allen Energiearten“, unterstrich Aiwanger.

„Wir müssen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien sinnvolle Fortschritte erzielen. Und die Bayerische GemeindeZeitung leistet gerade mit ihrer langjährigen Fachexpertise bei energierelevanten Themen einen wichtigen, unabhängigen Beitrag, um neue Impulse bei Entscheidern in bayerischen Kommunen zu setzen“, stellte der Staatsminister bei der Ernennung der GZ als „Unterstützer im Team Energiewende“ fest. Das Medium schaffe bei den kommunalen Entscheidern ein Bewusstsein für den Klimaschutz und die Energiethemen. „Wir brauchen Per-

sonen auf staatlicher und kommunaler Ebene, Unternehmer, Bürger und Journalisten, die Klimaschutz und Energiewende voranbringen und mit ihren Erfahrungen aktiv Projekte umsetzen“, bekräftigte der stellvertretende Ministerpräsident.

Die zahlreichen Kommunalvertreter informierten sich in Gunzenhausen über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Beispiele. 22 Aussteller, 30 Partner sowie 28 Referentinnen und Referenten wohnten der bewährten Fachveranstaltung bei. Im Anschluss an die Veranstaltung bot sich die Gelegenheit, im Rahmen einer Exkursion Erkenntnisse über die Projektierung „Wärmenetze im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen am Beispiel des Heizhauses in Dornhausen“ sowie über das „Pilotprojekt 4. Reinigungsstufe, Kläranlage Weißenburg“ zu gewinnen. →

TV-BERICHTE



Über die Veranstaltung gibt es einen Fernsehbeitrag von

TV Bayern live:

<https://bitly.ws/Yt2y>

DOKUMENTATION



Vorträge der Veranstaltung finden Sie im internen Bereich,

online abrufbar unter: www.bayerisches-energieforum.de.

Passwort via Mail an: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

PARTNERBEITRÄGE



Ab Seite 30 finden Sie Beschreibungen unserer Partner.

Die Kläranlage Weißenburg leitet in die abflussschwache Schwäbische Rezat ein. Aufgrund dieser sensiblen wasserwirtschaftlichen Situation wurde die Kläranlage als Standort für ein bayerisches Pilotvorhaben ausgewählt. Im Zuge des Weißenburger Projekts wurde eine zweistufige Verfahrenskombination aus Ozonung und Filtration verwirklicht. Der Freistaat Bayern förderte das Pilotprojekt mit 75 Prozent der zuzuführenden Kosten. Damit steht nun ein umfangreich untersuchtes „Best Practice“-Beispiel zur Verfügung, das für die Konzeption und Planung sowie zum Betrieb weiterer Anlagen zur Spurenstoffelimination wertvolle Erkenntnisse liefert.

„Den Kommunen kommt in der Energiepolitik eine tragende und deshalb höchst verantwortungsvolle Rolle zu“, stellte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung fest. Einerseits hätten sie mit ihren Immobilien und Mobilien selbst einen hohen Energiebedarf, den sie nachhaltig, sicher und preiswert decken müssen, andererseits gestalteten sie die Rahmenbedingungen für ihre Mitbürger. Auch hier gälten die Prämissen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Kostenkontrolle.

Karl-Heinz Fitz, Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen, verwies auf erfolgreiche, bereits realisierte Energieprojekte-

rungen wie Photovoltaik im Innen- und Außenbereich. „Wir sind einen konsequenten Weg gegangen, in dem wir unseren im Jahr 2009 bereits auf den Weg gebrachten Energieleitplan überarbeitet haben. Im vergangenen Jahr wurde dieser im Stadtrat neu beschlossen.“

Große Anstrengungen unternahme Gunzenhausen im Rahmen der Regionalplanung auch bei der Windkraft, wenn es darum geht, Vorbehalts- und Vorrangflächen gezielt auszuweisen, fuhr der Rathauschef fort. „Zudem stellen wir bei uns im ländlichen Raum fest, dass bereits sehr viele Kommunen in Wärmenetze eingestiegen sind, teilweise kombiniert mit Biogasanlagen. Wir unterstützen diesen wichtigen Prozess sehr.“

Lediglich Wasserkraft spielt Fitz zufolge keine Rolle, da die Altmühl als „langsamst fließender Fluss Bayerns“ ungeeignet sei, dafür aber sehr zum Freizeit- und Erholungswert der Kommune beitrage.

Kooperationspartner des Bayerischen Energie- und WasserkraftForums waren erneut Bayerischer Gemeindegtag, VKU Bayern und die Bayerischen Energieagenturen. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live. [DK](#)

DR. ANDREAS SCHIEDER | TENNET TSO GMBH

Netzausbau in und für Bayern

Optimierung von Stromnetz und Stromleitungen, Netzausbau und digitale Transformation: Mit Blick auf die Zukunft bedeute der steile Anstieg der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und die Elektrifizierung der Gesellschaft, dass TenneT TSO mit Sitz in Bayreuth seine Investitionen bis 2025 auf ein jährliches Niveau von etwa 8 Milliarden Euro steigern muss, betonte Dr. Andreas Schieder. 2022 lagen diese noch bei 4,5 Milliarden Euro.

Das Unternehmen betreibt in Deutschland ein Hoch- und Höchstspannungsnetz (220 kV und 380 kV) zwischen Schleswig-Holstein und Bayern mit einer Gesamtlänge von rund 25.000 Kilometern und stellt somit für 43 Millionen Endverbraucher eine zuverlässige Stromversorgung sicher. Die Netzverfügbarkeit liegt bei nahezu 100 Prozent.

Tennets Beitrag zur Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 ist das Klimaneutralitätsnetz, das unter anderem die Betrachtung von erneuerbaren Energien sowie von Übertragungs- und Verteilnetzen auf See und Land beinhaltet. Vor dem Hintergrund einer Planung mit vielen Variablen und Ressourcenknappheit sind ein umfassender Netzausbau, Innovation und Digitalisierung sowie Systemintegration unverzichtbar.

Erfreulich sind die Fortschritte laut Schieder in den ausgewählten bayerischen Projekten Ostbayernring (2022: Inbetriebnahme Abschnitt C), Süd-Ost-Link (aktuell Eigentümergespräche und Einreichungen §19-Unterlagen), Altheim-St. Peter (2026 Gesamtinbetriebnahme aller Abschnitte), Fulda-Main-Leitung (Oktober 2023: Einreichung der Unterlagen nach § 8 Netzausbaubeschleunigungsgesetz bei der Bundesnetzagentur) und Juraleitung (derzeit Erstellung der Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren; Einreichung 2024).

Im Juni 2023 haben die Übertragungsnetzbetreiber den zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2037/2045(2023)



Dr. Andreas Schieder

veröffentlicht und ihn an die Bundesnetzagentur übergeben.

Dabei lassen einige Konsultationsbeiträge insbesondere seitens der Bundesländer es wahrscheinlich erscheinen, dass der Nord-Süd-Übertragungsbedarf in Deutschland bis 2045 im Vergleich zu den Annahmen des aktuellen NEP weiter zunimmt.

Die Verteilnetzbetreiber haben die Auswirkungen der politischen Beschlüsse aus 2022 zum Ausbau erneuerbare Energien analysiert und anschließend die Bedarfe für zusätzliche Transformatoren sowie Umspannwerke zwischen dem Hoch- und dem Höchstspannungsnetz bei den ÜNB angefragt. Im TenneT-Netz sind diese Bedarfe erheblich. Über 200 zusätzliche Transformatoren sowie 35 Umspannwerke wurden neu in den 2. Entwurf des NEP aufgenommen.

In Bayern trifft dies auf die folgenden neu geplanten 380-/110-kV-Umspannwerke zu:

Amberg – Bad Griesbach/Bad Birnbach – Marktleuthen/
Kirchenlamitz – Markt Bibart – Aichach/Oberbernbach –
Stollnkirchen/Dorfen – Straubing/Parkstetten –
Theilheim – Vohburg – Wallmersbach.

Erstmalig plant und baut TenneT an zwei Standorten in Deutschland, nämlich in Audorf Süd und Ottenhofen große Batterie-speicher, sogenannte Netzbooster. Der Vorteil eines Boosters ist, dass bei Störungen im Übertragungsnetz die Netzbooster durch das zeitgleiche Laden und Entladen der Speicher an verschiedenen Standorten kurzfristig für Entlastung sorgen könnten. Derzeit beginnt die Design- und Vorplanungsphase für die Netzbooster. Nach weiteren elektrischen Studien soll das Projekt in die Genehmigungsphase gehen. Geplanter Baustart für die 100-Megawatt-Anlage ist Anfang 2024. Danach sollen die Anlagen nach circa einem Jahr Bauzeit 2025 in Betrieb genommen werden. [DK](#)



Interessen des ländlichen Raums im Fokus

Stefan Graf

STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG

Energiewende im ländlichen Raum

Speziell im ländlichen Raum rücken die über 2.000 Mitgliedsgemeinden des Bayerischen Gemeindetags in den besonderen Fokus der Energiewende. Der Aus- und Umbau der Stromversorgung hin zu einer dezentralen Erzeugungsstruktur adressiert gewaltige Flächenansprüche vornehmlich an die ländlichen Räume. Mindestens 130.000 Hektar sollen bis 2032 für Windvorranggebiete ausgewiesen sein. Bis 2030 soll sich die Erzeugungsleistung der Photovoltaikanlagen von derzeit 16,2 GW auf ca. 50 GW erhöhen, was mehr als 35.000 Hektar zusätzlich überbaute Fläche im Fall von Freiflächenanlagen bedeuten würde. Hinzu kommt der Netzausbau, der auf Verteil- wie auf Übertragungsebene erheblich gesteigert werden muss.

Aufgrund dieser Herausforderungen ist der Bayerische Gemeindegtag laut Direktor Stefan Graf gefordert, Position zu beziehen und die Interessen des ländlichen Raums zu artikulieren.

DIE ZEHN ZENTRALEN FORDERUNGEN LAUTEN WIE FOLGT:

1. Der Freistaat muss auf Grundlage des zukünftigen Strombedarfs kurz-, mittel- und langfristige bayernweite Ausbauziele für die erneuerbaren Energien, Speicher und Elektrolyseure benennen und diese mit dem dafür erforderlichen Netzausbau effizient verschränken. Der notwendige Netzausbau braucht schnelle Genehmigungsverfahren wie etwa bereits bei den Flüssiggas-terminals praktiziert (Legal Genehmigung). Den Gemeinden ist über landkreisweite Energienutzungspläne nach einheitlicher Methodik zu ermöglichen, eigenverantwortlich für ihr Gebiet diese Ziele zu realisieren und insbesondere den PV-Freiflächenanlagen angemessen Raum zu geben.

2. In besonders geeigneten, wenig konfliktträchtigen Bereichen sollen die Gemeinden hinsichtlich PV-Freiflächenanlagen von den bislang erforderlichen Bauleitplanverfahren entlastet und die Verfahren durch eine Zustimmungsentscheidung mit planerischen Erwägungen ersetzt werden. Eine faktische Abgabe der kommunalen Steuerungshoheit wie zukünftig bei den Windenergieanlagen muss unbedingt verhindert werden.

3. Für Photovoltaik- und Windkraftanlagen muss aufgrund ihrer Bedeutung für den Klimaschutz auf naturschutzrechtliche Ausgleichspflichten verzichtet werden. Nach dem Vorbild der Windenergieanlagen sollen künftig auch Photovoltaikanlagen in Landschaftsschutzgebieten grundsätzlich möglich sein.

4. Um den Flächenbedarf so weit wie möglich zu begrenzen, muss der Anteil der PV-Anlagen auf Dächern und bebauten Flächen im Vergleich zu Freiflächenanlagen so hoch wie möglich

gehalten werden. Hierzu sind geeignete Förderkulissen notwendig und neue regulatorische Anreize um regenerativ erzeugten Strom günstig im Quartier zu verbrauchen. Die Nutzung von Flächen durch Maisanbau für Biogasanlagen ist wegen der schlechten Flächeneffizienz zu reduzieren.

5. Die Gemeinden sind an den Erträgen von erneuerbaren Energien-Anlagen („Konzessionsabgaben“) auf ihrem Gebiet zukünftig per Gesetz statt durch freiwilligen Vertrag und in attraktiver Höhe zu beteiligen.

6. Den Gemeinden muss das Engagement in der Energieerzeugung gemeinsam mit erfahrenen Partnern deutlich erleichtert werden. Dafür sind zum einen gesetzliche Beteiligungsrechte ein Instrument. Zum anderem sollen Kooperationen mit Energieversorgungsunternehmen einfacher realisiert werden können.

7. Die Gemeinden müssen berechtigt sein, zur Unterstützung eigener energiewirtschaftlicher Tätigkeiten Fördergelder vom Staat zu erhalten.

8. Auf Landkreisebene dürfen nicht unter dem Deckmantel der Energiewende umlagefinanziert Konkurrenzunternehmen zu Stadt- und Kommunalwerken entstehen.

9. Der Bezug von Strom aus Anlagen, bei denen Energieerzeuger und Verbraucher nicht personenidentisch sind, muss wirtschaftlich rentabel ermöglicht werden. Dazu sind insbesondere Änderungen im Energie- und im Steuerrecht vonnöten.

10. Die Rolle der Gemeinden bei der Gewährleistung der örtlichen E-Ladesäuleninfrastruktur muss sich auf eine Koordinationsfunktion beschränken. Insbesondere darf sie für die Gemeinden keine dauerhaften Personal- und Kostenbelastungen mit sich bringen. **DK**

Szenarien für mehr Tempo bei der Energiewende



Detlef Fischer

DETLEF FISCHER | VERBAND DER BAYERISCHEN ENERGIE- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V. (VBEW)

Bayernplan Energie 2040 - Auf geht's!

Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des VBEW wird nicht müde, mehr Tempo bei der Energiewende anzumahnen, so auch bei den versammelten Vertretern der bayerischen Kommunen. Hintergrund ist die im Juli 2021 verkündete Absicht der Bayerischen Staatsregierung, der Bundesregierung, welcher Couleur auch immer, beim Klimaschutz um fünf Jahre vorauszuweichen und bis 2040 in Bayern klimaneutral zu leben. Der Bayerische Landtag goss die Ankündigung am 13. Dezember 2022 in die Neufassung des bayerischen Klimaschutzgesetzes.

Wie das Ziel erreicht werden soll, blieb bis heute weitgehend unkonkret. Der VBEW ließ deshalb im Rahmen eines „Bayernplans Energie 2040“ von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) in München und der Prognos AG vier Szenarien modellieren. Heraus kamen für eine konsum- und freizeitorientierte Gesellschaft eher unbequeme Wahrheiten in Sachen Handlungsnotwendigkeiten, so dass konkrete Maßnahmen trotz der Dringlichkeit weiterhin auf sich warten lassen. Laut Fischer steckt Bayern in einem kaum zu beschreibenden Dilemma zwischen Handlungsbedarf und Zögerlichkeit.

Das Kernproblem mangelnden Umsetzungswillens, basierend auf dem Motto „wasch mich, aber mach mich nicht nass“, lässt den Hautgeschäftsführer der Energie- und Wasserwirtschaft in Bayern nicht müde werden, wo immer es möglich ist, an die politischen Entscheidungsträger zu appellieren, endlich in die Gänge zu kommen, sollte es mit der Energiewende und dem Klimaschutz ernst gemeint sein. Sicher ist, dass in allen Szenarien der FfE der Endenergieverbrauch sinken muss/wird. Gleichzeitig wird der Bedarf an Strom, Wasserstoff und Biomasse als Energieträger der Zukunft in allen Regionen stark steigen.

Daher wird die Energiewende ohne schnellen und deutlichen Ausbau unter anderem von Windkraftwerken und Photovoltaikanlagen nicht gelingen. Zusätzlich müssen parallel in allen Bereichen tiefgreifende Verminderungsmaßnahmen greifen, denn der zusätzliche Strombedarf sollte nicht zu stark steigen. Primärenergetische Effizienz ist daher das Gebot der Stunde.

Hauptproblem ist: Wie erklär ich's meinem Kinde bzw. einer ganzen Gesellschaft, was die Stunde des Klimawandels geschlagen hat. Seit 2015 bleiben die CO₂-Emissionen in Deutschland auf gleich hohem Niveau. Wo es hapert, ist in der Landwirtschaft und Industrie, dank der Abschaltung aller Kernkraftwerke auch wieder in der Energiewirtschaft (wegen der Substitution in der Stromerzeugung durch Kohle und zum Teil Gas), vor allem aber auch beim privaten Konsum – Stichworte Verkehr und Wärmebedarf, zu finden.

Unweigerlich werden so die Klimafolgekosten immer schneller immer teurer, wenn nicht sofort oder vielmehr augenblicklich auf allen Sektoren beschleunigend gehandelt wird. Immerhin ist der trickreich offiziell errechnete Temperaturanstieg in Bayern, der Landtagswahl sei Dank, noch unter zwei Grad bei 1,9 Grad Kelvin schön gefärbt worden. Aber auch das würde schon reichen, um Tempo, Tempo, und nochmals Tempo zu fordern, denn warten verteuert den Weg zur Klimaneutralität in Milliardenhöhe um gut 50 Prozent. Energieeffizienz und Elektrifizierung sind szenarioübergreifende Grundpfeiler. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die effiziente Stromnutzung sind „alternativlos“.

Für Fischer ist klar, dass es „die eine“ bayerische Energiewende nicht gibt. Zu unterschiedlich sind die Ausgangssituationen der einzelnen Landkreise. Sicher ist, dass kein Landkreis autark sich selbst versorgen kann, sondern so oder so mit den anderen zusammenarbeiten muss. Es geht nur gemeinsam und mit viel Flexibilität im Energiesystem. Zu nennen sind da große Stromspeicherkapazitäten ebenso wie flexible (auch industrielle) Verbraucher. Beide bieten ein großes Ausgleichspotenzial für die Stabilität des Versorgungssystems.

Je stärker der Ausbau der Erneuerbaren Energien vor allem in der Fläche voranschreitet umso mehr werden die dünn besiedelten, ländlichen Regionen Szenarien übergreifend zur Versorgungsbasis der urbanen Ballungsräume.

Fischer betonte, dass es noch unglaublich viel zu tun gibt – zum Beispiel pro Woche 50 Fußballfelder große Photovoltaik (PV)-Anlagen in Betrieb zu nehmen, rund 2.700 Hausdächer mit jeweils 10-Kilowatt(kW)-Solarstromanlagen einzudecken, rund 1.000 Wohngebäude energiesparend zu sanieren, zwei Windkraftanlagen mit jeweils 5.500 kW Leistung zu installieren, oder 5.700 PKW mit klimaneutralen Antrieben zuzulassen, u. v. m. Auf geht's!, wie Detlef Fischer es fordert. JK

WWW.VBEW.DE

WWW.FFE.DE/PROJEKTE/BAYERNPLAN-ENERGIE-2040/

ADVERTORIAL

Energie-Atlas Bayern: Daten, Planungsgrundlagen, praktische Tools und Tipps in einem Portal

Wie viele Windräder stehen in der Region und wieviel Strom produzieren sie? Wieviel Potenzial zur Erzeugung von erneuerbarer Energie hat unsere Kommune? Wo finde ich Tipps zur Wärmeplanung und Beispiele für Wärmenetze? Diese Fragen und viele weitere beantwortet der Energie-Atlas Bayern.

Wussten Sie, dass erneuerbare Energien knapp die Hälfte zum Strommix in Bayern beitragen? Oder dass in Bayern etwa ein Viertel des deutschen Solarstroms produziert wird? Davon wiederum stammen mehr als zwei Drittel aus Dachanlagen und knapp ein Drittel aus Freiflächenanlagen.



Über 200 digitale Info-Karten und 770.000 Erneuerbare Energien-Anlagen

Im Kartenteil des Energie-Atlas Bayern können Sie in die Tiefe gehen und vielfältige Daten zur Energiebereitstellung und Nutzung recherchieren. Mit nur wenigen Klicks finden Sie Anlagen zur Erzeugung von Energie vor Ort, in Ihrem Landkreis oder in ganz Bayern samt Leistung und weiterer interessanter Infos. Hilfevideos zu den Kartendarstellungen¹ runden das Angebot ab.

Das bietet der Energie-Atlas Bayern:

- Eine räumliche und zeitliche Recherchefunktion² durchsucht die in den Karten dargestellten Daten nach verschiedenen Kriterien und bietet die Möglichkeit zum Daten-Download.
- Das Tool Mischpult³ zeigt für Ihre Kommune, Ihren Landkreis oder einen beliebigen Regierungsbezirk in Bayern den aktuellen Stand der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien an.
- Erfahren Sie, wie groß der Anteil erneuerbarer Energien am aktuellen Stromverbrauch bzw. Wärmebedarf ist und welche Potenziale vorhanden sind.
- Das Tool 3D-Analyse Wind und PV⁴ visualisiert, wie neue Windenergie- und Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Landschaft wirken würden.
- Die Gebietskulisse⁵ Windkraft weist bayernweit Flächen aus, in denen Nutzung von Windenergie unter Berücksichtigung von Umweltaspekten voraussichtlich möglich ist.
- Den Standortcheck⁶ Oberflächennahe Geothermie ermöglicht einen schnellen, unverbindlichen Vorab-Check, ob an einem ausgewählten Standort Erdwärme genutzt werden kann.



Neu: 3D-Analyse⁷ jetzt auch für Flächen-PV

Damit auch die geplante PV-Freiflächenanlage nicht nur eine abstrakte Idee bleibt, sondern anschaulich in der Landschaft aus allen Perspektiven sowie mit und ohne Hecke betrachtet werden kann, wurde das beliebte Tool zur räumlichen Visualisierung von Windenergieanlagen um die Anzeige von PV-Freiflächenanlagen erweitert. Die „3D-Analyse“⁷ vermittelt ein neutrales Bild von geplanten Vorhaben – bayernweit, kostenfrei, realitätsnah, für alle – und kann helfen, Akzeptanz zu schaffen. Auf der neuen „Themenplattform Windenergie“⁸ finden Sie ergänzend Hinweise zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen.

Wärmeplanung für Kommunen: neue Inhalte, neue Karten

Nah- und Fernwärmenetze spielen für die kommunale Wärmeplanung eine bedeutende Rolle und sind ein wichtiger Baustein des zukünftigen Energiesystems. Im Energie-Atlas-Bayern können Sie selber Netze eintragen und sich rund 1120 Wärmenetze⁹ anzeigen lassen. In der neuen Karte „Praxisbeispiele Wärmenetze“¹⁰ finden Sie außerdem 50 vorbildliche Wärmenetz-Projekte aus ganz Bayern. Auf der neuen Seite „Kommunale Wärmeplanung“¹¹ finden Sie Tipps und Infos für die nächsten Schritte in Ihrer Kommune.

Online-Sprechstunde

In unserem neuen Online-Format erhalten Sie eine kurze Einführung und können Fragen stellen. Die nächsten Termine sind: **06.12.2023 | 31.01.2024 | 20.03.2024**. Mehr Infos finden Sie auf unserem Portal unter: „Aktuelles und Termine“.¹² ■

WEITERFÜHRENDE LINKS

1. Hilfevideos zu den Kartendarstellungen	https://bit.ly/3LYlo6r
2. Recherchefunktion	https://bit.ly/3ZVL3Cy
3. Mischpult	https://bit.ly/3ZU9eI7
4. 3D-Analyse Wind und PV	https://bit.ly/3M4h45X
5. Gebietskulisse Windkraft	https://bit.ly/3S0yu72
6. Standortcheck Geothermie	https://bit.ly/45zdBTQ
7. 3D-Analyse	https://bit.ly/3M4h45X
8. Themenplattform Windenergie	https://bit.ly/3QJTqoA
9. 1120 Wärmenetze	https://bit.ly/46R3OCF
10. Karte „Praxisbeispiele Wärmenetze“	https://bit.ly/3FjHcFy
11. Kommunale Wärmeplanung	https://bit.ly/3tzvGDS
12. Aktuelles und Termine	https://bit.ly/3tzvMve

Der Energie-Atlas Bayern wird bereitgestellt vom Bayerischen Landeamt für Umwelt (LfU) und Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) und finanziert vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

GUNNAR BRAUN | VKU-LANDESGRUPPE BAYERN

Wie viel verbleibende Planungshoheit steckt in einer Million Kilowattstunden Wärme?

Die Energiewelt befindet sich seit der Jahrtausendwende weltweit und mit den jüngsten Krisen in Deutschland nochmals verstärkt in einem grundlegenden Wandel. Sie verlässt zunehmend die traditionell zentralisierte, thermodynamische Energieversorgung mit Kernenergie, Kohle, Öl, und Gas hin zu regenerativen Energiegewinnungen. Nach der Elektrizität ist die Wärme nun mit im Fokus. Der Umbau verlangt für regenerative Energiegewinnungen aus Sonne, Wind, Geo- oder Solarthermie Flächen. Sie müssen lange vor den politischen Vorgaben 2030, 2040, 2045 oder 2050 zur Verfügung stehen, damit Projekte realisiert werden können. Es sind die Kommunen, die sie vor Ort bereitstellen. Soweit die Idealvorstellung.

Doch ist oft zwischen Bund, Land und Kommunen strittig, wer über Flächen entscheidet. So zuletzt bei der Privilegierung von Photovoltaikanlagen und seit Jahren zu Windenergie.

Wieviel Fläche für die Versorgung benötigt wird, bestimmt die verwendete Technologie. Welche Flächen zur Verfügung stehen, unterliegt weitgehend der verfassungsrechtlich verankerten Planungshoheit von Kommunen als wesentlichem Teil der Selbstverwaltungsgarantie. Jede Gemeinde entscheidet grundsätzlich selbst, wie Grund und Boden genutzt werden. Nicht jedoch bei Privilegierungen.

Als Geschäftsführer der VKU-Landesgruppe Bayern vertritt Gunnar Braun versorgungs- und infrastrukturpolitisch 214 bayerische Stadt- und Gemeindegewerke, die mit rund 41.000 Beschäftigten fast 18 Milliarden Euro umsetzen und jährlich gut 2,5 Milliarden Euro investieren. Braun hat sich deshalb intensiv mit den Auswirkungen der beschleunigt erfolgenden Energiewende auf die Planungshoheit der Kommunen beschäftigt. In seinem Vortrag beleuchtete er die Möglichkeiten der kommunalen Planungshoheit im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge, sich selbst Spielräume zu erhalten. Vor allem an Entscheidungen vor Ort hängt die Frage, wieviel Fläche zur Energieversorgung benötigt wird. Für Braun steht fest, dass die Kommunen selbst zentrale Stellhebel in der Hand halten, damit möglichst wenige ihrer Flächen für die Energieversorgung benötigt werden. Technologieoffenheit bedeutet hier, diejenige zu wählen, die Beeinträchtigungen und damit Akzeptanzdebatten minimiert und somit Planungshoheit erhält.

Laut Braun liegt es also nicht zuletzt in der Planungshoheit der Kommunen selbst, wieviel Fläche sie wofür benötigen, je nach Art der regenerativer Energiegewinnung für Strom und vor allem Wärme, den Aspekten der Gebäudeeffizienz und Einsparpotenzialen. Er stellte Berechnungen vor, die vergleichen, wieviel Fläche die Bereitstellung von einer Million Kilowattstunden Wärme benötigt: Welche Energieerzeugungsform hat dafür die höchste Flächeneffizienz? Als Vergleichsgröße diente der Flächenbedarf regenerativer Energieformen wie Photovoltaikstrom für Geothermie, Photovoltaik in Kombination mit Wärmepumpen, Solarthermie, Photovoltaik in Kombination mit grünem Wasserstoff, Biogas aus Mais sowie Holz. Der Flächenbedarf reicht von 200 Quadratmetern Photovoltaik für den Pumpstrom einer Geothermieanlage bis zu 550.000 Quadratmetern (entspricht etwa 77 Fußballfeldern bei internationalen Wettkämpfen) für pro Jahr nachwachsendes Holz.



Wie gut gedämmt und wie geheizt wird entscheidet somit, wieviel Flächen wir für die Wärmeversorgung benötigen. Braun stellte dar: Mit dem Einsatz von einer Kilowattstunde Strom werden aus dem Münchner Boden über 30 Kilowattstunden Wärme aus Geothermie gewonnen. Sollte die gleiche Wärmemenge über Wasserstoff bereitgestellt werden, müssen rund 43 Kilowattstunden Strom für dessen Erzeugung eingesetzt werden. Der Flächenbedarf zum Bau der dafür notwendigen Photovoltaikanlagen, Windparks sowie Erzeugungs- und Verteilungsanlagen ist entsprechend niedrig oder hoch, vom Konfliktpotenzial mit den Menschen in den betreffenden Regionen ganz zu schweigen. Die Nutzung von Energie aus unserer Umwelt, wie dies Geothermie (Untergrund), Wärmepumpen (Luft, Wasser, Abwärme) oder Solarthermie ermöglichen, entschärft diese Konflikte und schafft Raum in der Planungshoheit. Das Beispiel München zeigt: Wer sich wie entscheidet bestimmt damit auch, wieviel Spielraum in der Planung anderenorts bleibt. Am Maß der Geothermienutzung in Südbayern hängt die Anzahl der PV-Anlagen oder auch Windräder überregional.

Wesentlich seien dabei die Voraussetzungen vor Ort, die die Entscheidungen in der kommunalen Wärmeplanung über die Wahl der Gewinnungsart bestimmen. Zugleich beginnt die Frage, wieviel Fläche in der kommunalen Planung für Energiefragen beansprucht wird, bei den Wärmebedarfen von Gebäuden. Je nach Gebäudezustand (Baualterklassen) liegt dieser je Quadratmeter um einen Faktor drei auseinander, zeigte Braun. Unsanierete Gebäude bedeuten damit mehr Fläche zur Energiegewinnung und weniger freie zur Ausübung der eigenen Planungshoheit.

Abschließend mahnte Braun, dass im Klimawandel mit Ausfällen von Ernten, etwa für Biogas, zusätzliche Flächen zur Sicherheit nötig seien. Auch sei darauf zu achten, welche Energieträger in Konkurrenz zu anderen Nutzungen stünden. Holz beispielsweise ist ein ökologisch wertvoller Rohstoff für den Wohnungsbau. Dort stehe er Jahre später als Brennstoff zur Verfügung. Er könne aber auch als Waldrestholz das Basismaterial für die nachhaltige Herstellung von Kleidung sein, wie erste Projekte zeigen. Dann zeichne sich ab, dass andere Branchen bereit sein dürften für Holz mehr zu bezahlen, als das Heizen kosten kann. Und: Wir verheizen den Rohstoff unserer Industrie.

Eine kluge und konsequent umgesetzte kommunale Planung unter Einbindung der vor Ort lebenden Bevölkerung ist daher für die Flächenbedarfe und damit den Erhalt der kommunalen Planungshoheit und das Gelingen der Strom- und Wärmewende unverzichtbar. JK

LEW

Wasserkraft

Erneuerbare Energie aus Wasserkraft

Die LEW Wasserkraft GmbH gehört zu den führenden Wasserkraftwerksbetreibern in Bayern. In 36 Laufwasserkraftwerken erzeugen wir jährlich mehr als eine Milliarde Kilowattstunden umweltfreundliche Energie.

Naturschutz, Klimaschutz und Wasserkraft – das gehört für uns untrennbar zusammen. Mit unseren zahlreichen Projekten zeigen wir, dass sich Ökologie und Ökonomie in der Wasserkraft gut vereinbaren lassen. Dabei arbeiten wir eng mit den wichtigen Akteuren an den Flüssen zusammen und realisieren gemeinsame Lösungen.

Informieren sie sich unter wasserkraft.lew.de



Ziel: Deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes



Thomas Wöber

THOMAS WÖBER | IM AUFTRAG DER ENERGIE SCHWABEN GMBH

Welcher nachhaltige Antrieb ist für Ihre Kommune der Richtige? Oder der Mix macht's?

Den Titel seines Vortrags „Welcher nachhaltige Antrieb ist für Ihre Kommune der Richtige?“ hat Wöber auf seinen PKW gesprüht, um so die Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken. Fünf alternative Kraftstoffe sind darunter zu lesen: BioCNG (compressed natural gas), BioLNG (liquefied natural gas), Ökostrom, Wasserstoff (H₂) und Muskelkraft. Die wichtige Zielsetzung verlangt eine deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Als Anregung verwies er auf den CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes (www.umweltbundesamt.de), mit dessen Hilfe man den eigenen CO₂-Fußabdruck berechnen kann. Schon vor fünf Jahren begann Wöber, sich für seinen eigenen CO₂-Fußabdruck zu interessieren. Als Verbraucher wollte er feststellen, was man so Tag für Tag direkt und indirekt an CO₂ in die Welt bläst. Laut Statistik liegt der deutsche Durchschnittsverbrauch bei 12 Tonnen pro Person und Jahr. Wöber ist zum Vergleich bei seiner Berechnung bei 6,5 Tonnen angekommen. Es bleibt also noch ein langer Weg bis zur Zielvorgabe von 2,5 Tonnen im Jahr 2050.

„Mobilität muss heutzutage neu gedacht werden,“ regte Wöber an und erwähnte als nachahmenswerte Beispiele Lastenfahrrad, Car-Sharing und E-Auto. Und das erfolgreiche Deutschlandticket gehört auch noch in diese Liste. Grundsätzlich geht es aber nicht nur um das Auto, sondern auch um andere Verkehrsmittel. Als Mitglied des CNG-Club e.V. (www.cng-club.de) empfahl er den Besuch der Webseite, auf der umfangreiche Informationen zum Thema zu finden sind. Als Kandidaten für einen nachhaltigen Antrieb für künftige Fahrzeuge nannte Wöber 100 Prozent BioCNG, 100 Prozent Wasserstoff und 100 Prozent Ökostrom. Als interessantes Detail erwähnte er, dass bei allen Antrieben die gefahrenen Strecken identisch seien. Beispielsweise die Fahrt von der Wohnung zur Arbeitsstätte. Eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz ist die verfügbare Ladeinfrastruktur. Diese ist für Wasserstoff heute so gut wie nicht vorhanden. Und da ist auch noch der Faktor Mensch, für den der Wohlfühlfaktor eine große Rolle spielt.

Abschließend präsentierte Wöber nach eigener Recherche als Praxisbeispiel DHLs Weg zum grünen Konzern. Der Transport von Gütern findet sowohl auf der Schiene als auch Straße statt. Dafür sind heute rund 400 Biomethan/BioCNG-LKWs, 23.000 E-Transporter und 20.000 E-Bikes/E-Trikes im Einsatz. DHL setzt also nicht nur einen alternativen Antrieb und hat festgestellt, dass jeder nachhaltige Antrieb seine Stärken und Schwächen besitzt. Es gilt jedoch, die Stärken zu nutzen. Keiner dieser nachhaltigen Antriebe wird – im Vergleich zu den bestehenden rund 14.000 Diesel-Tankstellen – flächendeckend zur Verfügung stehen. Deshalb werden diese je nach Anforderung und Fahrprofil heute praktisch eingesetzt. Dieser Mix von alternativen Antrieben zeigt einen möglichen Weg Transporte umweltfreundlich zu gestalten. Für den Werbeslogan „Gelb ist Grün“ hat DHL Jürgen Vogel als Klimachecker gewonnen. GK

BIRGIT LOHMEYER UND DR. STEPHAN LEITSCHUH | BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT

Neuerungen im Energie-Atlas Bayern

Der Energie-Atlas Bayern (EAB), das digitale Kartenwerk der Bayerischen Staatsregierung zur Energiewende, wurde grundlegend überarbeitet. Mit der Version 4.0 präsentiert sich die Anwendung in optimierter Technologie und einem neuen Erscheinungsbild. Das Hauptaugenmerk bei der Entwicklung lag laut Birgit Lohmeyer und Dr. Stephan Leitschuh darauf, unter Beibehaltung der Identität des EAB bewährte Inhalte und Funktionen zu übernehmen und die Nutzerfreundlichkeit mit weiter- und neuentwickelten Elementen zu verbessern.

Neu sind beispielsweise die beiden jetzt getrennten, eigenständigen Tools für „Neumeldungen und Korrekturen“ und für die „Abwärmeinformations- und Solarflächenbörse“ (bisher gebündelt), was Nutzern zusammen mit den themenspezifisch vorgegebenen Attributfeldern den Meldevorgang deutlich erleichtert. Zudem wurde der Daten-Import um das Format GEOJSON (daneben: WMS, KML und GPX) erweitert, während die Hilfefunktion jetzt über Kurzvideos Unterstützung in anschaulicher Form bietet.

Im EAB finden sich über 200 thematische Karten, z. B. Erneuerbare Energien-Anlagen, 3D-Analyse Wind und PV, E-Ladestationen, Windpotenzial, Wasserkraft-Neubaupotenzial an bestehenden Querbauwerken, PV-Förderkulisse benachteiligte Gebiete (EEG), Wärmenetze, Planungsgrundlagen, regionalisierte Daten zum Ausbaustand Erneuerbarer Energien und



Birgit Lohmeyer und Dr. Stephan Leitschuh

nützliche Tools wie das Mischpult „Energimix Bayern vor Ort“. Geplant sind folgende Aktualisierungen bzw. Neuerungen: Geothermie-Potenzial: Oberflächennahe und tiefe Geothermie; Globalstrahlung; Biogaspotenzial; Gebietskulisse Wind; Gebietskulisse PV; PV-Dachflächen-Potenzial (Neuberechnung); PV-Freiflächenpotenzial und ein Formular zum Stand der Energieaktivitäten in den Kommunen.

Seit über zwölf Jahren unterstützt das unter Federführung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums von Landesamt für Umwelt und Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung betriebene Portal Bürger, Kommunen, Unternehmen und Planer mit einer Vielzahl an Daten, Hintergrundinformationen, Tipps und Werkzeugen. [DK](#)

Stadtwerke München **SWM**

Sonnenenergie nutzen – Erträge sichern

Wir pachten freie Flächen für Photovoltaik-Anlagen

Freie Fläche ab 3 Hektar verfügbar? Verpachten Sie an uns und erhalten Sie ein regelmäßiges Einkommen.

Ihre Vorteile

- ▶ Sichere Erträge über viele Jahre
- ▶ Kein Aufwand für landwirtschaftliche Bewirtschaftung
- ▶ Nachhaltige Sonnenenergie für Sie und Ihre Gemeinde



www.swm.de/pv

ROBIN RELLER | LANDESAGENTUR FÜR ENERGIE UND KLIMASCHUTZ (LENK)

Windkümmerer – Unterstützungsangebot für Ihre Kommune

Um den notwendigen Ausbau der Windenergie anzuschieben, rief das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) Ende 2019 die Windenergieoffensive AUFWIND mit den „Regionalen Windkümmerern“ ins Leben. Im Januar 2023 startete die bayerische Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) in Regensburg als Nachfolgeprogramm zu „Regionale Windkümmerer“ das Programm „Windkümmerer 2.0“ mit einer Laufzeit bis 30.11.2025, so Robin Reller.

Über dieses Programm können Kommunen von Fachexperten Beratung sowie Unterstützung bei Windenergievorhaben anfragen. Ausgewählte Kommunen erhalten von den Windkümmerern Hilfestellung. Denn den Städten und Gemeinden kommt beim Ausbau der Windenergie eine elementare Bedeutung zu: Sie können geeignete Flächen für Windräder melden und stehen mit den Menschen vor Ort im ständigen Dialog. Sie vermitteln vor Ort die große Bedeutung des Windkraftausbaus und können durch kluge Konzepte die Menschen in der Region auch wirtschaftlich von einer Windenergieanlage profitieren lassen.

Die von LENK koordinierten Windkümmerer sollen Hilfe zur Selbsthilfe leisten und können bei gezieltem Unterstützungsbedarf angefragt werden – eine Rund-um-Betreuung ist nicht möglich. Die projektbezogenen Beratungs- und Unterstützungsleistungen erfolgen dabei unabhängig und neutral.

Wie bisher agiert in allen sieben Regierungsbezirken eine Windkümmerer-Institution und betreut Windenergieprojekte von Kommunen und Landkreisen:

- **OBERBAYERN:** (Stand Juli 2023)
BEERMANN Energiesysteme GmbH, unterstützt von der Energieagentur Ebersberg-München gemeinnützige GmbH
- **SCHWABEN:**
eza! Energie- und Umweltzentrum Allgäu & Energieagentur Ebersberg-München gemeinnützige GmbH
- **NIEDERBAYERN/OBERPFALZ:**
Energieagentur Regensburg e.V. & etz Nordoberpfalz
- **OBERFRANKEN/MITTELFRANKEN:**
Energieagentur Nordbayern GmbH
- **UNTERFRANKEN:**
IFOK GmbH & endura kommunal GmbH



Neben der direkten Beratung durch die Windkümmerer enthält das Programm Windkümmerer 2.0 weitere Bausteine: Eine digitale Wissensplattform Wind stellt nunmehr kompaktes Wissen rund um das Thema Windenergie für die Zielgruppen Bevölkerung, kommunale Akteure und Unternehmen bereit. Mit Hilfe einer mehrjährigen, breit angelegten und crossmedialen Informations- und Akzeptanzkampagne sollen in ganz Bayern die Vorteile und die Notwendigkeit der Windenergie aufgezeigt, das Image der Windenergie verbessert und die Akzeptanz erhöht werden.

Um den Windenergieausbau vor Ort voranzutreiben und konkrete Windprojekte zu realisieren, können die Windkümmerer von Potenzial- und Standortanalyse über Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, dem Aufzeigen kommunaler Beteiligungsmöglichkeiten, der Beratung zu Bürgerwindanlagen und zu Kombinationsmöglichkeiten von Windenergie mit Photovoltaik und Wasserstoff bis hin zu Öffentlichkeitsarbeit und Moderation bedarfsgerecht Unterstützung leisten. DK

THOMAS HORNING | STADT BAD KISSINGEN

Umbau zur klimaneutralen und energieautarken Kläranlage

Thomas Horning, Leiter des Tiefbaureferats der unterfränkischen Stadt Bad Kissingen, präsentierte ein Musterprojekt, wie dem Energiefresser „kommunale Kläranlage“ die Zähne gezogen werden können. Ziel der Stadt war und ist es, aktiv der besonderen Verantwortung gegenüber dem seit 2021 bestehenden Status als UNESCO-Weltkulturerbe gerecht zu werden und im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge einen spürbaren Beitrag zur Klimaneutralität und Energiewende zu leisten. Die Investitionen belaufen sich auf rund vier Mio. Euro inklusive Fördermittel und Zuschüssen. Die Umsetzung des vom Stadtrat einstimmig beschlossenen Modernisierungsprojekts hat bereits begonnen und soll bis 2026 abgeschlossen sein.

2019 begannen die Planungen zum Umbau der in die Jahre gekommenen Kläranlage, die jährlich 3,4 Mrd. Liter Abwasser reinigt, das in die nahe gelegene Saale abgeführt wird. Die Stadt erhofft sich beim künftigen Betrieb der auf rund 65.000



Bestandsaufnahme der Kläranlage

Bild: Bad Kissingen

Einwohnerwerten ausgelegten kommunalen Abwasserreinigungsanlage in etwa eine Halbierung der Energiekosten, also jährliche Einsparungen von rund 100.000 Euro (Energiekosten-Basis 2021). Zudem sind damit rund 60 Prozent der künftigen Energiekosten ab der Inbetriebnahme für die kommenden 20 Jahre auf niedrigem Niveau stabil. Dies wiederum soll allen Bürgern über stabile Abwassergebühren zugutekommen. →

Die Energiekosten sind heute ein wesentlicher Kostentreiber. Noch verbraucht die Anlage rund 3,7 Mio. Kilowattstunden Strom und Wärme pro Jahr, die großteils von einem stromgesteuerten Blockheizkraftwerk geliefert werden, das mit Faul- und Erdgas betrieben wird. Zusätzlicher Strombedarf wird aus dem öffentlichen Netz bezogen.

Durch den innovativen Einsatz bewährter Technik wie Photovoltaik (Nennleistung rund 730 Kilowattpeak) samt Batteriespeicher (Speicherkapazität rund 1.000 Kilowattstunden) und Wärmepumpentechnik zur Deckung eines Teils des Wärmebedarfs könnte Erdgas (rund 1,8 Millionen Kilowattstunden jährlich) ersatzlos eingespart werden. Gleichzeitig sollen durch bessere Dämmung von Anlagenteilen wie Gebäuden und dem Faulturm, den Austausch veralteter Maschinenteknik (Pumpen etc.) und den Ersatz des Faulgasspeichers bei gleichzeitiger Kapazitätserweiterung um 50 Prozent Energieverluste verringert, die Energieeffizienz gesteigert und die Flexibilität in der Betriebsführung erhöht werden. Die jährlich breitgestellte Energiemenge von mindestens 620.000 Kilowattstunden aus der Photovoltaikanlage kompensiert vollständig die Energie aus Erdgas. Der Strombezug bleibt ungefähr konstant und die Stromeinspeisung erhöht sich um rund 45 Prozent. Die Nutzung der Wärme im gereinigten Abwasser über eine Wärmepumpe könnte mit gut 520.000 Kilowattstunden rund 40 Prozent der Heizenergie für die Gebäudeheizung und die Prozesswärme liefern. Das wäre rund das Vierfache des für den Wärmepumpenbetrieb benötigten

Stroms. 60 Prozent der Heizenergie werden mit dem Faulgas über das BHKW klimaneutral erzeugt. Gleichzeitig würden durch den Wärmepumpenbetrieb rund 364 Tonnen CO₂ und die Photovoltaik weitere 160 Tonnen CO₂ eingespart.

Der Umbau der Kläranlage erfolgt schrittweise bei laufendem Betrieb. Wenn die modernisierte Anlage in etwa drei Jahren fertig ist, rechnet die Stadt mit Energieeinsparungen von rund 1,5 Mio. Kilowattstunden pro Jahr sowie einem klimaneutralen und über das Jahr gerechnet zu rund 75 Prozent energieautarken Betrieb.

Hornung hob hervor, dass das Bad Kissinger Modernisierungsprojekt Signalwirkung für tausende Kläranlagen in Deutschland haben könnte: Eine vollständige Dekarbonisierung einer Kläranlage und niedrigere stabile Energiekosten sind einfach machbar. Dafür erforderlich sind eine gründliche Planung, Finanzierung sowie die Bereitschaft, in moderne Technologien zu investieren, um die Wasserqualität und Umweltbilanz nachhaltig zu verbessern. Das Projekt zeigt, dass die kombinierte Nutzung vorhandener regenerativer Energien eine netzdienliche, flexible Betriebsweise fördert. Faulgas und Wärme aus Abwasser in Kombination mit Solarenergie, Batteriespeicher, Wärmepumpe, Dämmung und einigen technischen Optimierungsmaßnahmen werden zu einer deutlich verbesserten Versorgungs- und Betriebssicherheit bei gleichzeitiger Klimaneutralität und weitgehender Energieautarkie führen. JK

AMServ
Augsburg/Neusäß Hamburg Halle Schiffweiler

STARKER SERVICE FÜR ELEKTRISCHE MASCHINEN
www.amserv.de

AMServ Süd GmbH & Co. KG
Oskar-von-Miller-Straße 2
86356 Neusäß

ISO 9001 ISO 14001 SCC Ex

Reparatur Montage Um-/Nachbau Diagnose/Messtechnik Inbetriebnahme Modernisierung Vor Ort Service Neue Maschinen und Drives

Erneuerbare Energien sind unsere Passion

Reparatur, Instandhaltung und Optimierung der elektrischen Maschinen von Wasserkraftwerken in Bayern gehören seit 60 Jahren zu unserer Kompetenz.

Wasserkraft im Einklang mit der Natur.

Kraftwerk Langweid mit freundlicher Genehmigung von LEW

Layout: jobb by AMServ

MARKUS BRAND UND GERALD HOCH | KOMMUNALUNTERNEHMEN MARKTREDWITZ

Mit Biomasse und Nahwärme zur nachhaltigen Wärmewende

Marktredwitz macht nachhaltige Wärmewende, während Deutschland noch debattiert. Markus Brand, Vorstand des Kommunalunternehmens Marktredwitz und Fachbereichsleiter Finanzen, sowie Gerald Hoch, ebendort Fachbereichsleiter Erneuerbare Energien, zu der auch die Nahwärmeversorgung gehört, zeigten in ihrer Präsentation, wie man fortschrittliche Energiepolitik in die Häuser bringt



Markus Brand



Gerald Hoch

Um im Rahmen des Machbaren einen Klimaschutzbeitrag auf kommunaler Ebene zu leisten, setzt die oberfränkische Stadt Marktredwitz auf ressourcen- und umweltschonende Wärmeversorgung. Das im Jahr 2000 neu gegründete Kommunalunternehmen Marktredwitz, wurde im Rahmen der Dorferneuerung beauftragt, das 2018 begonnene Nahwärmenetz in der Innenstadt auszubauen und im Neubaugebiet Hammerberg West ein Nahwärmenetz aufzubauen. Herausfordernd dabei ist die Finanzierung, denn pro Kilometer Nahwärmeleitung muss mit rund einer Mio. Euro Kosten gerechnet werden, und eine Heizzentrale verlangt Investitionen von gut fünf bis sechs Mio. Euro.

Das Nahwärmenetz in der Innenstadt misst derzeit rund drei Kilometer, an das große öffentliche Gebäude wie das Schulzentrum, Hallenbad, Dreifachturnhalle angeschlossen sind bzw. werden. Der innerstädtische Nahwärmeausbau verfolgt ein geplantes Wachstum.

Nahwärme durch Abwärme

Ein Teil der Wärme soll ab 2024 aus einer interkommunalen Energiezentrale mit vier Megawatt Leistung bereitgestellt werden. Zwei mit Holzgas betriebene Blockheizkraftwerke (BHKW) erzeugen rund drei Mio. Kilowattstunden Strom pro Jahr. Die dabei anfallende Abwärme wird für die Nahwärmeversorgung genutzt. Marktredwitz selber errichtet zusätzlich eine neue und saniert eine bestehende Energiezentrale mit insgesamt 3.500 Kilowatt Leistung. Als Brennstoff dienen Holzhackschnitzel.

Die Bereitstellung der Wärmeenergie für das Neubaugebiet Hammerberg soll aus der bestehenden Biogasanlage im Ortsteil Haag erfolgen, die von einem Landwirt mit regionaler Biomasse aus Tierdung (Pferdehaltung) und Energiepflanzen wie Silphie oder Mais betrieben wird. Mit dem Biogas werden drei BHKWs betrieben. Wärmeseitig gab es noch rund 500 Kilowatt freie Kapazität. Im Zuge der Nahwärmeerschließung wurde als Redundanz gegen Betriebsstörungen und zur Abdeckung von Spitzenlasten Flüssiggas-Kessel und Pufferspeicher errichtet, an dem sich das Kommunalunternehmen finanziell beteiligte. Bei der Erschließung des Neubaugebiets Hammerberg wurde neben Strom, Wasser und Kanalisation auch ein Nahwärmenetz mit 1,2 Kilometer Länge verlegt.

Hinzu kam die Anschlussleitung an die Biogasanlage mit 500 Metern, die auch für die Bestandshäuser im Ortsteil Haag Anschlussmöglichkeiten bietet. Die gesamte Baufläche mit 50 Parzellen wurde im Vorfeld von der Stadt erworben und mit einer Dienstbarkeit versehen weiterverkauft. Für den neuen Eigentümer und dessen künftige Rechtsnachfolger (Grundstückskäufer) besteht dauerhaft die Verpflichtung, für sein Gebäude keine eigenen Anlagen für die Erzeugung von Heizwärme und/oder Warmwasser installieren zu lassen und/oder zu betreiben. Auch ist ein Fremdbezug von Wärme außer über die Nahwärmeversorgung der Stadt untersagt. So konnte die Stadt vermeiden, dass die mit dem Netzaufbau verbundenen Kosten für das Kommunalunternehmen nicht zu einem „stranded investment“ wurde. Möglich wurde die Finanzierung für das KUM durch entsprechende Zuschüsse aus dem Dorferneuerungsprogramm im ländlichen Raum, der Kraft-Wärmekopplungs-Förderung und einem Zuschuss der Stadt aus dem Verlaufserslös der Baugrundstücke. Auch wurde jeder Bauwillige verpflichtet, für die Erschließung einen Baukostenzuschuss von 11.000 Euro zu leisten. Das erste Haus wurde im Frühjahr 2022 mit Nahwärme versorgt. Aktuell sind bereits 20 Häuser angeschlossen.

Günstiger als Wärmepumpe

Was nach einem defacto Anschlusszwang aussieht, rechnet sich längerfristig. Auf 20 Jahre hochgerechnet kommt man in einem Einfamilienhaus mit der Nahwärme deutlich günstiger als mit der heutzutage favorisierten dezentralen Wärmepumpe. Selbst mit Zuschüssen sind die Installationskosten einer dezentralen Eigenversorgung der Häuser fast ein Drittel höher. Das gleiche gilt für die betriebsgebundenen Kosten, und besonders die verbrauchsgebundenen Kosten schlagen mit fast dem Doppelten ins Kontor.

Positive Resonanz

Trotz anfänglicher Skepsis der Häuslebauer gegenüber der „unbekannten“ Nahwärme ist die bisherige Resonanz (trotz Anschlusszwang) der Kunden positiv, nicht zuletzt auch wegen der Gesamtkosten und der guten Betreuung durch das geschulte Eigenpersonal des Kommunalunternehmens.

Nahwärmeversorgung im ländlichen Raum war und ist weitgehend „terra incognita“, weshalb die Marktredwitzer Praktiker seitens des Freistaats und der Steuerung der Rahmenbedingungen noch deutlich Luft nach oben sehen. Bis jetzt fehle eine klare Strategie und verlässliche Rahmenbedingungen zur energetischen Verwertung von Bioabfällen einschließlich Gülle. Auch braucht es eine dauerhafte und ausreichend hohe Absicherung der Stromvergütung, um für die Investitionen in eine klimaschonende Nahwärmeversorgung auch eine verlässliche Refinanzierung sicherzustellen. JK

TOBIAS HUTER | NATURSTROM AG

Wärme aus Wind und Sonne

STROMBASIERTE WÄRMEKONZEPTE FÜR KOMMUNEN

Die Naturstrom AG gilt als Pionier der Ökoenergie, existiert seit 25 Jahren und ist heute der größte unabhängige Ökostromanbieter in Deutschland. Mit über 450 Mitarbeitern an 13 Standorten wird ein Umsatz von 450 Mio. EUR erzielt. 2016 wurde das Unternehmen mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Naturstroms Vision ist eine dezentrale Energieversorgung in Deutschland, die zu 100 Prozent auf erneuerbarer Energie basiert: auf Sonne, Wind und Wasser. Sicher, ökologisch und zukunftsweisend. Ohne fossile Brennstoffe und Atomkraft – und unabhängig von Energielieferungen aus dem Ausland. Huter stellte eingangs fest: „Wir haben zwei Entwicklungen. Auf der einen Seite die Wärmewende, die vorangetrieben wird und auf der anderen Seite die Stromwende. Aus meiner Sicht gibt es zukünftig zwei Haupt-Wärmeversorgungsvarianten: Das sind die Wärmepumpe und Fern-/Nahwärmenetze.“



Großes Interesse am Vortrag von Tobias Huter

In vielen ländlichen Gemeinden entstehen derzeit große Erzeugungskapazitäten für Strom aus erneuerbaren Energien. Hier fehlt jedoch in der Regel die Verbindung zwischen der Stromerzeugung und der Vor-Ort-Versorgung mit Strom und Wärme. Die Nahwärmenetze werden im Bestand bisher hauptsächlich mit Biomasse geplant. Aber durch energiewirtschaftliche Veränderungen wie z.B. den Wegfall der EEG-Umlage und Fördermittel sowie sinkende Stromgestehungskosten wird nun der Einsatz von vor Ort erzeugtem Strom zur (Nah)-Wärmeversorgung attraktiv. Huter betonte,



Alexander Roll

dass nur ein ganzheitliches Energiekonzept zu einer zukunftsfähigen und preisstabilen Energieversorgung führt.

Anschließend erläuterte Huter die grundsätzliche Funktion von Nahwärmenetzen. Heißes Wasser mit ca. 75° C wird bis zu einer im Haus installierten Übergabestation, an der in der Regel die Verantwortung des Versorgers endet, geliefert. Nach dieser Leistungsgrenze wird es der Heizung zugeführt und das verbrauchte Wasser über die Übergabestation mit ca. 55° C wieder zurückgeliefert. Für die Wärmeherzeugung bieten sich verschiedene Varianten an: Bioenergie, Solarthermie, Geothermie und natürlich die Wärmepumpe. Die Leitungsinfrastruktur hingegen ist einmalig und soll mindestens 40 Jahre lang funktionieren.

Abschließend berichtete Huter über ein Pilotprojekt in der Gemeinde Wahnwegen mit rund 700 Einwohnern im südlichen Rheinland-Pfalz. In 90 Prozent der Gebäude sind heute Ölheizungen in Betrieb. Geplant ist eine Windenergieanlage mit 5,6 MW, die über ein naheliegendes Umspannwerk sowohl ins öffentliche Stromnetz einspeisen kann als auch über eine Direktleitung Strom zur örtlichen Energiezentrale liefern kann. Ein flächendeckendes Wärmenetz ist in der gesamten Gemeinde geplant. Ein zentraler Großwärmespeicher soll als zusätzliche Komponente die Infrastruktur ergänzen. Nach einer Befragung sind bereits 158 von insgesamt 220 Gebäudeeigentümern an diesem Projekt interessiert. Naturstrom wird voraussichtlich bis November 2023 eine entsprechende Machbarkeitsstudie erstellen, die dann als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Die Finanzierung soll durch Fördermittel aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unterstützt werden. [GK](#)



WASSERKRAFT

Ja bitte!

Wasserkraft –
Bayerns erneuerbare
Stromquelle Nr. 1

Gemeinsam
für die
Wasserkraft!

Wasserkraft – Ja bitte! eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW

Wir sind Partner:



JAKOB RIETZLER | RIETZLER GRUPPE GMBH

Die kommunale Wärmeplanung (KWP)

ZENTRALE UNTERSTÜTZUNG FÜR POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER ZUR WÄRMEWENDE

Das inhabergeführte Unternehmen erzielt mit über 300 Mitarbeitern an 18 Standorten einen Jahresumsatz von rund 20 Mio. EUR und ist in 21 Vertriebsländern aktiv tätig. In den 35 Jahren seit Bestehen wurden über 5.000 Projekte realisiert und dabei eine hohe Kundenzufriedenheit von 97 Prozent erreicht. Die Umwelt steht im Mittelpunkt aller Überlegungen und wird durch ein Ingenieurbüro und Labor abgedeckt. Mit erneuerbaren Energien wie Biogas, Geothermie und Photovoltaik werden mehr als 75.000 kWh eigener Ökostrom erzeugt.

Am 1. Januar 2023 trat die erste Novelle des Bayerischen Klimaschutzgesetzes in Kraft. Sie beinhaltet eine Verschärfung der bisherigen Ziele und gibt die Klimaneutralität schon bis 2040 vor. Von den 150 beschlossenen Maßnahmen sind alle Sektoren wie Verkehr, Gebäude und Energieversorger betroffen. Und es wird ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien gefordert. „Wie soll die Energie- und Wärmewende in Deutschland gelingen?“, fragte Rietzler und präsentierte dazu die Ziele und Potenziale bis 2030 der einzelnen Sektoren hinsichtlich der CO₂ Verminderung von insgesamt 318 Mio. Tonnen. Die Vorgaben betreffen die Energiewirtschaft mit -61 Prozent, die Industrie mit -37 Prozent, den Verkehr und die Gebäude mit jeweils -43 Prozent und die Landwirtschaft mit -2 Prozent. Den Anteil der erneuerbaren Energien bezifferte Rietzler mit nahezu 50 Prozent bei Strom, rund 17 Prozent bei Wärme und nur 7 Prozent bei Verkehr. Insbesondere im Wärmesektor bestehen ein großer Nachholbedarf aber auch ein enormes Potenzial.

Bei der Betrachtung der Beheizungsstruktur im Wohnungsbestand beträgt der Anteil der fossilen Energieträger rund 75 Prozent. Und bei den aktuell 42,9 Mio. Wohnungen beläuft sich die energetische Sanierungsquote lediglich auf ca. 1 Prozent. Es besteht demnach eine enorme Herausforderung für die Immobilienwirtschaft und Baubranche, die allerdings aufgrund steigender Baukosten und teurer Finanzierung gerade einen Einbruch verzeichnet. Hoffnung verspricht der Wohnungsneu-



v.l.: Jakob Rietzler, Nelly Köpper, Tobias Otta

bau, der aktuell nur mehr knapp über 20 Prozent fossile Brennstoffe einsetzt.

Die Aufgabenstellung der kommunalen Wärmeplanung (KWP) beschrieb Rietzler mit einem Dreiklang aus Klimaneutralität, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. „Kommunale Wärmeplanung ist keine Ausführungsplanung,“ stellte Rietzler fest und setzte fort: „Auch bei -20 Grad muss die Wärmeversorgung sichergestellt sein. Der parallele Aufbau von Infrastrukturen sollte vermieden werden und Kontinuität ist Voraussetzung zur Erreichung der Klimaziele.“ Die KWP beruht auf vier wesentlichen Bestandteilen: Bestandsanalyse, Potenzialanalyse, Zielszenario und Wärmewendestrategie. Für die Möglichkeiten der Darstellung dient idealerweise eine Vierer-Symbiose bestehend aus Gemeinde als Verantwortlicher, Software die hier in Deutschland von 5 bis 10 kompetenten Häusern stammt, vorzugsweise regionalem Ingenieurbüro und Energieversorger. In der KWP wird das gemeinsame Vorgehen abgestimmt, um gemeinsam die Ziele zu erreichen. Zur Orientierung dienen z.B. die Praxisleitfaden von AGFW e.V. und DVGW e.V. [GK](#)



Das GZ-Veranstaltungsteam

CHRISTIAN KUTSCHKER | ØRSTED ONSHORE DEUTSCHLAND GMBH (OSTWIND)

Damit die Sonne allen lacht

WIE WIR DIE AMBITIONIERTEN ZIELE BEIM AUSBAU DER SOLARENERGIE MIT DEN KOMMUNALEN INTERESSEN IN EINKLANG BRINGEN



Christian Kutschker

Das 1992 gegründete Unternehmen OSTWIND wird ab Oktober unter dem Namen der dänischen Muttergesellschaft Ørsted auch hier in Deutschland in den Bereichen Wind, Repowering, Solar und Betriebsführung firmieren. Seit der Gründung wurden 625 Windenergieanlagen, 129 Windparks und 16 Solarparks in Betrieb genommen, die heute mit den über 75 Mitarbeitern 1.146 MW produzieren. Die gemeinsame Vision lautet: Wir glauben an eine Welt, die vollständig auf grüne Energie setzt.

„Bei der Betrachtung der Temperaturentwicklung seit 1881 stellen wir fest, dass es Jahre gab, deren Durchschnittstemperatur sowohl höher als auch niedriger war als der langjährige Mittelwert. Etwa seit dem Jahr 2000 sehen wir, dass es immer wärmer wird und die Anomalie nur mehr nach oben zeigt. Das sollte uns nicht nur zum Nachdenken, sondern auch zum Handeln anregen. Wir erreichen die Klimaschutzziele nur, wenn der CO₂ Ausstoß reduziert werden kann. Diese Verantwortung tragen wir gegenüber den uns nachfolgenden Generationen,“ mahnte Kutschker und verwies auf die vier Säulen der Energiezukunft: Erzeugung, Speicherung, Netzausbau und Effizienz.

Solarausbau im Einvernehmen mit lokalen Interessen

Bei der Betrachtung des Ausbaus von Wind- und Solarenergie hier in Bayern, insbesondere der letzten Jahre stellte Kutschker fest, dass die installierte Leistung bei Wind bei 2,6 GW stagniert. Um ein klimaneutrales Bayern bis zum Jahr 2040 zu erreichen müssen dann Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von ca. 79,4 GW am Netz sein. Aktuell sind es ca. 18,3 GW. Um das gesetzte Ziel erreichen zu können müssen von 2023 bis 2040 jährlich rund 3,4 GW PV-Leistung in Betrieb gehen. Zum Vergleich nannte Kutschker die Ausbautzahlen von 2010 bis 2022, deren Mittelwert 0,9 GW betrug und in dieser Zeit ein Höchstwert von 2,1 GW erreicht wurde. Der Solarausbau muss also deutlich an Fahrt aufnehmen,

allerdings im Einvernehmen mit den lokalen Interessen der Kommunen. Deshalb hat der Gesetzgeber in den letzten Jahren Änderungen im Baugesetzbuch vorgenommen. Die Rahmenbedingungen für den Ausbau von erneuerbaren Energien wurden damit deutlich verbessert. Mussten für Baugenehmigungen bisher bis zu drei Jahre angesetzt werden, dauert es nun nur mehr rund ein dreiviertel Jahr. Die Vereinfachung betrifft Gebiete in Kommunen, für die es keinen qualifizierten Bebauungsplan gibt und die außerhalb eines bebauten Ortsteils liegen. Sie gilt auch für Solar-Freiflächenanlagen entlang von Autobahnen und mindestens zweigleisigen Schienenwege. Und es genügt ein 200 Meter breiter Streifen, gemessen von Rand der Fahrbahn als Abstand. Ørsted kann für jede Kommune der kompetente Ausbaupartner für erneuerbare Energien sein. Die dazu erforderlichen Handlungsoptionen erläuterte Kutschker im Detail.

Abschließend präsentierte Kutschker als Referenzbeispiel das Leuchtturmprojekt Solarpark Altenschwand in Bodenswörth im Oberpfälzer Landkreis Schwandorf, der Ende 2022 den Betrieb aufnahm. Auf einer Fläche von ca. 9,75 ha werden mit 1.040 Dachanlagen ca. 10,4 MWp erzeugt, die eine Jahresproduktion von ca. 11,3 GWh leisten. Damit können rund 3.800 Haushalte und ca. 3.000 E-Autos mit Strom versorgt werden. GK

Wasserkraftwerk Schongau

Heimische Wasserkraft für grünen Strom

energie schwaben

mellon



Aufbruchstimmung in vielen Kommunen

V.l.: Dr. Norbert Ammann, Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, Theresa von Hassel, Constanze von Hassel, Detlef Fischer und Dr. Andreas Bachmeier

EDMUND MORBER | JUWI GMBH

Frischer Wind für Bayerns Gemeinden

TEILHABE AM WINDENERGIEAUSBAU UND EINDRÜCKE AUS DER PRAXIS

Seit mehr als 25 Jahren zählt die JUWI-Gruppe zu den Vorreitern der Energiewende und hat bundesweit schon über 1.000 Windräder mit einer Gesamtleistung von rund 2.500 Megawatt realisiert. Seit rund 15 Jahren ist JUWI auch in Bayern erfolgreich aktiv. Dabei kann der zur Mannheimer MVV-Gruppe gehörende Spezialist für Projektentwicklung und Betriebsführung bereits auf zahlreiche erfolgreich realisierte Projekte in Bayern zurückblicken.

Die ersten beiden von JUWI in Bayern geplanten Windräder gingen bereits im Jahr 2009 in enger Zusammenarbeit mit einem regionalen Partner im mittelfränkischen Diespeck in Betrieb. Die beiden als Bürgerwindprojekt konzipierten Energieanlagen tragen seit ihrer Inbetriebnahme zur Energieversorgung in Bayern bei und erzeugen zusammen im Jahr rund 7,4 Mio. Kilowattstunden. „Das entspricht dem jährlichen Strombedarf von rund 2.500 Haushalten – und das bereits zuverlässig seit über 13 Jahren“, sagte Edmund Morber. Zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen berät er aus der JUWI-Niederlassung in Ansbach heraus bayerische Städte und Kommunen bei der Umsetzung von erneuerbaren Energien Projekten.

„Wir erleben an vielen Orten eine enorme Aufbruchstimmung, immer mehr Kommunen wollen mit Windenergie ihren Beitrag zur Energiewende leisten und auch finanziell vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren“, schilderte Morber seine Eindrücke aus zahlreichen Gesprächen mit Gemeindevertretern. Zu höheren Einnahmen wird es auch dank der Weiterentwicklung der Windenergie-Technologie kommen: „Neue Projekte plant JUWI derzeit mit Anlagen der sogenannten „Sechs-Megawatt-Klasse“, berichtete Morber. „Anlagen dieser Kategorie können an einem einzigen Standort rund 15 bis 20 Millionen Kilowattstunden erzeugen, das heißt rund das Fünffache der Anlagen aus dem Jahr 2009.“

Kommunen profitieren von den kommunalen Abgaben der Betreiber, die sich am tatsächlich produzierten Strom orientieren und fest in der Gemeinde bleiben. Landeigentümer, zu denen neben Privatpersonen vor allem Gemeinden und Forstverwaltungen in Bayern gehören, können ebenfalls zuverlässige Einnahmen durch die Windenergie erzielen. „So entsteht nicht nur grüner Strom aus heimischem Wind, sondern auch lokale Wertschöpfung und kommunale Teilhabe an der Energiewende,“ betonte Morber. „Gerade waldbesitzenden Kommunen helfen die verlässlichen Einnahmen aus der Windenergie. Dieses Geld kann direkt vor Ort zum Beispiel für die Sanierung kommunaler Gebäude, zur Finanzierung von Kita, Feuerwehr oder zur Förderung des Kultur- und Vereinslebens verwendet werden. Auch das ist direkte Bürgerbeteiligung“, so Morber.

Erleichterungen im Freistaat

JUWI sieht diesen Sinneswandel in Teilen auch auf Landesebene in Bayern, beispielsweise durch Erleichterungen bei den Abweichungen von der sogenannten 10-H-Regel, die den Ausbau der Windenergie in Bayern lange fast komplett blockiert hat. „Wir erwarten nun einen echten Rückenwind für die Windkraft in Bayern“, sagte Morber, „wenn diese Chance jetzt von Kommunen und Behörden ergriffen wird, kann die Energiewende auch in Bayern gelingen.“ ■





Walter Albrecht

WALTER ALBRECHT | LECHWERKE AG

Chancen der Energiewende nutzen

ENERGIELÖSUNGEN FÜR KOMMUNEN

Neben der Energieerzeugung und -verteilung sowie dem Energievertrieb bieten die Lechwerke auch Telekommunikationsdienste an. Sie wollen das regionale Energiesystem zukunftssicher gestalten und sehen sich damit als wirtschaftlich erfolgreicher Wegbereiter einer nachhaltigen Gesellschaft von morgen. Zum Thema Dekarbonisierung erinnerte Albrecht daran, dass Berlin nun Ernst mache mit der Umsetzung der Net-Zero Agenda und verwies auf die aktuellen Entwicklungen: Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes, Kostenanstieg durch CO₂ Bepreisung, Vorgabe von 65 Prozent erneuerbare Energien für neue Heizungen, Wärmepumpeninitiative und die geplante kommunale Wärmeplanung. Der steigende Stromverbrauch erfordert den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, ergänzt durch Wasserkraft, Biogas und Geothermie. Für weitere Details empfahl Albrecht den Teilnehmern die Lektüre der FfE-Studie (Forschungsstelle für Energiewirtschaft e. V.) „Bayernplan Energie 2040“. Dazu gab er einen Einblick in die geplanten Ausbaumaßnahmen im LEW-Verteilnetz bis 2030: 55 neue Umspannwerke, 4.000 digitale Ortsnetzstationen, 1.774 km Niederspannungsleitungen, 1.751 km Mittelspannungsleitungen und 300 km Hochspannungsleitungen. Warum dieser massive Ausbau der regionalen Verteilnetze erforderlich ist, erklärte Albrecht: „In den nächsten 20 Jahren werden die ländlichen Regionen zum „Stromversorger“ der städtischen Gebiete.“

Um die Energiewende weiter voranzutreiben werden spezielle Energielösungen für Kommunen angeboten. Dazu werden regionale Projekte gemeinsam zum Vorteil aller Beteiligten entwickelt. Gemeinden profitieren durch die positive Wahrnehmung der Kommune als Förderer der Energiewende. Die risikoarme Geldanlage verspricht attraktive Rückflüsse u.a. durch Dividenden. Flächeneigentümer profitieren durch die langfristige Steigerung der Pacht und langfristige Vertragsbeziehungen. Zudem besteht eine parallele Nutzung als Weidefläche und der Boden regeneriert sich. Auch Bürger profitieren durch die eigene Teilhabe an der Energiewende mittels attraktiver und risikoarmer Geldanlage über Bürgergenossenschaften. Weiters können sie eigenen grünen Strom aus der Region zu günstigen Konditionen beziehen. Die angebotenen Leistungen der Lechwerke schließen die Projektentwicklung, Planung und Realisierung, den Betrieb sowie eine nachhaltige Weiterentwicklung mit ein.

„Unser Fokus richtet sich auf regionale Solarerzeugung durch Investitionen, Verkauf und Verpachtung sowie den Betrieb,“ erläuterte Albrecht die Lechwerke-Aktivitäten. Um die Energiezukunft gemeinsam zu gestalten wurde 2013 die LEW BürgerEnergie eG als Genossenschaftsmodell gegründet. Deren Eckpunkte beschrieb Albrecht wie folgt: Eine hohe Akzeptanz der Projekte wird durch die Einbeziehung der Bevölkerung erreicht. Die Transparenz des Geschäftsbetriebs verspricht ein geringes Insolvenzrisiko. Das demokratische Prinzip garantiert eine kapitalunabhängige Mitbestimmung, wodurch jedes Mitglied eine Stimme hat. Derzeit besteht die Genossenschaft aus 1.779 Mitgliedern, wovon vier juristische Personen sind. Schließlich besteht eine aktive Mitgestaltungsmöglichkeit jedes Einzelnen. Als Referenz beschrieb Albrecht die Finanzierung und Leistung der PV-Freiflächenanlagen Bodingen 1 und 2. [GK](#)

ENIANO

Ihr Partner für Energieplanung und Projektbegleitung

Kommunale Wärmeplanung * Photovoltaik * Windkraft * Energiekonzepte

Weitere Informationen:

www.eniano.com



*Ziel ist die
Wertschöpfung
vor Ort*

V.l.: Stefan Liegl, Alexander Purtscher und Christian Kutschker

STEFAN LIEGL | OSTWIND ERNEUERBARE ENERGIEN GMBH

Windkraft beginnt mit uns – Wege zum Erfolg

OSTWIND plant und baut seit über 30 Jahren von Regensburg aus erfolgreich Wind- und Solarparks und zählt mit über einem Gigawatt installierter Erzeugungsleistung zu den renommierten Unternehmen in der Entwicklung, Realisierung und Betriebsführung von Wind- und Sonnenenergie in Deutschland. Das Unternehmen, das Ende September 2023 in das europäische Energieunternehmen Ørsted integriert wurde, legt sein Augenmerk nach wie vor auf die Pflege seiner Partnerschaften. Schließlich sei nur so sicherzustellen, dass die Menschen möglichst stark vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren, erklärte Stefan Liegl.

Gerade in den ländlichen Gebieten Bayerns setze die Windenergie völlig neue Kräfte frei, wie Liegl darlegte. So realisierte OSTWIND beispielsweise die Windparks Büchenbach und Buchau (Beteiligungsmodell: Kommunal Eigenbetrieb der Stadt Pegnitz), den Wald-Windpark „Tannberg-Lindenhardt“ I (Eigentümerinnen der vier Windkraftanlagen sind die Regensburger Energie- und Wasserversorgung REWAG, die Bayreuther Energie- und Wasserversorgung BEW und die Bayernwerk Natur) und II (Beteiligungsmodell: Energiegenossenschaft Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG Creußen) in der Nähe von Bayreuth sowie den neuen OSTWINDpark Rotmainquelle in Bayreuth. Hier beteiligen sich Bürger an einem von OSTWIND entwickelten und betriebenen Windprojekt über qualifizierte Nachrangdarlehen.

Interkommunale Kooperation

„Das Beste aus zwei Welten“ bietet die interkommunale Kooperation von ZENOB (ZukunftsEnergie Nordostbayern GmbH, Wunsiedel) und OSTWIND. Erstere ist eine Kommunal-Gesellschaft zum Auf- und Ausbau einer nachhaltigen, erneuerbaren und dekarbonisierten Energieversorgung in der Region sowie zur gemeinsamen Wertschöpfung aus dem Betrieb von Windenergieanlagen.

In der Kooperation mit OSTWIND kommt kommunales und privatwirtschaftliches Denken mit einer Stoßrichtung unter einen Hut. Zudem sind innovative und systemische Energielösungen wie nutzerangepasste Speicherlösungen aus und für die Region realisierbar. ZENOB kann ihren 31 kommunalen Gesellschafterinnen die Möglichkeit der Direktbeteiligung an Windenergieprojekten in ihrem Gemeindegebiet bieten, wäh-

rend OSTWIND das Entwicklungsrisiko übernimmt und somit das Risiko für die Kommunen minimiert.

ZENOB und OSTWIND wollen zukünftig zusammen regionale Erzeugungskapazitäten für CO₂-neutral produzierten Strom erschließen und dazu neue Windenergieanlagen in Nordostbayern entwickeln und betreiben. Laut Wunsiedels Erstem Bürgermeister und ZENOB-Aufsichtsratsvorsitzendem Nicolas Lahovnik „sind wir mit der neuen Kooperation nun auch bei der Nutzung von Windenergie langfristig solide aufgestellt. Unseren Kommunen, den kommunalen Unternehmen, den Bürgerinnen und Bürgern in Nordostbayern eröffnen wir damit gleichzeitig die Möglichkeit, sich direkt an Windprojekten zu beteiligen und davon unmittelbar zu profitieren.“ Für die heimische Industrie zahle sich ein Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung vor der Haustür und die direkte Belieferung mit CO₂-freiem und zudem günstigen Strom ebenfalls auf Dauer mehr als aus.

Um Energie in Bürgerhand geht es auch beim lange geplanten Bürgerwindpark mit der Bürger Energie Region Regensburg eG (BERR) in Sinzing. Zwei Windräder sollen von OSTWIND geplant, errichtet und in Betrieb genommen und als Bürgerwindpark von BERR betrieben werden. OSTWIND übernimmt dabei auch das Investitionsrisiko im mittleren sechsstelligen Bereich. Das Ziel ist „Wertschöpfung vor Ort“. Das Geld fließt hier nicht zu großen Energiekonzernen, sondern bleibt bei den Bürgern der Gemeinde. Mehr als 7.000 Haushalte könnten künftig versorgt und 14.300 Tonnen CO₂ eingespart werden. Die finale Investitionsentscheidung muss erst getroffen werden, wenn alle wirtschaftlichen Rahmendaten bekannt sind (nach Genehmigung und EEG-Zuschlag). [DK](#)

THORSTEN FIEDEL | LRS LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Richtige Entlüftung von innenliegenden Bädern und Toiletten

ENERGETISCHE ASPEKTE UND PFLICHTEN FÜR DEN PERFEKTEN EINBAU

Zur Begrüßung der Teilnehmer stellte Franz Sedlmeier, Geschäftsführer LRS Lüftungs-Reinigungs-Service seinen Betrieb vor, der vornehmlich kommunale Einrichtungen wie Schulen und Hallenbäder betreut und übergab danach das Mikrofon an Thorsten Fiedel, Schulungsleiter bei Helios Ventilatoren. Der beleuchtete die im Sinne der Musterbauordnung (MBO) baurechtlich eingeführte Norm DIN 18017-3, welche sich der Lüftung von innenliegenden Bädern und Toilettenräumen widmet. Darin wird eine Ventilator-gestützte Entlüftung vorgeschrieben. In der aktuellen Fassung DIN 18017 Teil 3 - 2022-05 wurde gegenüber früheren Versionen u.a. folgende Änderung vorgenommen: Die Nachströmung der Außenluft vom Freien in die Wohn- und Aufenthaltsräume wurde dem heute gegebenen Stand an die Dichtheit der Gebäudehülle angepasst, dazu wurde das in DIN 1946-6 beschriebene Verfahren zugrunde gelegt. Diese Norm gilt auch für Entlüftungsanlagen von Küchen und Kochnischen mit Fenster, Abstellräumen etc.



Thorsten Fiedel

Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten für den Einbau einer Lüftung: Entweder eine, die permanent rund um die Uhr läuft oder eine, die nur bedarfsgeführt während der Nutzung betrieben wird. Fiedel betonte: „Es ist normativ vorgeschrieben, eine Entlüftungsanlage so zu konzipieren, dass die Lüftung permanent, dauerhaft und nutzungsunabhängig sichergestellt ist.“ Die Norm setzt ferner voraus, dass ein dem Abluftvolumenstrom entsprechender Außenluftvolumenstrom über Undichtigkeiten in der Gebäudehülle und gegebenenfalls über Außenbauteil-Luftdurchlässe, vom Freien über die Wohn- und Aufenthaltsräume bzw. über eine Zuluftleitung direkt in die Ablufträume nachströmen kann. Für die Art der Entlüftungsanlagen und deren Betriebsweise beschrieb Fiedel zwei Varianten: Einzel- und Zentralentlüftungsanlagen.

Einzelentlüftungsanlagen besitzen einen eigenen Ventilator für jede Wohnung. Sie ermöglichen die Entlüftung von Räumen einer Wohnung nach Bedarf. Die Ventilatoren werden entweder durch den Nutzer nach Bedarf betätigt oder durch Raumluftsensoren automatisch gesteuert. Sie haben je

Wohnung mindestens eine Abluftleitung ins Freie. Zentrallüftungsanlagen arbeiten mit einem gemeinsamen Ventilator für mehrere Wohnungen. Sie ermöglichen je nach Ausführungsart entweder eine dauernde Entlüftung der Räume mit Volumenströmen, die für die angeschlossenen Wohnungen nur gemeinsam dem Bedarf der Bewohner angepasst werden können oder eine Entlüftung der Räume mit Volumenströmen, die wohnungsweise dem Bedarf der jeweiligen Bewohner angepasst werden können.

Dokumentation und Funktionskontrolle

Abschließend verwies Fiedel auf eine umfassende Dokumentation der Anlage einschließlich aller Mess- und Prüfergebnisse, die bei der Übergabe an den Bauherrn auch unterzeichnet werden sollte. Um die Qualität der Lüftungssysteme aufrecht zu erhalten empfahl er eine regelmäßige Funktionskontrolle und Wartung der jeweiligen Komponenten. So sollten beispielsweise die Abluftfilter zwei- bis viermal jährlich gereinigt bzw. ausgetauscht werden. GK

Sauberer Strom aus Bayern

Mit uns Windenergie wirtschaftlich, naturverträglich und bürgernah umsetzen.

Für eine klimafreundliche, sichere und unabhängige Energieversorgung. Für Bayern. Jeden Tag.

www.juwi.de

Innovatives Energiemanagement



Dr. Tobias Kauf

DR. TOBIAS KAUF | SCHRAML GMBH

Smarte Prozessleittechnik & intelligentes Energiemanagement

FÜR DIE ZUKUNFTSFÄHIGE KLÄRANLAGE UND WASSERVERSORGUNG

Das in zweiter Generation familiengeführte Unternehmen blickt auf 35 Jahre Markterfahrung und Expertise zurück. SCHRAML zählt zu den Marktführern im Bereich Prozessleit- und Fernwirktechnik für die Wasserwirtschaft und sieht sich als kompetenter Partner für Kommunen. Die Expertise auf den Gebieten Wasser, Energie und Infrastruktur umfasst Kläranlagen, Wasserversorgung, Kanalnetze, Überlaufbecken, Hochwasser und Spezialprojekte wie z.B. die zweite Stammstrecke in München. „Grundsätzlich geht es dabei immer um Daten, Datenerfassung, Datenspeicherung, Automatisieren und das Steuern sowie Analysieren von solchen Anlagen,“ präzisierte Kauf die Unternehmensvision und setzte fort: „Von unseren Innovationsthemen Wasserver- und -entsorgung, IT-Sicherheit für KRITIS-Anlagen, KI, IIoT und Vernetzung möchte ich mich heute auf das Energiemanagement konzentrieren.“

Dazu erläuterte Kauf die von SCHRAML verfolgten Ziele:

- **Energiekosten senken,** z.B. durch Verhindern von Lastspitzen.
- **Erneuerbare Energien aus verschiedenen Quellen nutzen und Dekarbonisierung vorantreiben.**
- **Durch Transparenz der Energieflüsse mittels Kennzahlen und Bilanzen von der Energieanalyse zur Energieeffizienz gelangen.**
- **Manuelle Analysen und Eingriffe durch automatische Auswertungen ersetzen. Das führt zu aktiven Regelungen und Optimierung von Prozessen.**
- **Energie-Resilienz u. Autarkie mit den Attributen dezentral, erneuerbar, ausfallsicher und autark anstreben.**



Anton Fuchs

Um diese Ziele zu erreichen, steht die Software-Kompletzlösung AQASYs zur Verfügung. Kauf beschrieb kurz dieses System, das alles beinhaltet, was gebraucht wird: Visualisierung, Reporting, Trendlinien, Fernalarmierung und viele verschiedene Branchenmodule wie z.B. das Betriebstagebuch oder die Rohrbruchüberwachung. Sektorenübergreifend und herstellerunabhängig können damit Energie-Daten und Prozesse erfasst, überwacht, visualisiert, ausgewertet, analysiert, automatisiert und optimiert werden. AQASYs stellt ein digitales Ökosystem dar, das alle Prozesse sowie Energieflüsse und alle Interessengruppen untereinander verbindet. An zwei Beispielen aus der Praxis vertiefte Kauf die Eigenschaften von AQASYs. Kläranlagen können durch Optimierung des Gesamtsystems oder/und Einzelthemen vom Stromfresser zum Energieerzeuger und Ressourcenproduzenten werden. Einzelthemen könnten sein: BHKWs bedarfsgerechter zuschalten, Speicherbereiche und Energiequellen sinnvoller nutzen, planen und einteilen, Schalt-Logiken zeitlich verknüpfen und Verbraucher koordinieren bzw. priorisieren. Der Vorteil liegt hier in der differenzierten Parametrierung und Protokollierung von Schalthandlungen und Regelungen. Wasserversorger können durch Umdenken beim Pumpen und Steuern die Potenziale von erneuerbaren Energien nutzen. Statt starren Tag-/Nacht-Pumpzyklen lassen sich Pumpen nämlich intelligent und dynamisch steuern. Die gleichen Optimierungsprinzipien lassen sich schließlich auch auf das Energiemanagement von Gebäuden übertragen. GK

LEA STEINER UND MAXIMILIAN IRLBECK | ENIANO GMBH

Planungsgrundlagen für Windkraft und PV-Freifläche

FÜR JEDE KOMMUNE IN BAYERN

Die ENIANO GmbH mit Sitz in München begleitet seit 2014 Städte und Kommunen bei der Energieplanung und Projektierung von Energieprojekten.

Die beiden Referenten gingen zunächst auf die aktuellen Herausforderungen bei der Umsetzung der Energie- und Wärmewende in Kommunen ein, die ihnen bei der täglichen Arbeit begegnen: Der zunehmende Druck auf die Fläche durch den Wind- und Photovoltaikausbau, der chronische Fachkräftemangel, der sich in Kommunalverwaltungen und Genehmigungsbehörden niederschlägt sowie demgegenüber das immer breitere Aufgabenspektrum, das durch diese zu bewältigen ist. Der Vortrag griff diese Gemengelage auf und zeigte innovative Lösungswege der kommunalen Energieplanung, um den Herausforderungen gerecht zu werden und die vielfältigen Chancen, die sich für Städte und Kommunen im Zuge des Transformationsprozesses ergeben, zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Über die Internetseite www.digitale-energieplanung.bayern stellt die ENIANO GmbH für jede Gemeinde in Bayern detaillierte Gebietskulissen für die Raumplanung und Projektentwicklung von Windkraft- und Photovoltaik-Freiflächenanlagen zur Verfügung. Zum Download wird ein umfangreiches Plan- und Kartenmaterial bereitgestellt, das wesentliche planerische Rahmenbedingungen ausweist und zusammenfassend die vorhandenen Potenzial-, Prüf- und Ausschlussflächen im Gemeindegebiet übersichtlich dargestellt. www.digitale-energieplanung.bayern wird von der Bayerischen Gemeindezeitung und dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) unterstützt und erfreut sich seit seinem Start im Frühjahr 2023 einer großen und breit gestreuten Nachfrage.

Als wesentliches, raumplanerisches Steuerungsinstrument für den Windkraft- und Photovoltaikausbau in Kommunen stellt die ENIANO GmbH Standortkonzepte vor. Diese ermöglichen es Kommunen, den Ausbau von erneuerbaren Energien gezielt zu steuern. Darin werden einheitliche Kriterien festgelegt, um dann planerische Verbindlichkeit durch politischen Beschluss zu schaffen.

Windenergie und Photovoltaik auf Freiflächen bieten sowohl für Kommunen als auch für Bürger eine attraktive Investitionsmöglichkeit. Die Entwicklung konkreter Projekte begleitet



V.l.: Maximilian Irlbeck, Lea Steiner, Dr. Andreas Schieder

ENIANO mit vielen Planungsdienstleistungen, berät bei der Entwicklung von Betreiber-, Finanzierungs- und Beteiligungsmodellen sowie bei Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

Den Vortrag abschließend wurde das Thema „Kommunale Wärmeplanung“ aufgegriffen, das Städte und Gemeinden aktuell vor große Herausforderungen stellt. Auch hier unterstützt ENIANO durch Begleitung der Prozesse und bei der planerischen Durchführung der kommunalen Wärmeplanung. ENIANO bietet hierfür ein bayernweites digitales Wärmekataster, das Daten zu über 8 Millionen Gebäuden enthält wie etwa den aktuellen und zukünftigen Wärmebedarf dieser Gebäude. Dies bildet eine solide Basis, um effizient maßgeschneiderte Wärmepläne zu erstellen und nachhaltige Lösungen für die Wärmewende in Städten und Kommunen zu entwickeln. Alle Angebote sind unter www.eniano.com abrufbar.

Mit einem breiten Spektrum an Dienstleistungen unterstützt ENIANO die Kommunen und Städte auf ihrem Weg in eine nachhaltige Energiezukunft. Als unabhängiger Partner begleitet ENIANO neutral und zielgerichtet bei der Entwicklung und Umsetzung einer nachhaltigen Energieversorgung mit breiter Akzeptanz und hoher Wirtschaftlichkeit. ■

Starke Netze für eine starke Industrie in Bayern

Rund 1000 Kilometer Netzausbau sichern den Wirtschaftsstandort Bayern

Um grünen Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen zu den Industriestandorten in Bayern transportieren zu können, baut TenneT sein leistungsfähiges Stromnetz aus. Mit 10 Netzausbauprojekten, die eine Gesamt-

länge von rund 1000 Kilometern aufweisen, und der Modernisierung sowie dem Neubau von etwa 30 Umspannwerken machen wir unser Übertragungsnetz in und nach Bayern fit für die Zukunft.





Kombination von Wärmepumpe und Kraft-Wärme-Kopplung

Harald Stark



Hagen Fuhl

HAGEN FUHL | SENERTEC KRAFT-WÄRME-ENERGIESYSTEME GMBH

Hybridsystem für mehr Effizienz

BHKW MIT WÄRMEPUMPE KOMBINIERT

„Wir glauben, dass eine Kombination von Wärmepumpe und Kraft-Wärme-Kopplungen die Vorteile aus beiden Welten ideal miteinander verbindet“, erklärte Fuhl und bekräftigte damit die Aufnahme von Wärmepumpen in das Portfolio seines Unternehmens. Mit mehr als 40.000 installierten Dachs Mini-KWK-Anlagen ist SenerTec der europaweite Marktführer bei Mini-Blockheizkraftwerken (BHKW). Neu im Angebot ist nun das Hybrid-Performance-System für Gewerbebetriebe und Mehrfamilienhäuser HyPer Dachs. Diese Systeme werden angepasst für die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten vom Einfamilienhaus bis hin zu Mehrfamilienhäusern sowie Industrie- und Gewerbeobjekten angeboten.

Einleitend beleuchtete Fuhl den Endenergieverbrauch hier in Deutschland, der 2015 bei 2.466 TWh lag und jahreszeitlich Schwankungen unterliegt und fasste die Fakten zusammen:

- Unsere Wärmeversorgung basiert zu ca. 83 Prozent auf Erdgas, Heizöl und Kohle.
- Ca. 85 Prozent der „regenerativen“ Energien in der Wärmeversorgung sind Biomasse & Abfallstoffe.
- Die saisonale Verteilung des (Heiz-)Wärmeverbrauchs ist gegenläufig zur Solarstrahlung.
- Im Winter wird ca. 5x mehr an durchschnittlicher Leistung für Wärme als für Strom benötigt.
- 66 Prozent des Wohnungsbestandes wurde vor 1979 errichtet, größtenteils unsanierter Gebäudebestand, die Sanierungsrate beträgt nur ca. 1 Prozent, der Fachkräftemangel erschwert die Sanierung.
- Bei Wind- und Solarstrom liegt der Anteil bei ca. 50 Prozent erneuerbar und reicht bisher nicht zur Deckung des Stromverbrauchs aus.

Danach verwies Fuhl auf ein aktuelles Problem. Mit dem zunehmenden Betrieb privater Ladestationen für E-Autos und Wärmepumpen steigt das Risiko für Stromausfälle laut Netzagentur-Chef Klaus Müller. Für Zeiten hoher Netzaus-

lastung plant er daher eine temporäre Stromrationierung und warnte: „Wenn weiter sehr viele neue Wärmepumpen und Ladestationen installiert werden, dann sind Überlastungsprobleme und lokale Stromausfälle im Verteilnetz zu befürchten, falls wir nicht handeln.“ An dem konkreten Beispiel des größten deutschen Immobilienkonzerns Vonovia, der in Deutschland, Schweden und Österreich knapp 550.000 Wohnungen besitzt und rund 71.000 Wohnungen verwaltet verdeutlichte Fuhl das Problem. Vonovia will bis 2045 klimaneutral werden und setzt dabei auf Wärmepumpen. Das im Januar 2022 aufgelegte Wärmepumpen-Sonderprogramm sieht die Installation von 6.000 Wärmepumpen innerhalb von fünf Jahren vor. Von den ersten 115 installierten Wärmepumpen konnten 70 nicht angeschlossen werden. Dies deshalb, weil wegen des fehlenden Netzausbaus nicht genügend Strom zur Verfügung stand.

Gebäudeenergiegesetz verlangt 65 Prozent erneuerbare Energien bis 2044

Abschließend beleuchtete Fuhl das geplante Gebäudeenergiegesetz, wonach nach dem 31. 12. 2044 keine fossilen Brennstoffe mehr verwendet werden dürfen. Bis dahin besteht die Verpflichtung, dass Heizungsanlagen mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Diese Forderung kann u.a. durch den Einbau einer Hybridheizung durch Kombination entweder mit Solarthermie oder Wärmepumpe erfüllt werden. An einem konkreten Rechenbeispiel zeigte Fuhl auf, dass solch eine Hybridheizung profitabel betrieben werden kann. GK

NELE SCHÖN | WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Die Rolle der Kommunen bei der Energiewende

„Die Umsetzung der Energiewende erfolgt maßgeblich auf kommunaler Ebene. Kommunen stehen aufgrund der bestehenden Energiekrise und des Wandels der Energiewirtschaft unter akutem Handlungsdruck“, betonte Nele Schön. Kommunale Verwaltungen und Unternehmen seien die Schlüsselakteure im Wandel der Energiewirtschaft.

Die Transformation hin zu den erneuerbaren Energien erfordere eine intensivierte Abstimmung zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren, des Stromnetzes und der Wärmewende. Fehle diese Koordination, könne sich der Wandel verlängern und höhere wirtschaftliche Kosten verursachen.

Soll die Wärmewende erfolgreich gestaltet werden, ist Schön zufolge eine Zusammenarbeit mit lokalen Energieversorgern und Netzbetreibern entscheidend. Besonders Stadtwerke sollten als Betreiber der Infrastruktur in den Kommunen fungieren. Die Bereitstellung von Wärme wird in der Zukunft nicht ausschließlich durch Fernwärme erfolgen, sondern viele Häuser werden durch hybride Wärme- und Kühlsysteme versorgt. Das Augenmerk liegt dabei auf einer Kombination aus Photovoltaik, Wärmepumpe sowie anderen traditionellen und neuen Technologien.

Bei der Wärme- und Stromnetzinfrastruktur ist aus Schöns Sicht die Synchronisation zwischen Gebäudesanierung und Netzausbau wichtig. Einige Bundesländer hätten bereits eine obligatorische kommunale Wärmeplanung eingeführt. Mit einem neuen Bundesgesetz könnten alle Bundesländer dazu verpflichtet werden, entsprechende Planungsprozesse in größeren Kommunen durchzuführen.

Bei der Elektrifizierung des ÖPNV seien Kommunen wichtige Akteure für die Förderung der Elektromobilität, hielten sie doch den direkten Kontakt zu Bürgern und lokaler Wirtschaft, fuhr Schön fort. Für sie sind die Stadtwerke „Enabler der kommunalen Wärmewende“. Die Wärmeversorgung vieler Gebäude erfolge zukünftig über Strom, weshalb Investitionen in Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen erforderlich sind.



V.l.: Nele Schön und Christoph Bauer

Stadtwerke seien aufgerufen, diese Investitionsanforderungen in Geschäftsmodelle umzusetzen, um die Transformation wirtschaftlich machbar und somit überhaupt realisierbar zu machen. Stadtwerke müssten so früh wie möglich in die Planungsprozesse der Kommunen eingebunden werden. Grundsätzlich sei die Planungsaufgabe eine gemeinschaftliche Angelegenheit von Kommune, Energieversorger und großen Immobilieneigentümern.

Zukunftsorientierte Investitionsstrategie

„Durch eine nachhaltige und zukunftsorientierte Investitionsstrategie ergeben sich nach unserer Expertise entscheidende Potenziale“, führte Nele Schön weiter aus. Der Fokus sollte dabei auf den Themen Ausbau Erneuerbarer Energien (Windenergie, Photovoltaik und Biomasse), den synchronen und abgestimmten Netzausbau (Strom und Wärme) sowie die Elektrifizierung des Straßenverkehrs (ÖPNV und Ladeinfrastruktur) liegen. Die Finanzierung könne entweder eigenwirtschaftlich, über Fördermittel oder mittels Kooperationen erfolgen. Gerade das Segment Wärmenetze verfüge über vielfältige Förderprogramme für die Kommunen. [DK](#)

- Regional
- Unabhängig
- Ökologisch
- Unendlich
- Immer verfügbar
- Nachhaltig
- Preiswert
- Klimafreundlich
- Bestens bewährt



Wasserkraft in Bayern

Wo unser Strom daheim ist



Zuverlässige Partnerschaft für Bayerns Stromversorgung

vl.: Herfried Harreiter und Georg Loy

GEORG LOY | VERBUND INNKRAFTWERKE

Ohne Dammpflege kein sicherer Hochwasserschutz

Das Klima ändert sich langsam aber unaufhaltsam. Unberechenbare Starkregenereignisse nehmen kontinuierlich zu. Gefordert dabei sind die Nutzer der Gewässer, beispielsweise die Wasserkraftbetreiber, die den Zustand der Wasserläufe maßgeblich beeinflussen, ebenso wie die Politik, im Rahmen der Daseinsvorsorge für die Sicherheit der Bevölkerung entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Konkret bedeutet dies verbindliche Vorgaben an einen angepassten Hochwasserschutz entlang der Fließgewässer.

Ein Thema, das schon immer mit dem Ausbau der Wasserkraft und der Dammpflege in den Stauräumen eng verbunden war, wie Georg Loy, Projektleiter ökologische Strukturmaßnahmen, Verbund Innkraftwerke GmbH, in seinem Vortrag betonte. Einer der großen Wasserkraftplayer ist der österreichische VERBUND. Das halbstaatliche Unternehmen produziert in Ostbayern und an der Grenze Österreich/Bayern mit 21 Laufwasserkraftwerken (rund 1.000 Megawatt Leistung) an Inn und Donau knapp sechs Milliarden Kilowattstunden ökologischen Grundlaststrom. Das reicht für die sichere Stromversorgung von bis zu zwei Millionen Durchschnittshaushalten oder einem Drittel der in Bayern lebenden Menschen.

Mit dem Ausbau der Wasserkraft war und ist die Verpflichtung zum Hochwasserschutz verbunden. Aspekte und Zusammenhänge wie Flusslandschaft-Wasserkraftnutzung-Fischpopulationsschutz-Sedimentmanagement-Hochwasserschutz sind kontrovers diskutierte Dauerthemen. Daran schließt sich die Interpretation der richtigen Damm- und Deichpflege nahtlos an. Laut Loy ist der VERBUND in Bayern für über 200 Kilometer Dämme und Deiche zuständig. Wegen des Klimawandels gilt es, gemeinsam Lösungen zwischen den Anforderungen der Ökologie, der regenerativen Stromerzeugung aus Wasserkraft und den steigenden Anforderungen an den Hochwasserschutz

für die Bevölkerung zu finden. Loy machte deutlich, dass in den Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren zum bayerischen Staatsziel „Wasserkraftnutzung 2050“ seitens der Diskussionssteilnehmer ein geistig offeneres Prozessverständnis für die Verknüpfung von Naturraum – Fluss – Aue – Wasserkraftnutzung – Hochwasserschutz wünschenswert wäre. Derjenige, der tatsächlich die Natur pflegt und erhält, sollte motiviert werden, anstatt mit immer neuen Restriktionen, noch mehr Bürokratie und zum Teil kontraproduktiven Verwaltungsvorschriften demotiviert zu werden; das hilft weder Mensch noch Flora und Fauna.

Insgesamt bewertet Loy die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen VERBUND und Freistaat als Erfolgsgeschichte für eine nachhaltige Wasserkraftnutzung: In entsprechenden Vereinbarungen einigten sich Politik und Wasserkraftunternehmen auf den Erhalt und Ausbau der Wasserkraft, die Verbesserung von Gewässerökologie mit Hilfe von Strukturverbesserungen, Damm- und Gewässerpflegekonzepten zur Sicherung bzw. Anpassung des Hochwasserschutzes an die Folgen des Klimawandels, die Herstellung eines „guten ökologischen Potenzials“ wie der ökologischen Durchgängigkeit, Infrastrukturprojekte und weitere Maßnahmen zu Unterstützung der Fischforschung und des Populationsschutzes. →



Ein tief menschliches Verhalten ist es, erst aus Schaden klüger zu werden. So ist auch die Entwicklung von Schutzmaßnahmen entlang der Flüsse ein bisweilen stockender Verbesserungsprozess, basierend auf schlimmen Ereignissen. Leider sind die Schlussfolgerungen für die Bewirtschaftung der Dämme in der Bevölkerung je nach persönlicher Bedürfnislage immer wieder umstritten und führen zu unnötigen bis hin zu gefährdenden Verzögerungen.

So stehen alle Dämme auf dem Prüfstand, ob sie für ein hundertjähriges und wo nötig für ein tausendjähriges Hochwasser stabil und hoch genug sind. Alle Defizite werden systematisch analysiert, und gegebenenfalls beseitigt. Entsprechend werden mit Millionen Euro-Aufwand die Dämme erhöht, stählerne Spundwände oder Bohrpfahlwände eingezogen, Schutzanlagen gegen Biber und Bismatzen eingebaut und vor allem zerstörerischer Bewuchs mit seinem destabilisierenden Wurzelwerk entfernt. Gerade letztere Maßnahmen stoßen dank fehlenden Prozessverständnisses auf Unverständnis und unter Ausschaltung von Hirn, Einsicht und Durchblick zu schädlichen Maßnahmenverzögerungen bis hin zum Aufschieben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Was das Zögern für Folgen hat, zeigte sich z. B. 2016 am Simbach, einem Nebenflüsschen des Inn, der sich binnen weniger Stunden durch Starkregen in einen reißenden Strom verwandelte und wegen Abflussverstopfungen nicht richtig abfließen konnte. Eine vielgehörte Aussage: Damit hat niemand rechnen können etc. pp.

Die Belange des Hochwasserschutzes und der Ökologie unter einen Hut zu bringen, ist die entscheidende Herausforderung. Loy zeigte seitens VERBUND Wege auf, wie man das ökologische Potenzial von Dämmen und Deichen mit den technischen Normen und Notwendigkeiten in Einklang bringen könnte. Vor allem ist es notwendig, dass die Genehmiger und Entscheider begreifen, dass die laufende, flexible, sachgerechte und rücksichtsvolle Pflege und Bewirtschaftung der Dämme und Deiche ein unverzichtbarer, technisch-ökologischer Prozess für die nachhaltige Daseinsvorsorge ist. Dafür ist es vor allem notwendig, Bäume zu roden und die Wurzelstöcke zu entfernen. Flach wurzelnde Büsche in Gruppen können in den angestrebten strukturreichen Offenlandschaften mit Magerrasen, Flachlandmähwiesen und ökologischer Vielfalt erhalten bleiben. Ergänzend muss ein zeitlich strukturiertes Mähkonzept umgesetzt werden, um Dämme und Deiche als grünes Blühband und ökologischen Naturraum für eine abwechslungsreiche Artenvielfalt von Flora und Fauna zu gestalten.

Auf Grund seiner jahrzehntelangen Erfahrung in der nachhaltigen Wasserkraftnutzung ist Loy sich sicher, dass es Ziel sein sollte, die Dammpflege als technisch und ökologisch notwendig zu erkennen und den Unterhalt als ganzheitlichen Prozess für den Erhalt der Artenvielfalt zu verstehen. JK

WEITERE INFORMATIONEN:
WWW.OEKOLOGIE-WASSERKRAFT.DE



Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
 Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
 Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



- SPORT
- KULTUR
- POLITIK
- WETTER
- LOKALE NACHRICHTEN
- GESELLSCHAFT
- WIRTSCHAFT

Environmental Social Governance



v.l.: Theresa v. Hassel und Dr. Christoph Rapp

DR. CHRISTOPH RAPP | SWM WASSERKRAFT

Wasserkraftnutzung mit positivem Gemeinwohl-Testat

STADTWERKE MÜNCHEN HANDELN ESG-KONFORM

Die Stadtwerke München (SWM) nutzen im Rahmen ihrer kommunalen Daseinsvorsorge zur Stromerzeugung auch natürliche Öko-Ressourcen wie die Wasserkraft. Erklärtes Ziel der SWM ist es, dabei sozial, ethisch, ökologisch vertretbar, neuhochdeutsch ESG-konform zu wirtschaften. Daher wurde die Wasserkraftnutzung auf den Prüfstand gestellt. Sie gilt einerseits als nachhaltig ökologisch, weil erneuerbar, und klimaschonend, andererseits stellen Wasserkraftwerke natürlich einen Eingriff in die Natur dar.

Seit 1895 nutzen die Stadtwerke die Wasserkraft an Isar, Mangfall und Leitzach sowie einigen kleineren Gewässern. Mit 14 Anlagen werden pro Jahr rund 360 Millionen Kilowattstunden sauberer Strom erzeugt. Damit können rund 144.000 Haushalte wetterunabhängig rund um die Uhr mit regenerativem Wasserkraftstrom ökologisch versorgt werden. Das erspart dem Klima die Belastung mit circa 326.000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Zusätzlich werden zum Beispiel an der Isar jährlich gut 200 Tonnen Treibgut samt Wohlstandsmüll herausgefischt.

Dr. Christoph Rapp, Leiter Wasserkraft, zeigte in seinem Vortrag, wie die SWM nach Lösungen für das ökologische, soziale und ökonomische Gemeinwohl sucht. Die Ergebnisse wurden im ersten testierten Gemeinwohlbericht für den Bereich Wasserkraft der SWM im Frühjahr 2023 veröffentlicht. Als Untersuchungszeitraum wurden die Wirtschaftsjahre 2019/2020 betrachtet. Neben der Wirtschaftlichkeit wurden in einer Gemeinwohlmatrix fünf Berührungsgruppen definiert: Lieferanten, Eigentümer und Finanzpartner, Mitarbeitende, Kunden und Mitunternehmen sowie das gesellschaftliche Umfeld. Jede dieser Gruppen wurde in vier Korrelationen gesetzt: Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung. Die Untersuchungen sollten aufzeigen, wo sich zum Beispiel im gemeinwohlorientierten Handeln die SWM-interne Selbstwahrnehmung von der externen Fremdwahrnehmung im positiven wie negativen Sinn unterscheiden. In der breit aufgestellten Gemeinwohlbilanz, die über die reine Ökobrille hinaussieht, wurde herausgearbeitet, wie gemeinwohlorientiert die SWM Wasserkraft handelt, was die Wasserkraftnutzung zum Gemeinwohl beiträgt und wo Verbesserungspotenziale schlummern. Neben der umweltschonenden, stabilen, regionalen Stromerzeugung wurden unter anderem berücksichtigt: Grundlastfähigkeit,

Wetterunabhängigkeit, Schwarzstartfähigkeit nach einem Netzzusammenbruch, Regelbarkeit zur Netzstabilisierung, Schaffung neuer Flora-Fauna-Habitats und Naturräume bis hin zu Natura-2000-Gebieten für streng geschützte und vom Aussterben bedrohte Tierarten, Bevölkerungsschutz durch aktives Hochwassermanagement und regionale Wertschöpfung. Im Sinne des Gemeinwohls wurde vom Auditor zudem besonders der sogenannte Erntefaktor hervorgehoben, der sich auf die langen und produktiven Laufzeiten der städtischen Wasserkraftwerke mit großteils über 100 Jahren bezieht. In den kommenden Jahren wollen die Stadtwerke allein im Bereich Wasserkraft unter Berücksichtigung der Gemeinwohlkriterien mehr als 100 Millionen Euro in viele angestoßene Maßnahmen wie Modernisierung, Effizienzsteigerung, optimierte Arbeitsbedingungen und weitere ökologische Verbesserungen investieren, wie Rapp erläuterte. Auch beim gemeinwohlorientierten Handeln geht es letztendlich darum, die verschiedenen Ansprüche in der Gesamtgesellschaft unter einen Hut zu bringen. Wasser ist ein begehrter Stoff, der sowohl Energie liefern kann, aber auch Mensch, Tier und Natur das Überleben sichert und schließlich einen hohen Spaßfaktor für die Freizeit bietet.

Die auditierte Gemeinwohlbilanz bestätigt der SWM-Wasserkraft, dass sie gemeinwohlorientiert handelt, ökologisch nachhaltig ist und Soft Skills wie soziales und ethisches Handeln ebenso berücksichtigt wie die Einhaltung der Menschenrechte zum Beispiel in den Lieferketten. Das Testat, gültig bis 30. September 2024, belegt 430 erreichte Gemeinwohlpunkte. Damit liegt sie im dunkelgrünen Plusbereich und gut ein Drittel höher als in der kritischen Selbsteinschätzung der Stadtwerke mit „nur“ 293 Pluspunkten. Die positive Bilanz und zeitliche Befristung sieht Rapp als Motivationsschub zum stetig weiteren Handeln für das Gemeinwohl. Auch ließen sich die Ergebnisse auf viele weitere Wasserkraft-Unternehmen übertragen, denn der nachhaltige Nutzen der Wasserkraft für das Gemeinwohl gilt allgemein und ist kein Exklusivvorteil der SWM. Zudem ist ein auditiertes Gemeinwohlbericht ein positives Argumentationspapier in der Diskussion mit Behörden und Verbänden. JK

WEITERE INFORMATIONEN:

WWW.SWM.DE/WASSERKRAFT

WWW.SWM.DE/GEMEINWOHL-WASSERKRAFT

UND ZUM TESTAT SELBER: WWW.ECOGOOD.ORG

Hohe Akzeptanz vor Ort als wichtiger Pluspunkt



HERFRIED HARREITER | VERBUND HYDRO POWER

VERBUND sieht noch Potenzial für den Ausbau der Wasserkraft

Dipl.-Ing. Herfried Harreiter ist als zuständiger Leiter Assetmanagement bei der Verbund Hydro Power GmbH, quasi der Talentscout bei der Suche nach Optimierung des Wasserkraftportfolios von Österreichs wichtigstem halbstaatlichen Energiekonzerns, dem VERBUND. Auch in Bayern zählt der VERBUND mit rund 1.000 Megawatt installierter Wasserkraftleistung am Inn und an der Grenzstrecke der Donau und knapp sechs Milliarden Kilowattstunden ökologischer Grundlaststromerzeugung (davon vier Milliarden Bayernanteil) zu den wichtigsten Playern bei der Nutzung der Wasserkraft.

Im Rahmen seiner Investitionsplanung untersucht VERBUND, wieviel zusätzliches Wasserkraftpotenzial in Bayern noch schlummert. Ergebnis: Es gibt trotz des hohen Ausbaustandes noch Nutzungspotenzial im Freistaat. Im langjährigen Durchschnitt werden rund 12,5 Milliarden Kilowattstunden sauberer Wasserkraftstrom in Bayern generiert. Die Bayerische Staatsregierung will über Modernisierung, Erweiterung und maßvollen Neubau die Wasserkraftbetreiber ermutigen, gut eine Milliarde Kilowattstunden zusätzlichen Wasserkraftstrom zu erzeugen. Hier könnte der VERBUND mit seinen bestehenden 21 Anlagen an den bayerisch-österreichischen Grenzflüssen für Bayern rund 410 Millionen Kilowattstunden beitragen; hinzu kämen 15 Millionen Kilowattstunden Bayernanteil durch den Neubau eines innovativen gewässer- und faunaschonenden Fließgewässerkraftwerks im Grenzabschnitt der Salzach im Tittmoninger Becken. Ein weiterer Ausbaubeitrag wäre der 300-Megawatt-Energiespeicher Riedl bei Passau als wesentlicher Baustein zur Integration der volatilen Erzeugung aus Wind und Photovoltaik. Nachdem die Einreichung zur Planfeststellung vor mehr als 12 Jahren erfolgt ist, konnte mit dem Erörterungstermin Anfang Oktober ein wichtiger Meilenstein erreicht werden.

Die Traditionsanlage Töging am Inn wurde für 250 Millionen Euro zwischen 2018 und 2023 in der Bestandsanlage defacto neu gebaut und die Leistung von 85 auf 120 Megawatt gesteigert. Beim Innkraftwerk Ering-Frauenstein werden bis 2024 für rund 50 Millionen Euro neue moderne und leistungsstärkere Turbinensätze eingebaut, so dass 50 Millionen Kilowattstunden mehr erzeugt werden können.

Laut Harreiter ist der VERBUND bereit, rund 500 Millionen Euro in den Ausbau der Wasserkraft für Bayern zu investieren. Das große Aber: Die Rahmenbedingungen, wie rasche

Genehmigungsverfahren seitens der Behörden, Unterstützungsbereitschaft der Politik, energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen Finanzierungsumfeld (Zinsentwicklung) aber auch Baukostenentwicklung müssen stimmen. Dann ließen sich bis Ende des Jahrzehnts durch Modernisierungen, Erneuerungen und Erhöhung des Aufstaus an acht der 13 Bayerischen Innkraftwerke zusätzlich 125 Millionen Kilowattstunden klimaschonender regenerativer Strom erzeugen. Das Gleiche gilt für fünf der acht zweistaatlichen Grenzkraftwerke an Inn und Donau. Hier liegt das Mehrzeugungspotenzial sogar bei einer Viertelmilliarde Kilowattstunden, wovon die Hälfte für Bayern wäre.

Allein der Lackmустest steht noch aus, denn beim Thema Wasserkraft fühlen sich sehr viele Mitmenschen berufen, mitzureden. Vor allem auch die veröffentlichte Meinung ist eine der größten Herausforderungen zur Feststellung der Genehmigungsfähigkeit in Bayern. Hier gibt es eine enorme Schwankungsbreite je nach Gemengelage.

Grundlastfähig und CO₂-frei

Harreiter bleibt Optimist und sieht gerade wegen des stark steigenden Ausbaus von Wind- und Solarkraftwerken bei der Wasserkraft Potenzial für zusätzliche Erzeugung, denn zum einen braucht man auch weiterhin grundlastfähige, wetterunabhängige Kraftwerke, und zum anderen werden flexible Speicher-/Pumpspeicherkraftwerke zur Integration der schwankungsanfälligen Windkraft und Photovoltaik immer unverzichtbarer. Ein wichtiger Pluspunkt für bestehende Wasserkraftwerke ist die hohe Akzeptanz vor Ort, die sich auch auf die Modernisierungen und Erneuerungen überträgt. Widerstand gibt es allerdings bei Ausbauprojekten vor allem im Bereich des Naturschutzes, wengleich Auswirkungen durch verschiedenste Maßnahmen ausgeglichen werden können. Wichtig zur Hebung des Wasserkraftpotenzials wäre vor allem ein klares Bekenntnis der gewählten politischen Vertreter zur Leistungsfähigkeit der heimischen Wasserkraft (inkl. Pumpspeicher) als erneuerbare Energieform mit Multifunktionsaufgaben und einem wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Wichtig hier vor allem die rechtliche Gleichstellung der Wasserkraft mit anderen Erneuerbaren Energieformen bei allen administrativen und ökonomischen Umfeld-Bedingungen (z.B. dem überragenden öffentlichen Interesse, effiziente Genehmigungsverfahren, Förderungen). JK

DR. NORBERT AMMANN | IHK FÜR MÜNCHEN UND OBERBAYERN

Entscheidende Rolle bei der Energiewende

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER FÜR MÜNCHEN UND OBERBAYERN ALS TRÄGER
ÖFFENTLICHER BELANGE IN BAYERN BEI WASSERRECHTLICHEN VERFAHREN

Offiziell gelten die neun regionalen bayerischen Industrie- und Handelskammern (IHK) als Träger öffentlicher Belange (TöB). Mit der Änderung der Verwaltungsvorschrift zum Vollzug des Wasserrechts vom 12. November 2021 sind sie als „weitere Sachverständige“ bei Wasserkraftthemen wie Anlageneistung, Wirkungsgrad, Grundlastfähigkeit unter Klimaschutz- und volkswirtschaftlichen Aspekten sowie regionaler Versorgungssicherheit einzubinden.

Wasserkraft ist neben der Biomasse die einzige grundlast- und schwarzstartfähige regenerative Energie in Bayern. Sie steht – anders als Photovoltaik und die Windenergie – rund um die Uhr und weitgehend wetterunabhängig zur Verfügung. Ihr Anteil an der Strombedarfsdeckung in Bayern liegt je nach Wasserdargebot zwischen 13 und 16 Prozent. Regional ist die Wasserkraft in Bayern mit rund 4.200 Kraftwerken unterschiedlich stark verteilt, ebenso die rund 56.000 Querbauwerke in Fließgewässern. Rund 50 Prozent der Wasserrechtsverfahren zur Wasserkraftnutzung betreffen oberbayerische Projekte. Die IHK für München und Oberbayern wurde damit quasi das Kompetenzzentrum bei wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Unterstützend für die regionalen IHK's schreibt sie die Stellungnahmen zu den Auswirkungen von Wasserkraftprojekten und reicht sie gemeinsam mit den regionalen IHK's beim Genehmigungsträger ein. So können die IHK's die Wasserwirtschaftsämter spürbar entlasten und die Genehmigungsverfahren beschleunigen. Bis dato übliche Verzögerungen durch ausufernde Bürokratie und Umweltklagen, die unnötig lange bei den Gerichten festhängen, sollen zumindest teilweise vermieden werden.

Ganzheitliche Betrachtung

Dr. Norbert Ammann, Referatsleiter Umwelt, Energie, Klima bei der IHK für München und Oberbayern, stellte die neue Schlüsselrolle der IHK in seinem Vortrag vor, mit dem eindringlichen Appell an Wasserkraftbetreibende, diese wichtige Unterstützungsfunktion auch zu nutzen. Benötigt würden nur einige Basisdaten für die zu genehmigende Anlage, wie installierte Leistung, durchschnittliche Jahreserzeugung, Jahresvolllaststunden, Wirkungsgrad, Grundlastfähigkeit, geplante Investitionen und Mindestwasserabgabe. Auf der Basis bewertet die IHK die energie- und volkswirtschaftlichen Effekte sowie die Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgeschäden.

Die bisherige Wirkungsbilanz zeigt laut Dr. Ammann, dass sich die neue Funktion der IHK in Bayern bewährt hat. Seit Anfang 2022 wurden sie an 64 Wasserrechtsverfahren in allen sieben Regierungsbezirken beteiligt, davon rund die Hälfte in Oberbayern. Etwa 50 Prozent betraf die Wiederbewilligung für stillgelegte Anlagen, gefolgt von Anträgen auf Leistungssteigerung mit 16 Prozent und Neubauprojekten mit 14 Prozent. Der Rest verteilt sich auf Modernisierung und Vollzug von Wassergesetzen wie den Bau von Fischwanderhilfen oder die Festlegung von Mindestwassermengen.



Dr. Norbert Ammann

Die früher mögliche, aber selten genutzte Möglichkeit, die IHK in Genehmigungsverfahren einzubinden, hat sich mit der Änderung der Verwaltungsvorschrift vor knapp zwei Jahren grundlegend zum Positiven geändert. Hinzu kam die Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes 2023, das auch der Wasserkraft, gleichberechtigt zu den anderen regenerativen Energien, ein überragendes öffentliches Interesse einräumt – mit Recht, wie Dr. Ammann auf Basis von Studien des Umweltbundesamts (UBA) vorrechnete: Die Wasserkraftnutzung hilft, erhebliche Treibhausgasemissionen auch im Vergleich zu Wind und Sonne zu vermeiden. Wichtig ist die ganzheitliche Betrachtung bei der Nutzung der Erneuerbaren Energie, um belastbar die tatsächliche Netto-Treibhausgasvermeidung benennen zu können. Das UBA hat unter anderem auch die Emissionen aus Planung, Herstellung, Bau, Betrieb und Unterhalt der einzelnen Erzeugungsarten berücksichtigt und in Korrelation zum Vermeidungsfaktor bei der Erzeugungsarbeit gesetzt. Daraus ergibt sich für jede einzelne Energieform die tatsächliche Nettovermeidung von Treibhausgasen pro erzeugter Kilowattstunde. Und da hat die Wasserkraft nachweislich die Nase vorne.

Ein zweiter entscheidender Aspekt ist die Frage nach den Klimafolgeschäden, z.B. durch Hochwasser oder Hitze. Auch hier sticht die Wasserkraft positiv hervor. Laut UBA werden pro 100.000 Kilowattstunden Wasserkraftstrom (entspricht einer Leistung von rund 22 Kilowatt bei 4.500 Volllaststunden) netto rund 80 Tonnen CO₂ und zusätzlich rund 16.000 Euro Klimafolgeschäden vermieden. In Zeiten knapper Kassen ein bedeutendes Argument pro Wasserkraft.

Die Stärkung der Position der Antragstellenden durch die Einbindung der IHK's als unabhängige und neutrale Sachverständige zeigt, dass es in (Energie- und Klima-)Krisenzeiten ein wenn auch langsames Umdenken zu mehr ganzheitlicher Betrachtungsweise über die positiven Aspekte der Wasserkraft geben muss. Wasserkraft ist für eine sichere, regionale und klimaverträgliche Energieversorgung in Bayern von herausragendem öffentlichen Interesse. JK

KONTAKT: WASSERKRAFT@IHK.BAYERN.DEWEITERE INFORMATIONEN: WWW.IHK-MUENCHEN.DE/DE/SERVICE/KLIMASCHUTZ-ENERGIEWENDE/WASSERKRAFT/

THOMAS KELLER | WASSERWIRTSCHAFTSAMT ANSBACH

Gelungenes Jahrhundertprojekt

WASSER FÜR FRANKEN VON DER DONAU IN DEN MAIN

Ohne Wasser ist alles nichts. Das bekam vor allem die fränkische Region im Regnitz-Main-Gebiet zu spüren, die seit Jahrhunderten zwischen Hoch- und Niedrigwasserereignissen bis hin zur Austrocknung mändrierte. Thomas Keller, Leiter des zuständigen Wasserwirtschaftsamtes Ansbach, zeigte in seinem Vortrag, was möglich ist, wenn eine Aufbruchstimmung und ein gemeinsamer Wille in der Bevölkerung vor Ort und in der Politik vorhanden sind. So ist es zu erklären, dass es heute in der Region unter anderem einen florierenden Tourismus gibt, der sich an einer weitgehend künstlich geschaffenen funktionierenden Natur erfreut. Mit dem Fränkischen Seenland ist ein attraktives Naherholungs- und Urlaubsgebiet entstanden, von dem starke wirtschaftliche Impulse für die gesamte Region ausgehen.

Ausgangslage für das Bayerische Jahrhundertprojekt war, dass Franken seit Menschengedenken abwechselnd mit Hochwasser und Trockenheit zu kämpfen hatte. Das war für die Entwicklung Frankens nicht gerade förderlich. Ernten verfaulten oder verdorrten auf den landwirtschaftlichen Flächen. Die Bereitstellung von ausreichend Wasser für die Bevölkerung, die Industrie, die fossilen Kraftwerke, das Kernkraftwerk Grafenheinfeld (ab 1982) und die Abwasserreinigung war eine entscheidende Herausforderung angesichts des ständigen Wassermangels.

Änderung dieser fatalen Situation versprach eine entschlossene und am Wohl der fränkischen Bevölkerung orientierte Politik des Freistaats Bayern und der Mandatsträger vor Ort. Auf Antrag des CSU-Landtagsabgeordneten Ernst Lechner „bat“ der Bayerische Landtag am 16. Juli 1970 auf nur einer DIN-A4-Seite die Bayerische Staatsregierung, die Zukunft Frankens durch eine ausreichende Wasserversorgung zu sichern. Aus der Idee, ein Wasserausgleichsverbundsystem zu schaffen, wurde das größte Wasserbauprojekt Bayerns mit dem Ziel, den latenten Wassermangel im Raum Rednitz-Regnitz-Main auszugleichen und damit die Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung zu beseitigen.

Neben Hochwasserschutzmaßnahmen im Altmühltal und einer Wasserüberleitung nach Nordbayern sollten auch Strukturmaßnahmen zur Förderung des Tourismus in Mittelfranken ergriffen werden. In der heutigen saturierten Gesellschaft wäre ein solch weitsichtiges und entschlossenes Projekt kaum mehr denkbar, geschweige denn durchsetzbar.

Mit hoher Ingenieurskunst, dem Glauben an das Machbare und dem politischen Willen, der fränkischen Region zu helfen, wurde das Mammutprojekt, das einen erheblichen bautechnischen Innovationsschub brachte, verwirklicht. In drei Jahrzehnten Bauzeit wurden rund 90 Kilometer Fließgewässer z.B. durch Verbreiterung und Vertiefung modelliert sowie zwei Landkreise landschaftlich völlig neu gestaltet. Insgesamt wurden in dem Seengebiet bis heute rund 540 Hektar Naturschutzgebiete sowie weitere ökologische Ausgleichsflächen ausgewiesen. So entstanden 20 Quadratkilometer neue Wasserlandschaften mit rund 90 Kilometern Uferlänge. Im Altmühlsee entstand ein gut 200 Hektar großes Naturschutzgebiet mit einer 125 Hektar großen Flachwasser- und Inselzone. Sie ist ein Rückzugsgebiet für besonders gefährdete Vogelarten.



Thomas Keller

Projektstart war 1971. 1973 begann der Bau der Wasserüberleitung und des vier Millionen Kubikmeter Wasser speichernden Altmühlsees als erstem Speichersee. Es folgten ab 1975 der kleine Brombachsee, der Igelsbachsee, der große Brombachsee als größte Talsperre Bayerns mit 144 Millionen Kubikmeter Wasser und der Rothsee als Wochenspeicher. Die Kanalüberleitung wurde 1994, die Brombachüberleitung 1999 fertiggestellt. Bis 1999 wurde das Überleitungssystem in Gänze in Betrieb genommen. Einschließlich Grunderwerb kostete das Projekt rund 450 Millionen Euro. Über ein komplexes System von 60 Bauwerken samt Stollen, Schleusen, Kanälen, Leitungen, Hebe- und Schöpfwerken wurden seit 1993 rund 4,2 Milliarden Kubikmeter Wasser aus Donau- und Altmühl oder zweimal der Chiemsee von Süd- nach Nordbayern bis in den Main gegeben. Ein nützlicher Nebeneffekt des Überleitungsbetriebs ist die Erzeugung von 15 bis 25 Millionen Kilowattstunden grundlastfähigen, CO₂-freien, regenerativen Stroms in fünf Wasserkraftwerken im Auftrag der Bayerischen Landeskraftwerke.

Das komplexe und technisch anspruchsvolle Überleitungssystem mit den Speicherseen, den 27 Flusswehren und den fünf Wasserkraftwerken muss natürlich ständig kontrolliert, gewartet und angepasst werden. Insgesamt 40 Mitarbeitende des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach (WWA) steuern und überwachen den Betrieb zentral von Gunzenhausen aus. Für die Pumpwerke und den Wassertransport im Main-Donau-Kanal ist die Betriebszentrale des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Nürnberg in der Gösselthalmühle bei Beilngries zuständig. Zu den Aufgaben des Wasserwirtschaftsamtes gehören zudem das Management von Sedimenteinträgen in die Seen, die Überwachung der Wasserqualität und der Bauwerke, Abfischungen, die Bekämpfung des durch den Klimawandel vermehrt auftretenden Blaualgenbefalls, die Entlandung der Uferbereiche von Altmühl und Wörnitz sowie der Erwerb von Uferstreifen um diese naturnah umzugestalten.

Das Wasserausgleichsverbundsystem hat die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse in Franken grundlegend verbessert. Es sichert die zuverlässige, nachhaltige Verfügbarkeit der hochwertigen Ressource Wasser und ist angesichts des Klimawandels für Mensch, Tier und Umwelt mehr denn je unverzichtbar. »K

WEITERE INFORMATIONEN:
WWW.WWA-AN.BAYERN.DE



BAYERNGRUND

Neubaugelände im Zeichen der Energiewende

Bayerngrund ist eine Projekt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft für Kommunen. Das Unternehmen übernimmt stellvertretend für die Rathausverwaltungen die planerische und bauliche Umsetzung aller Objekttypen. Schulen, Kindergärten, Feuerwehrhäuser, Schwimmbäder und nicht zuletzt Neubaugelände werden von Bayerngrund nach den Vorstellungen der Kommunen realisiert. Die Vorschriften des Vergabe-, Beihilfe- und Haushaltsrechts sowie die förderrechtlichen Bedingungen werden dabei berücksichtigt.

Die Bayerngrund ist ein Unternehmen in direkter Eigentümerschaft des Freistaat Bayern, der BayernLB und der Bayerischen Ärzteversorgung.

Vielen Städten und Gemeinden ist die Bayerngrund vor allem aus der Baulandschaft bekannt. Als Treuhänder der Kommunen werden entwicklungsfähige Flächen erworben und überplant. Als Erschließungsträger schafft Bayerngrund die neue Infrastruktur für Neubaugelände und koordiniert die Sparten, insbesondere mit den Versorgern für Wasser, Abwasser, Strom, Telekommunikation und immer häufiger auch Wärme. ■



BERNARD GRUPE

Energiespeicher Wasserkraft

Die wachsende Notwendigkeit einer zuverlässigen und nachhaltigen Energieversorgung stellen uns vor neue Herausforderungen. Für eine zukunftsfähige Energie-Infrastruktur sind sowohl Neubauten als auch die Sanierung, Modernisierung und Erweiterung des Bestands nötig. Die BERNARD Gruppe ist seit über 30 Jahren erfolgreich in der Beratung, Planung und Realisierung von Anlagen zur Erzeugung, Transport und Speicherung von Energie tätig. →

Wasserkraft bietet hier große Potenziale sowohl für die Erzeugung als auch für die Speicherung von Energie. Beispiele, die von der BERNARD Gruppe erfolgreich umgesetzt wurden, betreffen u. a. das Kraftwerk (KW) Tauernmoos in Österreich, KW Basochhu in Bhutan oder das Gemeinschaftskraftwerk an der schweizerischen-österreichischen Grenze. Pumpspeicherkraftwerke werden als grüne Batterie bezeichnet, Flusswasserkraftwerke dienen bei der Erzeugung von grünem Wasserstoff, wie beispielsweise in Grenzach-Whylen in Deutschland.

Mit den Experten im Bereich Kraftwerke & Netze unterstützt die BERNARD Gruppe die effiziente und nachhaltige Nutzung von Sonnen-, Wind-, und Wasserkraft und bietet Lösungen in allen Leistungsphasen für die Umsetzung von Photovoltaik Anlagen, Wasserstoff-Erzeugungsanlagen, Kleinwasserkraftwerke, Flusskraftwerke und Pumpspeichereinrichtungen sowie Systeme zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. ■



H.G.S. GMBH

Die Gasmotorenkompetenz

Als markenunabhängiger Spezialist bietet die H.G.S. von der Beratung bis zu anlagenübergreifenden Dienstleistungen und Service alles, was den zuverlässigen Betrieb von Blockheizkraftwerken (BHKW) auf der Basis von Gasmotoren verbessert und darüber hinaus die Betriebskosten optimiert.

Das Portfolio der H.G.S. erstreckt sich vom Neubau bis zum Service, Wartung und Reparatur dieser Anlagen. Das Angebot umfasst den kompletten Lebenszyklus einer BHKW-Gasmotorenanlage.

Wer den zuverlässigen Betrieb seiner Anlage verbessern und gleichzeitig die Betriebskosten optimieren möchte, dem steht die H.G.S. mit Wartungsarbeiten, Störungsbeseitigung, mechanischen und elektronischen Modernisierung sowie Grundüberholungen und z.B. Austauschmotoren zur Seite.

Die Kunden der H.G.S. genießen die Betreuung durch deutschlandweit über 50 Servicetechniker und themenspezifische Spezialisten. Die regionalen Serviceleiter sind persönlich für die Kunden erreichbar.

Auch gerade bei ungeplanten Ausfällen steht die H.G.S. für schnellste Unterstützung durch ihren Notdienst, umfangreiche Lagerhaltung von Komponenten und die in der haus-eigenen Werkstatt aufgebauten Austausch-Motoren und -Generatoren.

H.G.S. GmbH ist der zuverlässige Partner für BHKWs mit Motoren von MWM, MAN und anderen namhaften Herstellern. ■



Christoph Bachmann

CHRISTOPH BACHMANN | ENERPIPE GMBH

Exkursion

KOMMUNALE WÄRMENETZE AM BEISPIEL DORNHAUSEN

Die kommunale Wärmeplanung ist Kernstück der Wärmewende. Bis 2028 soll sie mit dem Heizungsgesetz verankert werden. Die Möglichkeiten zur nachhaltigen Wärmegewinnung sind vielseitig und sollten je nach Größe der Gemeinde individuell geplant werden. Ein gutes Beispiel dafür ist das Nahwärmenetz Dornhausen, das unweit von Gunzenhausen liegt, wo das Bayerische Energie- und Wasserkraftforum Ende Juli stattgefunden hat. In diesem Rahmen hat Christoph Bachmann, Vorstandsvorsitzender der Nahwärme Dornhausen eG und Vertriebsleiter bei ENERPIPE GmbH, eine Exkursion nach Dornhausen durchgeführt.

In Dornhausen ist nicht die Gemeinde der Betreiber des Wärmenetzes, sondern es wurde eine Genossenschaft gegründet, wo sich 92 Prozent der Hauseigentümer als Mitglieder eingetragen haben und damit Endverbraucher der grünen Wärme sind.

Nach zwei Jahren Planungs- und Bauzeit ging das Wärmenetz im Januar 2020 in Betrieb. Christoph Bachmann erklärte den interessierten Teilnehmern, dass nicht alles gleich reibungslos ablief: „Die Rohausgrabungen stellten uns teilweise vor große Herausforderungen, weil wir schweres Gerät für die unterschiedliche Bodenbeschaffenheit ordern mussten. Von Grabenfräse über Felsenfräse bis Meißelbagger kam alles zum Einsatz. Gleichzeitig haben wir auch Glasfaser verlegt und damit die Synergien genutzt.“

Die Energie für das Nahwärmenetz erzeugen zwei Blockheizkraftwerke (BHKW) auf dem Gelände der Biogasanlage im nahegelegenen Wachstein. Der Strom wird in das allgemeine Netz eingespeist und nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vergütet, die Abwärme geht über 1,5 km hochgedämmte Kunststoffrohre nach Dornhausen zum Heizen der Häuser. So wird die Energie bestmöglich genutzt. Jedes Haus verfügt über einen 1.000 Liter Pufferspeicher, um Spitzenlasten, die meist morgens entstehen, wenn jeder heiß duschen möchte, auszugleichen. Um auf Nummer sicher zu gehen, installierte die Nahwärme Dornhausen eG in ihrer eigenen Heizzentrale vor Ort zusätzlich eine Hackschnitzelheizung. Sie springt automatisch an, sollte es bei der Biogasanlage eine Panne geben oder die Leistung der BHKWs in Spitzenzeiten nicht ausreichen.

Mit anderen Worten: Fast ein ganzes Dorf bezieht nun genossenschaftliche Wärme aus 100 Prozent erneuerbaren Energien. Und das Potenzial ist noch nicht erschöpft. „2023 sind in Dornhausen noch sieben Neubauten an das Netz ange-

schlossen worden. Die Kapazitäten werden noch für weitere Abnehmer reichen,“ resümierte Bachmann, der ausführlich alle Fragen der Teilnehmer beantwortete.

Jedes Jahr sparen die Dornhäuser über 243.000 Liter Heizöl, das ist ökologisch und ökonomisch eine Win-Win Situation. ENERPIPE ist bei dieser Erfolgsgeschichte von Anfang an involviert gewesen – von der ersten Idee bis zur Umsetzung. Ganz offensichtlich sind immer mehr Menschen in Bayern bereit, den Klimaschutz vor ihrer Haustür ernst zu nehmen und in konkrete Projekte umzusetzen. Das zeigt nicht zuletzt die große Dichte von Nahwärmenetzen im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. ■



LFA FÖRDERBANK BAYERN

Förderkredite

FÜR ERFOLGREICHE FINANZIERUNG DES ENERGIEUMSTIEGS

Die LfA unterstützt bayerische Kommunen und Betriebe als staatliche Spezialbank bei Investitionen in eine moderne Infrastruktur, in nachhaltige Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie bei der Umstellung auf umweltfreundliche und erneuerbare Energieträger mit zinsgünstigen und langfristigen Förderkrediten.

Mit dem Spezialprogramm Infrakredit Energie bietet die LfA den Kommunen zinsgünstige Finanzierungen von Maßnahmen zur Energieeinsparung von mindestens 20 Prozent, etwa die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Auch die Umstellung auf erneuerbare Energieträger ist förderfähig (ohne EEG- und KWK-Anlagen). Allgemeine Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger, können unter bestimmten Voraussetzungen auch im Infrakredit Kommunal der LfA gefördert werden. Damit sind darüber hinaus beispielsweise auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur oder die Ver- und Entsorgung förderfähig. Investitionen in Feldern, in denen der Antragsteller eine wirtschaftliche Tätigkeit im EU-beihilferechtlichen Sinne ausübt, sind in beiden Programmen nicht förderfähig. Den Ausbau der Breitbandnetze unterstützt die LfA mit dem Infrakredit Breitband.

Neben äußerst günstigen Konditionen bieten die Darlehen mit langfristigen Laufzeiten von bis zu 30 Jahren und optionalen Tilgungsfreijahren weitere Vorteile. Bei Darlehen bis 2 Mio. Euro beträgt der Finanzierungsanteil bis zu 100 Prozent.

Beantragt werden die Infrastruktur-Förderdarlehen direkt bei der LfA. ■

LFA FÖRDERBANK BAYERN, TEAM INFRASTRUKTURFINANZIERUNG
TEL.: +49 89 2124 1505

Terminhinweise

VERANSTALTUNG 1

15. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

www.bayerisches-energieforum.de

&

10. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

23. April 2024
Stadthalle Gunzenhausen

VERANSTALTUNG 2

11. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

www.bayerisches-breitbandforum.de

17. Oktober 2024
Stadthalle Gunzenhausen

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 21/2023 der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel
Doris Kirchner, Jan Kiver,
Gerhard Kafka

Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Jessica Maiwald-Kassner,
sonst wie angegeben

Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg